F 57291
Jän
1983
Sil.

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 1. Juni 1983 Blatt 1434

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	EBS: Rauchgaswäsche wird Salzsäure-Emissionen senken
Kommunal: (rosa)	Drastische Verringerung der Zahl der Substandardwohnungen Ende Mai: Um 1.400 Arbeitslose weniger Die Pressereferenten der Stadträte
Termine: (weiß)	Weitere Termine für die Konstituierung der Bezirksvertretung Führungen durch das Wiener Rathaus
Nur über FS:	Verleihung der Plakatpreise 1982 Am Samstag kommt die Blasmusik östereichischer Nationalzirkus gastiert in Wien

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Drastische Verringerung der Zahl der Substandardwohnungen (1)
=++++

2 #Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Zwischen 1971 und 1981 hat sich die Zahl der gut - mindestens mit WC und Bad/Dusche - ausgestatteten Wohnungen in Wien von 48 Prozent auf über 70 Prozent erhöht. Die Zahl der Substandardwohnungen ging im gleichen Zeitraum von einem Drittel auf etwa ein Fünftel zurück. Dies geht aus einer soeben fertiggestellten, detaillierten Untersuchung des Magistrats hervor, über die Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Mittwoch die "RATHAUSKORRESPONDENZ" informierte. Der Nettozuwachs an Wohnungen betrug in diesem Jahrzehnt rund 40.000, während die Zahl der Haushalte unverändert blieb. Die Neubautätigkeit und die Wohnungsverbesserung bewirkten zusammen eine wesentliche Verbesserung der Wonqualität. Stadtrat Hofmann: "Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen mit großer Deutlichkeit, wie sehr sich die Wohnungssituation in den vergangenen Jahren in Wien bereits verbessert hat. Der Weg für die Zukunft ist damit vorgezeichnet: Weitere Forcierung der Stadterneuerung, der Verbesserung der Wohnungen und der Wohnumwelt." Dies bedeute aber selbstverständlich keinen Verzicht auf Neubautätigkeit, da in vielen Fällen eine Renovierung alter Zinskasernen nicht mehr sinnvoll ist und durch die Erneuerung - etwa bei Wohnungszusammenlegungen - die Zahl der Wohnungen verringert wird.#

Zwtl.: 95.000 neue Wohnungen in zehn Jahren

Zu den Ergebnissen der Untersuchung im einzelnen: Zwischen 1971 und 1981 wurden in Wien rund 95.000 Wohnungen neu gebaut. Gleichzeitig gingen durch Abbrüche (22.000), Umwidmungen (26.000) und Wohnungszusammenlegungen (ca. 10.000) rund 58.000 Wohnungen "verloren", sodaß der Nettozuwachs knapp 40.000 beträgt. (Forts.) ger/ko

NNNN

Drastische Verringerung der Zahl der Substandardwohnungen (2)
Utl.: Zahl der bewohnten Wohnungen blieb gleich
=++++

3 Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der Wohnungen in Wien stieg von 1971 bis 1981 von 781.000 auf 821.000. Die Zahl der ständig bewohnten Wohnungen blieb dagegen mit ca. 712.000 nahezu gleich. Dies bedeutet, daß rund 100.000 Wohnungen entweder leerstehen (ca. 50.000) oder als Zweitwohnungen (ebenfalls ca. 50.000) dienen. Ein Großteil der leerstehenden Wohnungen ist dem Substandard zuzuzählen. Die Zahl der gut und sehr gut ausgestatteten Wohnungen ist in den letzten Jahren dank der Neubautätigkeit und der Wohnungsverbesserung enorm gestiegen. 1981 verfügten 34,7 Prozent der Wohnungen über Zentralheizung, Bad und WC, 1971 waren es nur acht Prozent. In absoluten Zahlen heißt dies, daß die Zahl dieser Wohnungen in zehn Jahren von 56.000 auf 247.000 gestiegen ist! Ohne Wasseranschluß waren 1971 146.000 Wohnungen (20 Prozent), 1981 nur mehr 48.000 Wohnungen (6,8 Prozent). (Schluß) ger/gg

NNNN

Geehrte Redaktion!
-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Die Pressereferenten der Stadträte
=++++

7 Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Zu Ihrer Information bringen wir nachstehend eine Liste jener Redakteure des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien, die den Amtsführenden Stadträten als Pressereferenten zugeteilt sind:

Hildegard LEITENBAUER, 42 800/Klappe 2979 (Stadtrat Friederike Seidl, Geschäftsgruppe Personal, Rechsangelegenheiten und Konsumentenschutz);
Mag. Karl SEITLINGER, Klappe 2311 oder 2971 (Stadtrat Hans Mayr, Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik);
Elga WEINBERGER-MARTINEZ, Klappe 2114 (Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner, Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und Familie);
Dr. Martin GABRIEL, Klappe 2889 (Stadtrat Franz Mrkvicka, Geschäftsgruppe Kultur und Sport);
Hans HOFSTÄTTER, (Sport) 9549/319 DW (Stadthalle);
Hannes ZIMA, Klappe 2948 (Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher, Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales);
Helga STANZEL, Klappe 2059 (Stadtrat Peter Schieder, Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst);
Dr. Heinz SCIO, Klappe 4169 (Stadtrat Roman Rautner, Geschäftsgruppe Bauten);
Dr. Rudolf GERLICH, Klappe 2058 (Stadtrat Ing. Fritz Hofmann, Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung);
Manfred ROHRHOFER, Vorläufig Klappe 2012 (Stadtrat Johann Hatzl, Geschäftsgruppe Verkehr und Energie).

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

NNNN

Ende Mai: Um 1.400 Arbeitslose weniger

=++++

9 #Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Beim Wiener Landesarbeitsamt waren Ende Mai 30.315 Personen als arbeitslos gemeldet, die Arbeitslosenrate betrug 4,0 Prozent. Das sind um 1.418 Arbeitslose weniger als im April des heurigen Jahres, jedoch um 6.768 mehr als im Mai des Vorjahres.#

Die meisten Arbeitslosen gab es bei den Angestellten mit 9.099. In der Sparte Bau-Holz wurden 3.274 Arbeitslose gezählt, bei Bekleidung-Textil-Leder 585, bei Graphik-Papier 796, bei Handel-Transport-Verkehr-Landwirtschaft 5.525, bei Lebensmittel 581, bei Metall-Chemie 4.629, bei persönliche Dienste-Gastgewerbe 4.036, beim Sonderdienst 659 und in der beruflichen Rehabilitation 1.131.

Die Wiener Arbeitslosenrate lag im Mai mit 4,0 Prozent geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 3,9 Prozent. Das war auch in den Monaten Mai der Vorjahre der Fall, da Wien immer in den Winter- und Herbstmonaten wesentlich günstiger abschneidet als im Bundesdurchschnitt, jedoch im Frühjahr und Sommer geringfügig über der österreichischen Arbeitslosenrate liegt. Im Jahresdurchschnitt 1983 ist für Wien wieder eine Arbeitslosenrate zu erwarten, die unter dem Bundesdurchschnitt liegen wird. (Schluß) sei/ap

NNNN

Weitere Termine für die Konstituierung der Bezirksvertretung
=++++

Wien, 1.6. (RK-TERMINE) Die Konstituierung der am 24. April neu gewählten Bezirksvertretungen und die Angelobung der Bezirksvorsteher, der Bezirksvorsteher-Stellvertreter und der Bezirksräte durch Personalstadtrat Friederike SEIDL findet an folgenden Tagen statt:

7.6.	BV 21	14.30 Uhr
8.6.	BV 10	17.00 Uhr
9.6.	BV 3	15.00 Uhr
14.6.	BV 18	16.00 Uhr
15.6.	BV 12	15.00 Uhr
15.6.	BV 14	17.00 Uhr
17.6.	BV 8	9.00 Uhr
21.6.	BV 4	17.00 Uhr
23.6.	BV 16	17.00 Uhr
24.6.	BV 13	17.00 Uhr

Die konstituierenden Sitzungen finden im jeweiligen Bezirksamt statt. (Die Termine in den anderen Bezirken siehe "RATHAUSKORRESPONDENZ" vom 26. Mai, Blatt 1362).

Führungen durch das Wiener Rathaus
=++++

Wien, 1.6. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 3. Juni 1983 Blatt 1443

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Japanischer Besuch im Wiener Rathaus
- Normannische Kommunalpolitiker besuchen Wien
- Blühende Millionen in Wiens Parkanlagen
- Gemeindehaushalte unter dem Druck der Folgelasten

Kommunal: (rosa)
- Baupolizei übersiedelt
- Rechnungsabschluß günstiger als Budget

Lokal: (orange)
- "Johann-Strauss-Gipfel" in Wien

Nur über FS:

1.6.
- Straßenbahnunfall in Meidling
- Waldbrand bei der Schneealpe
- Telefonstörung im St.-Rochus-Heim

2.6.
- 100. Geburtstag in Margareten
- Waldbrand bei der Schneealpe
- Rund 70.000 Besucher in den Wiener Bädern
- Sportstadtrat Mrkvicka startete 35. österreich-Tour
- Bus brannte
- Erstes Opfer der heurigen Badesaison
- Spaß in den Wiener Kinderfreibädern

3.6.
- Rohrarbeiten am Gürtel
- Straßenbahnumleitungen wegen Blasmusik
- Gratz und Mrkvicka im Radio

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Baupolizei übersiedelt
Utl.: Neue Außenstellen
=++++

4 Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Im Sinne einer weiteren Dezentralisierung und einer größeren Bürgernähe kommt es in der nächsten Woche zur Übersiedlung von mehreren Dienststellen der Baupolizei. Für die bisher in der Kalvarienberggasse 33 im 17. Bezirk zentral geführten inneren Bezirke werden vier neue Außenstellen eingerichtet. Die Kontakte zwischen Bürger und Baupolizei sollen dadurch erleichtert, das baubehördliche Verfahren beschleunigt werden. Die Übersiedlung der Dienststellen im einzelnen:

- o 6. Juni: Übersiedlung der Außenstelle für den 1., 8. und 9. Bezirk in die Lerchenfelder Straße 4 im 8. Bezirk;
- o 7. Juni: Übersiedlung der Außenstelle für den 2. und 20. Bezirk in die Dresdner Straße 75 im 20. Bezirk;
- o 8. Juni: Übersiedlung der Außenstelle für den 3., 4. und 5. Bezirk Am Modenapark 1-2 im 3. Bezirk.

Die Außenstelle für den 6. und 7. Bezirk bleibt vorläufig noch in der Kalvarienberggasse 33. Voraussichtlich im Herbst wird dann die Übersiedlung in die Hermanngasse 24-26 im 7. Bezirk erfolgen.

Die Gruppenleitung der Baupolizei übersiedelt Ende Juni in die Dresdner Straße 75.

Eine weitere Vereinfachung wird durch die Überstellung der derzeit im Rathaus gelagerten Baueinlagen in die Außenstellen eintreten, die Ende Juni/Anfang Juli vorgesehen ist. Nur die Statikakten bleiben vorläufig im Rathaus. Wegen der Übersiedlung wird eine Einsichtnahme in die Bauakte der Bezirke 1 bis 9 und 20 in der Zeit von 24. Juni bis 11. Juli nicht möglich sein. (Schluß)
ger/gg

NNNN

"Johann-Strauss-Gipfel" in Wien
Utl.: 150 Teilnehmer aus fünf Ländern werden erwartet
=++++

5 Wien, 3.6. (RK-LOKAL) 150 Musikliebhaber aus fünf Ländern werden vom 13. bis 17. Juni in Wien erwartet: Es sind Mitglieder der Johann-Strauss-Gesellschaften, die zusammen mit österreichischen Freunden ihr erstes Gemeinschaftstreffen abhalten.

Johann-Strauss-Gesellschaften gibt es in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und Schweden. Wie populär der Komponist von "An der schönen blauen Donau" sowie die ganze Strauss-Dynastie ist, läßt sich am besten an zwei Beispielen erkennen: In Paris wurde vor einigen Jahren ein Platz nach dem Komponisten benannt, und in Japan wird jeder der 400 Gesellschafter statt per Namen mit einer Nummer geführt, die sich nach der Opuszahl von Johann Strauss Sohns Werken richtet. Der Präsident wählte Nummer 314 - den Donauwalzer...

Während ihres Wienbesuches sind eine Autobus-Rundfahrt mit Kranzniederlegung beim Strauss-Denkmal im Stadtpark, ein Empfang im Wiener Rathaus, ein Heurigenbesuch sowie intensive Gespräche vorgesehen, die das Ziel verfolgen, Johann Strauss und sein Schaffen noch mehr Menschen in aller Welt bekannt zu machen. (Schluß) ull/jh

NNNN

Rechnungsabschluß günstiger als Budget (1)
Utl.: Verbesserung um 1,1 Milliarden
=++++

7 #Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungsabschluß 1982 der Bundeshauptstadt Wien schließt mit Einnahmen von 62,1 Milliarden und Ausgaben von 65,6 Milliarden bei einem Abgang von 3,5 Milliarden ab. Gegenüber dem Budget 1982 betrugen die Mehreinnahmen 4,7 Milliarden, die Mehrausgaben 3,5 Milliarden, der Abgang verringerte sich von 4,6 Milliarden auf 3,5 Milliarden, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR Freitag in einem Pressegespräch.#

In den Mehreinnahmen von 4,7 Milliarden und Mehrausgaben von 3,5 Milliarden sind 2,9 Milliarden an Kreditaufnahmen enthalten, die einer großen Umschuldungskreditaktion dienten. Man nahm neue Kredite mit günstigeren Konditionen auf, um alte Kredite, die eine höhere Verzinsung aufwiesen, zurückzuzahlen. Da diese Kreditoperationen reine Durchlauferposten sind, betragen die "echten" Mehreinnahmen 1,8 Milliarden und die "echten" Mehrausgaben 0,6 Milliarden. Mit einer Abweichung von 3,1 Prozent bei den Einnahmen und 0,96 Prozent bei den Ausgaben erwies sich das Budget 1982 als eine sehr realitstische Schätzung. Das günstige Abschneiden im Jahr 1982 - der Abgang konnte um 1,1 Milliarden verringert werden - hat vorwiegend zwei Ursachen: Die gute Wirtschaftspolitik verhinderte Steuerausfälle und zweitens gelang es in Wien, im Laufe des Budgetjahres die gegebenen Ausgabenrahmen einzuhalten.

Die Rücklagen der Stadt Wien erhöhten sich von 2.893 Millionen im Jänner 1982 bis Ende des Jahres um fast eine Milliarde auf 3.873 Millionen. Größere Rücklagen bestehen beim Kulturschilling mit 57 Millionen, bei der Wohnbauförderung mit 1.128 Millionen, bei der Wohnungsverbesserung mit 339 Millionen, beim Neubau des Allgemeinden Krankenhauses mit 475 Millionen, beim U-Bahnbau mit 329 Millionen, bei Wirtschaftsförderungsmaßnahmen mit 222 Millionen, bei der Parkometerabgabe mit 142 Millionen, bei der Gebrauchsabgabe mit 470 Millionen und bei der Kreditrückzahlung mit 700 Millionen.
(Forts.) sei/ko

NNNN

Rechnungsabschluß günstiger als Budget (2)
=++++

8 Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Der Schuldenstand der Stadt Wien nahm im Vorjahr von 35,7 Milliarden Ende 1981 auf 39,7 Milliarden Ende 1982 zu. Darin sind jedoch auch die Schulden der Wiener Stadtwerke enthalten, die anderswo meist nicht im Budget der Hoheitsverwaltung ausgewiesen werden. Der Schuldenstand veränderte sich im Vorjahr wie folgt

	Ende 1981	Ende 1982
Wiener Stadtwerke	16,4 Milliarden	17,0 Milliarden
Hoheitsverwaltung	11,1 Milliarden	13,7 Milliarden
Wohnbau und Wasserwirtschaftsfonds	8,2 Milliarden	9,0 Milliarden
Summe	35,7 Milliarden	39,7 Milliarden

Der im Rechnungsabschluß verbleibende Abgang von 3,5 Milliarden wurde durch die Aufnahme von Fremdmittel in der Höhe von 3,3 Milliarden gedeckt. Der restliche Fehlbetrag von 131 Millionen wurde auf die Rechnung des Jahres 1984 vorgetragen.

Als ein Beispiel dafür, wie genau im Vorjahr die Ansätze des Budgets eingehalten werden konnten, können die Spitäler angeführt werden. Im Budget rechnete man mit Einnahmen von 4,1 Milliarden, mit Ausgaben von 9,8 Milliarden und somit mit einem Abgang von 5,6 Milliarden. Tatsächlich kam es zu Einnahmen von 4,6 Milliarden, zu Ausgaben von 9,9 Milliarden, der Abgang verringerte sich um 300 Millionen auf 5,3 Milliarden. (Forts. mgl.) sei/jh

NNNN

Rechnungsabschluß günstiger als Budget (3)
=++++

11 Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) In der Pressekonferenz zum Rechnungsabschluß betonte Finanzstadtrat MAYR, die umfangreichen Umschuldungen des vorigen Jahres haben auf die gesamte Laufzeit der Kredite bezogen eine Einsparung von rund 250 Millionen gebracht. Die durchschnittliche Verzinsung der Fremdmittelaufnahmen der Stadt Wien beträgt derzeit 8,5 Prozent.

Zu den Rücklagen erklärte MAYR, bei Wohnbauförderung und Wohnungsverbesserung müsse man aus Gründen der kaufmännischen Sorgfalt immer Rücklagen bilden. So bestehen bei der Wonbauförderung Zusagen der Wiener Landesregierung über ein Volumen, das ungefähr die Einnahmen aus der Wohnbauförderung von eineinhalb Jahren ausmache. Dieser "Vorgriff" wird zwar nicht von heute auf morgen von den Wohnbauträgern beansprucht, muß jedoch durch eine Rücklage berücksichtigt werden. Beim U-Bahnbau und beim Neubau des AKH wird mit einem starken Anstieg der erforderlichen Mittel zu Jahresende 1983/Beginn 1984 gerechnet. Auch hier wollte man durch Rücklagen für diesen Fall vorsorgen. Die Rücklage aus den Parkometergebühren wurde deshalb nicht für die Förderung des öffentlichen Verkehrs verwendet, weil man sie für den Parkgaragenbau einsetzen möchte. Es gibt nun wieder zahlreiche Projekte im Bereich der Innenstadt, die vor der Realisierung stehen.

Zwtl.: öffentliche Einsicht in den Rechnungsabschluß

Der Rechnungsabschluß 1982 liegt zwischen Mittwoch, dem 8. Juni, bis einschließlich Mittwoch, dem 22. Juni außer Samstag und Sonntag in der Magistratsabteilung 5, 1, Ebendorferstraße 2 (Felderhaus) 5. Stock, Tür 531, zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Dabei können in den Amtsstunden - zwischen 7.30 und 15.30 Uhr - auch sogenannte Erinnerungen zum Rechnungsabschluß abgegeben werden. (Schluß) sei/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 4. Juni 1983 Blatt 1453

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 33. Städtetag in Graz
(rosa)

Lokal: Krippenplätze für 21 Prozent der Wiener Kleinkinder
(orange)

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

33. Städtetag in Graz
Utl.: Forderungskatalog an die Bundesregierung
=++++

1 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Etwa 600 Delegierte österreichischer Städte und Gemeinden werden am 33. Städtetag teilnehmen, der am 8. und 9. Juni in Graz stattfindet. Hauptthemen werden die finanzielle Situation der Gemeinden sowie Fragen des Umweltschutzes aus der Sicht der Gemeinden sein.

Am Vortag, am 7. Juni, tagt der Hauptausschuß des österreichischen Städtebundes in Graz. Am Programm steht der Beschluß einer Resolution, die einen Forderungskatalog an die neue Bundesregierung enthält. "Es handelt sich dabei um einen Appell an die Regierung, die wirtschaftliche und rechtliche Situation der Gemeinden zu verbessern", erklärt Städtebund-Generalsekretär Reinhold SUTTNER zu dieser Resolution.

Eröffnet wird der Städtetag am 8. Juni um 9 Uhr von Bürgermeister Leopold GRATZ, der Präsident des österreichischen Städtebundes ist. Am ersten Tag stehen Fragen der Kommunalfinanzierung im Vordergrund: Magistratsdirektor Dr. Herbert MEISTER aus Salzburg und Vorstandsdirektor Paul HÖFINGER von der Zentralsparkasse und Kommerzialbank Wien werden dazu sprechen. Abschließend nimmt der Generalsekretär des österreichischen Städtebundes, Bundesrat Reinhold SUTTNER, eine "Kommunale Standortbestimmung" vor.

Am zweiten Tag wird über Umweltschutz diskutiert. Prominentester Referent zu diesem Thema ist Bundesminister Dr. Kurt STEYRER, weiters werden Univ.-Prof. Dr. Bernd-Christian FUNK aus Graz und Innsbrucks Bürgermeister DDr. Alois LUGGER Umweltschutzprobleme aus der Sicht der Gemeinden beleuchten.

Zum 33. österreichischen Städtetag werden zahlreiche prominente Gäste erwartet: Bundespräsident Rudolf KIRCHSCHLÄGER hat sein Kommen zugesagt, desgleichen die Bundesminister Karl BLECHA und Dr. Harald OFNER, Zweiter Nationalratspräsident Roland MINKOWITSCH sowie Landeshauptmann Joseph KRAINER. Gastdelegierte kommen aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Jugoslawien und der Schweiz.
(Schluß) roh/gg

NNNN

Krippenplätze für 21 Prozent der Wiener Kleinkinder

=++++

3 Wien, 4.6. (RK-LOKAL) Für 21 Prozent der Wiener Kleinkinder zwischen ein und drei Jahren steht in Wien ein Krippenplatz zur Verfügung.Damit kann ein großer Teil des Bedarfes gedeckt werden. Außerdem gibt es in Wien rund 175 Tagesmütter.

Dies stellte der Leiter des Jugendamtes der Stadt Wien, Obersenatsrat Dr. Walter PROHASKA, vergangene Woche in einem Referat beim vielbeachteten internationalen Symposion "Kinderkrippen-Krippenkinder" in Berlin fest. In österreich wird auch - im internationalen Vergleich gesehen - die Erziehung von Säuglingen und Kleinkindern innerhalb der Familien besonders stark durch Mutterschutz, Karenzurlaub und finanzielle Beihilfen gefördert. In Fällen, in denen die Unterbringung in einer Kinderkrippe notwendig ist, stellt die Stadt Wien Plätze zur Verfügung. Der größte Teil der österreichischen Kinderkrippen befindet sich in Wien. Das pädagosiche Konzept der Wiener Krippen trägt der frühkindlichen Entwicklung und ihrer Bedeutung im Rahmen der Gesamtentwicklung des Kindes Rechnung. Während ursprünglich die Krippenkinder nach Alterstufen getrennt betreut wurden, ist das Jugendamt der Stadt Wien dazu übergegangen, gemischte Gruppen mit Kindern bis zu drei Jahren zu führen.

Die Anzahl der Krippenplätze wie auch der Tagesmütter wird in Wien - dem Bedarf entsprechend - weiter vermehrt werden. (Schluß)
emw/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 6. Juni 1983 Blatt 1456

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Sendung des Landeshauptmannes mit Kulturstadtrat Mrkvicka
- Statistisches Taschenbuch 1982 erschienen: Mehr Grün in Wien

Kommunal: (rosa)
- Am Freitag Landtag und Gemeinderat
- Stadtwerke: Rechnungsabschluß mit positivem Ergebnis
- Neuer Vorsitzender des Finanzausschusses
- Hatzl: Straßenbahn wird nicht teurer
- Vorsitzender des Personalausschusses

Politik: (rosa)
- Wiener ÖVP fordert Belastungsstop

Lokal: (orange)
- Prämiierung der besten Plakate 1982

Nur über FS:

4.6.
- Lagerhalle abgebrannt
- Run auf die Wiener Bäder
- Wien wurde von der Blasmusik erobert

5.6.
- Ganz Wien ging ins Bad

6.6.
- Morgen Pressegespräch des Bürgermeisters
- Stromausfälle durch Gewitter
- "Herrgott aus Stein" im Wilhelminenspital

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

Am Freitag Landtag und Gemeinderat
Utl.: Neue Geschäftseinteilung
=++++

4 Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Die neue Geschäftseinteilung für den Wiener Magistrat, die auf Grund der Neuordnung des Wiener Stadtsenates erforderlich wurde, steht kommenden Freitag, den 10. Juni, in der Sitzung des Wiener Gemeinderates auf der Tagesordnung (Berichtserstatter: Amtsführender Stadtrat Friederike SEIDL). Die Tagesordnung umfaßt insgesamt 160 Geschäftsstücke, von denen die meisten jedoch dem Gemeinderat nur mehr zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden. Die Sitzung wird wie immer mit einer Fragestunde eingeleitet.

Vor der Gemeinderatssitzung tritt am Freitag um 9 Uhr der Wiener Landtag zu einer Geschäftssitzung zusammen. Nach der Fragestunde steht als wichtigster Tagesordnungspunkt eine Änderung der Wiener Stadtverfassung zur Debatte (Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Friederike SEIDL). Damit sollen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die FPÖ-Fraktion mit nur zwei Madataren einen Klub bilden kann. (Schluß) pr/ap

NNNN

Stadtwerke: Rechnungsabschluß mit positivem Ergebnis (1)
=++++
8 #Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke weisen im Rechnungsabschluß für das Jahr 1982 ein positives Ergebnis, und zwar einen Gewinn von 73,1 Millionen Schilling, aus. Stadtrat Johann HATZL informierte Montag in einem Pressegespräch darüber.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich damit eine erfolgsmäßige Besserstellung um 613,8 Millionen Schilling ergeben, die im wesentlichen auf die per Jahresbeginn 1982 bei den Elektrizitätswerken und bei den Verkehrbetrieben erfolgten Tarifregulierungen zurückzuführen ist. Ein weiteres wesentliches Element der Gewinnsituation der Wiener Stadtwerke stellt auch der auf Grund des Entlastungsbeschlusses vom 19. November 1979 von der Hoheitsverwaltung den Wiener Verkehrsbetrieben gewährte Betriebskostenzuschuß im Betrage von 1.381,3 Millionen Schilling dar.#

Ohne die erfolgswirksamen Maßnahmen auf dem Rücklagensektor und den genannten Betriebskostenzuschuß hätte sich im Abschlußjahr ein Verlust von 791,1 Millionen Schilling ergeben, dem ein vergleichbarer Vorjahresverlust von 1.479,9 Millionen Schilling gegenübersteht. Durch die verbesserte Erfolgssituation war ein Anstieg des Eigenkapitalsanteils am Gesamtkapital um 2,1 Prozent auf 27,6 Prozent zu verzeichnen.

Die Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmung weisen per Ende 1982 eine Bilanzsumme von 33,3 Milliarden Schilling aus, gegenüber dem Vorjahr ist hier eine Steigerung um rund 5,3 Prozent.

Die ELEKTRIZITÄTSWERKE weisen in ihrer Erfolgsrechnung einen Netto-Jahresgewinn von 357,2 Millionen Schilling (1981: 134,9 Millionen Schilling) aus. Durch eine Tarifregulierung sowie durch einen mengenmäßigen Stromverbrauchszuwachs von 2,1 Prozent konnte eine Erfolgsverbesserung erzielt werden, obwohl die Rohstoffkosten erst in der zweiten Jahreshälfte zurückgingen.

Bei den GASWERKEN kam es vor allem bedingt durch hohe Investitionskosten zu einer Erfolgsverschlechterung. Die Gaswerke wiesen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr eine Aufwandsteigerung von 4.105,35 Millionen Schilling um 243,82 Millionen Schilling oder 5,9 Prozent auf 4.349,17 Millionen Schilling aus; die Erträge erhöhten sich von 3.927,39 Millionen Schilling um 202,98 Millionen Schilling oder 5,2 Prozent auf 4.130,37 Millionen Schilling. Der ausgewiesene Betriebsverlust von 285,7 Millionen Schilling bedeutet gegenüber dem Vorjahresverlust von 183,5 Millionen Schilling eine Ergebnisverschlechterung um 40,84 Millionen Schilling. Die Sanierung des Rohrnetzes konnte vorzeitig mit ausgezeichnetem Erfolg abgeschlossen werden. Die Gesamtlänge der Hauptrohrleitungen im Versorgungsgebiet betrug am 31. Dezember 1982 2.891 km gegenüber 2.880 km am 31. Dezember 1981. (Forts.) roh/ap

NNNN

Stadtwerke: Rechnungsabschluß mit positivem Ergebnis (2)
=++++

9 #Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Bei den VERKEHRSBETRIEBEN kam es zu einem etwa ausgeglichenen Ergebnis. Der Gewinn von 0,3 Millionen Schilling war vor allem auf Mehreinnahmen infolge der Tarifanpassung mit 1. Jänner 1982 sowie auf die Ausbuchung einer Verbindlichkeit gegenüber den Elektrizitätswerken zurückzuführen. Die Statistik beweißt, daß immer mehr Menschen auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Die Gesamtfrequenz im Linienverkehr weist im Jahr 1982 rund 534,5 Millionen Beförderungsfälle auf. Damit erhöht sich die Beförderungsfrequenz gegenüber dem Vorjahr um rund 83,8 Millionen (+ 18,6 Prozent).

Insgesamt wurden im Jahr 1982 Beförderungserlöse von rund 2.307,7 Millionen Schilling erzielt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Erhöhung der Einnahmen um rund 459,7 Millionen Schilling oder 24,9 Prozent.

Die STÄDTISCHE BESTATTUNG weist für 1982 einen Gewinn von 1,3 Millionen Schilling aus (1981 ebenfalls 1,3 Millionen Schilling).

Das Unternehmen führte im Berichtsjahr 21.158 Erd- und Feuerbestattungen, das sind 3,2 Prozent weniger als im Vorjahr, durch. Die Zahl der gesamten Aufträge verringert sich gegenüber dem Jahr 1981 ebenfalls um rund 3,2 Prozent. Ferner wurden im Jahr 1982 46.133 Särge, das sind um 5,6 Prozent weniger als im Vorjahr, erzeugt.

Die Wiener Stadtwerke haben 1982 Investitionen in der Höhe von 1.967,6 Millionen Schilling durchgeführt und damit einen wesentlichen Beitrag zur Ankurbelung der Wiener Wirtschaft geleistet. Die Beträge wurden vor allem für die gesicherte Versorgung mit leistungsgebundener Energie aufgewendet sowie für den weiteren Ausbau der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel. (Schluß) roh/ap

NNNN

Neuer Vorsitzender des Finanzausschusses

=++++

10 #Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Bei der konstituierenden Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik wurde Montag Gemeinderat Johann KNEIDINGER (SPÖ) zum neuen Vorsitzenden gewählt.#

Der bisherige Vorsitzende, Gemeinderat Prof. Leopold WIESINGER, bleibt weiterhin Mitglied des Finanzausschusses, soll jedoch Vorsitzender der Beteiligungskommission und Vorsitzender-Stellvertreter des Kontrollausschusses werden.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Finanzausschusses wurden die Gemeinderäte Fritz HAHN (ÖVP) und Christina SCHIRMER (SPÖ) gewählt. (Schluß) sei/ap

NNNN

Hatzl: Straßenbahn wird nicht teurer

=++++

11 #Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Eine kontinuierliche Entwicklung auf dem Tarifsektor bei den Wiener Stadtwerken kündigte Montag Verkehrs- und Energiestadtrat Johann HATZL an. Anpassungen an die Gestehungskosten sollen in kürzeren Abständen, dafür in geringeren Höhen erfolgen, um einerseits eine einmalige große Belastung der Kunden zu vermeiden und andererseits den Stadtwerken im Investitionsbereich größtmöglichen Spielraum zu geben.

Bei den Verkehrsbetrieben wird es nach der erfolgreichen Tarifreform des Vorjahres heuer voraussichtlich keine weiteren Veränderungen geben, falls sich keine überraschenden Entwicklungen ergeben, erklärte Stadtrat Hatzl.

Grundsätzlich bekannte sich Hatzl dazu, daß die öffentliche Hand durch ihre Beiträge eine soziale Tarifgestaltung ermöglich müsse, die auch das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr erleichtert. Die Verkehrsbetriebe nehmen pro Fahrgast 4,31 Schilling ein. Damit ist ein kostendeckender Betrieb nicht möglich.#

Stadtrat Hatzl nahm auch zu einem Artikel der Kronenzeitung Stellung, in dem behauptet wird, er richte sich ein "Luxusbüro" ein, weswegen eine ganze Abteilung aus diesen Räumen ausziehen müsse. "Es werden keine wesentlichen Umbauarbeiten durchgeführt, sondern nur Erneuerungen wie etwa Verrohrungen der nur unter Verputz gelegenen Kabel", sagte Hatzl. "Die Möbel werden zum Großteil mitgenommen. Es stimmt auch nicht, daß eine ganze Abteilung ausgesiedelt wurde, es handelt sich dabei nur um drei Zimmer mit einigen Bediensteten der MA 18, die bei dem früher beheimateten Stadtrat am Stadtentwicklungsplan arbeiteten." (Schluß) roh/ko

NNNN

Vorsitzender des Personalausschusses
=++++

12 #Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Zum neuen Vorsitzenden des Gemeinderatsausschusses für Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz wurde Montag Raimund KOPFENSTEINER (SPö) und zu seinen Stellvertretern die Gemeinderäte Elisabeth SCHINDLER (SPö) und Dr. Hannes KRASSER (öVP) einstimmig gewählt. Der bisherige Vorsitzende GR. Walter SEEBÖCK ist mit Ende der Arbeitsperiode in den Ruhestand getreten.#

Zwtl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

Nach der derzeit geltenden Verfassung der Bundeshauptstadt Wien sind für die Bildung von Klubs mindestens drei Mitglieder einer politischen Partei notwendig.

Da die FPö durch die Gemeinderatswahlen vom 24. April nur mehr mit zwei Mandaten im Wiener Gemeinderat vertreten ist, wurde der Antrag gestellt, die notwendige Mitgliederzahl zur Bildung eines Klubs auf zwei zu reduzieren. Der Antrag wurde vom Gemeinderatsausschuß einstimmig beschlossen. Die Verfassungsänderung soll mit Stichtag 1. Juni 1983 wirksam sein. (Schluß) lei/gg

NNNN

Wiener öVP fordert Belastungsstop
=++++
13 Wien, 6.6. (RK-POLITIK) Steigende Gesamtverschuldung und ein sinkender Anteil an Investitionen kennzeichnen den Rechnungsabschluß 1982 der Bundeshauptstadt Wien, erklärte Landtagspräsident Fritz HAHN (öVP), Montag in einem Pressegespräch. Über eine extrem harte Gebührenpolitik sei eine Sanierung des desolaten Wiener Budgets versucht worden. So sei das Jahr 1982 vor allem durch drastische Gebührenerhöhungen in den Bereichen Abwasser und Müllabfuhr charakterisiert gewesen. Der enge Finanzierungsspielraum der Stadt Wien hatte - trotz Mehreinnahmen von 3 Milliarden aus Steuern und Gebühren - keine Erweiterung erfahren.

Zwtl.: Umweltverbesserungen ungenügend

Für Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation in Wien und zur Erhöhung der Lebensqualität, wird, so Hahn, zu wenig investiert. Hahn kritisierte, daß sich im Gegensatz dazu die Ausgaben für die "Rathauspropaganda" um 16,3 Prozent erhöht hätten.

Zwtl.: Umdenken in der Kommunalpolitik erforderlich

Aufgrund steigender Fremdmittelaufnahmen und Belastungen ist ein Umdenken erforderlich, erklärte Landtagsabgeordneter Dkfm. Dr. Heinz WöBER (öVP) in diesem Zusammenhang, Schwerpunkte einer sinnvollem Investitionspoltik müßten auf einer umfassenden Stadterneuerung,infrastruktuellen Maßnahmen und Umweltmaßnahmen liegen. (Schluß) je/ko

NNNN

Prämiierung der besten Plakate 1982

=++++

15 Wien, 6.6. (RK-LOKAL/KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte Montag auf dem Wiener Rathausplatz die Preise des gemeinsam vom Kulturamt der Stadt Wien und der Gewista durchgeführten Plakatwettbewerbes 1982. Der Preis der Gewista ging an das Plakat "Griechenland - der große Lenz", das im Auftrag der "National tourist Organisation of Greece" von Wolfgang Weiss gestaltet wurde. Den Preis des Kulturamtes erhielt das Plakat "Hamlet und so", das Ina Peichl für das "Narrnkastl - Fahrendes Theater" gestaltete. Eine Reihe weiterer Plakate, darunter ein Plakat der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, wurden als vorbildlich gestaltet ausgezeichnet.

Die Plakatwertungsaktion des Kulturamtes und der Gewista wird seit 1952 durchgeführt. Stadtrat Mrkvicka bezeichnete den Wettbewerb als Beispiel für die gute Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Kultur. Die ausgezeichneten Plakate zeigen, so Mrkvicka, daß das Plakat über seine Funktion als Werbeträger hinaus auch künstlerischen Ansprüchen gerecht werden kann. (Schluß) gab/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 7. Juni 1983 Blatt 1467

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	6. Internationale Jugendtheatertage von 17. bis 26. Juni Vorsitzender des Verkehrsausschusses
Kommunal: (rosa)	Hofmann: Verstärkte Kontrolle der Wohnbauträger Rechnungsabschluß 1982 mit den Stimmen der SPö angenommen Stadtwerke-Rechnungsabschluß im Stadtsenat Gemeinden investieren weniger Stadtrat Rautner will Bauarbeiten beschleunigen "Watschn" für Hilfsangebot
Wirtschaft: (blau)	Wiener Holding macht Gewinne
Nur über FS:	Gleisbauarbeiten in der Linzer Straße

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

SPERRFRIST 16 UHR!
.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Hofmann: Verstärkte Kontrolle der Wohnbauträger
=++++

1 #Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien wird in Zukunft verstärktes Augenmerk auf die Kontrolle der Wohnbauträger richten, die Wohnbauförderungsmittel in Anspruch nehmen. In Zukunft wird der Magistrat selbst stichprobenartige Prüfungen von laufenden Bauvorhaben durchführen. Dies kündigte Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Dienstag in einer Rede vor dem Verband gemeinütziger Wohnbauvereinigungen an.#

Hofmann: "Ich betrachte die Kontrolle der Verwendung der Wohnbauförderungsmittel nicht nur als Recht, sondern auch als eine Verpflichtung des Landes. Das Schwergewicht unserer Kontrollen wird dabei auf aktuellen Istzustandserhebungen bei laufenden Bauvorhaben liegen." Die Wohnbauträger werden dabei verpflichtet, eine Aufschlüsselung der bereits erhaltenen Mittel zu machen und bekanntzugeben, wieviel davon bereits tatsächlich verbaut wurde. Ebenso ist der Nachweis zu erbringen, wohin die Mittel im einzelnen geflossen sind, und eine Schätzung des gegenwärtigen Wertes des im Bau befindlichen Objektes durchzuführen. Dadurch soll verhindert werden, daß zum Beispiel öffentliche Gelder zwischenzeitlich widmungsfremd verwendet werden. Hofmann betonte, daß diese Kontrollen durch den Magistrat eine Ergänzung zur Tätigkeit des Prüfverbandes darstellen, der die Gebarung der Genossenschaften selbst, nicht aber die einzelnen Baustellen kontrolliert. Angestrebt wird auch ein enges Einvernehmen mit den Kreditinstituten, die ja in dieser Frage eine Interessensgemeinschaft mit der öffentlichen Hand bilden. (Schluß) ger/ko

BITTE SPERRFRIST BEACHTEN!
.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.--.-.

NNNN

Wiener Holding macht Gewinne
Utl.: 1982 schließt mit einem Plus von 25,6 Millionen
=++++

2 #Wien, 7.6. (RK-WIRTSCHAFT) Die Wiener Holding konnte das Geschäftsjahr 1982 erfolgreich abschließen. Wie Generaldirektor Dr. Josef MACHTL Montag abend in einem Pressegespräch erklärte, lag der Jahresgewinn 1982 mit 25,6 Millionen um 8,8 Millionen höher als 1981. Von den 31 Firmen können vier - das Theater an der Wien, die Stadthalle, Laxenburg und Kahlenberg - von der Aufgabenstellung her nicht mit Gewinn geführt werden. Bei den restlichen 27 Firmen verzeichneten 19 Betriebe im Vorjahr ein positives Ergebnis, zwei Firmen waren ausgeglichen, fünf Unternehmen hatten ein negatives Betriebsergebnis, eine Firma, die Kunststoffrückgewinnung, befindet sich in Liquidation.#

Die WIGAST, die GUSTANA und die OPTIMED, die 1981 noch in der Verlustzone waren, machten 1982 wieder Gewinne. Nach wie vor als "Sorgenkinder" bezeichnete Machtl die ODELGA und das Serotherapeutische Institut. Während man bei letzterem in zwei Jahren wieder mit einer ausgeglichenen Bilanz rechnen könne, dürfte die schwierige Phase bei der ODELGA länger andauern. Die Folgen der an dieser Firma betriebenen Rufschädigung konnten bisher im Inlandsgeschäft nicht wettgemacht werden.

Der Umsatz der Holdingsbetriebe stieg 1982 um 7,46 Prozent auf 6,93 Milliarden Schilling. Die Investitionen erhöhten sich von 1,25 Milliarden auf 1,29 Milliarden, der Personalstand blieb mit 6.556 Miarbeitern nahezu unverändert. Die Bilanzsumme betrug 1982 1,44 Milliarden gegenüber 1,49 Milliarden im Jahr 1981. Der Beteiligungsstand verringerte sich von 698 Millionen auf 641 Millionen, die Beteiligungserträge blieben mit 41 Millionen etwa gleich.

Die Wiener HOLDING heißt nun auch offiziell "Wiener Holding Ges. m.b.H.". Der bisherige Firmenwortlaut laut "Wiener allgemeine Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft m.b.H." wurde in einer Generalversammlung am 6. Juni 1983 in "Wiener Holding" geändert. (Schluß) sei/ap

NNNN

Rechnungsabschluß 1982 mit den Stimmen der SPö angenommen
=++++

3 #Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungsabschluß 1982 wurde Dienstag in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenats und des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik mit den Stimmen der SPö angenommen. Wie Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte, konnte der Abgang von 4,6 Milliarden um 1,1 Milliarden auf 3,5 Milliarden verringert werden. Die Einnahmen betrugen 62,1 Milliarden, die Ausgaben 65,6 Milliarden. Die Rücklagen der Stadt Wien erhöhten sich von 2.893 Millionen im Jänner 1982 bis Endes des Jahres um fast eine Milliarde auf 3.873 Millionen.#

Die öVP begründete ihre Ablehnung vor allem mit der weiter sinkenden Investitionsrate und der daraus folgenden negativen Entwicklung auf dem Bausektor. 1982 wurde auch nicht eisern gespart, sondern es wurden "eisern die Gebühren erhöht". Die Mehreinnahmen bei den Steuern und Gebühren betrugen, so die öVP, 3 Milliarden. Stadtrat Mayr hielt dem entgegen, daß Ende Mai dieses Jahres in ganz österreich um 3.037 Bauarbeiter mehr arbeitslos waren als im Mai des Vorjahres. Von diesen 3.037 entfallen jedoch nur 17 auf Wien. Die Mehreinnahmen aus Steuern und Gebühren betrugen bloß 1.348 Millionen, insgesamt gab es im vorigen Jahr Mehreinnanhmen von 1,8 Milliarden Schilling.

Zwtl.: öffentliche Einsicht in den Rechnungsabschluß

Der Rechnungsasbschluß 1982 liegt zwischen Mittwoch, dem 8. Juni, bis einschließlich Mittwoch, dem 22. Juni, außer Samstag und Sonntag in der Magistratsabteilung 5, 1, Ebendorferstraße 2 (Felderhaus), 5. Stock, Tür 531, zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Dabei können in den Amtsstunden - zwischen 7.30 und 15.30 Uhr - auch sogenannte Erinnerungen zum Rechnungsabschluß abgegeben werden.
(Schluß) sei/gg

NNNN

Stadtwerke-Rechnungsabschluß im Stadtsenat

=++++

4 Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat und der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik genehmigten Dienstag mit den Stimmen der SPö den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke. Die Wiener Stadtwerke weisen - erstmals seit 1972 - für das Jahr 1982 ein positives Ergebnis und zwar einen Gewinn von 73,1 Millionen Schilling aus. Gegenüber dem Vorjahr hat sich damit eine Besserstellung um 613,8 Millionen Schilling ergeben, der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital stieg um 2,1 Prozent.

Stadtrat Johann HATZL begründete diese positive Bilanz durch die Tarifregulierungen bei den Elektrizitätswerken und den Verkehrsbetrieben sowie mit den Betriebskostenzuschuß der Hoheitsverwaltung im Betrage von 1.381 Millionen Schilling zur Entlastung der Verkehrsbetriebe. Hatzl wies auf die stark steigenden Energiekosten hin, die sich innerhalb von vier Jahren verdoppelt haben.

Gemeinderat Werner HAUBENBURGER (ÖVP) deponierte die Ablehnung seiner Fraktion zum Rechnungsabschluß der Stadtwerke. Der Rechnungsabschluß sei zu unübersichtlich und zu wenig transparent, die Senkung bei den Energiepreisen hätte an die Verbraucher weitergegeben werden müssen. Außerdem kritisierte Haubenburger die Übernahme von Verlusten der Verkehrsbetriebe durch die E-Werke.

Eine ausführliche Debatte über den Stadtwerke-Rechnungsabschluß 1982 wird in der Sitzung des Gemeinderates in der letzten Juniwoche stattfinden. (Schluß) ba/ko

NNNN

Gemeinden investieren weniger
=++++
5 #Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die österreichischen Städte und Gemeinden ohne Wien werden von 1982 bis 1985 mit 59,2 Milliarden um 5,2 Milliarden weniger investieren als in den Jahren 1979 bis 1982. Dieser Rückgang von 14 Prozent geht aus einer Erhebung der Sparkassen, der Landeshypothekenbanken sowie des Städte- und Gemeindebundes hervor, die Montag abend im Rahmen eines Pressegespräches präsentiert wurde.#

Der Rückgang des Investitionsvolumens, der vor allem bei den kleinen Gemeinden unter 5.000 Einwohner signifikant ist, kann nicht auf eine Sättigung des Bedarfs zurückgeführt werden, sondern auf die finanziellen Probleme der Gemeinden. Diese resultieren aus dem erreichten Ausmaß der Verschuldung sowie den Folgekosten aus den bereits realisierten Investitionen.

Innerhalb der Investitionen sind die Schwerpunkte etwa gleich geblieben: Es dominieren nach wie vor der Sektor Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung mit 36 Prozent, dann folgt Unterricht und Erziehung (13 Prozent), wirtschaftliche Unternehmungen und Versorgungsbetriebe (13 Prozent), Straßenbau (11 Prozent) und Gesundheitswesen (10 Prozent). Investitionsrückgänge gibt es vor allem bei den Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Finanziert werden die Gemeindeinvestitionen zu 25,4 Prozent aus Eigenmitteln, zu 22,6 Prozent aus Zuschüssen und zu 52 Prozent aus Fremdmitteln. Diese teilen sich etwa gleich in öffentliche und Kapitalmarktkredite. Im Vergleich zur Vorerhebung läßt sich bei den kleinen Gemeinden ein starkes Ansteigen des öffentlichen Kredits zu Lasten des Kapitalmarktkredites beobachten. (Schluß) roh/gg

NNNN

Stadtrat Rautner will Bauarbeiten beschleunigen (1)
Utl.: Bessere Information durch Baustellentafeln
=++++

7 #Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Eine Beschleunigung der in seine Geschäftsgruppe fallenden Bauarbeiten ist das vordringliche Ziel des neuen Bautenstadtrates, des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter Roman RAUTNER. In der Pressekonferenz des Bürgermeisters erklärte Stadtrat Rautner am Dienstag, daß er sich vor allem dafür einsetzen wird, die Bautätigkeiten seines Ressorts sowohl innerhalb des Magistrats wie auch mit den ausführenden Baufirmen bestmöglich zu koordinieren und auf diese Weise die Bauzeiten zu verringern. Im Interesse der Wiener Bürger müssen einmal festgelegte Bauzeiten unbedingt eingehalten werden. Bei der Durchführung der Bauarbeiten ist darauf zu achten, daß die Bevölkerung so wenig wie nur möglich gestört wird.

Die öffentlichkeit soll aber auch über die Bauvorhaben besser informiert werden. Das soll mit Baustellentafeln geschehen, aus denen ersichtlich ist,

- welche Magistratsdienststelle den Auftrag gegeben hat,
- welche Firma ihn durchführt (mit Telefonnummer des verantwortlichen Bauleiters),
- um welches Vorhaben es sich handelt (Gebrechen, Erneuerung usw.)
- und wie lange die Bauarbeiten dauern werden.#

Stadtrat Rautner trat für einen sinnvollen Ausbau des hochrangigen Straßennetzes in Wien ein, da die Motorisierung in der Bundeshauptstadt immer noch stark zunimmt. Ende 1982 wurden in Wien insgesamt 576.538 Kraftfahrzeuge registriert, darunter 476.817 Pkw.

In den vergangenen zehn Jahren hat die Zahl der Personenkraftwagen um 28,3 Prozent zugenommen. Allein in den ersten fünf Monaten 1983 stieg die Zahl der Pkw um nicht weniger als 4.237 auf 481.054 an. Nur durch den Ausbau leistungsfähiger Straßen ist es daher möglich, die Wohngebiete vom Verkehr zu entlasten. Beim Ausbau der Hochleistungsstraßen muß allerdings die Umweltbelastung so gering wie nur möglich gehalten werden. Anrainern von Bundesstraßen wird überdies der Einbau von Lärmschutzfenstern mit mindestens 50 Prozent der Kosten mitfinanziert. (Forts.) sc/gg

NNNN

Stadtrat Rautner will Bauarbeiten beschleunigen (2)
=++++

8 Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Als wichtigste Straßenbauprojekte nannte Stadtrat Rautner

- die Fortführung und abschnittsweise Fertigstellung der Donauuferautobahn A 22 zwischen Floridsdorfer Brücke und Praterbrücke,
- die Fortführung der Südost-Tangente A 24 bis Hirschstetten,
- die Detailplanung der Wiener Außenring-Autobahn von Vösendorf bis Kaiser-Ebersdorf, die in den kommenden Jahren die Südost-Tangente entlasten wird,
- die Fertigstellung des Verteilerbauwerks Nordbrücke - Nußdorfer Brücke - Handelskai,
- die Fertigstellung der Donaukanal-Begleitstraßen,
- den Ausbau der Wagramer Straße,
- die Fertigstellung der Lassallestraße (Praterstern - Mexikoplatz),
- die Verbesserung des Anschlusses der Reichsbrücke an den Handelskai und das Schiffahrtszentrum,
- den Umbau des Liechtenwerder Platzes,
- die Herstellung der Anschlüsse des neuen Allgemeinen Krankenhauses an den Inneren und Äußeren Gürtel und
- die Vorbereitungsarbeiten für den Ausbau des Süd- und Westgürtels.

Bedeutende Projekte auf dem Sektor des Brückenbaus sind vor allem

- die Fertigstellung der Roßauer Brücke,
- die Errichtung von Straßen- und Grünbrücken im Bereich der Donauuferautobahn,
- die Überführung des Bahngeländes beim Bahnhof Floridsdorf,
- die Fertigstellung der Ameisbrücke,
- die Unterführung im Bereich Franzensbrücke,
- die Nordbergbrücke beim Universitätszentrum Althanplatz,
- die Errichtung des Kafkastegs über den Handelskai und
- die Errichtung der Urania-Brücke.

(Forts.) sc/gg

NNNN

Stadtrat Rautner will Bauarbeiten beschleunigen (3)
=++++

9 Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die Bündelung des Verkehrs auf Hochleistungsstraßen ermöglicht es, Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Wohngebieten zu treffen. Dazu gehört vor allem die Weiterführung des Wohnstraßenprogramms, zum Beispiel in der Helferstorferstraße (Juridicum), auf dem Michaelerplatz und dem Franziskanerplatz im 1. Bezirk, im Hörnesviertel (Landstraße), auf dem Sobieskiplatz (Alsergrund), in der Mandlgasse (Meidling), in einigen Gassen des 15. Bezirks und in der Pöchlarnstraße (Brigittenau).

Die ersten Maßnahmen zur Realisierung des Radwegegrundnetzes sind die Herstellung eines Teiles des Donaukanalradweges beim Knoten Nußdorf und der Ausbau des Radweges vom Columbusplatz zum Reumannplatz (Anschluß an den Z-Radweg).

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Geschäftsgruppe Bauten wird der Ausbau der Park-and-Ride-Anlagen sein. In Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben sind ferner die bautechnischen und verkehrsorganisatorischen Voraussetzungen für die Beschleunigungsprogramme der Straßenbahn- und Autobuslinien zu schaffen. (Forts. mgl.) sc/gg

NNNN

Stadtrat Rautner will Bauarbeiten beschleunigen (4)
Utl.: Bau der Roßauer Brücke erfolgt planmäßig
=++++

11 Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Roßauer Brücke stellte Stadtrat RAUTNER fest, daß die Bauarbeiten planmäßig verlaufen. Die Brücke selbst ist im wesentlichen - bis auf einige Einbauten und die Beleuchtungsanlagen - fertiggestellt. In Kürze wird nun auch mit den Straßenarbeiten bei den Brückenköpfen begonnen, da der Bundesminister für Bauten und Technik, Karl SEKANINA, heute, Dienstag, der Auftragsvergabe prinzipiell zugestimmt hat. Diese Bauarbeiten werden bewußt auf die Ferienzeit konzentriert, weil dann das Verkehrsaufkommen geringer ist und der Verkehr weniger gestört wird.

Gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" ergänzte Stadtrat Rautner, daß Anfang Oktober eine Abbiegespur von der Oberen-Donau-Straße über die Brücke in Betrieb genommen werden soll. Ende des Jahres werden die Straßenarbeiten im 9. Bezirk abgeschlossen und die Verbindung von der Rembrandtstraße über die Brücke in die Türkenstraße hergestellt sein. (Schluß) sc/ko

NNNN

"Watschn" für Hilfsangebot

=++++

12 Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Bezugnehmend auf einen Artikel im heutigen "Kurier" stellte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER im Pressegespräch des Bürgermeisters fest, sie könne nicht akzeptieren, für ein Hilfsangebot eine "Watschn" des "Watschenmannes" kassieren zu müssen.

Der Artikel bezog sich auf die Tatsache, daß die Stadt Wien seit Jahren im Pädagogischen Institut die "Sozialakademie des Bundes" beherbergt hat, da der Bund für diese Schule kein eigenes Domizil besitzt. Im Zuge der verbesserten Weiterbildung der AHS-Lehrer in Wien, die ein sehr dringendes Problem darstellt, sei nun im Pädagogischen Institut der Stadt Wien eine entsprechende Förderungsstelle eingerichtet worden. Aus diesem Grund benötigt das Institut ab Herbst die von der Sozialakademie des Bundes benützten Räumlichkeiten.

Nach der rechtzeitig erfolgten Kündigung habe Frau Vizebürgermeister seits der Stadt Wien der Akademie ein Quartier angeboten, und zwar eine modernst ausgestattete Pavillonschule im 11. Bezirk. Diese Schule wurde unverständlicherweise als "Baracke" abgelehnt. In Wirklichkeit handelt es sich um Schulpavillons, in denen schon viele Wiener Buben und Mädchen gelernt haben. Auch eine Rundturnhalle steht zur Verfügung. Frau Vizebürgermeister vertrat die Ansicht, daß das, was für Wiens Kinder gut genug ist, auch für angehende Sozialarbeiter, die ja mitten im Leben stehen sollen, geeignet sein müßte. Sie wies daher mit großem Befremden die vom "Kurier" ausgeteilte "Watschn" seits der Stadt Wien, die in dieser Angelegenheit spontan hilfsbereit gewesen sei, zurück. (Schluß)

emw/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 8. Juni 1983 Blatt 1481

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 33. österreichischer Städtetag
(rosa) 4,4 Millionen für ärztliche Forschung
Sozialpsychiatrische Feuerwehr rund um die Uhr

Lokal: Schulschwänzer: Hilfe wird koordiniert
(orange)

Kultur: Zinnfiguren kämpfen um Wien
(gelb)

Nur
über FS: 7.6. Wohnhaus evakuiert
Brand bei Abbrucharbeiten
8.6. Ottakringerin feiert ihren 103. Geburtstag

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Schulschwänzer: Hilfe wird koordiniert

=++++

4 #Wien, 8.6. (RK-LOKAL) In Sachen "Schulschwänzen" fand diese Woche in Floridsdorf das erste regionale Koordinationsgespräch statt, an dem Vertreter des Jugendamtes der Stadt Wien, der Schulbehörden, der Beratungsstellen des Bezirkes sowie der Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters teilnahmen. Ziel der regionalen Arbeitsbesprechung, die auch in den anderen Bezirken durchgeführt werden sollen, ist eine bessere Zusammenarbeit der Experten, damit bei Schulschwierigkeiten Schüler wie Eltern alle Hilfs- und Förderungsmaßnahmen besser nützen können.#

Zwtl.: Schulschwänzern helfen anstatt Eltern bestrafen

Anstelle von meist nicht zielführenden Maßnahmen wie Bestrafung der Eltern oder Schulausschluß und Heimunterbringung des Kindes soll der Zugang zu psychologischen und sozialpädagogischen Einrichtungen von Jugendamt und Stadtschulrat erleichtert werden, und zwar durch bessere Koordination der Stellen untereinander wie auch durch verbesserte Information der Eltern.

Eltern von "Schulschwänzern" wird empfohlen, sich an eine kinder- und jugendpsychologische Beratungsstelle, an eine sozialpädagogische Beratungsstelle, an die Sozialarbeiter in den Bezirksjugendämtern oder an den schulpsychologischen Dienst zu wenden. (Schluß) emw/ap

NNNN

4,4 Millionen für ärztliche Forschung

=++++

5 #Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Förderungsmittel in der Höhe von 4,4 Millionen Schilling aus dem "Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Stadt Wien" überreichte Dienstag abend Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER als Präsident dieses Fonds. Bei den geförderten Anträgen handelt es sich um 15 medizinisch-wissenschaftliche Projekte, die sich nahezu auf alle Gebiete der Medizin erstrecken.#

Univ.-Prof. Dr. Stacher vermittelte im Rahmen der Überreichung eine Übersicht über die bisherige Tätigkeit des im Jahre 1978 über Anregung von Bürgermeister Leopold GRATZ durch den Gemeinderat gegründeten Fonds. Zweck des Fonds ist es, auf möglichst breiter Basis die wissenschaftlichen Arbeiten von Wiener Ärzten zu fördern und zu dokumentieren.

Zwtl.: 152 Projekte bisher gefördert

Von 1978 bis 1982 wurden insgesamt durch das Kuratorium 297 Anträge bearbeitet und dafür über 300 Gutachten eingeholt. Für 152 Anträge wurden Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 54,5 Millionen Schilling bewilligt. Wien ist bisher das einzige Bundesland, das die Forschungstätigkeit seiner Ärzte in dieser Art und Weise fördert. (Schluß) zi/gg

NNNN

Zinnfiguren kämpfen um Wien
Utl.: Dioramen-Schau im Historischen Museum
=++++

9 #Wien, 8.6. (RK-KULTUR) Ergänzend zur Türkenausstellung zeigt das Historische Museum der Stadt Wien im ersten Stock des Museumsgebäudes eine Reihe von Zinnfiguren-Dioramen, die die Ereignisse des Jahres 1683 plastisch veranschaulichen. Die Dioramen, von der "Gesellschaft der Freunde und Sammler kulturhistorischer Figuren 1683" zur Verfügung gestellt, sind bis Ende Oktober, zu den normalen Ausstellungszeiten des Museums, zu sehen.#

Die Zinnfiguren, die in den Dioramen verwendet werden, sind kulturhistorische Figuren, die auf der Grundlage genauer historischer Kenntnisse hergestellt wurden. Sie ermöglichen die Darstellung von Lager- und Kampfszenen, die in ihrer lebhaften, visuellen und leicht erkennbaren Darstellung Interesse bei Groß und Klein erwecken: Figuren, Tiere, Geschütze, Fahrzeuge sowie der jeweilige Hintergrund ergeben zusammen plastische Bilder, einen kleinen Ausflug in die Geschichte für jedermann. (Schluß) gab/gg

NNNN

33. österreichischer Städtetag (1)
Utl.: Appell an die Regierung
=++++

2 #Graz, 8.6. (R-KOMMUNAL) Der heute in Graz zusammengetretene 33. österreichische Städtetag hat eine Resolution beschlossen, in der die neue Bundesregierung aufgefordert wird, die finanzielle und wirtschaftliche Basis der österreichischen Städte und Gemeinden zu stärken. Im speziellen fordert der Städtebund eine verstärkte Beteiligung der Gemeinden am Steuerverbund, die Abschaffung der Landesumlage sowie einen entsprechenden Ausgleich durch Bundesabgaben, falls Lohnsummensteuer und Gewerbesteuer auf Gewerbekapital, wie von der Regierung beabsichtigt, tatsächlich wegfallen sollten.#

Die österreichischen Städte und Gemeinden haben in der Vergangenheit den Hauptteil der öffentlichen Investitionen getätigt und damit zur Belebung der Wirtschaft beigetragen. Hohe Folgekosten dieser Investitionen und die in den letzten Jahren stark gestiegene Verschuldung der Gemeinden haben nun ihren Handlungsspielraum stark eingeschränkt. Deshalb die Forderung nach stärkerer Berücksichtigung der Gemeinden im Finanzhaushalt. Im Rahmen des Finanzausgleiches sollen diesbezüglich möglichst bald Verhandlungen mit der Regierung eingeleitet werden. Der Gemeindeanteil an den Bundessteuern soll in Zukunft unter Berücksichtigung eines bei allen Gemeinden vorhandenen Grundbedarfes und eines unterschiedlichen, sich aus der speziellen Situation der Gemeinde - räumliche Funktion, Ausmaß der wirtschaftlichen Tätigkeit - ergebenden Bedarfes aufgeteilt werden. (Forts.) roh/gg

NNNN

33. österreichischer Städtetag (2)

Utl.: Stärkere kommunale Selbstverwaltung

=++++

3 #Graz, 8.6. (R-KOMMUNAL) Zu den Anliegen des Städtebundes zählt auch die Fortentwicklung des Gemeinderechtes mit dem Ziel, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Bereits 1981 hat der Städtebund zu den zuständigen Stellen dem Entwurf einer Gemeinde-Verfassungsnovelle vorgelegt. Da es seither zu keinem greifbaren Ergebnis gekommen ist, ersucht der Städtebund die neue Bundesregierung nun um eine rasche Verwirklichung dieser Novelle.

Zwtl.: Ja zum Umweltfonds

In seiner Resolution begrüßt der Städtetag die von der Regierung beabsichtigte Einführung eines "Umweltfonds". Luft- und Wasserreinhaltung, Kampf gegen den Lärm und Abfallbeseitigung ziehen allerdings weitere hohe Belastungen für den kommunalen Haushalt nach sich. " Der österreichische Städtetag erwartet daher, daß die Städte und Gemeinden an dem neu zu schaffenden Umweltfonds entsprechend beteiligt werden und in der Fondsverwaltung ein Mitentscheidungsrecht eingeräumt erhalten", wird in der Resolution gefordert. Weiters wird auch an die Regierung appelliert, aus dem Wasserwirtschaftsfonds viele noch unerledigte Projekte rascher als bisher im Interesse des Umweltschutzes zu realisieren.

"Der österreichische Städtetag erhebt diese Forderungen im Bewußtsein der Verantwortung, die die österreichischen Städte und Gemeinden nicht nur für ihre Bürger, sondern für die gesamte weitere Entwicklung unserer Republik tragen. Er erwartet daher, daß in Hinkunft die Gemeinden stärker in die Zusammenarbeit mit Bund und Ländern eingebaut werden, um auch solcherart Bürgernähe und bürgerfreundliche Entscheidungen zu erreichen", schließt die Resolution. (Forts.) roh/gg

NNNN

33. österreichischer Städtetag (3)
Utl.: Blecha: Rechtliche Stellung der Gemeinden verbessern
=++++

7 Graz, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Der Präsident des österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Leopold GRATZ, eröffnete Mittwoch den 33. österreichischen Städtetag in Anwesenheit von Bundespräsident Rudolf KIRSCHLÄGER, der Bundesminister Karl BLECHA und Dr. Harald OFNER, des 2. Nationalratspräsidenten Roland MINKOWITSCH von Landeshauptmann Dr. Josef KRAINER und dem Bürgermeister der gastgebenden Stadt Graz, Dipl.-Ing. Franz HASIBA sowie zahlreicher prominenter Gäste aus dem In- und Ausland.

Innenminister Karl BLECHA bekannte sich in seiner Begrüßungsansprache zum föderalistischen Bundesstaat und der Gemeinde als wichtigen Partner. "Die Bundesregierung wird der Verbesserung der rechtlichen Stellung der Gemeinden besondere Aufmerksamkeit widmen", versprach er. Gespräche über das Forderungsprogramm der Gemeinden werden so rasch wie möglich geführt werden.

Die in der Regierungserklärung angekündigte bürgernahe Verwaltung will Blecha in Zusammenarbeit mit allen ihren Trägern verwirklichen. Die Gemeinden mit ihrem direkten Kontakt zu den Bürgern soll dabei eine wichtige Rolle spielen.

Im Zusammenhang mit den Finanzierungsproblemen versicherte Blecha den Gemeinden als Innenminister seine volle Unterstützung bei allen Gesprächen mit den Gebietskörperschaften. (Forts.) roh/gg

33. österreichischer Städtetag (4)
Utl.: Kirschläger: Gemeinden als Brücken zum Bürger
=++++

8 Graz, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Die Vertreter der Gemeinden bezeichnete Bundespräsident Dr. Rudolf KIRSCHLÄGER als die Klammer, die Volk und Staatsapparat zur Gemeinde verbindet. Sie brächten den Nachweis, daß die Wandlung vom Träger der Hoheitsgewalt zum Partner des Bürgers tatsächlich möglich ist.

Leben und Schicksal der Gemeinden bestimmen Leben und Schicksal unserer Republik maßgeblich mit, stellte Kirchschläger fest. Die jetzigen Finanzierungsprobleme der Gemeinden sollten mit Hinwendung zum rechten Augenmaß bewältigt werden. Zu viel Unbekümmertheit führe zu Krisensituationen. Nur mit Geld lassen sich nicht alle Bedürfnisse der Bürger lösen - gerade die Frage des Umweltschutzes beweise, wie wichtig weitschauende Grundsatzentscheidungen seien. (Forts.) roh/gg

NNNN

33. österreichischer Städtetag (5)
Utl.: Suttner: Gemeinderecht novellieren
=++++

10 Graz, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Der Salzburger Magistratsdirektor Dr. Herbert MEISTER befaßte sich mit der Rechtslage in Bezug auf die Zahlungsunfähigkeit von Gemeinden, die derzeit unbefriedigend ist. Seiner Meinung nach ist eine völlige Neukonzeption notwendig. Ein Exekutionsverfahren gegen ein Gemeindevermögen sollte zur Gänze ausgeschlossen, dafür ein Gläubigerschutz im öffentlichen Recht begründet werden, um die Kreditwürdigkeit der Gemeinden nicht zu gefährden. Eine Möglichkeit dazu wäre die Einschaltung der Aufsichtsbehörde. Die Gebietskörperschaften müßten sich darüber einigen, aus welcher Quelle die entsprechenden finanziellen Mittel kommen sollten.

Der Generalsekretär des österreichischen Städtebundes, Bundesrat Reinhold SUTTNER, legte eine "kommunale Standortbestimmung" vor. Seit der Bundesverfassungsgesetznovelle 1962 hat sich die Rechtslage weiterentwickelt. Die immer wieder geforderte Bürgernähe kann beispielsweise ohne einen Ausbau der Gemeindeautonomie kaum in vollem Umfang verwirklicht werden. 1981 legte der Städtebund einen Entwurf zu einer neuen Novelle des Gemeinde-Verfassungsrechtes vor. Verhandlungen auf Beamtenebene kamen seither zu keinem Ergebnis. Ein Beispiel: Gemeinden über 20.000 Einwohnern ist ein eigenes Statut zu verleihen, falls keine Landesinteressen gefährdet sind. Die Gemeinden haben jedoch nicht einmal das Recht, ein Verfahren zu verlangen, wenn das Land seine Zustimmung verweigert. Des weiteren verlangt der Städtebund ein Anfechtungsrecht von Gesetzen und Verordnungen auch seitens der Gemeinden. "Wir werden unsere Vorstellungen und Wünsche möglichst bald in direkten Gesprächen der Bundesregierung unterbreiten", kündigte Suttner an. (Forts.) roh/gg

NNNN

33. Österreichischer Städtetag (6)
=++++

11 Graz, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Der Vorwurf, die Gemeinden hätten in Konjunkturzeiten zu viel investiert und würden bei schlechterer Wirtschaftslage mit ihren Investitionen zurückgehen, verhielten sich also prozyklisch, stimme nicht, sagte Suttner: Die Zahlen beweisen, daß bei den öffentlichen Investitionen der Anteil der Gemeinden etwa gleich bleibt. Suttner legte dem Städtetag anschließend eine Resolution vor, in der die neue Bundesregierung aufgefordert wird, die Stellung der Gemeinden auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiet zu stärken (siehe "Städtetag 1").

Abschließend verwies Suttner noch auf einige neue Aktivitäten des Städtebundes, die zur Behebung der derzeitigen Probleme beitragen sollen: So wurde kürzlich ein Jugendausschuß gebildet, der auf diesem Sektor Lösungsvorschläge anbieten soll: ein Ausschuß für Organisationsangelegenheiten mit einer zeitgemäßen Neuorganisation der Verwaltung: Das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum hat "Richtlinien zur Ermittlung der Folgelasten kommunaler Investitionen" in Zusammenarbeit mit Städte- udn Gemeindebund erstellt, um den Gemeinden eine Orientierungshilfe auf diesem Gebiet zu geben; und schließlich hat der Städtebund im Rahmen der Stadterneuerungskampagne Ausstellungen, Diskussionen, Broschüren organisiert. All diese Maßnahmen sollen in einer Zeit, in der es auf dem kommunalen Sektor zu einem Umbruch kommt, Lösungsvorschläge anbieten. (Schluß) roh/gg

NNNN

Sozialpsychiatrische Feuerwehr rund um die Uhr (1)
Utl.: Enge Zusammenarbeit mit Polizeiärzten
=++++

6 #Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Der "Sozialpsychiatrische Notdienst" (bisher unter dem Namen Psychosozialer Notdienst bekannt) ist mit 1. Juni in seinen neuen Stützpunkt im 9. Bezirk, Fuchsthallergasse 18, übersiedelt. Die Notfallseinrichtung steht unter den Telefonnummern 31 84 19 und 31 84 20 Tag und Nacht, auch an Wochenenden und Feiertagen für Soforteinsätze zur Verfügung. Mittwoch wurde der erweiterte Notdienst - in dessen Rahmen Sozialpsychiater und Therapeuten arbeiten - in seinem neuen Stützpunkt von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegespräches vorgestellt. Laut Stacher soll durch eine enge Zusammenarbeit mit den Wiener Polizeiärzten künftig die Zahl der Zwangseinweisungen in die Psychiatrie weiter reduziert werden.#

Zwtl.: 3.000 Zwangseinweisungen jährlich

Gegenwärtig gibt es in Wien jährlich noch immer rund 3.000 Zwangseinweisungen, das sind mehr als die Hälfte aller Aufnahmen. Im internationalen Vergleich ist diese Zahl, wie Stacher erklärte, noch immer erschreckend hoch. Die in der soeben begonnenen Legislaturperiode vorgesehenen Reform des Bundesgesetzes über die Zwangseinweisungen, soll in ganz österreich die Zahl der Zwangsaufnahmen durch entsprechende Alternativen senken. In Wien, wo es bereits einen gut ausgebauten Psychosozialen Dienst gibt, soll mit dem Ausbau dieser Notfallseinrichtung ein praktischer Vorgriff auf die neuen Bestimmungen erfolgen.
(Forts.) zi/ko

NNNN

Sozialpsychiatrische Feuerwehr rund um die Uhr (2)
Utl.: Hilfe vor Zwang
=++++

12 Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Im Jahr 1978, zu Beginn der Reform, lag der Anteil der freiwilligen Aufnahmen in Wien nur bei 17 Prozent. Bis jetzt konnte dieser Anteil mit über 37 Prozent mehr als verdoppelt werden. Dennoch ist im internationalen Vergleich die Zahl der Zwangsaufnahmen nicht nur in Wien, sondern in ganz österreich noch immer viel zu hoch. Nach Meinung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher muß die notwendige Hilfe jedoch Vorrang gegenüber dem Zwang und dem Einsperren haben. Ebenso könnte man nicht akzeptieren, daß dieselben Krankheitszeichen, die in vielen anderen Ländern ohne Zwang behandelt werden, in Wien zur polizeiärztlichen Einweisung, zum Anlegen von Vormerkakten und zu weiteren Nachteilen für die Betroffenen führen. Durch neue Möglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit mit dem Psychiatrischen Krankenhaus und vor allem mit den Polizeiamtsärzten soll daher die noch immer sehr hohe Zahl an Zwangseinweisungen gesenkt werden.

Zwtl.: Psychiatrische Hilfe in Krisenfällen

In gemeinsamen Gesprächen mit Vertretern der Wiener Polizei und den Polizeiärzten wurden daher Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit besprochen. Bekanntlich erfolgen die Zwangseinweisungen in der Psychiatrie laut Gesetz nur durch beamtete Polizeiärzte. Wie wichtig jedoch die Zusammenarbeit mit Psychiatern und Therapeuten gerade in Notsituationen ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß sich unter den über 40 Polizeiamtsärzten in Wien kein einziger Facharzt für Psychiatrie befindet. (Schluß) zi/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 9. Juni 1983 Blatt 1492

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	Rautner: Ausbau der B 222 und der B 223 nicht aktuell
Kommunal: (rosa)	Vorsitzender des Bautenausschusses 33. österreichischer Städtetag
Lokal: (orange)	"Sanfte" Stadterneuerung erfolgreich abgeschlossen Leopoldstadt: Vorrang für Wohnbau und Altstadterhaltung
Kultur: (gelb)	Festwochen: Bilanz 83 und Vorschau 84
Termine: (weiß)	Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung Führungen durch das Wiener Rathaus

Nur über FS:

8.6. Straßenbahnunfall im 3. Bezirk

9.6. Türkischer Kaffee, Volkstänze und Schrammeln
Schulfußballfinale in Wien
Penzinger Kirtag: Stärkster Wiener und Miß Aerobic gesucht
75.000 Besucher in der Türkenausstellung

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

Vorsitzender des Bautenausschusses

=++++

3 #Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) In der ersten Sitzung des neuen Gemeinderatsausschusses für Bauten wurden Donnerstag vormittag einstimmig Gemeinderat Franz ROSENBERGER (SPö) zum Vorsitzenden und die Gemeinderäte Hans BROSCH (SPö) und Dr. Peter MAYR (öVP) zu seinen Stellvertretern gewählt.#

Der Bautenausschuß genehmigte einstimmig eine Reihe von Projekten. Die Baumeisterarbeiten für den Neubau einer Werkstättenhalle der 1. Zentralberufsschule in der Mollardgasse werden rund 11 Millionen Schilling erfordern. Insgesamt werden für die Instandsetzung der Schule in den nächsten Jahren mehr als 114 Millionen Schilling aufgewendet werden.

Auf der Kennedybrücke werden die Fahrbahn- und Gehwegbeläge sowie der Korrosionsschutz an den Geländern um 8,3 Millionen Schilling erneuert.

In der Leberstraße in Simmering wird eine Bundesbrückenmeisterei errichtet, die für die Überprüfung, Instandhaltung und Instandsetzung der Wiener Brücken im Zuge von Bundesstraßen sorgen wird. Die Anlage wird rund 50 Millionen Schilling kosten. Der Bautenausschuß bewilligte für die architektonischen, haustechnischen und statischen Zivilingenieurarbeiten einen Betrag von 5,5 Millionen Schilling.

Im Amtshaus 12, Schönbrunner Straße 259, wird ein neuer Aufzug installiert, der für die Benützung durch Behinderte geeignet ist.

Mit Stimmenmehrheit genehmigte der Bautenausschuß die Adaptierung der Büroräume der ehemaligen Geschäftsgruppe Stadtplanung für die Zwecke der Geschäftsgruppe Verkehr und Energie. Es werden Verrohrungen der fernmeldetechnischen Einrichtungen und für die Beleuchtung durchgeführt, ferner Fußböden teilweise instandgesetzt und Maler- und Tapeziererarbeiten durchgeführt.

(Schluß) sc/gg

NNNN

"Sanfte" Stadterneuerung erfolgreich abgeschlossen
Utl.: Fröhlich-Sandner eröffnet "Planquadrat IV"
=++++

5 Wien, 9.6. (RK-LOKAL) Mit einem Fest feiert das "Planquadrat IV", ein Häuserblock zwischen Margaretenstraße, Preßgasse, Mühlgasse und Schikanedergasse im 4. Bezirk, den gelungenen Versuch einer "sanften" Stadterneuerung, in deren Zuge im Laufe von zehn Jahren Häuser revitalisiert und in den Innenhöfen Grünflächen und Spielplätze angelegt wurden. In enger Zusammenarbeit zwischen den Bewohnern des Planquadrats und der Wiener Stadtverwaltung mit Unterstützung des Bautenministeriums (Wohnbauforschung) und des ORF, der die Anfangsphase dieses Projekts durch ausführliche Fernsehsendungen begleitet und unterstützt hat, wurde hier eine Möglichkeit gezeigt, wie Stadterneuerung und Schaffung von Grünraum unter Mitwirkung der betroffenen Bewohner realisierbar ist.

Vizebürgermeister FRÖHLICH-SANDNER bezeichnete in ihrer Festansprache die hier gezeigte Verflechtung von öffentlicher und privater Initiative als zukunftsweisend für die Entwicklung einer Stadt, in der Menschen aller Altersstufen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen zusammenleben. (Schluß) emw/gg

NNNN

33. österreichischer Städtetag (1)
Utl.: Appell von Minister Steyrer
=++++

4 Graz, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Der 33. österreichische Städtetag wurde Donnerstag mit einem Referat von Bundesminister Dr. Kurt STEYRER fortgesetzt. Steyrer wandte sich in einem eindringlichen Appell an die beim Städtetag anwesenden Bürgermeister und Gemeinderäte, im eigenen Bereich verstärkt am Umweltschutz mitzuarbeiten und den "Kantönligeist" zu vergessen. "Umweltschutz beginnt in den Städten und Gemeinden", stellte Steyrer fest. "Jeder Bürgermeister hat in seinem Bereich mehr Kompetenzen als ich."

"Wir haben seit 1945 agiert, als ob wir die letzte Generation dieser Erde wären", sagte Steyrer. Die natürliche Regeneration der Umwelt ist heute bereits entscheidend geschwächt. Das Abholzen riesiger Regenwälder betrifft in seinen klimatischen Auswirkungen die ganze Welt. Die So2-Belastung beträgt bereits 440.000 Tonnen im Jahr. Die Bleiemissionen verursachen entlang der Straßen bereits nachweisbare Schäden an den Kindern. In diesem Zusammenhang erinnerte Steyrer an sein erstes Anliegen als Minister, die Reduktion des Bleigehaltes im Benzin. "Letztes Ziel muß natürlich das bleifreie Benzin sein, aber bereits die Reduktion von 0,4 auf 0,15 Gramm bei Normalbenzin stellt einen Erfolg dar. Auch bei Super wird es mit 1. Juli zu einer Reduktion des Bleigehaltes kommen", konnte Steyrer feststellen.

Weiters verwies Steyrer auf die Probleme mit der Trinkwasserversorgung. In der Mitterndorfer Senke, einem der größten Trinkwasserreservoire Mitteleuropas, wurden chlorierte Kohlenwasserstoffe festgestellt. Mehr als 60.000 in ihren Auswirkungen zum Großteil noch unerforschte Chemikalien kommen ins Wasser. Die Kärntner und Salzkammergut-Seen mußten mit riesigem Aufwand saniert werden. Zur Erhaltung der Umbal-Wasserfälle sagte Steyrer: "Diese Wasserfälle besitzen bereits Symbolgehalt für die Erhaltung einer unangetasteten Landschaft, deshalb muß alles für sie getan werden". Umweltschutz sei eine ungeheure demokratische Aufgabe, ein Langzeitprogramm mit sehr ausgeprägter moralischer Komponente, das jeder einzelne durchführen muß, stellte Steyrer abschließend fest. (Forts.) roh/ko

NNNN

33. österreichischer Städtetag (2)
Utl.: Gratz verspricht Unterstützung der Länder bei Senkung der Emissionswerte
=++++

6 Graz, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Bei einer anschließend an sein Referat am Städtetag stattgefundenen Pressekonferenz forderte Minister Dr. Kurt STEYRER wiederum die Einführung von Umweltschutzreferenten für jede Gemeinde. "Nach meinem Appell an die Bürgermeister bin ich in dieser Hinsicht sehr zuversichtlich", stellte er fest. Zur Wiener Situation sagte Steyrer, die Gemeinde Wien habe mit der Schaffung eines mit großen Kompetenzen ausgestatteten "Superressorts" unter Stadtrat Peter SCHIEDER den Umweltschutz stark aufgewertet.

Bundesminister Dr. Kurt STEYRER stellte in Bezug auf die Resolution des Städtetages abschließend fest, daß er bei den Verhandlngen um den einzurichtenden Umweltschutzfonds für eine breite Streuung des Mitspracherechts, auch für die Gemeinden, eintreten werde. Kürzlich wurde eine Kommission gegründet, die während der Sommermonate die Einzelheiten festlegen werde.

Wiens Bürgermeister Leopold GRATZ bezeichnete den Umweltschutz als gigantisches kommunales Investitionsprogramm für die Gemeinden auf viele Jahre hinaus. Er stehe deshalb auch nicht im Gegensatz zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Umweltschutz dürfe sich nicht darauf beschränken, gewisse Dinge nicht zu tun. Beispiel dafür sei die aktive Wiener Grünpolitik. Praktisch alle Grünanlagen innerhalb der Stadt wurden in diesem Jahrhundert geschaffen. Die Einrichtung des Umweltschutzfonds begrüßte Grazt. Zur Finanzierung aus einer eventuellen Energieabgabe stellte Gratz fest, es dürfe sich dabei um keinen Prozentsatz, sondern nur um einen für alle Bundesländer gleichen Betrag je verbrauchter Einheit handeln, da die über Wasserkraft verfügenden westlichen Bundesländer ohnehin bereits einen niedrigeren Strompreis hätten. (Forts.) roh/ko

NNNN

33. österreichischer Städtetag (3)
=++++

7 Graz, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Bei der Senkung der Emissionswerte versprach Bürgermeister Gratz, sich auf die vergangenen Montag stattgefunden habende Landeshauptleutekonferenz berufend, Minister Steyrer die volle Unterstützung der Bundesländer. "Wir werden für Sie sicher bessere Verbündete sein als die Interessensgemeinschaften, mit denen Sie auf Bundesebene verhandeln müssen", sagte Gratz.

Zu der in der Städtetag-Resolution kritisierten Absicht der Bundesregierung, Lohnsummensteuer und Gewerbesteuer auf Gewerbekapital abzuschaffen, erklärte Gratz, es handle sich dabei nur um einen Vorschlag, der in den Verhandlungen um den Finanzausgleich zur Diskussion stehen werde. Die Länder und Gemeinden - der Städtebund ist in die Verhandlungen einbezogen - würden sich dem entgegenstellen. Ein Wegfall dieser Steuern würde den finanziellen Ruin für die Gemeinden bedeuten. Sollte es sich, wie von Bundeskanzler Sinowatz angekündigt, um einen paktierten Finanzausgleich handeln, könne er sich die Abschaffung der Steuern gegen den Willen der Länder und Gemeinden nicht vorstellen. Der Klagenfurter Bürgermeister Leopold GUGGENBERGER sprach in diesem Zusammenhang bei der Pressekonferenz sogar von dem Vorschlag einer "kommunalpolitischen Jungfrau". Vizekanzler Steger habe vermutlich mit seinen eigenen Bürgermeistern keine Rücksprache gehalten, ehe er die Abschaffung der Steuern vorschlug. (Schluß) roh/gg

NNNN

Festwochen: Bilanz 83 und Vorschau 84 (1)
Utl.: Stadtrat Mrkvicka neuer Festwochenpräsident
=++++

9 #Wien, 9.6. (RK-KULTUR) Der neue und der alte Festwochenpräsident, Stadtrat Franz Mrkvicka und Unterrichtsminister Dr. Helmut ZILK, legten Donnerstag eine Bilanz der Wiener Festwochen 1983 und gaben Pläne für 1984 bekannt. Als Mitglied des Programmdirektoriums wird Zilk weiterhin den Wiener Festwochen zur Verfügung stehen. Zum neuen Präsidenten wurde Stadtrat Franz Mrkvicka gewählt.#

Die Festwochen 1983 weisen eindrucksvalle Besucherzahlen auf. So kamen zum Clownsfestival 30.000 zahlende und insgesamt 240.000 Besucher in die Zeltstadt. Bereits 75.000 Personen besuchten die große Türkenausstellung, für die man bis zu 400.000 Besucher erwartet. Positive Aufnahme fanden auch die anderen Veranstaltungen wie das Trickfilmfestival, das Musikfest der Konzerthausgesellschaft, die Ringvorlesung "Auf Gottes Spuren in österreich", die Reihe "Töne und Gegentöne" sowie die Gastspiele im Theater an der Wien, allen voran das Bolschoi-Ballett, das seit Wochen ausverkauft ist.

In seiner Gesamtbilanz der Jahre 1980-83 wies Zilk auf zahlreiche Neuerungen hin, zu denen auch die organisatorische Neugestaltung mit der Installierung des Programmdirektoriums zählt, Weiters nannte der Minister das "Festival der Heiterkeit", die Uraufführungen zeitgenössischer Werke, die Betonung Wiens als "Brücke zwischen Ost und West", die zahlreichen Gastspiele internationaler Bühnen und die Zurückholung der Avantgarde in das Programm der Festwochen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Festwochen: Bilanz 83 und Vorschau 84 (2)
Utl.: Mrkvicka: Wünsche an den Bundesminister Zilk
=++++
10 Wien, 9.6. (RK-KULTUR) Als neuer Festwochenpräsident richtete Stadtrat Mrkvicka einige Wünsche an Minister Zilk, für die sich dieser bereits in seiner Ära eingesetzt habe. Dazu zählen eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Stadt Wien, vor allem eine Verbesserung der Kooperation zwischen den Bundesbühnen und den Festwochen. Weiters könne er sich auch verstärkte finanzielle Zuwendungen des Bundes für die Wiener Festwochen vorstellen. Mrkvicka erhielt auf seine Frage die Zusage für verstärkte Bemühungen auf allen Gebieten, vor allem auf dem Gebiet der Zusammenarbeit mit den Bundestheatern werden sicher Lösungenen gefunden werden können, meinte Zilk.

Als Festwochen-Schwerpunkte 1984 wurden das Projekt "Die Zeit der Puppen", die Großausstellung "1984" aus der Sicht Orwells, zwei Gastspiele - Jerome Savarys "Bye, Bye Show Biz" und "American Dance Machine" - sowie die Uraufführung des Auftragswerkes "Der Weltuntergang" von Wilhelm Zobl und Peter Vujica angekündigt. "Zeit der Puppen" wird auch das Motto des Musikfestes im Musikverein sein, eine Ausstellung "Die Graphik des deutschen Expressionismus" im Künstlerhaus ist bereits fixiert.

Für 1985 stehen bereits ein Gaspspiel des Kabuki-Theaters und die Produktion von Händels "Julius Cäsar" fest. (Schluß) gab/ko

NNNN

Leopoldstadt: Vorrang für Wohnbau und Altstadterhaltung

=++++

11 Wien, 9.6. (RK-LOKAL) Bezirksvorsteher Rudolf BEDNAR von der Leopoldstadt hob bei der konstituierenden Sitzung der Bezirksvertretung des zweiten Bezirkes den Vorrang für den sozialen Wohnbau und für Maßnahmen zur Altstadterhaltung in der Leopoldstadt hervor. Im zweiten Bezirk seien fast ein Drittel aller Wohnungen Sub-Standard-Wohnungen. Daher müßten, so Bednar, alle Maßnahmen zur Reduzierung dieses hohen Substandard-Wohnanteils getroffen werden.

Zu den weiteren Zielen der neuen Bezirksvertretung gehören die Fortsetzung des schon begonnenen Ausbaues der Grünräume im Bezirk sowie der Hochwasserschutz und die Sanierung der wichtigen Straßenzüge. Auch die Maßnahmen zur Verbesserung der infrastrukturellen Einrichtungen müssen weiterverfolgt werden. (Schluß) fk/ap

NNNN

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung
=++++

Wien, 9.6. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche findet folgende Wiener Bezirksvertretungssitzung statt:

MITTWOCH, 15. JUNI:
Innere Stadt, 1, 14.30 Uhr, Bezirksvorstehung 1

Führungen durch das Wiener Rathaus
=++++

Wien, 9.6. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 10. Juni 1983 Blatt 1503

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet: Stacher: Medizinstudenten sollen Pflegepraktikum
(grau) absolvieren

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
Gratz: Gemeinsam um einheitlichen Stromtarif kämpfen

Lokal: Jugendzentrum Kaiser-Ebersdorf übersiedelt
(orange)

Nur
über FS: Stadionbrücke: Kleinbus stürzte in den Donaukanal
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Betontransporter umgestürzt - zwei Verletzte
Grätzlfest am Schöpfwerk
Blitzschlag in Oberleitung

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Wiener Landtag (1)
Utl.: Fragestunde
=++++

5 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Landtages wurde mit der Fragestunde eröffnet. Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. ARTHOLD (ÖVP), welche Auswirkungen eine mögliche Auflösung der Sondermülldeponie der EBS in Schwechat hat, sagte Stadtrat SCHIEDER, daß die derzeitige Zwischenlagerung durch die EBS gesetzlich gedeckt ist und eine Fristverlängerung zur Lösung der Probleme gebraucht wird. Letzten Endes geht es um die bestmögliche Umwandlung des Sondermülls und die Deponierung der Reste, wobei die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern nötig ist, um ein unwürdiges "Herumschieben" der Probleme zu verhindern. Als besonders wesentlich bezeichnete Schieder die Bemühungen um die Anfallverminderung von Sondermüll durch den möglichen Verzicht auf Produkte und Produktionsmethoden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann eine Lösung der Probleme rund um die Sondermüllbeseitigung zu sehen ist, sagte Schieder, die Planungen dafür werden in einem Jahr abgeschlossen sein, die technische Ausstattung spätestens zwei bis zweieinhalb Jahre danach. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er weiterhin daran denke, Sondermüll auch aus anderen Ländern anzunehmen, sagte Schieder, die Probleme der Beseitigung können in österreich nur durch die Zusammenarbeit der Bundesländer gelöst werden. Darüber hinaus wäre die Kooperation mit anderen Ländern, wie etwa Ungarn, anzustreben, da nicht jedes Land in Europa für jeden Giftstoff eine Anlage haben könne. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (2)
Utl.: Fragestunde
=++++

6 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE vom LAbg. LUSTIG (SPÖ), wie weit die im Baumschutzgesetz vorgesehenen Möglichkeiten, Ersatzpflanzungen durchzuführen. Wahrgenommen werden, sagte Stadtrat SCHIEDER, daß diese Verpflichtung erst dann erfüllt ist, wenn nach fünf Jahren keine Schädigungen an den Ersatzpflanzungen festgestellt werden. Im Jahr 1982 wurden für 667 entfernte Bäume insgesamt 3367 Ersatzpflanzungen vorgenommen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welcher Prozentsatz der Ersatzpflanzungen erhalten bleibt, sagte Schieder, daß die 1982 erfolgte Überrprüfung der Ersatzpflanzungen des Jahres 1977 ergeben hat, daß die meisten Bäume unbeschädigt erhalten geblieben sind. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Landtag (3)
Utl.: Fragestunde
=++++

7 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die 3. ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Maßnahmen er zur wirksameren überwachung der geförderten Wohnbauträger treffen werden, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß ab sofort die Magistratsabteilung 25 laufende Bauvorhaben stichprobenartig überprüfen werde. Das Schwergewicht der genauen Erhebungen liegt dabei auf dem aktuellen Istzustand. Diese Kontrolle soll verhindern, daß zum Beispiel öffentliche Gelder zwischenzeitlich widmungsfremd verwendet werden. Angestrebt wird auch ein enges Einvernehmen mit den Kreditinstituten.Die Kontrolle durch den Magistrat ist als Ergänzung zur Tätigkeit des Prüfverbandes zu sehen. LAbg. Dr. HIRNSCHALL bezeichnete diese Maßnahme als einen brauchbaren Schritt, der allerdings das Problem nicht zur Gänze löse. Notwendig sei eine regelmäßige Kontrolle der Bonität der einzelnen Genossenschaften. Er stellte die Frage, ob auch HOFMANN der Meinung sei, daß sich die geförderten Wohnbauträger einer Kontrolle des Kontrollamtes unterwerfen müßten. HOFMANN antwortete, daß die Kontrolle der Genossenschaften selbst durch den Prüfverband weitestgehend zufriedenstellend sei. Die Frage, die sich für alle Landesregierungen stellt, ist die Verwertung der Prüfvermerke. Er vertrete die Meinung sagte HOFMANN, daß zunächst einmal die Behörde, welche die Förderungsmittel vergebe, selbst deren Verwendung kontrollieren soll. Die Frage einer eventuellen Einschaltung des Kontrollamtes könnte sich erst in einer nächsten Instanz stellen.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, welche geförderten Wohnbauträger ihm derzeit Sorgen bereiten, antwortete HOFMANN, daß er dies derzeit noch nicht exakt beantworten könne. Spektakuläre Fälle seien allerdings, so weit er dies derzeit absehen könne, in nächster Zeit nicht zu erwarten. (Forts.) ger/ko

Wiener Landtag (4)
Utl.: Fragestunde
=++++

8 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. Christine SCHIRMER (SPÖ), wieviele Anträge es bei der vorzeitigen Rückzahlung von Wohnbauförderungsdarlehen im Jahr 1982 gegeben habe, antwortete StR. HOFMANN, daß 2.344 Anträge auf begünstigte Rückzahlung erledigt wurden. Auf eine Zusatzfrage bezifferte HOFMANN die auf diese Weise zurückfließende Summe mit zirka 203 Millionen Schilling. (Forts.) ger/ap

Wiener Landtag (5)
Utl.: Fragestunde
=++++

11 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE vom LAbg. Dr. PETRIK (öVP), wieviele Meldungen von unvermieteten Wohnungen bisher eingegangen sind, antwortete Stadtrat MAYR (SPö), daß 50.000 Fragebogen an die Liegenschaftseigentümer ausgesandt wurden. Bis auf 260 sind alle Fragebogen zurückgelangt. Eine Feststellung der Zahl der unvermieteten Wohnungen wurde bisher nicht durchgeführt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviel diese Steuer eingebracht habe, gab Stadtrat Mayr bekannt, daß bis jetzt 600.000 Schilling an Vorauszahlung geleistet wurden. Stichtag für die Steuererklärung sei der 31. März 1984.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie hoch der Sach- und Personalaufwand für diese Sondersteuer sei, betonte Stadtrat Mayr, daß es keine Personalvermehrung gegeben habe. Das Gesetz habe auch nicht im Sinn, nur Steuer einzutreiben. Dahinter stehe die politische Absicht, die Kosten des Freihaltens einer Wohnung so hoch anzusetzen, daß sie vermietet wird. Stadtrat Mayr lud die öVP zur Zusammenarbeit ein, damit angesichts der 20.000 vorgemerkten Wohnungssuchenden in Wien kein Wohnraum ungenützt bleibt. (Forts)
fk/ap

NNNN

Wiener Landtag (6)
Utl.: Fragestunde
=++++

12 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE vom LAbg. OUTOLNY (SPö), welche Stellungnahme die Finanzreferenten der Bundesländer zu der von Wien vorgeschlagenen Steuer auf Einweggebinde abgegeben haben, sagte Stadtrat Mayr, daß leider keine einheitlichen Stellungnahme möglich war. Er habe aber die Absicht, den entsprechenden Gesetzentwurf dem Landtag zuzuleiten. Wenn es nötig sei, müsse Wien einen Alleingang für diese Umweltschutzsteuer unternehmen, was hoffentlich Beispielsfolgen auf andere Bundesländer habe.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese Steuer auf Einweggeebinde auch für andere Verpackungen möglich sei, sagte Mayr, daß es hier rechtliche und technische Schwierigkeiten gibt. Es sei nur eine Erfassung beim Verbraucher und nicht beim Erzeuger möglich. Die Erfassung solcher Verpackungen könnte nur der Bundesgesetzgeber erreichen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob überlegungen bestehen, die Getränkesteuer zugunsten der alkoholfreien Getränke zu ändern, betonte Mayr, daß die Getränkesteuer eine Gemeindesteuer sei, die bundeseinheitlich geregelt ist. Sie sei eine reine Verbrauchssteuer, was zu Wettbewerbsverzerrungen, siehe Vösendorf, führen kann. Er strebe eine gleichmäßige Belastung an und suche mit übereinstimmung des Gastgewerbes eine neue Lösung. (Forts.) fk/ko

Wiener Landtag (7)
Utl.: Fragestunde
=++++

13 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. Hildegard WONDRATSCH (SPö), ob die letzte Erhöhung der Vergnügungssteuer zu einer Verringerung der Geldspielautomaten geführt hat, antwortete Stadtrat MAYR, daß sich die Zahl der Geräte seit der letzten Erhöhung von April 1983 bis Mai 1983 um 133 Automaten verringerte.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob durch die verminderte Zahl der Geräte Einbußen bei den Steuern eingetreten sind, berichtete Stadtrat Mayr, daß die Steuererträgnisse aus den Spielautomaten um rund 3 Millionen Schilling gestiegen sind. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach der weiteren Vorgangsweise bei Geldspielautomaten, antwortete Stadtrat Mayr, daß man die Entwicklung der Spielautomaten genau beobachten werde. Ein völliges Verbot halte er nicht für richtig, da zu befürchten sei, daß die Geldspielautomaten trotzdem aufgestellt werden. Wirtschaftliche Maßnahmen beziehungsweise hohe Steuern sollen das Aufstellen solcher Apparate in Grenzen halten. (Forts.) ba/gg

Wiener Landtag (8)
Utl.: Fragestunde
=++++

14 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) nach den möglichen Verbesserungen beim Bundesstraßennetz, zählte StR. RAUTNER (SPÖ) die nächsten Maßnahmen im Bundesstraßennetz auf:

o Fertigstellung des letzten Teilstückes der A 4 - Ostautobahn
o Fertigstellung der A 22 - Donauuferautobahn bis Knoten Kaisermühlen
o Fertigstellung des Abschnittes Floridsdorfer Brücke bis inklusive Brigittenauer Brücke, voraussichtlich im Herbst 1984
o Fertigstellung des Verkehrsbauwerkes Nordknoten, voraussichtliche Verkehrsfreigabe September 1983
o Fertigstellung der Rossauer Brücke samt Anschlußbereich im Herbst 1983
o Ausbau der B 7 - Brünner Straße ab der Schnellbahnbrücke stadtauswärts
o weiterer Ausbau der B 8 - Angerer Straße im Bereich der Wagramer Straße
o Abschnittsweiser Ausbau der B 225 - Wienerbergstraße
o Ausbau der Donaukanalbegleitstraße (B 227)
o Umbau des Lichtenwerder Platzes. Außerdem sollen folgende Vorhaben rasch realisiert werden:
o A 21 Wiener Außenringautobahn vom Knoten Vösendorf zum Knoten Kaiser Ebersdorf
o Forcierung der Projektarbeiten für die A 24 - Autobahn Nordost-Tangente
o Untersuchung einer leistungsfähigen West- und Südeinfahrt, einer Untertunnelung des Grünen Berges sowie der Tieflegung des Gürtels in extrem verkehrsbelasteten Bereichen.

(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Landtag (9)
Utl.: Fragestunde
=++++

15 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Projekten B 222 und Flötzersteig betonte StR. RAUTNER, daß die beiden Projekte nicht totgesagt werden könnten, denn sie seien vorhanden. Es handelt sich nur darum auf welche Art und Weise sie realisiert werden. Dazu gibt es verschiedene Planungsvarianten und zahlreiche Gespräche.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE ob künftig Bauaufträge erst nach Vorliegen von Umweltverträglichkeitsprüfungen vergeben werden erklärte StR. RAUTNER, er sei der Überzeugung, ökologie und Bau sind miteinander in Einklang zu bringen. Vor der Vergabe von Aufträgen werden alle berufenen Instanzen eingeschaltet, um zu prüfen wie Belästigungen für die Bevölkerung vermieden werden können. (Forts.)
ba/ap

NNNN

Wiener Landtag (10)
Utl.: Anträge
=++++

16 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Folgende Anträge der öVP wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen: Ein Antrag zur objektiven Vergabe von Gemeindewohnungen, ein Antrag zum Ausbau der Kontrolle in Wien, ein Antrag, den Bezirken einen eigenen Wirkungsbereich zu geben, ein Antrag zum Ausbau der direkten Demokratie in Wien, ein Antrag zur Regelung der Prostitution und ein Antrag zur Schaffung eines unabhängigen Bürgerbüros.

Ein Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, wegen des Deliktes der "üblen Nachrede" die Immunität vom LAbg. EDLINGER (SPö) aufzuheben, wurde einstimmig abgelehnt.

Zwtl.: Demokratisierungsdebatte

Stadtrat Friederike SEIDL (SPö) beantragte die Änderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, die vorsieht, daß zur Bildung eines "Klubs des Gemeinderates" nicht mehr die Mindestzahl von drei Gemeinderatsmitgliedern erforderlich ist.

LAbg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (öVP), begrüßte die Vereinfachung des Klubbildungsrechtes als wichtigen Schritt für die Minderheitsrechte. Welan forderte in diesem Sinn noch mehr Rechte für den einzelnen Bürger und eine stetige Demokratisierung als Boden für einen stetigen Wandel. Voraussetzung dazu sei der informierte, aktive Bürger und die poliische Aufwertung der Bezirke. Wien braucht Ideen, schloß Welan, die Wiener werden sie liefern. (Forts.) gab/ko

Wiener Landtag (11)
Utl.: Demokratisierungsdebatte
=++++

17 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Mag. KAUER (öVP) verwies auf die von der öVP eingebrachten Anträge als Beiträge zur verstärkten Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Wien. Dazu zählte Kauer den Antrag für den Ausbau der Bezirksrechte, für die sich auch Personalstadtrat Friederike Seidl ausgesprochen habe. Ferner den Antrag für den Ausbau der direkten Demokratie durch die Erleichterung von Volksbefragung und Volksabstimmung und die Ermöglichung, diese Instrumente auch in Teilbereichen der Stadt zur Anwendung zu bringen. Im Bereich der Kontrolle forderte Kauer die SPö auf, Untersuchungsausschüsse in Wien zuzulassen. Ein Bürgerbüro wie in Graz soll dem einzelnen Bürger verstärkten Zugang zu seinen Rechten verschaffen. Alle diese Initiativen seien in dem Satz "Geben Sie mehr Demokratie" zu subsumieren, schloß Kauer. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (12)
Utl.: Demokratisierungsdebatte
=++++

18 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Gerade in Wien gibt es eine Fülle demokratischer Einrichtungen, sagte LAbg. Prof. WIESINGER (SPÖ). Wir sind auf dem Weg, die von uns selbst aufgestellten Programmpunkte Zug um Zug zu erfüllen. Die Demokratie sei sowohl ein Instrument zur Herrschaft der Mehrheit als auch zum Schutz der Minderheit. Die ÖVP erwecke manchmal den peinlichen Eindruck, das, was die Wähler ihr nicht gegeben haben, auf Umwegen erreichen zu wollen. Mit Verfassungen müsse man vorsichtig umgehen. Wir wehren uns nicht gegen Reformen, aber, betonte WIESINGER, es kann auch zu Tode reformiert werden. Die Stadtverfassung sei keineswegs museal.

LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) anerkannte die Bereitschaft des Landtages, die heutige Novelle zu beschließen, die auch seiner Fraktion die Arbeitsgrundlagen im Rathaus ermöglichen. Wenn man Minderheiten gerecht behandeln will, so müsse man ihnen auch gerechte Möglichkeiten im Wahlrecht zubilligen. Eine Reform des Wiener Wahlrechtes sei notwendig. Die FPÖ erreichte mit 5,4 Prozent der Stimmen bekanntlich nur zwei Prozent der Mandate. Die Mitglieder der Bezirksvertretungen haben bei der Wahl des Bezirksvorstehers weniger Rechte als die Gemeinderäte eines Dorfes. HIRNSCHALL unterstrich die Notwendigkeit, die Kontrollrechte auszubauen. Das Kontrollamt sollte auch die geförderten Wohnbaugenossenschaften kontrollieren. Im Bereich der direkten Demokratie seien weitere Schritte zu setzen.

StR. Friedrike SEIDL (SPÖ) betonte in ihrem Schlußwort, daß für Verfassungsänderungen eine breite Diskussion und auch eine breiter Konsens aller Parteien sinnvoll und notwendig seien. Es soll eine Ausgewogenheit zwischen direkter und repräsentativer Demokratie herrschen. Die Novelle des Jahres 1978 brachte bereits sehr brauchbare Instrumente der direkten Demokratie.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Schluß) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Fragestunde
=++++

19 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung wurde mit einer Fragestunde eingeleitet. Die ERSTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), welche Ergebnisse eine Untersuchung über bekanntgewordene Scheintrauungen beim Standesamt Wien Margareten erbracht hätte, sagte Stadttrat Friederike SEIDL (SPÖ), die überprüfung durch die MD-VR habe ergeben, daß sich alle Beamten korrekt verhalten haben. Gegen eine private Person wurden mehrere Anzeigen erstattet, es konnten jedoch keine Beweise erbracht werden, daß gewerbemäßige Scheintrauungen vermittelt wurden. Im übrigen werden die Novelle zum Staatsbürgerschaftsgesetz, die mit 1. 9. 1983 inn Kraft tritt, den Mißbrauch des Erwerbes der österreichiscchen Staatsbürgerschaft durch Scheintrauungen erschweren.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob eine Disziplinaruntersuchung gegen Bedienstete des Standesamtes durchgeführt werde, sagte Frau Stadtrat Seidl, sie habe die Anweisung erteilt, daß bei Trauungen mit polnischen Frauen genauere Kontrollen durchgeführt werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, in der GR. Hirnschall bekanntgab, er besitze Informationen darüber, daß Bedienstete des Standesamtes sich regelmäßig als Trauzeugen zur Verfügung stellen, und ob dies nicht bei überprüfungen aufgefallen sei, meinte Stadtrat Seidl, es gebe keine Ansatzpunkte, daß sich Beamte unkorrekt verhalten hätten.
(Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Fragestunde
=++++

20 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), ob sich für die Fertigstellung des AKH Konsequenzen ergeben, weil Installationen nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurden, sagte Stadtrat MAYR (SPÖ), daß mangelhafte Ausführungen festgestellt und sofort behoben wurden. Es handle sich vor allem um Montagefehler, die vor der übernahme durch die VAMED behoben werden. Eine Verschiebung des Endtermines sei dadurch nicht nötig.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum der VAMED-Bericht nicht an die Mitglieder des Stadtsenates weitergeleitet werde, gab Stadtrat Mayr bekannt, daß er mit dem Finanzminister vereinbart habe, den VAMED-Bericht den Mitgliedern des Stadtsenates zur Vefügung zu stellen. Die Detaills werden in den nächsten Tagen geklärt.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er gewillt sei, den Rechnungshof mit einer überprüfung zu betrauen, betonte Stadtrat Mayr, daß diese Möglichkeit nach wie vor gegeben sei. Der Rechnungshof habe selbst zu entscheiden, wann und wie er eine überprüfung durchführt.
(Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Fragestunde
=++++

24 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), nach der Sparvariante des österreichischen Konferenzzentrums, antwortete Stadtrat Mayr die Formulierung in der Regierungserklärung nach der kostengünstigsten Bauweise finde auch seine Zustimmung.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach dem Finanzierungsplan stellte Stadtrat Mayr fest, daß dem vorliegenden Entwurf nichts hinzuzufügen sei. Die Stadt Wien werde sich an den Betriebskosten wenn möglich nicht beteiligen. Falls es dennoch zu einer Beteiligung komme, müßte die Stadt Wien im gleichen Ausmaß von Kosten bei anderen Projekten entlastet werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, bei welchem Projekt eine Entlastung durch den Bund vorgesehen sei, sagte Stadtrat Mayr, er könne sich vorstellen, die gesamte Hallenkapazität in Wien zusammenzufassen. Dadurch würde ein wirtschaftlicher Ausgleich für die Stadt Wien möglich sein.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. LUDWIG (SPÖ), über die Grundlangenerhebung im Zusammenhang mit der Abgabe an unvermietete Wohnungen, verwies Stadtrat Mayr auf die bereits im Landtag erfolgte Beantwortung. Von 50.000 Hausbesitzern, die Erhebungsbögen ausfüllten, haben alle bis auf 260 diese wieder zurückgeschickt. Dies biete eine gute Grundlage zur Vollziehung des Gesetzes. Zur Zeit wird die Richtigkeit der Ausführungen überprüft. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Fragestunde
=++++

25 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Ing. SVOBODA (SPÖ), wie er sich zur in der Regierungserklärung erwähnten Absicht der Bundesregierung stellt, die Abschaffung der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer vom Kapital vorzuschlagen, sagte Stadtrat Mayr, daß dies tragende Steuereinnahmen der Stadt Wien sind. Die Lohnsummensteuer beträgt 1,7 Milliarden S im Jahr, die Gewerbesteuer 180 Millionen Schilling. Es müßte dafür eine gleichwertige andere Einnahme erschlossen werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Maßnahmen des Bundes er sich diesbezüglich vorstellen könnte, sagte Mayr, daß eine höhere Beteiligung an der Lohnsteuer ein entsprechender Ersatz wäre. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was er tun würde, wenn der Bund keine Ausgleichsmaßnahmen vorschlagen würde, sagte Mayr, daß kein Grund für eine solche Annahme besteht. Allerdings hätte Wien, das ja Land und Gemeinde zugleich ist, die Möglichkeit der Umgestaltung der Dienstgeberabgabe. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Fragestunde
=++++

26 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), ob für die Veranstaltung des Katholikentages Straßenbaumaßnahmen im Donaupark vorgesehen sind, sagte Stadtrat SCHIEDER, daß eine Reihe von temporären Bauwerken wie etwa ein Altarpodium errichtet werden und dadurch die Entfernung einiger Bäume notwendig ist. Es werden keine Straßen gebaut, aber es kommen Fahrzeuge in den Park. Der Katholikentag hat sich verpflichtet, den Park nach den Feiern instandzusetzen und Ersatzpflanzungen vorzunehmen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob dabei auch an eine Umgestaltung des Donauparkes gedacht ist, sagte Schieder, daß sich möglicherweise die Gelegenheit für sinnvolle Umplanungen ergibt. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob alles unternommen wurde um Baumfällungen zu verhindern, sagte Schieder, daß die Entfernung von Bäumen nicht ganz vermeidbar ist, daß jedoch Ersatzpflanzungen oder Umpflanzungen vorgenommen werden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Fragestunde
=++++

27 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), wie er die Möglichkeit beurteile, in privater Initiative zur Begrünung der Wohnumgebung beizutragen, sagte Stadtrat Schieder, daß diese derzeit unbefriedigend ist.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum man einen Privaten im 1. Bezirk Schwierigkeiten beim Aufstellen von Bäumen gemacht hat, sagte Schieder, daß man Bäume eben nur auf einem Grund aufstellen kann, der einem gehört, oder aber, daß man um die entsprechende Bewilligung einkommen muß. Für die Zukunft hält er die vermehrte Aufstellung von Bäumen auf Kosten der Gehsteigbreite für möglich.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er bereit ist, Privatinitiativen in Zukunft zu unterstützen, sagte Schieder, daß er derartige Initiativen begrüßt, daß aber andererseits ein Mindesterfordernis an Absprache mit den zuständigen Stellen erforderlich ist. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Fragestunde
=++++

29 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Eveline ANDRLIK (SPö), wie sich in den letzten fünf Jahren die Nachfrage nach berufsbildenden Schulen entwickelt habe, antwortete Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß die Zahl der Schüler und die Nachfrage gestiegen seien, wobei ein Trend von den mittleren zu den höheren Schulen festzustellen sei. Auf die ZUSATZFRAGE, war getan werde, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden, verwies Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER darauf, daß ein Schulbauprogramm erstellt wurde, das sowohl Um- und Zubauten in bestehenden Schulen als auch Neubauten vorsehe.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Maria PAUL (SPö), welche Maßnahmen getroffen wurden, um bedürftigen Familien und deren Kindern einen Erholungsurlaub zu ermöglichen, antwortete Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß erstmals im Jahre 1979 Familien, die wirtschaftlich nicht in der Lage sind, einen Urlaub zu machen, vom Jugendamt gemeinsame Erholungsurlaube mit Sozialarbeitern ermöglicht wurden. 1983 sollen solche Familienurlaube von drei Bezirksjugendämtern durchgeführt werden. Bisher wurden damit sehr gute Erfahrungen gemacht, sodaß diese Aktion in Zukunft noch ausgeweitet werden soll. Auf eine ZUSATZFRAGE antwortete FRÖHLICH-SANDNER, daß im Rahmen des Jugendhilfswerks von 18 Organisationen 62.000 Kindern Erholungsurlaube ermöglicht wurden. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Fragestunde
=++++

30 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (öVP), in wievielen Gemeindewohnungen derzeit unbehobene Bauschäden beziehungsweise Baumängel vorhanden sind, antwortete StR. Ing. HOFMANN, daß alle anfallenden Gebrechen - in erster Linie handelt es sich dabei um Installationsschäden - unverzüglich behoben werden. Meistens geht es dabei um auftretende Zeitschäden, nicht um Baumängel. Freiwerdende Wohnungen werden vor der Wiedervermietung instandgesetzt. Die aufgetretenen Nässeschäden wurden zum größten Teil bereits behoben. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, worauf er die in einigen hundert Wohnungen noch nicht behobenen Schimmelbildungen zurückführe, antwortete HOFMANN, daß laut dem Bericht der zuständigen Abteilung nur noch in 62 Wohnungen Nässeschäden untersucht werden müssen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, worauf er die Schimmelbildung in diesen 62 Wohnungen zurückführe, sagte HOFMANN, daß er dies im Augenblick im Detail nicht beantworten könne. Er sei jedoch gerne bereit, diese Frage außerhalb des Gemeinderates konkret zu beantworten. (Forts.) ger/jh

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Fragestunde
=++++

31 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. HOLUB (SPö), bei wievielen Wohnhausanlagen der Stadt Wien heuer bereits mit Instandsetzungsarbeiten begonnen wurde, gab Stadtrat HOFMANN (SPö) bekannt, daß 1983 bei insgesamt 166 Anlagen mit 35.220 Mieteinheiten begonnen wird. Bei 110 Anlagen sind Arbeiten bereits im Gang, bei 56 wird in absehbarer Zeit begonnen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob in der zweiten Jahreshälfte mit weiteren Instandsetzungsarbeiten zu rechnen sei, sagte Stadtrat Hofmann, es sei beabsichtigt, bei weiteren 27 Wohnhausanlagen mit 7.400 Wohneinheiten mit den Instandsetzungsarbeiten zu beginnen.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. Dkfm. HOTTER (öVP), ob mit einem baldigen Baubeginn des Krankenhauses im SMZ-Ost zu rechnen sei, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPö), daß Bürgermeister Leopold GRATZ in der Regierungserklärung betont habe, der Bau könne sofort beginnen, sobald die Finanzierung sichergestellt ist. Es gehe vorallem um die Ausgaben für Nichtwiener Patienten sowie um den klinischen Mehraufwand, wo bereits ein Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof anhängig ist.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Mittel für 1984 budgetiert sind, sagte Stadtrat Stacher, es hätten noch keine Budgetverhandlungen auf Stadtratsebene stattgefunden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Nennung eines verbindlichen Fertigstellungstermines möglich sei, sagte Stadtrat Stacher, da es noch keinen Termin für den Baubeginn gibt, sei auch kein Fertigstellungstermin bekanntzugeben. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Fragestunde
=++++

32 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die 14. ANFRAGE von GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ), wie das Publikum die Türkenausstellung annehme, stellte Stadtrat MRKVICKA (SPÖ) fest, daß am Donnerstag bereits der 75.000. Besucher begrüßt werden konnte. Er rechne mit einer guten Besucherbilanz der Ausstellung.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie sich die Einführung einer Familienkarte bewährt habe, sagte Stadtrat Mrkvicka, daß bis zum 5. Juni mehr als 2.200 Familienkarten verkauft wurden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE über die Struktur der Besucher gab Stadtrat Mrkvicka bekannt, daß der Anteil der Kinder, Schüler und Studenten etwa ein Drittel betrage und der Ausländeranteil zwischen 10 und 20 Prozent liege. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Anträge und Anfragen
=++++

33 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen vier Anfragen der FPÖ und eine der ÖVP sowie fünf Anträge der ÖVP vor. Sie betreffen:

- Die geplante Verlegung der Wiener Abteilungen der VEW und der VOEST.
- Das unverzügliche Anlegen und Kennzeichnen des "Ring-Rund-Radweges".
- Die Mitnahme von Fahrrädern in speziell gekennzeichneten U-Bahn-Waggons, zunächst probeweise bis Ende Oktober 1983.
- Eine Einfahrgenehmigung für Fahrräder für alle jene, die im Rathaus untergebrachte Dienststellen der Stadt Wien aufsuchen.
- Die Teilung von zwei ersten Klassen in der Volksschule Rodaun im Schuljahr 1983/1984 sowie die Annahme aller angemeldeten Schüler.

Der Gemeinderat bestellte einstimmig neun Mitglieder des Kuratoriums des Fonds "Wiener Jugendhilfswerk", sechs Mitglieder stellt die SPÖ und drei die ÖVP. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Geschäftseinteilung
=++++

34 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friedrike SEIDL (SPö) referierte über die neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien.

Nachdem der Gemeinderat neun Verwaltungsgruppen festgelegt hat, sagte Stadtrat Seidl, ist die neue Geschäftseinteilung nötig, die gekennzeichnet sei durch eine Verwaltungsrationalisierung und durch die innere Zusammengehörigkeit der Magistratsabteilungen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), betonte, er habe schon anläßlich der Regierungserklärung von Bürgermeister GRATZ seine Bedenken gegen die neue Geschäftseinteilung angemeldet. Angesichts der Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates wäre es nötig gewesen, überschaubare Verwaltungseinheiten zu schaffen. Das sei aber nur ansatzweise gelungen. Ein abgerundetes, überschaubares Arbeitsfeld sei das Ressort Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz sowie das Ressort Kultur und Sport. Ein Extrembeispiel für eine unausgewogene und unübersichtliche Kompetenzzuordnung ist die neue Geschäftsgruppe für Stadtentwicklung und Stadterneuerung. GR. Hirnschall bedauerte das Fehlen eines selbständigen Planungsressorts und kritisierte, daß Bauüberwachung und Bauausführung der gleichen Geschäftsgruppe zugeordnet sind. Grundsätzlich befürwortete Hirnschall das Einbeziehen der Fernwärmebetriebe in das Energieressort. Die gemeinsame Führung der Forst- und Landwirtschaftsbetriebe bezeichnete Hirnschall als nicht nötig. Die FPö lehnt dies und die neue Geschäftseinteilung ab. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Geschäftseinteilung
=++++

35 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Beschlüsse für neue Geschäftseinteilungen wurden schon öfter gefaßt und jedes Mal als volksnah und ökonomisch hochgelobt. Nach einigen Jahren stellte sich die Unausgewogenheit und Unzweckmäßigkeit heraus, und es wurde wieder geändert, kritisierte GR. Dr. KRASSER (ÖVP). Mängel und Widersprüche gibt es auch dieses Mal, die ÖVP wird daher der neuen Geschäftseinteilung nicht zustimmen.

Die Ressortaufteilung sei Ausdruck politischen Machtstrebens, der die Durchschlagskraft einzelner Stadträte widerspiegle. Ebenso wird mit den Magistratsabteilungen verfahren: Der Landwirtschaftsbetrieb ist 1973 den Stadtforsten angegliedert worden, wobei der Rationalisierungseffekt gepriesen wurde. 1979 kam es zu einer Trennung der Abteilungen, nun werden sie wieder zusammengelegt. Als positiv bezeichnete KRASSER die Entsorgungsbetriebe in der Hand des Umweltstadtrates. StR. SCHIEDER habe offen zugegeben, daß weder die Hauptkläranlage noch die EBS funktionieren. Die wichtigste Abteilung für StR. SCHIEDER, der Presse- und Informationsdienst, betreibe parteipolitische Propaganda. Er solle daher aus der Geschäftsgruppe ausgeklammert und der Magistratsdirektion unterstellt werden. Neben kaum zu bewältigenden Großressorts gibt es Miniressorts. StR. HOFMANN wird die Kompetenzfülle nicht bewältigen können. KRASSER vermutete eine sogenannte Wiedergutmachung an StR. HOFMANN nach dem erzwungenen Rücktritt durch den Reichsbrückeneinsturz. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Geschäftseinteilung
=++++

36 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUB (SPÖ) erklärte, die Stadt Wien sei etwas Lebendiges, nicht Statisches, und mit der neuen Geschäftseinteilung werde neuen Entwicklungen Rechnung getragen. Die Geschäftseinteilung entspreche den Zielen des Arbeitsprogramms. Seit 1973 sei die Geschäftseinteilung immer wieder von der Opposition abgelehnt worden, doch konnten keine brauchbaren Alternativen abgeboten werden.

In ihrem SCHLUSSWORT sagte StR. Friederike SEIDL, die Geschäftseinteilung sei gut und wohl überlegt. Wie sie in fünf Jahren zu beurteilen sein werde, müsse die Praxis ergeben.

ABSTIMMUNG: Die neue Geschäftseinteilung wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Pfannbauernquelle
=++++

37 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung der Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 44,45 Millionen Schilling beim Wasserwirtschaftsfonds. Es soll für die Herstellung der Wasserversorgungsanlage Pfannbauernquelle verwendet werden.

GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) wies darauf hin, daß die Tagesordnung insgesamt 17 Darlehensaufnahmen beim Wasserwirtschaftsfonds mit einer Gesamtsumme von 93 Millionen Schilling vorsieht. Damit werden Aufwendungen von insgesamt 150 Millionen gefördert. Die Mittelauszahlungen aus dem Wasserwirtschaftsfonds werden erst seit einer Neuauslegung der Fondsbestimmungen zugunsten der Bundeshauptstadt ermöglicht. Die Wiener bringen an die 30 Prozent der Mittel in den Fonds ein, es sei daher nur gerechtfertigt, auch einen entsprechenden Anteil daraus zu erhalten. Die Stadt Wien wird Wasserver- und -entsorgungsanlagen damit finanzieren.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Gassergasse
=++++

38 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung einer Subvention in Höhe von 2,1 Millionen Schilling für das Kommunikationszentrum Gassergasse.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sprach sich zwar positiv zu der Einrichtung des alternativen Jugendzentrums an sich aus, es solle jedoch erst das Ergebnis des in Ausarbeitung befindlichen Kontrollamtsberichtes abgewartet werden, bevor dem Verein weitere öffentliche Mittel zukommen. Er verwies auf eine Reihe von Ausgaben in der Abrechnung, die seiner Ansicht nach aufklärungsbedürftig seien.

GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) erklärte, auch die ÖVP bekenne sich grundsätzlich zu alternativen Jugend- und Kulturzentren. Sie sei jedoch gegen den Standort in der Gassergasse. Dr. Flemming stellte den ANTRAG, das selbstverwaltete Kommunikationszentrum Gassergasse zu schließen und den baupolizeilichen und gesundheitsbehördlichen Anforderungen entsprechend als Jugend- und Kommunikationszentrum durch die Gemeinde Wien zu adaptieren. Als Ersatz soll den Mitgliedern des Kultur- und Kommunikationszentrums Gassergasse ein geeignetes Objekt im Bereich des Schlachthofes St. Marx zur Verfügung gestellt werden. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Gassergasse
=++++

39 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien gibt es die Tradition, sagte GR. HANKE (SPÖ), daß mit jungen Menschen immer gesprochen wird, daß ihnen geholfen wird und daß neue Wege gesucht werden, die der gesellschaftlichen Entwicklung angepaßt sind. Natürlich haben auch wir Sorge über manche Entwicklungen, aber es wäre doch keine Lösung, diese jungen Leute einfach "in die Wüste" zu schicken. In anderen Großstädten ist dies geschehen, und dort gibt es große Unruhen. Die Sozialarbeiter in der Gassergasse bringen sehr viel Idealismus auf. Natürlich muß dort kontrolliert werden. Natürlich sollen auch die jungen Leute selbst dort etwa tun - und dies geschieht auch, zum Beispiel, indem sie selbst eine Lärmdämmung gemacht haben. Den Aufgaben, die es dort gibt, müssen wir uns stellen, auch wenn es dabei manchmal Probleme gibt, schloß HANKE.

In seinem Schlußwort betonte GR. STRANGL (SPÖ), daß in der Gassergasse sehr viel Sozialarbeit geleistet werde.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der Beschluß- und Resolutionsantrag der ÖVP wurde zugewiesen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Bausperre
=++++

40 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCH (SPÖ) beantragte die Verlängerung der zeitlich begrenzten Bausperre in einem Teilgebiet des 10. Bezirks.

GR. ARTHOLD (ÖVP) stellte fest, daß es dabei um eine Neutrassierung der Bundesstraße B 225 gehe. Die ursprüngliche Trasse hätte wertvolles Naturgebiet auf dem Laaer Berg zerstört. In der Zwischenzeit hat erfreulicherweise ein allgemeines Umdenken stattgefunden. Nunmehr soll nur die Bitterlichstraße ausgebaut werden. Dies ist durchaus begrüßenswert. ARTHOLD übte jedoch Kritik daran, daß die Planung relativ schleppend vor sich gehe und daß weder die Bürger noch er selbst als Mitglied des Planungsausschusses wissen, was in der Bitterlichstraße nun tatsächlich geschehen soll. Die Bürger sollen die Möglichkeit haben, mitzureden. Die Planung darf nicht unter Ausschluß der öffentlichkeit vor sich gehen. (Forts.) ger/jh

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Bausperre
=++++

43 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) wies die Kritik seines Vorredners zurück. Gerade bei der Planung der B 225 über den Laaer Berg handelt es sich um ein gutes Beispiel der Mitwirkung der Bevölkerung am Planungsgeschehen. Die Bausperre sei nötig. Die Bestimmungen des Bundesstraßengesetzes müssen eingehalten werden.

Der Antrag auf zeitlich begrenzte Bausperre wurde einstimmig angenommen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Otto-Wagner-Brücke
=++++

44 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN (SPö) stellte den Antrag zur nachträglichen Genehmigung der Erhöhung des Sachkredites für den "Projektwettbewerb Brücke über das Wiental", die Otto-Wagner-Brücke.

GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPö) bezeichnete den Wettbewerb für die Otto-Wagner-Brücke und das Ergebnis des Wettbewerbes als eine Farce. Es gebe heute nicht nur verkehrstechnische und ökonimische Faktoren bei der Planung, man müsse auch jene Faktoren miteinbeziehen, die nicht genau meßbar, aber für das Leben der Stadt von großer Bedeutung sind. "Die Besetzung der Jury ist mir unverständlich", sagte Pawkowicz und kritisierte, daß weder Vertreter des Kulturamtes, des Bundesdenkmalamtes oder des Kunstsenates integriert wurden. Alle Projekte, die die Brücke erhalten wollen, seien ausgeschieden worden. Es müsse möglich sein, diese Brücke zu erhalten.

Stadtrat Dr. MAUTHE (öVP) schloß sich den Argumenten seines Vorredners an. Der frühere Stadtplaner, Prof. Wurzer, habe sich offensichtlich nicht entscheiden können, wem er den Vorzug gibt, einem Kulturwerk oder den Technikern. Ohne die Technik negativ darzustellen, betonte Stadtrat Mauthe, es sollen nicht immer die Techniker entscheiden. Die Technik habe eine dienende Funktion, was besonders für die urbanen Probleme gilt. Die Veranstaltung eines Wettbewerbes sei an sich vernünftig gewesen, doch ließ der Wettbewerb keine freie Bahn. Viele Fragen seien nicht geklärt worden, etwa ob die Eisenkonstruktion der Brücke in Ordnung sei, oder ob auf dieser Strecke andere Garnituren als die Silberpfeile fahren müssen. Ähnlich wie der Umweltschutzstadtrat ein Vetorecht in Umweltfragen besitzt, sollte der Kulturstadtrat ein Kulturveto haben. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Otto-Wagner-Brücke
=++++

45 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAUTHE sprach sich für einen neuen Wettbewerb unter anderen Rahmenbedingungen aus. Die Diskussion über die Otto-Wagner-Brücke solle aber keine parteipolitische Diskussion sein, wenngleich die Entscheidung eine politische sein wird.

Stadtrat Ing. HOFMANN stellt fest, daß für die Otto-Wagner-Brücke die Kompetenzen nach der neuen Geschäftseinteilung festgelegt sind. Für die Planung die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung, für den Denkmalschutz die Geschäftsgruppe Kultur und Sport und für das Bauwerk die Geschäftsgruppe Verkehr und Energie. StR. Hofmann gab bekannt, daß ihn Bürgermeister GRATZ beauftragt hat, ein Hearing über die Otto-Wagner-Brücke vorzubereiten. Dieses Hearing soll am 6. Juli stattfinden. Erst dann können die Verantwortlichen eine Entscheidung treffen. StR. Hofmann dankte seinem Vorredner für den Hinweis, daß es bei der Otto-Wagner-Brücke um ein komplexes städtebauliches Problem gehe. Nach seinen heutigen Wissensstand sehe er vier Möglichkeiten, sagte StR. Hofmann:

- Beibehaltung des heutigen Zustandes, ohne Verlängerung zur Schnellbahn
- Langsamfahrtstrecke über die Brücke, verbunden mit dem Abbruch mehrerer Häuser, damit die Trasse zur Schnellbahn errichtet werden kann
- Beihalten der Brücke als Reparaturgleis und eine neue Brückentrasse daneben, das würde bedeuten, daß die Otto-Wagner-Brücke nur mehr von einer Seite sichtbar ist
- Verwirklichung des Juryergebnisses

Die Diskussion um die Otto-Wagner-Brücke, meinte Stadtrat Hofmann abschließend, solle keine Konfrontation zwischen den Parteien sein. Bei einer Abstimmung könne der Klubzwang aufgehoben werden.

ABSTIMMUNG: Sachkrediterhöhung einstimmig angenommen.
(Forts.) ba/ko

NNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Wohnhausinstandsetzung
=++++

46 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) beantragte die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage im 22. Bezirk, Eipeldauer Straße 40, mit einem Kostenaufwand von 14,5 Millionen Schilling.

GR. HAHN (öVP) stellte fest, daß die öVP dagegen stimmen wird. Seine Fraktion habe schon vor Jahren erklärt, daß mit einem Schilling Mietzins kein Haus erhalten werden könne. Im neuen Mietrechtsgesetz sind jedoch große Ungerechtigkeiten enthalen. Es sei nicht einzusehen, daß gerade Mieter der Wohnungskategorie A, welche die höchste Erhöhung trifft, keine Wohnbeihilfe erhalten. Im Rechungsabschluß 1982 sind 700 Millionen Schilling Mehreinnahmen aus dem Erhaltungsbeitrag vorgesehen. Die von ihm vorgenommenen Kostenberechnungen für Reparaturen weichen wesentlich vom Erhaltungsbeitrag ab, sagte GR. Hahn. Der Erhaltungsbeitrag habe wesentlich zum Stimmenzuwachs der öVP bei der Gemeinderatswahl beigetragen.

GR. LUSTIG (SPö) meinte, es sei bedauerlich, daß das neue Mietrecht auf dem Rücken der Mieter zum Politikum gemacht wird. Die Bevölkerung zeige sehr großes Verständnis für die Mehrkosten aus dem Erhaltungsbeitrag, weil es verständlich ist, daß eine Reparatur des Hauses mit Hilfe von Bankkrediten wesentlich teuerer kommt. Das alte Mietrechtsgesetz habe keine Erhöhung der Mieten, außer bei Neuvermietungen möglich gemacht. Die 700 Millionen Schilling aus dem Erhaltungsbeitrag sind kraft eines Bundesgesetzes zweckgebundene Mittel für Instandsetzungearbeiten und keine Mehreinnahmen der Stadt Wien. Vom Erhaltungsbeitrag waren mehr als 200.000 Menschen betroffen, die diese Maßnahme als durchaus gerechtfertigt ansehen. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Wohnhausinstandsetzung
=++++

47 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PETRIK bezeichnete das neue Mietrechtsgesetz als eine "Lex Wien" - als eine der Folgen einer langjährig verfehlten Wohnungspolitik der SPö. Eine Broschüre als Argumentationshilfe für die Funktionäre sei der sichtbare Beweis dafür. Was die Gemeindebauten betrifft, so sollte es nicht das Ziel sein, zu hohe Mieten durch Beihilfen abzudecken, sondern Wohnungen zu bauen, die sich die Menschen leisten können. Dazu müsse sich jedoch die Politik der Sozialisten ändern.

In seinem Schlußwort ging GR. FREINBERGER auf die Ausführungen von GR. HAHN ein und sagte, daß der Erhaltungsbeitrag der Wohnbauanlage Eipeldauerstraße 40 entgegen den Aussagen Hahns komplett für verschiedene Bauarbeiten aufgewendet wird.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Wohnhausinstandsetzung
=++++

48 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Margarete TISCHLER (SPö) beantragte die Instandsetzung des städtischen Wohnhauses in Wien 7, Spittelberggasse 5, mit einem Kostenaufwand von 7,4 Millionen Schilling.

Er freue sich, sagte GR. CZERNY (ÖVP), daß wieder etwas weitergeht auf dem Spittelberg. Er ersuche allerdings um Aufklärung, warum es bei den Angaben über den Kostenaufwand zwischen der Schlichtungsstelle und dem vorliegenden Akt zu einer Differenz von mehreren Millionen Schilling komme.

ABSTIMMUNG: Angenommen mit den Stimmen der SPö.

Zwtl.: Wien aktuell-Wochenblatt

Der Antrag, einen Nachtragskredit für "Wien aktuell-Wochenblatt" in der Höhe von 555.000 Schilling zu genehmigen, wurde ohne Debatte mit den Stimmen der SPö angenommen.

Zwtl.: Strompreissenkung

GR. Maria KUHN (SPö) beantragte eine Senkung der Stromtarife um fünf Groschen pro Kilowattstunde per 1. April 1983.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) erklärte, daß die ÖMV in der Vergangenheit den Inlandgaspreis erhöht habe, während international die Rohenergiepreise sanken. Schuld daran war eine verfehlte Unternehmenspolitik der ÖMV. Die Wiener Bevölkerung kam dadurch nicht in den Genuß der international sinkenden Energiepreise.

Der hohe Schwefelgehalt im Heizöl stellt eine ständige Gefährdung der Umwelt und der Gesundheit der Bevölkerung dar. Es sei daher notwendig, zu überlegen, anstelle einer weiteren Strompreisreduktion einen Wiener Umweltschutzfonds zu finanzieren. PAWKOWICZ stellte den ANTRAG, jene Einsparungen, die sich durch Energiepreissenkungen auf dem Weltmarkt ergeben, zur Finanzierung eines Wiener Umweltfonds zu verwenden.

Der Mehrwertsteuersatz auf Energie sollte gesenkt werden. Dafür soll eine Energieabgabe eingeführt werden, deren Erlös dem Umweltschutzfonds zufließt. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Strompreissenkung
=++++

50 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (öVP) stellte einleitend fest, daß die öVP selbstverständlich zur Herabsetzung des Strompreises ihre Zustimmung geben werde. Den Vorschlag von GR. PAWKOWICZ, Preissenkungen an einen Umweltfonds weiterzugeben, lehne er ab. In den letzten vier Jahren sei der Strompreis um fast 50 Prozent erhöht worden, dem stehe nun die bescheidene Reduzierung von 3,3 Prozent gegenüber. Kreiner bezweifelte den Rechnungsabschluß der Stadtwerke und betonte, dem ausgewiesenen Gewinn von 357 Millionen müßten der Investitionsfreibetrag, die Subvention an die Verkehrsbetriebe, die Rücklage, Forderungsumbuchung sowie die versteckten Subventionen an die Verkehrsbetriebe sowie der verbilligte Strombezug gegenübergestellt werden. Das entspreche dann einem Gewinn der E-Werke von 2,2 Milliarden.

GR. Kreiner appellierte an den neuen Energiestadtrat Hatzl, eine Änderung der Tarifstruktur in Angriff zu nehmen.

Die Tarifgestaltung war auf eine Erhöhung der Kosten der Primärenergie zurückzuführen, betonte GR. HENGELMÜLLER (SPö). Er wies die Rechnung seines Vorredners zurück. Der echte Gewinn der E-Werke liegt bei 357 Millionen. Die Rücklagen dienen der Sicherung und dem Ausbau der Energieversorgung. Hengelmüller verwies darauf, daß Wien 60 Prozent seines Stromes in kalorischen Werken erzeugt, wo die Kosten der Primärenergie, Heizöl und Erdgas, hoch sind. Der Redner trat für einen einheitlichen österreichischen Strompreis ein. Aus dem Gefälle des Strompreises Ost und West könne ein Mischsatz erstellt werden.

In einer zweiten Wortmeldung betonte GR. Kreiner (öVP) abermals, daß der Gewinn der E-Werke höher sei als der ausgewiesene. (Forts.)
fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Strompreissenkung
=++++

51 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Die amtliche Preiskommission bestimmt nicht den Fixpreis, sondern den Höchstpreis, stellte GR. Mag.REGLER (öVP) fest. Das Land Wien könnte daher mit dem Strompreis wesentlich stärker hinunter gehen und so, wie es im Memorandum der Handelskammer verlangt wird, eine konsumentenfreundliche Tarifgestaltung betreiben. Die Wiener Bevölkerung sei auf dem Tarifsektor ohnedies genug Kummer gewöhnt. REGLER forderte die Wiener SPö auf, ihre Wirtschaftsfreundlichkeit nicht nur in Worten zu bekunden, sondern durch die Tarifgestaltung umsetzen. Ein Teil der Bevölkerung könne sich die notwendigen Energiekosten nicht mehr leisten. Die öVP sei gegen eine Erhöhung der Tarife bei den Verkehrsbetrieben, aber sie sei auch dagegen, daß die E-Werke das Verkehrsbetriebe-Defizit abfangen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energie sei abzulehnen, ebenso die Energieverbrauchsabgabe. Auch der geplante Umweltschutzfonds dürfe nicht zu Lasten der Strombezieher gehen.

Bürgermeister GRATZ forderte die Wiener öVP auf, im Interesse der Wiener Wirtschaft mitzuwirken, zu einem einheitlichen Stomtarif in österreich zu kommen. (siehe eigene "rk") (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Strompreissenkung
=++++

52 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUSSER (öVP) sagte, der Strompreis in Wien sei deshalb so hoch, weil über den Strompreis andere Betriebe der Stadtwerke, im besonderen die Verkehrsbetriebe, subventioniert werden. Eine gerechte Forderung nach einem bundesweit gleichen Strompreis könne nur dann gestellt werden, wenn in Wien mit ehrlichen und richtigen Zahlen operiert wird. Dies gelte nicht nur für den Strompreis, sondern auch für andere Gebühren und Steuern, die die Wiener Wirtschaft belasten.

Stadtrat MAYR sagte, er bekenne sich zum "Querverbund" bei den Stadtwerken. Die Stützung der Verkehrsbetriebe erfolge nur in dem Maß, in dem durch die Übernahme der Verluste durch andere Betriebe der Stadtwerke Steuerersparnisse in gleicher Höhe eintreten. Trotz des Querverbundes hat Wien den gleichen Stromtarif wie Niederösterreich. Es sollte endlich möglich sein, schloß Mayr, über alle Fraktionen hinweg zu einer gemeinsamen Interessensvertretung der Ostregion in diesen Lebenfragen zu kommen. Er hoffe noch immer, daß sich auch die öVP dazu entschließen könne.

In ihrem Schlußwort wies GR. Maria KUHN (SPö) darauf hin, daß die Konsumenten heuer bereits 300 Millionen Schilling von den Stadtwerken refundiert erhielten.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Der von der FPö eingebrachte Beschlußantrag wurde den Ausschüssen für Finanzen und Wirtschaftspolitik und für Umwelt und Bürgerdienst zugewiesen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Zentralberufsschulgebäude Mollardgasse
=++++

54 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. STEINBACH (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Sachkredites für die Modernisierung des Ersten Zentralberufsschulgebäudes in der Mollardgasse von 114,2 auf 209 Millionen Schilling.

GR. HAUBENBURGER (ÖVP) betonte, daß seine Partei für die beschleunigte Renovierung des Schulgebäudes eintrete. Er kritisierte jedoch, daß kurz hintereinander zwei Sachkrediterhöhungen durchgeführt werden. Warum wurde nicht schon bei der ersten Sachkrediterhöhung dem Gemeinderat das Gesamterfordernis vorgelegt? Dies sei offenbar eine Verschleierungspraxis. Die Wiener Wirtschaft

Wir werden auch heuer wieder alles tun, um genügend Lehrplätze zur Verfügung zu stellen, sagte Haubenburger. Die Aussicht auf einen zweiten Berufsschultag auf Kosten der betrieblichen Ausbildungszeit wirke aber nicht gerade ermunternd, Lehrlinge einzustellen. Am besten lernen die Lehrlinge in der Praxis. Die Wiener Wirtschaft zeigte bei der Bewältigung des Lehrlingsproblems ein hohes Maß an Idealismus.

GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) sagte, daß die zuständige Dienststelle bemüht war, bei der Sachkrediterhöhung Fehleinschätzungen durch eine zu langfristige Vorausschau zu vermeiden. Zur Bewältigung des Lehrlingsproblems hat die Gemeinde Wien gemeinsam mit den Kammern sehr viel getan.

Im Berufsschulbereich hat sich in den letzten Jahren vieles geändert. In der Apollogasse wurde die 4. Zentralberufsschule in Betrieb genommen, Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten wurden durchgeführt, die Ausstattungen modernisiert. Eines der wichtigsten Anliegen ist die Modernisierung des Gebäudes in der Mollardgasse. Mit dem Bau einer neuen Berufsschule für KFZ-Mechaniker soll bald begonnen werden. STIEHL sprach sich für einen zweiten Berufsschultag aus, da mehr Bildung mehr Lebensqualität ermögliche. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Zentralberufsschulgebäude Mollardgasse
=++++

55 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte den schleppenden Baufortschritt im Schulgebäude. Die Organisation könne nicht stimmen. GR. Arthold zählte eine Reihe von Planungsfehlern auf und stellte die Frage, wo das fünfte Zentralberufsschulgebäude errichtet wird, in Strebersdorf oder in Simmering?

Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER meinte, nach den Ausführungen des Vorredners müßte die "Mollardburg" eine Ruine sein. Die Rednerin lud die Mitglieder des Gemeinderates zu einem Besuch in der Mollardschule ein, um sich an Ort und Stelle vom Baufortschritt zu überzeugen. Die Kritik an der etappenweisen Renovierung des Schulgebäudes sei ungerecht, da eine Schule nicht während des Schulbetriebes in einem Zug renoviert werden kann.

Der Antragsteller GR. STEINBACH betonte, daß die Schulverwaltung bemüht sei, die Wiener Berufsschulen auf einen hohen Stand zu bringen, und gerade in der Mollardgasse strenge man sich an, diese Schule in eine moderne und zeitgemäße Berufsscchule umzubauen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Garagentarife
=++++
56 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) beantragte die Festlegung der Preistarife für die Dianabadgarage sowie für den Parkplatz beim Gänsehäufel.

GR. HAUBENBURGER (ÖVP) erklärte, daß seine Fraktion diesem Antrag nicht die Zustimmung geben wird. Es konnte nicht sachlich geklärt werden, ob für die Garage eine Gewerbeberechtigung erforderlich sei. Da die Garage öffentlich geführt werde, müßte seiner Meinung nach, eine Gewerberechtigung erworben werden. GR. Haubenburger kritisierte, daß man dem Pächter dem Vertrag kündigte und ihm seine Existenzgrundlage entzog. Dem Pächter wurden 1975 nach Abschluß des Pachtvertrages mit der Bäderverwaltung Auflagen erteilt, die Investitionen von etwa 600.000 S erforderlich gemacht hätten. Der Pächter informierte die MA 44 über die Mängel, mit der Bitte diese zu beseitigen. Von der Bäderverwaltung kam keine Reaktion, sodaß die Auflagen reklamiert und schließlich Strafen erteilt wurden. Im April 1983 kam es zur Auflösung des Vertrages. Die Bäderverwaltung führt die Garagen unter dem Titel eines Badebetriebes, um - wie Haubenburger vermutete - den Auflagen nach dem Garagengesetz zu entgehen. Die Verluste der Bäder sollen durch Dienstleistungenbetriebe kompensiert werden. Beim Parkplatz Gänsehäufel wurde auf die Halbtagsparker vergessen. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Garagentarife
=++++

57 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Leopoldine PFAUSER verwies zunächst auf den einstimmigen Beschluß im Ausschuß für Umwelt und Freizeit. Als wahre Gründe für die Auslösung des Pachtvertrages nannte Pfauser die Weigerung des Pächters, bau- und feuerpolizeilichen Auflagen nachzukommen, sowie Beschwerden der Kunden über mangelnden Service. Seit der Übernahme durch die MA 44 konnten auch die Preise gesenkt und die Kundenfreundlichkeit wesentlich erhöht werden.

GR. VEJTISEK unterstrich in seinem Schlußwort die Ausführungen von GR. Leopoldine Pfauser.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt, der Vorsitzende schloß die Sitzung um 18.12 Uhr.
(Schluß) gab/ap

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES
.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

NNNN

Jugendzentrum Kaiser-Ebersdorf übersiedelt
Utl.: Fröhlich-Sandner veranlaßt "nahtlosen Übergang"
=++++
23 Wien, 10.6. (RK-LOKAL) Das Jugendzentrum Kaiser-Ebersdorf wird demnächst in eine im Nebenhaus gelegene Schule übersiedeln. Aufgrund der Vorsprache einer Elterninitiative veranlaßte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß der Verein Jugendzentren der Stadt Wien das alte Zentrum solange offenhält, bis die neuen Räumlichkeiten bezogen werden können. Durch diese Regelung ist gewährleistet, daß die Betreuung der Kinder, die im JZ Kaiser-Ebersdorfer-Straße 67 einen Schülerclub besuchen nicht unterbrochen wird. (Schluß) emw/gg

NNNN

GRATZ: Gemeinsam um einheitlichen Stromtarif kämpfen

=++++

53 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) In der Freitag-Gemeinderatsdebatte forderte Bürgermeister Leopold GRATZ die Volkspartei auf, im Interesse der Wiener Wirtschaft gemeinsam um einen einheitlichen Stromtarif für österreich zu kämpfen. Während die Wirtschaft der westlichen Bundesländer durch Strom aus Wasserkraft ungeheure Vorteile habe, sei die Wirtschaft der Ostregion durch thermisch erzeugten Strom stark benachteiligt. So wie es in österreich ja bereits einen Transportkostenausgleich gebe, müsse im Interesse der produzierenden Wirtschaft gemeinsam die Forderung nach einem Kostenausgleich für Strom und damit nach einem einheitlichen Strompreis erwogen werden. Er habe in dieser Frage bereits zahlreiche Gespräche mit Handelsminister Staribacher geführt, erklärte der Bürgermeister, und werde solche Verhandlungen auch mit Handelsminister Steger führen. GRATZ appellierte aber an die Einigkeit, da es die Argumentation im Sinne der Ostregion wesentlich erschwere, wenn die öVP im Wiener Gemeinderat nun behaupte, daß die Wiener Stadtwerke den Strompreis mutwillig höher ansetzen als es nötig wäre. (Schluß) rü/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 11. Juni 1983 Blatt 1541

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 70 Jahre Lainzer Krankenhaus
(rosa)

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

70 Jahre Lainzer Krankenhaus (1)
=++++

1 #Wien, 11.6. (RK-LOKAL) Vor 70 Jahren wurde das erste Spital der Stadt Wien, das Lainzer Krankenhaus, eröffnet. Es hatte damals 991 Betten, für die Betreuung der Patienten wurden 130 geistliche erankenschwestern eingestellt. HPute hat das Spital rund 1500 Betten, mehr als 300 Ärzte und fast 800 Pflegepersonen.#

Schon im vorigen Jahrhundert war ein Teil des Waldgebietes, dessen Kern der Lainzer Tiergarten bildet, für die Stadterweiterung bestimmt und gerodet worden. Dort wurde 1902-04 das Versorgungsheim gebaut, 1908-13 das Krankenhaus. Der Bau war dringend: Wien hatte damals bei mehr als 2 Millionen Einwohnern knapp 5600 Spitalsbetten. Heute sind es mehr als 23.000 Betten für eineinhalb Millionen Einwohner.

Schon am 3. Februar 1913 wurden die ersten Patienten aufgenommen. Die offizielle Eröffnung, die wegen der großen Zahl der Ehrengäste im Freien stattfinden mußte, wurde wegen der Witterung erst für 17. Mai festgesetzt. Sie wurde mit allem Prunk der Monarchie gefeiert. Eine von Säulen getragenen Ehrenpforte wurde eigens für diesen Anlaß gebaut. Erzherzog Karl, der spätere letzte Kaiser, nahm die Eröffnung vor, Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner - der letzte christlichsoziale Bürgermeister, der 1912-19 amtierte - assistierte ihm dabei.

Das neue Spital besaß sogar eine Garage. Sie war, wie es im Baubericht heißt, "zur Unterbringung von zwei Lastautomobilen und zwei Anhängerwagen" geeignet.

Noch im Eröffnungsjahr bekam das Lainzer Krankenhaus von der Stadtverwaltung ein Geschenk, das damals eine Sensation war: Um 29.462 Kronen wurden 50 Milligramm Radium zur Behandlung von Krebskranken gekauft. Radium war erst 1898 vom Ehepaar Curie in Paris erstmals rein isoliert worden. (Forts.) sti/ko

NNNN

70 Jahre Lainzer Krankenhaus (2)
=++++

2 Wien, 11.6. (RK-LOKAL) In der Ersten Republik wurde das Lainzer Krankenhaus wesentlich erweitert: Rheumaabteilung 1929, Tuberkulosepavillon und Sonderabteilung für Stoffwechselerkrankungen 1930, Sonderabteilung für Strahlentherapie 1931.

In der Zweiten Republik wurde das Spital grundlegend modernisiert, aus den großen Sälen wurden kleine Zimmer. Ursprünglich hatte das Spital 43 Säle mit 12 bis 26 Betten, außerdem 63 Zimmer mit 2 bis 6 Betten, die für "Zahlpatienten" bestimmt waren, also für Patienten, die alle Kosten ihrer Behandlung und Betreuung selbst bezahlten.

Modernisiert wurden aber auch die medizinische und die medizinisch-technische Einrichtung. So wurden im Lainzer Krankenhaus die erste Kobaltkanone und die erste Betatron-Bestrahlungsanlage Wiens aufgestellt. Damit wahrte das Spital die seit dem Eröffnungsjahr bestehende Tradition der führenden Rolle auf dem Gebiet der Strahlentherapie. (Schluß) sti/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 13. Juni 1983 Blatt 1544

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
1.800 neue Plätze in Pensionistenheimen

Kommunal: (rosa)
Wiener Gemeinderat
Flötzersteig-Ausbau nicht aktuell
Kontrollausschuß: Hirnschall wieder Vorsitzender
Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst konstituiert
Bedeutung von Selbsthilfegruppen in der Medizin
Fortsetzung der Spitalsreform notwendig

Lokal: (orange)
Alt-Wiener Volkssänger-Soiree

Kultur: (gelb)
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Sport

Termine: (weiß)
Neue Sprechstunden von BV Josef Deutsch

Nur über FS:
12.6. Fliegerbombe vertrieb FKK-Fans
Fliegerbombe auf der Donauinsel entschärft
13.6. Morgen Pressegespräch mit Bürgermeister Gratz

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Alt-Wiener Volkssänger-Soiree
=++++

6 Wien, 13.6. (RK-LOKAL) Eine Alt-Wiener Volkssänger-Soiree mit Stephan PARYLA gibt es morgen, Dienstag, um 16 Uhr im Rahmen des Grätzel-Festes im Hof des Hauses Lenaugasse 5 in Wien-Josefstadt. Unter dem Titel "Mei Nachbarin und i" wird der Künstler Lieder, Couplets und Gstanzln aus der Hochblüte der Wiener Volkssänger in den Jahren von 1800 bis 1880 zum Besten geben. Paryla wird außerdem Heiteres und Anekdotisches aus der Biedermeierzeit lesen. Veranstalter dieser Alt-Wiener Volkssänger-Soiree ist der Kulturverein "Freunde der Josefstadt". Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

Zwtl.: Kreativitäts-Zentrum

Als weitere Aktivität bietet der Kulturverein gemeinsam mit der Galerie Wickenburg im Rahmen des Grätzelfestes ab 15 Uhr vor dem Haus Lenaugasse 5 ein Kreativitäts-Zentrum: Für die Besucher des Grätzelfestes besteht dabei kostenlos die Möglichkeit, unter fachkundiger Anleitung Keramiken herzustellen, sich in die Kunst der Bauernmalerei einführen zu lassen und zu zeichnen. (Schluß) zi/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Einstimmig und ohne Debatte
=++++

7 Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) In der Sitzung des Wiener Gemeinderates am Freitag standen insgesamt 244 Geschäftsstücke auf der Tagesordnung. 231 Tagesordnungspunkte wurden einstimmig und ohne Debatte beschlossen, darunter 111 Anträge nach § 98 der Wiener Stadtverfassung, die dem Gemeinderat nachträglich zur Beschlußfassung vorgelegt wurden.

Der Gemeinderat genehmigt u.a. 190 Millionen für die Instandsetzung von insgesamt 21 städtischen Wohnhausanlagen. Für die Errichtung von sechs neuen Wohnhausanlagen mit 186 Wohneinheiten und Nebenräumen wurden 266 Millionen bereitgestellt. Der Gemeinderat genehmigt damit auch die Errichtung des sogenannten Hundertwasserhauses in Wien 3, Kegelgasse 34 - 38. Dieses Wohnhausprojekt soll nach dem Entwurf des Malers Friedensreich Hundertwasser errichtet werden. Das Projekt sieht 50 Wohneinheiten, drei Geschäftslokale, eine Ordination sowie eine Tiefgarage und entsprechende Nebenräume vor. Die Baukosten des Hundertwasserhauses belaufen sich auf 80,8 Millionen.

Im Bereich Sport genehmigte der Gemeinderat einstimmig und ohne Debatte 19,2 Millionen für Renovierungsarbeiten im Stadionbad, im Stadion, im Hanappi-Stadion, im Hallenstadion, in der Donauparkhalle sowie im Athletik-Center. Der Wiener Fußball-Verband erhielt für die Nachwuchs- und Jugendbetreuung 2,7 Million.

Für die Aufstockung der Volkshochschule Hietzing wurden 15,4 Millionen bereitgestellt.

Für die Wiener Feuerwehr wurden drei Rüstlöschfahrzeuge im Betrag von 5,0 Millionen genehmigt. Weiters billigte der Gemeinderat einstimmig 70 Millionen für Aufzugsarbeiten in der Gürtelstammstrecke der U-Bahn. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Einstimmig und ohne Debatte
=++++

8 Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Für den Autobusersatzverkehr im Zusammenhang mit den Bauarbeiten für die U 3 werden 23 Gelenkautobusse im Wert von 73 Millionen angeschafft.

Schließlich genehmigte der Gemeinderat 14 Millionen für die Errichtung des Radweges entlang des Donaukanals im 19. Bezirk.

Im Sozialbereich wurden 2,2 Millionen an Unterstützung für Behindertenorganisationen, bewilligt. (Schluß) fk/ap

NNNN

Flötzersteig-Ausbau nicht aktuell

=++++

9 #Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) "Der Ausbau der Flötzersteig-Bundesstraße ist derzeit nicht aktuell. Erstens müssen die Untersuchungen über die Umweltverträglichkeit der sechs verschiedenen Varianten abgewartet und zweitens muß das Projekt im Zusammenhang mit dem möglichen Ausbau der Westeinfahrt im Wiental noch einmal überprüft werden. Nach wie vor muß man aber das Ergebnis der Volksbefragung vom März 1980 zur Kenntnis nehmen, bei der sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für die Schaffung einer zweiten Westeinfahrt ausgesprochen hat." So lautet die Stellungnahme von Bautenstadtrat Roman RAUTNER zu einem Plakat der "Wiener Bürgerinitiativen", das den Eindruck erwecken will, eine Mehrheit der Wiener Bevölkerung lehne den Ausbau der Flötzersteig-Bundesstraße ab.#

Wie Stadtrat Rautner gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, haben 56,6 Prozent der an der Volksbefragung 1980 teilnehmenden Wienerinnen und Wiener für, 43,4 Prozent gegen die Flötzersteig-Westeinfahrt gestimmt. Von den 183.332 Ja-Stimmen nannten 58.498 keine Variante, 100.981 sprachen sich für die kreuzungsfreie Hochstraße über das Wiental und die Linzer Straße, 23.853 für eine niveaugleiche, geregelte Kreuzung mit der Linzer Straße aus. Wenn die Bürgerinitiativen nun, sagte Rautner, jene 7,4 Prozent der Stimmen, die eine niveaugleiche Führung befürworteten, den Gegenern des Straßenausbaus zurechenen, dann ist das wirklich keine seriöse Argumentation.

Rautner betonte, daß er immer zu Gesprächen mit den Vertretern der Bürgerinitiativen bereit sein wird. Solche Gespräche können aber nur dann erfolgreich sein, wenn nicht mit manipulierten Zahlen operiert wird. (Schluß) sc/ko

NNNN

Kontrollausschuß: Hirnschall wieder Vorsitzender

=++++

10 Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) In der konstituierenden Sitzung des Kontrollausschusses am Freitag, wurde wieder Dr. Erwin HIRNSCHALL, Klubobmann der FPö im Wiener Gemeinderat, zum Vorsitzenden gewählt. Die beiden Stellvertreter sind Prof. WIESINGER (SPö) und Dr. KRASSER (öVP). Dr. Hirnschall erhielt nur die Stimmen der SPö und FPö. Die öVP lehnte die Wahl von Dr. Hirnschall zum Vorsitzenden des Kontrollausschusses ab. Durch die Koalition auf Bundesebene könne Hirnschall seine Kontrollfunktion nicht objektiv erfüllen, argumentierte die öVP. (Schluß) fk/ko

NNNN

Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Sport
=++++

11 #Wien, 13.6. (RK-KULTUR) In der ersten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport wurden am Montag einstimmig Gemeinderat Gertrude STIEHL (SPÖ) zum Vorsitzenden und die Gemeinderäte Anton WINDHAB (SPÖ) und Mag. Robert KAUER (ÖVP) zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.#

Als Stellvertreter des Vorsitzenden des Landessportrates (der zuständige Stadtrat) wurde - ebenfalls einstimmig - Gemeinderat Hans LUDWIG gewählt.

Zwtl.: Drei Millionen für Wiener Theatersommer

Zu den Vorhaben, die der Ausschuß beschloß, zählt die Förderung der Wiener Theater, die auch in den Sommermonaten spielen. Den Bühnen werden zunächst 3,02 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, um eine kontinuierliche Arbeit zu ermöglichen. Weitere Mittel können in einem zweiten Antrag zur Verfügung gestellt werden. Zu den insgesamt zehn geförderten Theatern zählen das Theater in der Josefstadt mit den Kammerspielen, die Kammeroper und das "Spectaculum". (Schluß) gab/gg

NNNN

Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst konstituiert
=++++
12 #Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst - zuständiger Stadtrat ist Umweltstadtrat Peter SCHIEDER - hielt am Montag seine konstituierende Sitzung ab. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde dabei SPö-Gemeinderat Ernst OUTOLNY (SPö) gewählt. Seine Stellvertreter sind die Gemeinderäte Josef ARTHOLD (ÖVP) und Hans LUDWIG (SPö).#
(Schluß) hs/ap

NNNN

Bedeutung von Selbsthilfegruppen in der Medizin
Utl.: Arbeitstagung der "Frauenselbsthilfe nach Krebs
=++++

13 Wien, 13.6. (KOMMUNAL) Die Bedeutung von Selbsthilfegruppen im Rahmen der medizinischen Versorgung unterstrich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Montag anläßlich der Eröffnung der 4. Gesamtösterreichischen Arbeitstagung der "Frauenselbsthilfe nach Krebs". Laut Stacher ist gerade diese Organisation beispielgebend für ihre Aktivitäten. Die Gründung ähnlicher Selbsthilfegruppen in anderen medizinischen Bereichen wäre daher wünschenswert, erklärte Stacher. Die Selbsthilfeorganisation, der Gruppen aus ganz österreich angehören, wurde von brustoperierten Frauen gegründet und versucht den betroffenen Frauen bei der Bewältigung des täglichen Lebens zu helfen.

Nach Aussage des Stadtrates können Selbsthilfegruppen eine wichtige Lücke in der medizinischen Versorgung schließen, indem sie Patienten nicht nur menschliche und psychologische Hilfe vermitteln, sondern bei Dingen des täglichen Lebens, beispielsweise bei der Auswahl entsprechender Prothetik oder kosmetischer Behelfe mit Rat zuur Seite stehen. Stacher betonte, daß durch die immer schwieriger und komplizierter werdende Medizin einerseits, durch das aber auch vielfältiger werdende Angebot an Hilfsmitteln im Rahmen der Rehabilitation andererseits die Ärzte nicht mehr in der Lage sind, alle an sie diesbezüglich gestellten Anforderungen nachzukommen. Univ.-Prof. Dr. Stacher unterstrich sein großes Interesse an der Gründung derartiger Selbsthilfegruppen und wies in diesem Zusammenhang auf die über seine Initiative beim Wiener Roten Kreuz installierte Selbsthilfeinformationszentrale hin. (Schluß) zi/jh

NNNN

Fortsetzung der Spitalsreform notwendig
=++++

15 Wien, 13.6. (R-KOMMUNAL) Für eine strukturelle, organisatorische und finanzielle Reform der Wiener Spitäler sprach sich öVP-Gemeinderat Univ.-Prof. Dr. Otto WAGNER Montag im Rahmen eines Pressegespräches aus. Seiner Meinung nach wäre der 1975 vom Wiener Gemeinderat beschlossene Zielplan naturgemäß nicht mehr ganz aktuell und müßte den neuesten Gegebenheiten angepaßt werden. Als notwendige Maßnahmen nannte er unter anderen ein modernes Management gleichzeitig mit mehr Verantwortung für die einzelnen Spitäler. Die Umwandlung des Anstaltenamtes (MA 17) in einen Betrieb laut Stadtverfassung sei nur ein erster Schritt gewesen, weitere müßten folgen. In diesem Zusammenhang kritisierte der öVP-Gemeinderat unter anderem die Tatsache, daß für den Spitalsbereich in Wien vier Geschäftsgruppen (Gesundheit und Soziales, Finanzen und Wirtschaftspolitik, Bauten sowie Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz) zuständig sind. Ferner forderte er die finanzielle Sicherung für die Errichtung des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost und eine stärkere Einbindung der Sozialversicherung in die Spitalsfinanzierung. Seiner Meinung nach verhinderten etwa der pauschalierte Pflegesatz und die derzeitige Abgeltung der Ambulanzgebühren ein echt wirtschaftliches Handeln.

Zwtl.: Zusätzliche Pflegebetten

öVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS sprach sich neben der Schaffung zusätzlicher Pflegebetten auch für eine Forcierung der Nachbarschaftshilfe aus, um damit betagten Menschen die Möglichkeit zu bieten, so lange wie möglich im gewohnten Bereich verbleiben zu können. Zur Einführung der 35-Stunden-Woche: Für das Pflegepersonal müßte zunächst einmal die 40-Stunden-Woche realisiert werden.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER erklärte zu den aufgestellten Forderungen gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß sich diese größtenteils mit den von ihm vorgesehenen Maßnahmen decken, womit offensichtlich die Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit auf medizinischem Gebiet gegeben ist. (Schluß) zi/gg

NNNN

Neue Sprechstunden von BV Josef Deutsch
=++++

Wien, 13.6. (RK-TERMINE) Ab 20. Juni werden die Vormittagssprechstunden des Bezirksvorstehers von Favoriten, Josef DEUTSCH, auf Dienstag, von 8.30 bis 11 Uhr verlegt. Diese Sprechstunden waren bisher am Donnerstag. Die Abendsprechstunden, am sogenannten langen Donnerstag, jeweils von 15.30 bis 17.30 Uhr bleiben aufrecht. BV Josef Deutsch ist in der Bezirksvorstehung Favoriten, 10, Keplerplatz 5, erreichbar.

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 14. Juni 1983 Blatt 1557

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	Bildung, Jugend und Familie: Neuer Ausschußvorsitzender
Kommunal: (rosa)	Energiesparen bei den städtischen Bädern Hauptschule: Ab 1985 kein 2. Klassenzug mehr 4,4 Millionen für ärztliche Forschung "NEO 83" - Modenovitäten in Hetzendorf
Lokal: (orange)	Nestroy im Finanzamt
Termine: (weiß)	Führungen im Juli 1983
Nur über FS:	Turbulente Nacht für die Wiener Feuerwehr Unwetter führte zu Verkehrsunfall Gewitter verursachte Künetteneinsturz - Tramwaystörung Hadikgasse: "Tempo 25" für Straßenbahn Gewitter verursachte Stromausfälle

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Bereits am 13. Juni 1983 über Fernschreiber ausgesendet

Bildung, Jugend und Familie: Neuer Ausschußvorsitzender
=++++

17 #Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Bei der ersten Sitzung des Gemeinderatsausschusses "Bildung, Jugend und Familie" wurde Gemeinderat Erik HANKE einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind Frau Gemeinderat Leopoldine PFAUSER (SPö) und Gemeinderat Johannes PROCHASKA (ÖVP).#
(Schluß) emw/ko

NNNN

Energiesparen bei den städtischen Bädern

=++++

3 Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Nicht nur große Maßnahmen wie die Verwendung der Sonnenenergie machen's aus, auch mit anderen Aktivitäten wollen die städtischen Bäder zum Energiesparen beitragen. Um knapp eine Million Schilling soll daher nun im Apostelbad eine Wärmerückgewinnungsanlage eingebaut werden. Das Projekt wurde vom zuständigen Gemeinderatsausschuß genehmigt. (Schluß) hs/ap

NNNN

Nestroy im Finanzamt
=++++
4 Wien, 14.6. (RK-LOKAL) Urwienerisch und gemütlich wird es kommenden Donnerstag, den 16. Juni, um 19 Uhr, im Hof des Finanzamtes im 8. Bezirk, Josefstädter Straße 39, zugehen: Johann Nestroys Posse "Frühere Verhältnisse" und das Vorspiel "Der Zettelträger Papp" werden aufgeführt. Es handelt sich dabei um eine Produktion der Nestroy Theatre Compagnie Vienna. Ausführende sind Inge Racholz, Roman Racholz, Gottfried Riedl, Traudl Steininger und Franz Wanderer. Für das Musikarragement zeichnet Dr. Oswald Ruttner verantwortlich. Veranstalter dieses Abends - der Eintritt dazu ist frei - ist der Kulturverein "Freunde der Josefstadt", Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes. (Schluß) zi/ko

NNNN

Hauptschule: Ab 1985 kein 2. Klassenzug mehr

=++++

5 Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) über Antrag des amtsführenden Stadtrates für Bildung, Jugend und Familie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER nahm der zuständige Gemeinderatsausschuß Montag die 3. Novelle zum Wiener Schulgesetz einstimmig an.

Die wesentlichste Änderung im neuen Landesgesetz, das eine Konsequenz bereits beschlossener bundesgesetzlicher Bestimmungen ist, bildet die Einrichtung der "Neuen Hauptschule", in der in Zukunft nicht mehr 1. und 2. Klassenzüge geführt werden sollen. "Die Schüler der Hauptschule sind ohne Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit in Klassen zusammenzufassen. Jeder Schulstufe hat eine Klasse zu entsprechen," heißt es in der Novelle. Lediglich in den Gegenständen Deutsch, Mathematik und "Lebende Fremdsprache" werden die Schüler der "Neuen Hauptschule" in Leistungsgruppen unterrichtet. Das Gesetz sieht vor, daß mit dem Beginn des Schuljahres 1985/86 die einheitliche "Neue Hauptschule" eingeführt wird. Weitere Schwerpunkte der Gesetzesnovelle: Der Schulversuch "Vorschulklasse" wird ab dem Schuljahr 1983/84 in das Regelschulwesen übertragen, und die Klassenschülerhöchstzahlen werden weiter gesenkt. (Schluß)
emw/ap

NNNN

4,4 Millionen für ärztliche Forschung (1)
Utl.: Förderungsmittel des "Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds"
=++++

8 #Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Vor kurzem wurden die neuen Förderungsmittel des "Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien" in der Höhe von 4,4 Millionen S übergeben. Bei den geförderten Anträgen handelt es sich um 15 medizinisch-wissenschaftliche Projekte, die sich nahezu auf alle Gebiete der Medizin erstreckten. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Präsident des Fonds, gab Dienstag im Rahmen eines Pressegespräches eine übersicht über die bisherige Tätigkeit des im Jahre 1978 über Anregung von Bürgermeister Leopold GRATZ durch den Gemeinderat gegründeten Fonds.

Zwtl.: Abgeltung für Sonderleistung und Fremdpatienten

Bürgermeister Leopold GRATZ kündigte an, daß Wien im Rahmen des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (KRAZAF) eine entsprechende Abgeltung der in den Wiener Spitälern erbrachten Sonderleistungen bzw. Kosten für Fremdpatienten fordern wird.#

Zwtl.: 152 Projekte bisher gefördert

Von 1978 bis Frühjahr 1983 wurden durch das Kuratorium insgesamt 297 Anträge bearbeitet und dafür über 300 Gutachten eingeholt. Bis Ende vergangenen Jahres wurden für 137 Anträge Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 50 Millionen S bewilligt.

Zwtl.: Dokumentation - Arbeitsbehelf für Ärzte

Wien ist damit, wie der Gesundheitsstadtrat betonte, nach wie vor das einzige Bundesland, das die Forschungstätigkeit seiner Ärzte in dieser intensiven Art und Weise fördert. In Anbetracht des Umstandes, daß sich das Wissen in der Medizin innerhalb von fünf Jahren nahezu verdoppelt hat, kommt diesem Fonds besondere Bedeutung zu. So werden seitens des Fonds nicht nur wissenschaftliche Arbeiten in den Universitätskliniken, sondern auch in allen anderen Wiener Spitälern sowie von niedergelassenen Ärzten gefördert. Die in diesem Zusammenhang mittels Computer jeweils erstellte Dokumentation ist mittlerweile zu einem sehr wesentlichen Arbeitsbehelf der Ärzte geworden. (Forts.) zi/gg

NNNN

4,4 Millionen für ärztliche Forschung (2)
Utl.: Maßnahmen gegen die "Ärzteschwemme"
=++++
9 Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Einer Untersuchung des österreichischen Gesundheitsinstitutes zufolge, ist bis Mitte der neunziger Jahre mit einer Zahl von 35.000 Ärzten zu rechnen, was im Vergleich zum Jahr 1980 einer Verdoppelung gleichkommt. Dies erklärte Dienstag Gesundheitsstadtrat Univ. Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegespräches. Laut Stacher könne dieses Phänomen der "Ärzteschwemme" nur mit einer Reihe gezielter Maßnahmen in den Griff zu bekommen sein. Der Gesundheitsstadtrat nannte unter anderem die zusätzliche Schaffung von 100 Facharzt-Ausbildungsstellen., 30 Zahnarzt-Ausbildungsstellen und 120 Turnusstellen. Ebenso wäre es notwendig, daß seitens der Bundesländer zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Derzeit gibt es, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, in Wien doppelt so viele Ausbildungsplätze als in den anderen Bundesländern. Stacher sprach sich aber auch für eine Verkürzung des Turnus aus, wobei er die Meinung vertrat, daß ein Teil der Ausbildung auch in eigenen Lehrpraxen erfolgen könnte. Ebenso schiene es sinnvoll, die Altersgrenze bei der Vergabe von Verträgen mit der Krankenkasse zu reduzieren.

Zwtl.: Enquete über Arbeitszeitverkürzung

Zum Problem der vorgesehenen Arbeitszeitverkürzung meinte Stacher, daß diese mit dem derzeitigen Personalstand in den Krankenanstalten sicherlich nicht durchführbar wäre. In diesem Zusammenhang kündigte der Stadtrat für den Herbst eine Enquete an, bei der Modelle zur Realisierung der 35-Stunden-Woche im Spitalsbereich ausgearbeitet werden soll. (Schluß) zi/ap

NNNN

"NEO 83" - Modenovitäten in Hetzendorf

=++++

10 #Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Titel "Neo 83" zeigen die Schülerinnen und Schüler der Modeschule der Stadt Wien bei der diesjährigen Jahresmodeschau im Schloßpark von Hetzendorf wieder phantasievolle Modeträume von morgen. Die Modeschau im Schloßpark von Hetzendorf ist vom 16. bis 26. Juni täglich um 19.30 Uhr zu sehen. Ebenfalls vom 16. bis 26. Juni ist in den historischen Räumen des Schlosses täglich von 10 bis 19 Uhr die Jahresausstellung der Modeschule der Stadt Wien zu besichtigen.#

Wie die Titel der Modellgruppen (z.B. Neoflora, Neoklassik, Newcomics, Neorobic, Neurosen, Neomanie, Neotektur, Novomotion, Nouveate, Neoprint und Newmoon) zeigen, beweisen die Schülerinnen und Schüler der berühmten Modeschule auch heuer wieder viel Mut zum Neuen, Unkonventionellen. In der traditionellen Kreppapier-Revue der zweiten Klassen kommt heuer der Humor nicht zu kurz. Die Posse "A Hetz im Dorf" nimmt das Türkenjahr zum Anlaß, eine historisch ganz und gar unterhaltsame Begebenheit 'in 2 türkischen Aufzügen' aufzuführen.

(Schluß) emw/ap

NNNN

Führungen im Juli 1983
=++++

Wien, 14.6. (RK-TERMINE)

HISTORISCHES MUSEUM DER STADT WIEN, WIEN 4, KARLSPLATZ

Samstag,	2.7.	15 Uhr	"Das mittelalterliche Wien" (Dr. Karl Weinberger)
Sonntag,	3.7.	10 Uhr	"Spaziergang durch die Geschichte Wiens" (Übersichtsführung, Dr. Karl Weinberger)
Sonntag,	3.7.	15 Uhr	"Wien 1500 - 1900" (Dr. Karl Weinberger)
Samstag,	9.7.	15 Uhr	"Der Weg zur Großstadt - Wiener Leben und Kultur im 19. Jahrhundert" (Dr. Reingard Witzmann)
Sonntag,	10.7.	10 Uhr	KINDERFÜHRUNG: "Sagen und Geschichten aus dem alten Wien" (Dr. Reingard Witzmann)
Sonntag,	10.7.	15 Uhr	"Großes Glück im Kleinen - Alltag und Fest im Wiener Biedermeier" (Dr. Reingard Witzmann)
Samstag,	16.7.	15 Uhr	"Das mittelalterliche Wien" (Dr. Karl Weinberger)
Sonntag,	17.7.	10 Uhr	"Wien 1500 - 1900" (Dr. Karl Weinberger)
Sonntag,	17.7.	15 Uhr	"Spaziergang durch die Geschichte Wiens" (Übersichtsführung, Dr. Karl Weinberger)
Samstag,	23.7.	15 Uhr	"Geschichte Wiens im 16. und 17. Jahrhundert" (Dr. Wilhelm Deutschmann)
Sonntag,	24.7.	10 Uhr	KINDERFÜHRUNG: "Als die Türken Wien belagerten" (Dr. Wilhelm Deutschmann)
Sonntag,	24.7.	15 Uhr	KINDERFÜHRUNG: "Als die Türken Wien belagerten" (Dr. Wilhelm Deutschmann)
Samstag,	30.7.	15 Uhr	Übersichtsführung durch die Schausammlung (akad. Rest. Hermine Hausner)
Sonntag,	31.7.	10 Uhr	Übersichtsführung durch die Schausammlung (akad. Rest. Hermine Hausner)
Sonntag,	31.7.	15 Uhr	Übersichtsführung durch die Schausammlung (akad. Rest. Hermine Hausner)

UHRENMUSEUM, WIEN 1, SCHULHOF 2

Sonntag,	3.7.	10 Uhr	"900 Uhren aus aller Welt" (Franz Scharinger)
Sonntag,	3.7.	11 Uhr	"Uhrenmechanik und künstliche Musik" (Franz Scharinger)
Samstag,	9.7.	15 Uhr	Übersichtsführung (Otto Kamleithner)
Sonntag,	24.7.	10 Uhr	"Schönheit und Funktion alter Uhren" (Franz Scharinger)
Sonntag,	24.7.	11 Uhr	"Spielwerke aus Holz und Metall" (Franz Scharinger)

ALLE FÜHRUNGEN MIT VORFÜHRUNGEN!

SCHUBERT-MUSEUM, WIEN 9, NUSSDORFER STRASSE 54
Sonntag, 10.7. 10.30 h Übersichtsführung (Dr. Adelbert Schusser)

RÖMISCHE RUINEN UNTER DEM HOHEN MARKT, WIEN 1, HOHER MARKT 3
Dr. Ortolf Harl führt am Dienstag, dem 19. und 26.7. um 16 Uhr.

NEIDHART-FRESKEN, WIEN 1, TUCHLAUBEN 19
Dr. Renata Kassal-Mikula führt am Dienstag, dem 5. und 19.7. um 15 Uhr.
Dr. Karl Weinberger führt am Dienstag, dem 12. und 26.7. um 15 Uhr.

VIRGILKAPELLE, U-BAHN-STATION STEPHANSPLATZ
Dr. Ortolf Harl führt am Mittwoch, dem 20. und 27.7. um 16.30 Uhr.

Für geschlossene Gruppen ab acht Personen können auch andere Termine vereinbart werden. Telefonische Anmeldung für das Uhrenmuseum unter der Nummer 63 22 65, für das Historische Museum und die übrigen Museum und Gedenkstätten der Stadt Wien unter der Nummer 42 804/741 Kl. 49. Die Führungen sind kostenlos.

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 15. Juni 1983 Blatt 1566

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Gemeinderatsausschuß Gesundheit und Soziales konstituiert
- 4,4 Millionen für ärztliche Forschung

Kommunal: (rosa)
- Tramwayfest in der Remise Rudolfsheim
- Seniorenwoche 1983 im Rathaus
- Bürgermeister Gratz in Helsinki und Stockholm
- Gedenkmünze 100 Jahre Rathaus
- U 3 in der Mariahilfer Straße
- Steinhofgründe: Widmung Wald- und Wiesengürtel
- Gemeinderat Lustig Vorsitzender des Stadterneuerungsausschusses
- Amtseinführung von Dr. Peter Hermann

Lokal: (orange)
- Gratz ehrt Jubelpaare

Kultur: (gelb)
- Förderungspreise der Stadt Wien 1983
- Musicalaufführung im Konservatorium

Nur über FS:
- 14.6. Terminübersicht vom 15. bis 22. Juni
- 15.6. Sanitäter assistierte dem Storch
- Hernalser "Schülerehrung"

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-

Bereits am 14. Juni 1983 über Fernschreiber ausgesendet

.-

4,4 Millionen für ärztliche Forschung (3)

Utl.: Schwangerenbetreuung, Epilepsie, Rehabilitation

=++++

18 Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des medizinisch-wissenschaftlichen Fonds wird derzeit unter anderem eine wissenschaftliche Forschungsarbeit in Form eines Modells zur Verbesserung der Schwangerenbetreuung in Zusammenarbeit mit niedergelassenen praktischen Ärzten gefördert. Eine Studie über Lungenfunktionsversagen nach einem Schock soll dazu beitragen, diese relativ hohe Todesrate zu senken. Mittels einer neu zu entwickelnden Methode zur Messung des Medikamentenspiegels soll die Anfallshäufigkeit bei epileptischen Patienten reduziert werden. Im Bereich der Urologie sollen Möglichkeiten erschlossen werden, um bei Operationen in der Harnröhre und der Blase auf einem Bildschirm übertragbare Aufnahmen machen zu können. Für den Geburtsmechanismus (Wehen) sind zentrale Hormone zuständig. Im Rahmen einer Studie sollen diese Hormone erforscht werden, um damit in Zukunft eventuell unerwünschte vorzeitige Wehen besser behandeln zu können. Ferner gibt es Forschungsprojekte auf dem Gebiet der Rehabilitation in der Geriatrie, der körpereigenen Tumorabwehr, des Knochenkrebses, der Lebererkrankungen und der Harnerkrankungen. (Schluß) zi/ap

NNNN

Tramwayfest in der Remise Rudolfsheim

=++++

3 Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) "Tramwayfahrer unterwegs" - das könnte das Motto des großen Festes sein, das die Wiener Verkehrsbetriebe und Radio Wien am Freitag, dem 17. Juni, gemeinsam in der Remise Rudolfsheim veranstalten.

Um 9 Uhr geht es mit einem Live-Einstieg von Radio Wien aus dem Festsaal der Rudolfsheimer Remise los. Der für die Verkehrsbetriebe zuständige Stadtrat Johann HATZL, Direktor Dipl.-Ing. Johann HELSCHER und ORF-Intendant Otmar URBAN werden dabei sein. Durch die Sendung wird Kurt VOTAVA führen. Für die musikalische Untermalung sorgen die "Flamingos", eine Armateurband der Verkehrsbetriebe, die aber durchaus profihafte Leistungen erbringt.

Von der Remise aus werden drei silbergraue "ORF-Züge" zu einer Rundfahrt durch Wien starten. Ing. Friedrich SCHIEFERDECKER von der Informationsabteilung der Verkehrsbetriebe wird zu aktuellen Problemen der Verkehrsbetriebe interviewt werden.

In der Halle 2 der Remise gibt es Straßenbahn-Oldtimer zu bewundern. Daneben kann auch ein Triebwagen der Emil-2-Generation besichtigt werden sowie ein moderner Autobus. Eine Ausstellung auf dem Gelände der Remise zeigt Werke von Hobbykünstlern der Wiener Verkehrsbetriebe, in einem Gelenkbus ist ein Sonderpostamt mit einer Briefmarkenausstellung untergebracht. Blutspenden wird man in einem Bus des Roten Kreuzes können.

Um 11.30 Uhr steigt die Sendung "Autofahrer unterwegs" mit einem Interview mit Stadtrat Hatzl in das Tramway-Fest ein. Am Nachmittag - zwischen 14.40 und 15 Uhr - überträgt wieder Radio Wien aus der Remise, unter anderem die Ziehung des Verkehrsbetriebe-Quizspieles.

Das bunte Programm endet um 15 Uhr. Bis dahin gibt es neben viel Information und Unterhaltung auch Gratisgetränke - natürlich alkoholfrei. (Schluß) roh/gg

NNN

Gratz ehrte Jubelpaare
Utl.: Fast 17.000 Jahre Ehe!
=++++
4 Wien, 15.6. (RK-LOKAL) Im großen Festsaal des Wiener Rathauses ehrte Bürgermeister Leopold GRATZ am Dienstag nachmittag 161 Jubelpaare aus ganz Wien, die in den Monaten Februar bis Mitte Mai ein Hochzeitsjubiläum gefeiert haben. Fünf Ehepaare feierten die "Eiserne Hochzeit", das sind 65 Ehejahre, 22 Paare feierten "Diamantene Hochzeit", das sind 60 Jahre, und 134 Paare feierten die "Goldene Hochzeit". Unter den Jubelpaaren befand sich auch das Ehepaar Maria und Otto LIMANOVSKY. Kommerzialrat Limanovsky war von 1965 bis 1978 Bezirksvorsteher des 7. Bezirkes.

Eine kleine Zahlenspielerei: die Jubelpaare haben insgesamt 244 Kinder, 300 Enkelkinder und 45 Uhrenkel. Sie haben zusammen 16.690 Ehejahre verbracht.

Bürgermeister Leopold GRATZ dankte den Jubilaren für ihre Leistungen zum Wiederaufbau der Bundeshauptstadt nach dem zweiten Weltkrieg. "Ohne den selbstlosen Einsatzwillen von Ihnen und von Ihrer Generation" sagte der Bürgermeister "würde unser Wien nicht in diesem Glanz dastehen, wie wir alle unsere Heimatstadt heute bewundern können."

Die Jubelpaare wurden von ihren Bezirksvorstehern begleitet. Der Feierstunde im Festsaal wohnten auch der zweite Landtagspräsident Fritz HAHN und die neue dritte Landtagspräsidentin Erika KRENN bei. (Schluß) fk/ap

NNNN

Förderungspreise der Stadt Wien 1983
=++++

5 #Wien, 15.6. (RK-KULTUR) Auch 1983 vergibt die Stadt Wien wieder zwölf Förderungspreise und 20 Arbeitsstipendien für junge Künstler, Wissenschaftler und Volksbildner. Die Förderungspreise - sechs für die künstlerischen Sparten Literatur, Musik und Bildenden Kunst und sechs für Wissenschaft und Volksbildung - sind mit je 40.000 Schilling dotiert, die Arbeitsstipendien mit je 25.000 Schilling. Persönliche Bewerbungen sind bis 1. September an das Kulturamt der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5 zu richten.#

Die Preise werden an junge Künstler, Wissenschaftler und Volksbildner vergeben, deren bisherige Leistungen auf eine vielversprechende Weiterentwicklung schließen lassen. Es werden nur Personen berücksichtigt, die in Wien leben und arbeiten und noch nicht 40 Jahre alt sind. Förderungspreise und Arbeitsstipendien werden vom Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Sport aufgrund von Vorschlägen von Preisrichterkollegien zuerkannt.

Der persönlichen Bewerbung ist ein ausführlicher Lebenslauf, ein vollständiges Verzeichnis der Werke beziehungsweise Publikationen mit Belegexemplaren beizulegen. Dei Bewerbungen um ein Arbeitsstipendium soll auch eine ausführliche Arbeitsdisposition des geplanten künstlerischen oder wissenschaftlichen Vorhabens enthalten. (Schluß) gab/ko

NNNN

Musicaluraufführung im Konservatorium

=++++

6 Wien, 15.6. (RK-KULTUR) Die Uraufführung eines Musicals, das zwei Studenten des Konservatoriums der Stadt Wien verfaßt haben, zeigen Studierende der Klasse für Operette, Musical und Chanson (Leitung: Prof. Robert Werner) am Donnerstag, dem 16. Juni, um 19.30 Uhr, im Großen Saal des Konservatoriums, Wien 1, Johannesgasse 4 a.

Das Musical, das von Wolf EQUILUZ und Ines REIGER geschrieben wurde, trägt den Titel "Show gegen Bar" und hat den Konflikt zwischen Kunst und Kommerz im Showbusiness zum Thema.

Das Orchester stellt die Jazzklasse des Konservatoriums, die Einstudierung besorgten die Studenten selbst, unter fachkundiger Beratung von Prof. Robert Werner (künstlerische Gesamtleitung), Neva Rae Powers (Choreografie) und Kapellmeister Leopold Grossmann (Musikalische Gesamtleitung). (Schluß) emw/gg

NNNN

Seniorenwoche 1983 im Rathaus

=++++

8 #Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Die Seniorenwoche 1983 der Stadtverwaltung wird heuer im Wiener Rathaus und zwar vom 12. bis 18. September stattfinden. Die bereits zum 10. Mai von der Stadtverwaltung durchgeführte Veranstaltung wird auch heuer wieder ein abwechslungsreiches Programm bieten und im Rahmen einer Ausstellung über die vielfältigen Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens informieren, aber auch Beratungen der verschiedensten Institutionen, wie z.B. Sozialversicherung, Polizei usw., ermöglichen.#

Die Kosten für die diesjährige Veranstaltung - im Vorjahr wurden 97.000 Besucher gezählt - in der voraussichtlichen Höhe von 3 Mio S wurden Dienstag vom zuständigen Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales genehmigt. (Schluß) zi/ko

NNNN

Bürgermeister Gratz in Helsinki und Stockholm

=++++

10 Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ ist Mittwoch nachmittag an der Spitze einer Delegation zu einem offiziellen Besuch nach Helsinki abgeflogen. Anschließend wird der Bürgermeister in Stockholm an der Tagung des Weltbundes der Gemeinden (IULA) teilnehmen und am 22. Juni wieder nach Wien zurückkehren. (Schluß) rö/gg

NNNN

Gedenkmünze 100 Jahre Rathaus
=++++
11 #Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) In Anwesenheit von Vertretern des Finanzministeriums und des Hauptmünzamtes stellte Bürgermeister Leopold GRATZ Mittwoch vormittag die 500 Schilling Gedenkmünze 100 Jahre Rathaus vor.#

Gratz meinte dabei, das bemerkenswerte an diesem Jubiläum sei, daß das Rathaus Teil einer Epoche der Stadterweiterung gewesen sei. Die Entscheidung um ein schlichtes oder ein prunkvolles Rathaus sei damals zugunsten des fast ein Jahresbudget verschlingenden Gebäudes (nach heutigem Wert ungefähr 55 Milliarden) gefallen, um schräg gegenüber der Hofburg zu zeigen, daß der Reichtum dieses Landes in Wirklichkeit vom Wiener Bürgertum käme. Überdies erzählte der Bürgermeister, daß die Mitplanung durch den Gemeinderat damals sogar bis zur Fasson der Gläser für den Rathauskeller gegangen sei. Im Jahr des 100-Jahr-Jubiläums des Rathauses jährt sich auch annähernd zum 700. Male die Einsetzung des ersten Wiener Bürgermeisters. Leopold Gratz ist seit damals (mit Ausnahme dreier, zwischen 1934 und 1945 ernannter Bürgermeister) der 138. gewählte Bürgermeister dieser Stadt. (Schluß) rö/jh

NNNN

U 3 in der Mariahilfer Straße

=++++

12 #Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Die Trasse der künftigen U-Bahn-Linie U 3 wird im Abschnitt Volkstheater - Westbahnhof im Zuge der Mariahilfer Straße verlaufen. Diesen einstimmigen Beschluß, dem jahrelange Untersuchungen, Vorarbeiten und Verhandlungen vorangegangen waren, faßte am Mittwoch der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung.#

Wie Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN dazu erklärte, wird mit dieser endgültigen Entscheidung die Voraussetzung geschaffen, die U 3 vom inneren Abschnitt Landstraße - Volkstheater aus rasch in beide Richtungen weiterbauen zu können.

Zwtl.: Debatte um U 6

Eine Grundstückserwerbung im Zuge der U 6-Trasse in der Dunklergasse in Meidling war Anlaß für eine kurze Debatte. Während die ÖVP eine Vertagung vorschlug, um die künftige Entscheidung im Zusammenhang mit der Otto-Wagner-Brücke nicht zu präjudizieren, sprach sich die SPÖ für die Bescchlußfassung schon jetzt aus, um - ohne die Entscheidung über die Trassenführung über das Wiental und das Schicksal der Otto-Wagner-Brücke zu präjudizieren - nicht später eine Verteuerung in Kauf nehmen zu müssen. Der Grundstückskauf wurde schließlich mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. (Schluß) ger/ap

NNNN

Steinhofgründe: Widmung Wald- und Wiesengürtel

=++++

13 #Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung beschloß in seiner ersten Sitzung am Mittwoch einstimmig, die sogenannten Steinhofgründe in den Wald- und Wiesengürtel einzubeziehen. Bekanntlich hatte sich bei einer Volksbefragung im Dezember 1981 die Mehrheit gegen die Errichtung einer Wohnhausanlage auf diesem Areal ausgesprochen, das anschließend als Erholungsgebiet der öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Mit dem Beschluß, dieses Gebiet in den Wald- und Wiesengürtel einzubeziehen, wird dem Ergebnis der Volksbefragung und entsprechenden Anträgen im Gemeinderat nun auch im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan Rechnung getragen.# (Schluß) ger/ko

NNNN

Gemeinderat Lustig Vorsitzender des Stadterneuerungsausschusses
=++++

14 #Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung trat am Mittwoch zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden wurde Gemeinderat Gerhard LUSTIG (SPö) gewählt. Seine Stellvertreter sind die Gemeinderäte Gerhard OBLASSER (SPö) und Dr. Wolfgang PETRIK (ÖVP). Die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter erfolgte einstimmig.#
(Schluß) ger/jh

NNNN

Amtseinführung von Dr. Peter Hermann
=++++

15 #Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Friederike SEIDL führte Mittwoch im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe Dr. Peter HERMANN als Vorstand des neuen Drogeninstitutes in sein Amt ein.#

Im Beisein von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Bezirksvorsteher Otto BAUER erklärte Stadtrat Seidl, daß es für den Vorstand dieser neuen, mittelfristigen Therapieeinrichtung für Drogenabhängige ein gutes Stück Pionierleistung zu bewältigen gilt, da diese Einrichtung in Österreich einzigartig ist.

Stadtrat Stacher betonte, daß vor vier Jahren mit der Psychiatriereforn begonnen wurde. Durch die Errichtung der neuen Drogenstation habe die "Wiener Therapiekette" eine wesentliche Ergänzung erfahren. Es soll damit eine Lücke im Behandlungsangebot zwischen ambulanter Behandlung und Langzeittherapie geschlossen werden.

Dr. Peter Hermann verfügt über umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet der Entzugs- und Entwöhnungsbehandlung von Opiat- und Medikamentenabhängigen. An der Psychiatrischen Universitätsklinik entwickelte er ein Modell der ambulanten Entzugsbehandlung, das auf die realen Bedürfnisse der Drogenabhängigen abgestimmt ist. Nach Dr. Hermann ist die Zusammenarbeit des Drogeninstitutes mit allen bestehenden Betreuungsstellen für Süchtige eine unbedingte Notwendigkeit für den Heilerfolg. (Schluß) lei/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 16. Juni 1983 Blatt 1580

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Die Stadthalle feiert 25jähriges Jubiläum

Kommunal: (rosa)
- Hallenbad Donaustadt nun mit Freibad und 45-Meter-Rutsche
- Neuer Turnsaal für Volksschule Eßling
- Jugendschutzexperten tagten in Wien
- "Simmeringer Paket" in Bezirksvertretung
- Gemeinderatsklubs erhielten VAMED-Bericht
- Sozialdienste: Bis zu 30 Prozent mehr Leistung
- Diskussion um "J"-Wagen

Lokal: (orange)
- Mozart- und Schubert-Messe in der Piaristenkirche
- Wieder Bäckerei in der Naglergasse

Kultur: (gelb)
- Forschungsprojekt "Innenkolonisation" abgeschlossen

Termine: (weiß)
- Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung
- Führungen durch das Wiener Rathaus

Nur über FS:

15.6.
- Südost-Tangente nach Lkw-Unfall gesperrt
- Gerümpel, Hühner, alte Filme - Bürgerdienst räumt Einfamilienhaus

16.6.
- Bei "rot" über Kreuzung - von Bus niedergestoßen
- Zigaretten zweimal als Brandstifter
- Schmerzhafte Notbremsung
- Jugendtheatertage beginnen morgen

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

Hallenbad Donaustadt nun mit Freibad und 45-Meter-Rutsche

=++++

3 #Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Eine Freibadeanlage mit zwei Becken und die erste "städtische" 45-Meter-Wasserrutsche steht den Badegästen beim Hallenbad Donaustadt ab kommendem Montag, dem 20. Juni, zur Verfüung. Das Sommerbad öffnet schon um 9 Uhr seine Tore, die auf Initiative von Bäderstadtrat Peter SCHIEDER aufgestellte große Wasserrutsche - spezielle Akttraktion für alle Wasserratten - wird am Nachmittag von Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ freigegeben.#

Das 17. städtische Sommerbad befindet sich gleich neben dem Hallenbad Donaustadt in der Portnergasse/Lenkgasse und entstand aus einem früheren Kinderfreibad. Rund 1500 Quadratmeter Fläche und zwei Schwimmbecken - eines für Nichtschwimmer, eines für Schwimmer - sorgen für Badevergnügen. Außerdem ist nun auch die große Liegewiese beim Hallenbad fertig und kann benützt werden.

Die Freibadeanlage mit der neuen 45-Meter-Rutsche ist mit dem Hallenbad durch einen Steg verbunden, leichter Wechsel zwischen innen und außen ist für die Badegäste damit möglich.

Das Hallenbad Donaustadt ist übrigens bereits das vierte städtische Hallenbad mit angeschlossenem Sommerbad: Auch die Hallenbäder Theresienbad, Ottakringer Bad und Hietzinger Hallenbad verfügen über ein Sommerbad. Ein weiteres Sommerbad soll auch beim künftigen Hallenbad in der Großfeldsiedlung errichtet werden. Schließlich verfügt auch das Hernalser Badezentrum mit Jörgerbad und angeschlossenem Kinderfreibad über eine Außenanlage. (Schluß) hs/ko

NNNN

Mozart- und Schubert-Messe in der Piaristenkirche

=++++

4 Wien, 16.6. (RK-LOKAL) Ein spezielles Angebot für Kenner und Liebhaber der Musik von Wolfgang Amadeus Mozart und Franz Schubert gibt es kommenden Samstag, dem 18. Juni, um 17 Uhr in der Basilika Maria Treu, 8, Piaristengasse 43. Der Kulturverein "Freunde der Josefstadt", Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes, veranstaltet die Aufführung der "Sancta Maria mater Dei" KV 273, "Misericordias Domini" KV 222 und des "Ave verum corpus" KV 618 von Wolfgang Amadeus Mozart und die Messe in G-Dur, DV 167 von Franz Schubert. Die Ausführenden sind das Wiener Kammerorchester und der Wiener Kammerchor (Einstudierung: Uwe Christian Harrer) sowie Nobuko Nezu (Sopran), Manfred Equiluz (Tenor) und Peter Doss (Baß). Die Leitung hat Philipp Entremont. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. (Schluß) zi/ap

NNNN

Forschungsprojekt "Innenkolonisation" abgeschlossen

=++++

5 #Wien, 16.6. (RK-KULTUR) Das im Rahmen des Vereins für Geschichte der Stadt Wien durchgeführte Forschungsprojekt "Innenkolonisation", in dessen Mittelpunkt das Siedlungswesen der Zwischenkriegszeit und im besonderen die Errichtung und Entwicklung der Wiener Arbeitslosensiedlungen (vor allen der Stadtrand- und der Nordrandsiedlung) stand, konnte nun abgeschlossen werden. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts sind in einem Band der Reihe "Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte" mit dem Titel 'Die Zukunft liegt in der Vergangenheit' enthalten.#

Univ.-Doz. Dr. Peter CSENDES vom Wiener Stadt- und Landesarchiv stellte Donnerstag bei einer Presseführung im Rathaus die Ergebnisse in der auf Grundlage des Projekts gestalteten Arkadenhofausstellung vor.

Fünf Autoren sind in dem Band, einer Publikation des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, vertreten. Robert Hoffmann beschäftigt sich mit Wohnreform und Argrarromantik, mit dem Siedlungswesen und der Siedlungsideologie in österreich von der Jahrhundertwende bis zur Weltwirtschaftskrise; Birgit Bolognese-Leuchtenmüllers Beitrag beschreibt die Wohnsituation der Fabrikarbeiter in den österreichischen Industriegebieten vor dem Ersten Weltkrieg; die Arbeit Wolfgang Försters ist den Frühsozialisten und der Entwicklung zur Kurzarbeitersiedlung gewidmet; Margit Altfahrt analysiert in ihrer Studie 'Anspruch und Wirklichkeit. Realität einer Arbeitslosensiedlung am Beispiel Leopoldau' und Dieter Stiefel behandelt die 'Innenkolonisation und nahrungswirtschaftliche Siedlung als atavistische Utopie der Zwischenkriegszeit'.

Der Studienband ist im Herbstprogramm des Verlags Franz Deuticke vertreten und wird im Buchhandel erhältlich sein.

Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung 'Die Zukunft liegt in der Vergangenheit' ist noch bis Ende Juni im Arkadenhof des Rathauses Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr zu sehen. (Schluß) am/gg

NNNN

Neuer Turnsaal für Volksschule Eßling

=++++

6 Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Ein neuer Turnsaal wird am kommenden Montag, dem 20. Juni um 9 Uhr, von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in der Volksschule Wien 22, Eßlinger Hauptstraße 97 offiziell seiner Bestimmung übergeben.

Die aus dem Jahre 1897 stammende Volksschule wurde in den Jahren 1954, 1958 und 1962 durch Zubauten und einen Pavillonbau erweitert. Der Turnunterricht wurde in zwei Klassenzimmern abgehalten, die als Gymnastikräume adaptiert worden waren.

1981 beschloß der Gemeinderat die Errichtung eines Turnsaales, der mit einem Aufwand von 8,8 Millionen Schilling in einer Bauzeit von eineinhalb Jahren fertiggestellt wurde.

Insgesamt wurden in Wien in den letzten 20 Jahren 90 Turnsäle, 1 Rechteckhalle und 6 Rundturnhallen (die jeweils 3 Normturnsäle umfassen) neu errichtet. (Schluß) emw/ap

NNNN

Jugendschutzexperten tagten in Wien

=++++

7 #Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Jugendschutzgesetze sind Landessache. Aus diesem Grund gibt es in den verschiedenen österreichischen Bundesländern zum Teil unterschiedliche Regelungen. Die Jugendschutzbestimmungen österreichweit einheitlicher zu gestalten und auch zu vereinfachen, war das Ziel eines Expertengespräches, an dem gestern Mittwoch im Wiener Rathaus Vertreter aller neun Bundesländer teilnahmen.#

Ausgangspunkt des Gespräches waren die Bestimmungen des neuen niederösterreichischen Jugendschutzgesetzes, das sich in wesentlichen Punkten von den Bestimmungen aller anderen Bundesländer unterscheidet. So dürfen etwa in Niederösterreich Jugendliche, sobald sie der Schulpflicht entwachsen sind, bis 24 Uhr Lokale besuchen (in Wien bis 23 Uhr) und auch Alkohol (außer "harten Drinks") zu sich nehmen (in Wien erst ab 18 Jahren).

#Die Experten kamen überein, im Herbst ein weiteres Gespräch zu führen, sobald Niederösterreich ausreichende Erfahrungswerte mit der Vollziehung seines neuen Jugendschutzgesetzes aufweisen kann.

Im Anschluß an dieses Gespräch ist daran gedacht, in Wien eine Novelle zum Jugendschutzgesetz, das aus dem Jahr 1971 stammt, auszuarbeiten und als Magistratsentwurf einem Begutachtungsverfahren zu unterziehen. Dieser Gesetzesentwurf soll den seit 1971 geänderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen. (Schluß) emw/ko

NNNN

"Simmering-Paket" in Bezirksvertretung
Utl.: Renovierung des Neugebäudes, Ausbau des Hallenbades
=++++
9 #Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) In der ersten Arbeitssitzung der Simmeringer Bezirksvertretung unter dem Vorsitz von Bezirksvorsteher Otto MRAZ wurde ein ganzes "Paket" an Verbesserungen für den 11. Bezirk vorgelegt. Unter anderem die Erhaltung und kulturelle Nutzung des Schlosses Neugebäude, der Ausbau des Simmeringer Hallenbades zum Sommerbad, die Errichtung eines Beserlparks auf dem Grundstück Kaiser-Ebersdorfer-Straße 2 - 4, den Naturschutz für das Blaue Wasser, die rasche Inbetriebnahme des Jugendzentrums Hoefftgasse sowie eine Gemeinschaftspraxis in Kaiser-Ebersdorf. Die Bezirksvertretung sprach sich einstimmig für die rasche Verwirklichung dieses "Pakets" aus.#

Zwtl.: Neuprojektierung des Einkaufszentrums Hasenleiten

Bezirksvorsteher Mraz legte einen neuen Plan für das Einkaufszentrum in der Wohnhausanlage Hasenleiten vor. Das ehemalige Tröpferlbad soll zu einem Einkaufszentrum ausgebaut werden. Da es bei Baubeginn zu Protesten der Anrainer gekommen war, veranlaßte der Bezirksvorsteher einen Baustopp und verlangte die Überarbeitung der Pläne. Das Projekte wurde so verändert, daß der Magazinanbau nur mehr eine Breite von fünf Metern haben wird. Der alte Gehweg soll erhalten bleiben, an der rückwärtigen Seite des Geschäftes sollen neue Flächen zusätzlich begrünt werden. Im ursprünglich dafür vorgesehenen Hofbereich sollen nunmehr keine Parkplätze errichtet, die Zulieferung zum Einkaufszentrum soll ebenfalls nicht mehr über den Grünbereich des Hofes, sondern über die Lorystraße erfolgen. "Der wesentliche Vorteil für die Anrainer ist, daß nach dem Schließen eines alten Lebensmittelgeschäftes ein neues modernes Einkaufszentrum für die Nahversorgung zur Verfügung stehen wird", betonte Bezirksvorsteher Otto Mraz. (Schluß) red/gg

NNNN

Wieder Bäckerei in der Naglergasse

=++++

11 #Wien, 16.6. (RK-LOKAL/KULTUR) Wo einst die berühmte Bäckerei "Fritz" war, kann man ab sofort wieder Backwaren - vom Brot bis zur Topfengolatschen - kaufen: die Firma "Ankerbrot" hat im Haus Naglergasse 13 eine stilgetreue Filiale eröffnet.#

Damit wurde ein weiterer Schritt zur endgültigen Wiederherstellung des Hauses aus dem 16. Jahrhundert getan, das mit erheblichen Mitteln aus dem Altstadterhaltungsfonds der Stadt wien von der Ottakringer Brauerei renoviert wurde.

Bürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, die die Eröffnung vornahm wies ebenfalls auf die Tradition des Platzes hin und betonte, daß mit diesem Geschäft gleichermaßen dem Fremdenverkehr wie auch der Nahversorgung gedient werde. Bei der Eröffnung waren auch Unterrichtsminister Dr. Helmut ZILK und Kulturstadtrat Franz MRKVICKA anwesend. (Schluß) gab/ap

NNNN

Gemeinderatsklubs erhielten VAMED-Bericht

=++++

12 Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR übergab Donnerstag den Gemeinderatsklubs der SPÖ, ÖVP und FPÖ den Ist-Zustands-Bericht der VAMED über den Neubau des AKH. Über die wesentlichsten Aussagen dieses Berichtes debattierte der Wiener Gemeinderat bereits am 28. Jänner 1983. Die ÖVP stellte damals eine dringliche Anfrage, in deren Beantwortung Stadtrat Mayr u.a. sehr ausführlich auf das Problem der schadhaften Schweißnähte im Sanitärbereich einging.

Eine Kurzfassung des nun vollständig übergebenen VAMED-Berichts erhielten die Mitglieder des Finanzausschusses am 21. Jänner 1983, die Mitglieder des Gesundheitsausschusses am 18. Jänner dieses Jahres. (Schluß) sei/gg

NNNN

Sozialdienste: Bis zu 30 Prozent mehr Leistung (1)

=++++

13 #Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Die Leistungen der Wiener Sozialdienste haben 1982 in manchen Bereichen bis zu 30 Prozent zugenommen. Wie Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag bei einem Pressegespräch des Vereins "Wiener Sozialdienste" berichtete, wurden im vergangenen Jahr von den 562 Heimhelferinnen und sechs Diplomschwestern dieses Vereines rund 2.300 Patienten betreut und dabei eine Leistung von 745.000 Stunden erbracht. Insgesamt wurden 1982 9.538 Patienten im Rahmen von 2,976.047 Stunden durch die in Wien tätigen Vereine betreut.#

Zwtl.: Soforteinsatz bei Reinigungsdienst

Die "Wiener Sozialdienste" haben im Mai 1973 erstmals in Wien den Reinigungsdienst eingeführt, wobei das vergangene Jahr mit dem beachtlichen Rekord von 10.640 Einsätzen und 48.537 Stunden abgeschlossen wurde. Neubegonnen wurde vor kurzem mit der Möglichkeit eines Soforteinsatzes im Rahmen dieses Dienstes, womit es möglich ist, ohne Wartezeit innerhalb weniger Stunden dringende Einsätze durchzuführen.

Zwtl.: 86,5 Prozent aller Kontaktbesuche

Beachtlich ist auch die Leistung durch den Kontaktbesuchsdienst, der bekanntlich im Jahre 1975 zunächst versuchsweise durch den Verein begonnen wurde. Im Vorjahr wurden 68.054 Besuche - das sind 86,5 Prozent aller Wiener Kontaktbesuche - absolviert. (Forts.)

zi/gg

NNNN

Sozialdienste: Bis zu 30 Prozent mehr Leistung (2)
Utl.: Erfolgreiche mobile Ergotherapie
=++++

15 Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Christine SCHIRMER, Geschäftsführerin des Vereines, hob unter anderem den erfolgreichen Einsatz einer mobilen Ergotherapeutin hervor. Ihre Aufgabe ist es, behinderte oder gebrechliche Personen wieder so weit zu mobilisieren, daß ihnen eine Haushaltsführung möglich wird. Allein im vergangenen Jahr wurden 70 Patienten betreut. Rund die Hälfte konnten durch verschiedene Therapien, aber auch durch kleine "Umbauten" im unmittelbaren Wohnbereich, wieder mobilisiert werden. Als Paradebeispiel wurde unter anderem der Fall einer aus dem Pflegeheim Lainz zunächst probeweise entlassenen taubstummen, behinderten Patienten genannt, die nunmehr wieder in ihrem eigenen Haushalt lebt.

Zwtl.: Durch Übergangspflege 1.500 Patienten wiedereingegliedert

Neben verschiedenen Aktivitäten, wie etwa dem Patientencafe im Pflegeheim Lainz, einer Urlaubsaktion für Heimhilfepatienten, österreichs erster Modelleinrichtung einer verhaltenstherapeutischen Wohngemeinschaft in Wien-Heitzing, wurde auch über die erfolgreiche Einrichtung der "Übergangspflege" berichtet. Im Rahmen dieses mittlerweile sehr erfolgreichen Versuches - der auf eine Initiative des Pflegepersonals des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe zurückgeht - wurden gemeinsam mit dem Psychosozialen Dienst und dem Pflegepersonal betagte Patienten auf ihre Entlassung aus dem Krankenhaus und Wiedereingliederung in die frühere Wohnumgebung vorbereitet. Bis Ende 1982 konnten dabei insgesamt 1.500 ältere Patienten wieder nach Hause entlassen und dort weiter betreut werden. (Forts.) zi/gg

Sozialdienste: Bis zu 30 Prozent mehr Leistung (3)
=++++

16 Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Für die insgesamt 1.166 Mitarbeiter des Vereines gibt es außerdem ständig durchgeführte Seminare und Kurse zur Fort- und Weiterbildung. So etwa spezielle Weiterbildungskurse für Heimhelferinnen zur Betreuung psychiatrischer Patienten, diverse BFI-Kurse, Wochenendseminare für das Verwaltungspersonal und spezielle Kurse zur Betreuung von Rollstuhlpatienten. Darüber hinaus werden laufend Informationen über und Besuche von diversen Einrichtungen, wie z.B. Pflegeheime, Pensionistenheime, Geriatrisches Tageszentrum im SMZ-Ost durchgeführt. (Schluß) zi/ap

Diskussion um "J"-Wagen
=+++++

14 Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Wie bereits berichtet, muß im Zusammenhang mit dem Bau der U-Bahn-Linie U 3 im 3. Bezirk die Straßenbahnlinie "J" gekürzt werden. Für sie wird eine neue Schleife über Operngasse, Bösendorfer Straße und Akademiestraße zurück zum Ring angelegt. Diese Schleife bringt auch Vorteile für die Schüler der Schule in der Akademiestraße, die sich damit einmal das überqueren einer Kreuzung ersparen.

Mittwoch abend diskutierte die Bezirksvertretung Innere Stadt die geplante neue Schleife. In einer von ÖVP- und ALW-Fraktion gegen die Stimmen der SPÖ und unter Stimmenthaltung der FPÖ beschlossenen Resolution kritisierte die Bezirksvertretung Innere Stadt die Entscheidung über die Schleife aus verkehrsorganisatorischen und umweltfreundlichen Gründen und schlägt an ihrer Stelle eine Ring-Rund-Führung des "J"-Wagens vor. In der Resolution ersucht die Bezirksvertretung um Vorlage anderer Einbindungsvarianten der Straßenbahnlinien "52" und "58" in den Ring.

Dazu erklärte Verkehrstadtrat Johann Hatzl Donnerstag der "RATHAUSKORRESPONDENZ": "Die neue Endstelle der Linie "J" garantiert für den Fahrgast eine günstige Umsteigesituation zu den bestehenden U-Bahn-Linien. Eine Ring-Rund-Führung des "J"-Wagens würde vor allem für die Fahrgäste, die in den 8. oder in den 16. Bezirk gelangen wollen, entweder zusätzliche Umsteigstellen oder eine verlängerte Fahrzeit über den Ring und Kai mit sich bringen." Hatzl meinte, er bedaure, daß sich die Mehrheitsfraktion der Bezirksvertretung des 1. Bezirks nicht den konsumentenfreundlichen Zielsetzungen der Wiener Verkehrsbetriebe anschließe. (Schluß) ba/ko

NNNN

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung
=++++

Wien, 16.6. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche findet folgende Wiener Bezirksvertretungssitzung statt:

MITTWOCH, 22. JUNI:
Brigittenau, 20, 18.00 Uhr, Bezirksvorstehung 20

Führungen durch das Wiener Rathaus
=++++

Wien, 16.6. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 17. Juni 1983 Blatt 1594

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Präsidialchef von Bürgermeister Jonas gestorben
- "Ulmer Schachtel" wieder da

Kommunal: (rosa)
- IULA-Kongreß in Stockholm
- Mit der "Stadt Wien" nach Dürnstein
- Im Notfall kommt die Heizung ins Haus
- Hatzl:Mehr Rücksicht auf öffentliche Verkehrsmittel

Lokal: (orange)
- Wien liegt im Sommer an der Adria
- Südteil der Donauinsel: Information für Parkplatzsuchende
- Das "Gschroppenhaus" ist wieder offen

Kultur: (gelb)
- Symphoniker: Frau für erste Oboe
- Wiener Hauptschulklassen malen "Türkenbilder"

Nur über FS:
- 16.6. "U 4" stand eine halbe Stunde lang
- 17.6. Busumleitung wegen eines Wasserrohrbruchs
- Gratz und Seidl in Radio Wien
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

IULA-Kongreß in Stockholm

=++++

1 Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Vom 19. bis 22. Juni findet in Stockholm der 26. Weltkongreß des Internationalen Gemeindeverbandes (IULA) statt. Österreich wird durch eine Delegation unter Leitung von Bürgermeister Leopold GRATZ, dem Präsidenten des österreichischen Städtebundes, vertreten sein.

Der Kongreß steht unter dem Motto "Moderne Kommunalverwaltung: Demokratie - Leistung - soziale Gerechtigkeit". Demokratie auf Gemeindeebene - das betrifft vor allem die Möglichkeit für den Bürger, an Entscheidungen, die seine unmittelbare Umgebung betreffen, direkt teilhaben zu können. Bürgermitbestimmung wird deshalb auch eines der Zentralthemen des Kongresses sein. Ein weiteres Thema stellt das "wirtschaftliche Krisenmanagement" dar - die Frage, wie man in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten bei geringstmöglicher Belastung für die Bevölkerung sparsam haushalten kann. Gleichzeitig spielt die öffentlichkeitsarbeit in den Gemeinden eine immer größere Rolle - um mitentscheiden zu können, müssen die Bürger zunächst informiert werden. "öffentlichkeitsarbeit und Public Relations" ist der Titel der Arbeitsgruppe, die sich damit beschäftigen wird. Zum Problemkreis "soziale Gerechtigkeit" gehört schließlich der Schutz bestimmter gesellschaftlicher Randgruppen - Alte, Behinderte, Einkommensschwache, Ausländer sind davon betroffen. Neben den Arbeitskreisen wird der IULA-Kongreß auf Plenarsitzungen und Exkursionen versuchen, seiner Aufgabenstellung gerecht zu werden. (Schluß) roh/jh

NNNN

Mit der "Stadt Wien" nach Dürnstein
Utl.: Schiffahrt für rund 600 junge Bedienstete
=++++

2 Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Zu der bereits traditionellen Schiffahrt nach Dürnstein lud Personalstadtrat Friederike SEIDL am Freitag wieder rund 600 junge Bedienstete der Stadt Wien ein.

Der Ausflug mit dem DDSG-Schiff "Stadt Wien" führte von der Reichsbrücke nach Dürnstein, wo die Teilnehmer von Bürgermeister Leopold GATTINGER und Personalstadtrat Seidl festlich empfangen wurden. Den Jungen Kanzlei- und Verwaltungsbediensteten, Krankenpflegeschülerinnen und -schülern, Mitarbeitern der Wiener Stadtwerken, Erziehern und Gärtnern wünschte Seidl vergnügliche Stunden und erinnerte daran, daß diese Fahrt vor allem dazu beitragen soll, einander besser kennenzulernen.

An Bord des Schiffes sorgten zwei Kapellen und ein reichhaltiges Unterhaltungsprogramm für gute Stimmung. Die jungen Mitarbeiter konnten sich außerdem an einem Quiz beteiligen, bei dem es zahlreiche Preise zu gewinnen gab. (Schluß) lei/ap

NNNN

Wien liegt im Sommer an der Adria
=++++

3 Wien, 17.6. (RK-LOKAL) Der deutschsprachige Sender "Radio Adria" im Urlaubsgebiet der oberen Adria nimmt am Sonntag, dem 19. Juni, seinen Sendebetrieb wieder auf. Bis zum 3. September werden täglich 14 Stunden Programm ausgestrahlt. Was in Wien passiert, können jetzt auch die Urlauber an der Adria erfahren. Täglich um 19 Uhr im "Tagesreport" werden Nachrichten aus der Bundeshauptstadt gebracht. Außerdem wird jeden Dienstag und Donnerstag von 16.05 bis 16.30 Uhr ein Beitrag aus und über Wien ausgestrahlt.

Radio Adria sendet heuer bereits die siebente Saison. Über die Frequenz UKW 99 MHZ werden die von deutschsprachigen Urlaubern am stärksten frequentierten Gebiete der Adria versorgt und zwar: Die Region "Adriatische Riviera", von Gabicce Mare, Cattolica, Ricione, Rimini, Cesenatico, Milano Marittima bis Lido die Savio sowie zirka 20 bis 30 Kilometer Hinterland bis Richtung Forli. Die Region "Nördliche Adria", von Cavallino, Jesolo, Caorle, Bibione, Lignano, Grado, Golf von Triest sowie zirka 30 bis 50 Kilometer Hinterland in Richtung Pordenone und Udine, sowie die Region "Jugoslawische Adria", Istrien von Piran, Umag, Novigrad, Porec, Rovinj, Pula und die Inselgruppe Cres, Krk und Rab.

Im italienischen Sendegebiet befinden sich rund 67 Prozent aller österreicher, die in Italien Urlaub machen. (Schluß) fk/gg

NNNN

Südteil der Donauinsel: Information für Parkplatzsuchende
=++++

4 #Wien, 17.6. (RK-LOKAL) Informationsblätter werden an den kommenden Wochenenden beim Südteil der Donauinsel verteilt, um den parkplatzsuchenden Wienerinnen und Wienern die Situation ein wenig zu erleichtern. Der Bürgerdienst hat eigene Flugblätter gestaltet, die außer einem genauen Plan auch wichtige Hinweise zur Parkplatzsuche enthalten. So wurden z.B. an den Hauptzufahrtsstraßen Vorwegweiser angebracht, die Auskunft darüber geben, ob und welche Parkplätze im Bereich der Neuen Donau noch verfügbar sind.#

Im Bereich der neuen Donau gibt es zwar unterhalb der Ostbahnbrücke insgesamt 15.000 Stellplätze, die allerdings an heißen Wochenenden rasch "ausverkauft" sind. Die Zahl der Parkplätze läßt sich jedoch nicht wesentlich erweitern.

Man kann auf die Donauinsel natürlich auch mit dem Rad oder dem Bäderbus gelangen. Im Nordteil der Donauinsel, ab Langenzersdorf bis zur Floridsdorfer Brücke, kann man natürlich leichter öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Mit dem weiteren Baufortschritt wird die Donauinsel mit der U-Bahn ebenfalls leicht erreichbar sein. Die Station Donauinsel muß heuer wegen der Bauarbeiten noch gesperrt bleiben, nach Ausgestaltung der Insel in diesem Bereich ist der Besuch des Erholungsgebietes jedoch mit öffentlichen Verkehrsmittel noch leichter möglich. (Schluß) hs/ap

NNNN

Symphoniker: Frau für Erste Oboe

=++++

5 #Wien, 17.6. (RK-KULTUR) Ab September wird bei den Wiener Symphonikern eine wesentliche Position mit einer Frau besetzt. Frau Maria Wolf qualifizierte sich beim Probespielen gegenüber sieben männlichen Konkurrenten für die Stelle der Ersten Solo-Oboe.#

Bei den Symphonikern ist man damit dem Versprechen nachgekommen, Frauen die gleichen Chancen wie Männern für die Aufnahme ins Orchester einzuräumen. Dazu Kulturstadtrat Franz MRKVICKA: "Ich bin sehr glücklich über diese Entwicklung, die noch von Präsident Dr. Helmut ZILK und Vizepräsident Dipl.-Vw. Karoline Pluskal eingeleitet wurde. Die Wiener Symphoniker entsprechen damit der gesellschaftlichen Entwicklung. Bedingung für die Aufnahme in das Orchester soll einzig und allein die Qualifikation sein."

Maria Wolf, Jahrgang 1955, absolvierte ihr Studium an der Musikhochschule bei den Professoren Kautzky und G. Lorenz und schloß ihre Ausbildung Ende 1981 mit Auszeichnung ab. (Schluß) gab/gg

NNNN

Im Notfall kommt die Heizung ins Haus

Utl.: Erfolgreicher Probelauf einer neuen transportablen Heizkesselanlage

=++++

6 #Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Eine neue transportable Heizkesselanlage kann in kürzester Zeit städtische Spitäler, Schulen oder Wohnhausanlagen mit Heißwasser versorgen, wenn einmal eine Kesselanlage wegen eines Schadens ausfällt. Die transportable Anlage erzeugt 90 Grad heißes Wasser für die Warmwasserheizung und zur Bereitstellung von Gebrauchswarmwasser. Sie hat eine Leistung von 1.163 Kilowatt, das reicht aus, um bei einer Außentemperatur von minus 15 Grad etwa 200 Wohnungen mit je etwa 70 Quadratmeter zu beheizen. In Anwesenheit von Bautenstadtrat Roman RAUTNER wurde die neue Anlage Freitag morgen in der Heizwerkstätte der Magistratsabteilung 32 in Favoriten probeweise in Betrieb genommen.#

Die Heizkesselanlage ist rund 6,60 Meter lang, 2,20 Meter breit und 2,50 Meter hoch und hat ein Gewicht von 5 Tonnen. Sie besteht aus einem Kesselhausaufbau aus Fertigelementen, der auf einem Grundrahmen montiert ist. In diesem Aufbau befinden sich der Stahlkessel mit Überdruckfeuerung und die Nebeneinrichtungen, wie Pumpen, Ausdehnungsgefäß und elektrische Steuerungselemente. Der ebenfalls transportable Doppelmantel-Lagertank mit Leckanzeige hat leer ein Gewicht von 2,5 Tonnen und kann 10.000 Liter Heizöl "Extra leicht" oder "Leicht" aufnehmen. Er wird durch Panzerschläuche mit der Heizkesselanlage verbunden. Kesselanlage und Tank werden mit Lastkraftwagen zum Einsatzort gebracht. Der Tank kann nach Bedarf nachgefüllt werden.

Stadtrat Rautner erklärte nach dem erfolgreichen Probelauf, die neue Anlage sei von großer Bedeutung für die Versorgungssicherheit städtischer Gebäude. Eine bereits in Betrieb befindliche Anlage hat sich bisher sehr gut bewährt. Sie wurde in besonderen Notfällen auch privaten Firmen zur Verfügung gestellt, um die Produktion aufrechterhalten zu können.

Die Heizwerkstätte ist ein Betrieb der Magistratsabteilung 32, die für die Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft im Bereich der Stadt Wien zuständig ist. (Schluß) sc/gg

NNNN

Das "Gschroppenhaus" ist wieder offen
Utl.: Start der Aktion "Lesen im Park"
=++++

10 #Wien, 17.6. (RK-LOKAL) Im Park kann wieder gelesen werden. Zum 3. mal wird im "Gschroppenhaus" im Kurpark Oberlaa die Aktion "Lesen im Park" veranstaltet, deren Ziel es ist, Kindern einen spielerischen Zugang zum guten Kinderbuch zu ermöglichen. Täglich zwischen 10 und 17 Uhr (auch am Wochenende) ist das "Gschroppenhaus" geöffnet. Animatoren und Lesebetreuer beraten, lesen vor und spielen mit den Kindern nach Büchern. Erstmals ist "Lesen im Park" auch in das Wiener Ferienspiel integriert. Zur Eröffnung, die in Anwesenheit von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER stattfand, demonstrierte Kinderbuchautor Ernst A. EKKER brillant, was Animation sein kann. Die anwesenden Kinder spielten begeistert mit.#

Die Aktion "Lesen im Park" wird vom Internationalen Institut für Jugendliteratur und Leseforschung in Zusammenarbeit mit den Wiener Städtischen Büchereien und mit Förderung der MA 13 (Bildung und außerschulische Jugendbetreuung) veranstaltet. (Schluß) emw/gg

NNNN

Wiener Hauptschulklassen malen "Türkenbilder"

=++++

11 #Wien, 17.6. (RK-KULTUR) Rund 15 Wiener Hauptschulklassen arbeiten zur Zeit an Bildern, die das Türkenjahr zum Thema haben. Zwei Gemeinschaftsarbeiten, die bereits fertig sind, sind in der Karlsplatzpassage, am Ausgang zum Resselpark, zu sehen.#

Die Aktion, die in Zusammenarbeit des Kulturamtes der Stadt Wien mit dem Stadtschulrat durchgeführt wird, steht unter dem Motto "Wie wir einander sehen". An den Bildern arbeiten Wiener Kinder gemeinsam mit türkischen Kindern, womit schon bei der Jugend ein Zeichen für ein gutes Zusammenleben und Toleranz gesetzt wird.

Die beiden ersten Bilder stammen von Klassen der Schulen Dietrichgasse 36 und Hainburgerstraße 40 beide im 3. Bezirk. Sie wurden am Freitag von Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Stadtschulratspräsident BR Dr. Hans MATZENAUER gemeinsam mit den Kindern besichtigt. Die restlichen Bilder werden im Herbst ausgestellt werden. (Schluß) gab/ap

NNNN

Hatzl: Mehr Rücksicht auf öffentliche Verkehrsmittel

=++++

15 Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) "Miteinander, nicht gegeneinander" heißt das Motto der Radiosendung "Autofahrer unterwegs", mit dem sie Reklame für ein gutes Verhältnis zwischen Autofahrern und öffentlichen Verkehrsmitteln machen will. Freitag wurde diese Sendung aus dem Festsaal der Remise Rudolfsheim der Wiener Verkehrsbetriebe übertragen, wo Radio Wien gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben ein "Tramwayfest" veranstaltete.

Als prominente Gäste waren Wiens Verkehrsstadtrat Johann HATZL und ORF-Intendant Otmar URBAN dabei. Sie schickten drei silbergraue "Radio Wien-Straßenbahnen" ab, die auf den Linien "32", "52" und "71" verkehren werden. Stadtrat Hatzl: "Ich möchte die Zusammenarbeit mit dem ORF weiter intensivieren. Sie ist für uns eine gute Gelegenheit, den Dienst am Kunden durch mehr Information auszubauen".

In der Rudolfsheimer Remise gab es für die vielen Besucher einiges zu sehen: Tramway-"Oldtimer" und modernste Triebwagen, eine Ausstellung von "Hobbykünstlern" der Verkehrsbetriebe, deren Werke durchaus profihaft anmuteten, eine Briefmarkenausstellung samt Sonderpostamt. Im Festsaal spielten das Betriebsorchester der Verkehrsbetriebe, das Duo "Frank & Frey" sowie die "Flamingos", ebenfalls Bedienstete der Verkehrsbetriebe, auf. Sie lieferten auch den musikalischen Hintergrund für "Autofahrer unterwegs". Kurt VOTAVA sprach im Rahmen dieser Sendung mit Stadtrat Johann Hatzl. Hatzl verwies darauf, daß im Vorjahr 535 Millionen Fahrgäste von den Verkehrsbetrieben befördert wurden. "Jede Behinderung des öffentlichen Verkehrs kann tausenden Wienern Zeit und Nerven kosten. Ich ersuche daher alle Autofahrer, Rücksicht auf Straßenbahn und Autobus zu nehmen und nicht nur an sich selbst zu denken", sagte Hatzl.

Als Schwerpunkte der kommenden Arbeit kündigte Hatzl einen raschen Ausbau der U-Bahn, die Fortsetzung des Beschleunigungsprogramms und die Verdichtung und Erweiterung des bestehenden Liniennetzes an. Im Sommer 1984 wird der Verkehrsverbund in Kraft treten. "Damit wird nicht nur für die Wiener die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel vereinfacht, auch tausende Pendler aus dem Umland werden dann Zeit und Geld sparen", stellte Hatzl fest. (Schluß) roh/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 18. Juni 1983 Blatt 1606

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Sieben Hauptschulen bereits ab Herbst ohne 2. Klassenzug
- Rundfunksendung des Bürgermeisters

Lokal: (orange)
- Wieder 30-Meter-Drehleiter für die Feuerwehr
- Vom Radweg bis zur Parksanierung - Erholungsverein hilft

Nur über FS:
- Donauinsel - viel Platz zum Feiern
- Josef-Harrer-Brücke in Penzing wird gesperrt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Vom Radweg bis zur Parksanierung - Erholungsverein hilft
=++++

2 #Wien, 18.6. (RK-LOKAL) Ob es nun um die Neuanlage von Radwegen oder die Sanierung und öffnung eines früheren Schloßparks geht, ob ein Kinderspielplatz errichtet oder Wanderwege ausgebaut werden - der Verein Niederösterreich-Wien, gemeinsame Erholungsräume, hilft durch finanzielle Zuschüsse, neue Freizeiteinrichtungen zu gestalten. Für das Jahr 1983 werden dem Verein dafür von der Stadt Wien wieder fünf Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, beschloß der zuständige Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst.#

Der weitere Ausbau des Radwegs Liesing-Laxenburg - der erste Abschnitt wurde im Frühjahr bereits von Stadtrat Peter SCHIEDER eröffnet - steht für heuer ebenso auf dem Programm des Vereins wie die finanzielle Hilfe bei der Sanierung der Jubiläumswarte. Der Radweitwanderweg Kottingbrunn-Laxenburg soll im Abschnitt Guntramsdorf-Laxenburg ausgebaut werden, und das mehrjährige Projekt der Sanierung des Harrach'schen Schloßparks in Bruck an der Leitha wird weitergeführt. Geld vom Erholungsverein gibt es aber auch für einen Kinderspielplatz in Langenzersdorf oder die Wiederherstellung eines Bauernhofs im Naturpark Leiser Berge sowie für den Ausbau von Wanderwegen und die Gestaltung eines Erholungszentrums in Mauerbach. (Schluß) hs/ap

NNNN

Wieder 30-Meter-Drehleiter für die Feuerwehr

=++++

3 Wien, 18.6. (RK-LOKAL) Um fast vier Millionen Schilling wird die Wiener Feuerwehr wieder eine - insgesamt die neunte - 30-Meter-Drehleiter erhalten und so ihren Fuhrpark weiter modernisieren. Der Ankauf des Einsatzfahrzeuges wurde vom zuständigen Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst ebenso genehmigt wie der Kauf eines neuen Wechselaufbaus mit Trockenlöschanlage, der vor allem für Mineralölbrände und den Einsatz bei Tankfahrzeugunfällen geeignet ist. (Schluß) hs/jh

NNNN

7 Hauptschulen bereits ab Herbst ohne 2. Klassenzug

=++++

4 #Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL) Wie Stadtschulratspräsident Hans MATZENAUER bekanntgab, werden sieben Wiener Hauptschulen bereits ab September - also zwei Jahre vor der generellen Einführung der "Neuen Hauptschulen" - ohne zweiten Klassenzug geführt.

Die "Neue Hauptschule" stützt sich auf die Erfahrungen des seit 1970 erprobten Schulversuches "Intergrierte Gesamtschule". Bei der übertragung der gewonnenen Erfahrungen auf alle Hauptschulen (ab September 1985) sind daher keine wesentlichen Schwierigkeiten zu erwarten.#

Für die Hauptschullehrer wurde ein umfassendes Fortbildungsprogramm ausgearbeitet, für die Eltern der Schüler wird es rechtzeitig umfassende Informationen geben. In Zusammenarbeit mit der Städtischen Schulverwaltung wird der Stadtschulrat dafür sorgen, daß der erforderliche Schulraum zur Verfügung steht.

Matzenauer bezeichnete die bevorstehende Reform der Hauptschule als einen wesentlichen Entwicklungsschritt in unserem Schulwesen, der bewirkt, daß in Zukunft alle Kinder individueller betreut und zu besseren Leistungen geführt werden können. (Schluß) emw/ap

NNNN

SPERRFRIST 12.45 UHR!
.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Rundfunksendung des Bürgermeisters (1)
Utl.: Stadtrat Seidl für Imageverbesserung der Gemeindebediensteten
=++++

6 Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL) Mit Friederike SEIDL wurde zum ersten Mal eine Frau für den wichtigen Aufgabenbereich der Personal- und Rechtsangelegenheiten in die neue Wiener Stadtregierung berufen. Als zusätzliche Aufgabe wurde ihr der Konsumentenschutz übertragen. Bürgermeister Leopold GRATZ hat deshalb Stadtrat Seidl eingeladen, in der Rundfunksendung des Bürgermeisters am Samstag über ihr Arbeitsprogramm zu berichten.

Als Personalstadtrat wird sich Seidl besonders für die Imageverbesserung der Gemeindebediensteten einsetzen. Angesichts der Leistung, die täglich von der Wiener Stadtverwaltung erbracht wird, ist es ungerecht, nur zu schimpfen. Auch stimmt es sicher nicht, daß Beamte grundsätzlich unfreundlich sind und den Bürgern mit Schikanen nur das Leben erschweren wollen, sagte die Personalstadträtin. Daß da und dort Kritik ihre Berechtigung hat, will sie nicht bezweifeln. Wichtig ist jedoch, so Seidl, daß jeder Beschwerde nachgegangen wird, und dort, wo sie sich als berechtigt erweist, die Fehler behoben werden. Sie hält es auch für notwendig, daß Dienstvorschriften auf ihre Zweckmäßigkeit und Bürgernähe überprüft werden und daß das bereits bestehende Schulungssystem für Magistratsbedienstete noch erweitert wird.

Zwtl.: Chancengleichheit

Stadtrat Seidl will sich dafür einsetzen, daß Frauen die gleichen Voraussetzungen erhalten, in gehobene Positionen aufzurücken. Frauen zeigen in der beruflichen Weiterbildung oft wenig Engagement, weil sie sich keine Chancen ausrechnen. Bei der Besetzung von interessanten und damit besser bezahlten Posten gibt es daher meist nur männliche Bewerber. Seidl will sich deshalb bemühen, im Bereich der Stadt Wien deutliche Schritte zur Verwirklichung der Chancengleichheit zu setzen. (Forts.) lei/gg

NNNN

SPERRFRIST 12.45 Uhr
.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Rundfunksendung des Bürgermeisters (2)
Utl.: Gesteigertes Umwelt- und Ernährungsbewußtsein
=++++

7 Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL) Der Geschäftsgruppe Personal- und Rechtsangelegenheiten wurde der Konsumentenschutz angegliedert. Stadtrat Seidl geht davon aus, daß der Konsument das Recht hat, einwandfreie Lebensmittel zu angemessenen Preisen zu erhalten. Dem gesteigerten Umwelt- und Ernährungsbewußtsein der Menschen entsprechend, kommt auch dem Konsumentenschutz eine große Bedeutung zu. Nicht nur, daß die nach dem Gesetz möglichen Kontrollen durch Marktamt, Veterinäramt und Lebensmitteluntersuchungsanstalt auch künftig genauestens durchgeführt werden, soll auch geprüft werden, ob im Interesse der Konsumenten der Zuständigkeitsbereich des Landes Wien ausgeweitet werden muß. Dazu gehört auch die Sicherung und, bei Bedarf, die Verbesserung der Nahversorgung. Stadtrat Seidl hält in diesem Bereich die Zusammenarbeit mit allen Interessensvertretungen für unerläßlich.

Zwtl.: Für allgemein verständliche Gesetze

Das Zusammenleben in einer Großstadt wie Wien ohne entsprechende gesetzliche Grundregeln wäre undenkbar. Die schnellebige Zeit macht sich auch im Bereich der Rechtsangelegenheiten bemerkbar. Stadtrat Seidl will alles daran setzen, daß anfallende oder schon in Arbeit befindliche Gesetzesänderungen und -entwürfe so rasch wie möglich realisiert werden. Besonders viel liegt ihr daran, daß Gesetzestexte allgemein verständlich abgefaßt werden. Damit könnte ein weiterer Meilenstein in der Verwirklichung der bürgernahen Verwaltung gesetzt werden, schloß Seidl. (Schluß) lei/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 20. Juni 1983 Blatt 1612

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Pfoch empfing Johann-Strauß-Gesellschaften im Rathaus
- Tramwaygeschichten im Betriebsbahnhof Michelbeuern
- Neue Rolltreppen am Südtiroler Platz

Kommunal: (rosa)
- Der Staat zahlt mit bei Lärmschutzfenstern
- Kulturamts-Plakatpreis an Minister Steyrer
- ÖVP für Einfrieren der Tarife
- Wiener Stadtanleihe mit 8 Prozent
- Ferienspiel und Ferienclub mit tollem Angebot

Lokal: (orange)
- Neue Trinkwasserleitung für den 22. Bezirk

Kultur: (gelb)
- 100.000 Besucher in der Türkenausstellung

Nur über FS:
- 17.6. Nach schwerem Verkehrsunfall von Feuerwehr befreit
- 20.6. 103. Geburtstag
- Pressegespräch des Bürgermeisters

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Neue Trinkwasserleitung für den 22. Bezirk

=++++

4 #Wien, 20.6. (RK-LOKAL) Um 3,5 Millionen wird eine neue Trinkwasserleitung im 22. Bezirk, Heustadelgasse bis Saltenstraße, gebaut werden. Diese neue Wasserleitung ist eine jener Leitungen, die von der Stadt Wien nun errichtet werden, um den durch die - von Privaten verursachte - Grundwasserverseuchung betroffenen Wienerinnen und Wienern zu helfen.#

Die Arbeiten an der Wasserleitung in der Heustadelgasse wurden vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst genehmigt. (Schluß) hs/ko

NNNN

Der Staat zahlt mit bei Lärmschutzfenstern (1)
Utl.: Beihilfe für Anrainer von Bundesstraßen in Wien
=++++

6 #Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Der Staat hilft jetzt lärmgeplagten Anrainern von Bundesstraßen in Wien. Er zahlt mindestens die Hälfte der Anschaffungskosten von Lärmschutzfenstern und Lärmschutztüren. Der Einbau der Fenster und Türen wird voll vergütet, ebenso die Lieferung und der Einbau von Schalldämmlüftern in Schlafräumen. Für die Nebenarbeiten gibt es außerdem einen Pauschalbetrag in der Höhe von 8 Prozent der Anschaffungskosten der Fenster und Türen. Ansuchen um Beihilfen sind an die Magistratsabteilung 28 (Bundesstraßenverwaltung), Lienfeldergasse 96, 1171 Wien zu richten. Informationsblätter und Formulare sind in den Außenstellen des Bürgerdienstes der Stadt Wien erhältlich.#

Die Beihilfe erhalten Haus- und Wohnungsbesitzer und Wohnungsmieter entlang der Bundesstraßen A, B und S im Raum Wien. Voraussetzung ist eine bestimmte Lärmbelästigung: mindenstens 65 Dezibel bei Tag und 55 Dezibel bei Nacht. Die Förderungsaktion gilt allerdings nur für Wohn- und Schlafräume. Küchen, Badezimmer, Abstellräume usw., aber auch Betriebs- und Büroräume sind von der Regelung ausgeschlossen.

Wenn jemand zwischen 24. April 1975 und 1. April 1983 bereits alte Fenster auf eigene Koste durch Lärmschutzfenster ersetzt hat, können unter bestimmten Voraussetzungen 50 Prozent der Lieferkosten rückvergütet werden.

Wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, wird sich die Magistratsabteilung 28 bemühen, noch in diesem Jahr so viele Ansuchen wie möglich zu erledigen. (Forts.) sc/ap

NNNN

Der Staat zahlt mit bei Lärmschutzfenstern (2)
=++++

7 Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Der "Amtsweg" zur Beihilfe ist einfach. Man holt sich ein Antragsformular bei einer Bürgerdienst-Außenstelle, füllt es aus und schickt es an die Magistratsabteilung 28. Beim Bürgerdienst liegen Straßenkarten auf, aus denen der Verlauf der Bundesstraßen im Raum Wien ersichtlich ist. Wenn die Voraussetzungen für die Beihilfe gegeben sind, erhält man einen Erhebungsbogen, in den die Kostenvoranschläge einzutragen sind. Nach der Berechnung der Beihilfe durch die Stadt Wien kann mit den Arbeiten begonnen werden. Die Beihilfe wird in zwei Teilbeträgen überwiesen: ein Teil nach der schriftlichen Bestellung der Lieferung und der Montage, der zweite Teil nach Vorlage der Abschlußrechnung und Überprüfung der Ausführung durch die zuständige Magistratsabteilung.

Formulare und Auskünfte gibt es beim Bürgerdienst im Wiener Rathaus (Friedrich-Schmidt-Platz, Stadtinformation) und in den Außenstellen Wien 3, Karl-Borromäus-Platz 3; 10, Laxenburger Straße 43-45; 11, Enkplatz 2; 12, Hufelandgasse 2; 13, Hietzinger Kai 1; 15, Gasgasse 8-10; 16, Richard-Wagner-Platz 19; 18, Martinstraße 100; 20, Brigittaplatz 10; 21, Am Spitz 1; 22, Schrödingerplatz 1; 23, Perchtoldsdorfer Straße 2. (Schluß) sc/ap

NNNN

Kulturamts-Plakatpreis an Minister Steyrer

=++++

9 Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Franz MRKVICKA übergab Montag Gesundheitsminister Dr. Kurt STEYRER einen der Plakatpreise des Kulturamtes der Stadt Wien für das Plakat "Alokohol am Steuer" (...unsere alkoholisierten Autofahrer). Mrkvicka betonte, daß die von ihm gewünschte Zusammenarbeit zwischen Kultur und Wirtschaft um nichts wichtiger sei als die Zusammenarbeit beim Aspekt der Gesundheit des Menschen. Es sei eine ungemein wichtige Sache, die hier ausgezeichnet werde.

Stellvertretend für den Klub 0,0 Promille und das Kuratorium für Verkehrssicherheit nahm Minister Steyrer das Angebot einer auch künftig engen Zusammenarbeit zwischen dem Kulturamt und dem Gesundheitsministerium dankend an und lobte auch die Tatsache, daß die Wiener Verkehrsbetriebe die Affichierung des Plakates kostenlos übernommen haben. (Schluß) rö/ap

NNNN

ÖVP für Einfrieren der Tarife

=++++

10 Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Stadtrat Anton FÜRST verlangte Montag in einem Pressegespräch das Einfrieren der gegenwärtigen Tarife für Strom, Gas, Fernwärme, Kanal und Müllabfuhr. Die städtischen Tarife und Gebühren seien seit 1978 deutlich stärker als die Einkommen gestiegen. Auf Kosten der Wiener Haushalte und der Wiener Wirtschaftsbetriebe sein, so Fürst, allein im Jahre 1982 betriebswirtschaftliche Gewinne von mindestens zweieinhalb Milliarden Schilling erzielt worden. Die ÖVP spreche sich zwar durchaus für eine Kostendeckung bei den öffentlichen Tarifen aus - wobei sozial Schwache besondere Berücksichtigung finden sollen -, sie sei aber dagegen, auf diese Weise zusätzliche "Steuergelder" zu erschließen.

Die Wiener ÖVP tritt für ein Einfrieren der geltenden Tarife und die Verwendung des betriebswirtschaftlichen Mehrertrages im Rahmen eines "Zehnjährigen Umweltinvestitionsplanes" zweckgebunden für die Lösung der vordringlichsten Energie- und Umweltprobleme ein. Die damit gewonnen Mittel sollten gegen den "hausgemachten sauren Regen", für Maßnahmen zur Eindämmung der Grundwasserverseuchung, durch eine "thermische Sanierung" von Gebäuden und Heizungsanlagen sowie zur Förderung dezentraler Wärmeversorgungsanlagen, der Kraft-Wärme-Kupplung und erneuerbarer Energien verwendet werden. (Schluß) and/ko

NNNN

Wiener Stadtanleihe mit 8 Prozent (1)
=++++

11 #Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtanleihe wird zwischen 21. und 23. Juni mit einem Nominale von 1,2 Milliarden Schilling zur Zeichnung aufgelegt. Die Laufzeit des Langläufers beträgt 12 Jahre, die ersten sechs Jahre sind tilgungsfrei, bei einem Zinssatz von acht Prozent beträgt die Rendite (Ausgabekurs 100 Prozent) ebenfalls acht Prozent. Der Kurzläufer hat eine Laufzeit von acht Jahren, die ersten vier Jahre sind tilgungsfrei, die Redite beträgt bei einem Zinssatz von acht Prozent und einem Ausgabekurs von 100,5 Prozent 7,89 Prozent.#

Bei einem Pressegespräch erklärte Montag Finanzstadtrat Hans MAYR, die Realverzinsung sei derzeit mit rund fünf Prozent außerordentlich hoch. Ein Anheben der Zinssätze wäre daher nicht sinnvoll. "Die Banken und Emittenten wären gut beraten, eine etwas ruhigere Zinsenentwicklung einzuleiten", so Mayr.

Der Erlös der Wiener Anleihe wird für Investitionen der Stadt Wien und der Wiener Stadtwerke verwendet. Die Hoheitsverwaltung wird heuer laut Budget 9 Milliarden Schilling investieren, die Wiener Stadtwerke 2,6 Milliarden. "Der überwiegende Teil davon, 1,7 Milliarden Schilling, entfällt auf die E-Werke", betonte Stadtrat Hatzl in dem Pressegespräch. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Stadtanleihe mit 8 Prozent (2)
=++++

12 Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Von den 1,2 Milliarden Anleihevolumen sollen die Hoheitsverwaltung brutto rund 820 Millionen, die Wiener Stadtwerke rund 380 Millionen bekommen. Der Stadtwerkeanteil zerfällt in 332 Millionen für die E-Werke und 48 Millionen für die Gaswerke. Mit den Anleiherlös werden bei den Wiener Stadtwerken im heurigen Jahr folgende Investitionen finanziert:

Bei den E-Werken werden auf Investitionen bei Umspann- und Unterwerken rund 460 Millionen Schilling aufgewendet. 980 Millionen Schilling werden auf Leitungsnetze entfallen. Für den Ausbau der 380 kV Kabelverbindung zwischen den Umspannwerken Kendlerstraße und Süd werden heuer rund 265 Millionen ausgegeben.

Die Gas-Werke werden für die Verlängerung und Ausweitung des Rohrnetzes rund 95 Millionen Schilling investieren, für Gaszähler und Regleranlagen rund 72 Millionen Schilling. Die Rohrnetzinstandhaltungen werden etwa 400 Millionen Schilling kosten.

Insgesamt erwarten sich die Wiener Stadtwerke aus Anleihen im Jahr 1983 1.377 Millionen Schilling. Davon bekommen sie mit dieser Anleihe, wie erwähnt, 380 Millionen. (Forts. mögl.) roh/ap

NNNN

Ferienspiel und Ferienclub mit tollem Programm (1)
Utl.: Aktivsein ist das Motto des 11. Wiener Ferienspiels
=++++

13 #Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Viel Gelegenheit zu Aktivität bietet das 11. Wiener Ferienspiel, das am 2. Juli beginnt, auch heuer wieder für alle Wiener Kinder zwischen sechs und 14 Jahren. In einem Pressegespräch präsentierte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Montag das Programm des diesjährigen Wiener Ferienspiels, das mehr als 6.500 Einzelveranstaltungen umfaßt. Der Schwerpunkt liegt heuer auf Ferienspielstationen, die den Kindern Gelegenheit geben, selbst aktiv zu werden.#

So gibt es Mitspielfeste, die jeden Montag in einem anderen Wiener Park veranstaltet werden. In die Museumsaktionen ist neben dem Museum Moderner Kunst, wo aus Zeitungspapier eine Arche Noah gebaut werden kann, und dem Naturhistorischen Museum erstmals auch das Technische Museum eingebunden. Sportaktionen ermöglichen es, Sportarten auszuprobieren, ohne eine Ausrüstung kaufen zu müssen. Das Arbeitsleben kann bei Betriebsbesuchen kennengelernt werden, eine Begegnung mit internationalen Problemen und Aspekten bieten die Station "Uno-City" und die "3. Welt-Ausstellung" im Studio Moliere.

Selbstverständlich sind auch wieder Kindertheater- und Filmvorführungen ebenso im Programm wie der Prater, der Tiergarten Schönbrunn, Urania-Sternwarte und Planetarium, Bäder, Städtische Büchereien, Wachzimmer, Verkehrskindergarten u. v. a.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner erklärte, das Wiener Ferienspiel sei international als ein Spiel anerkannt, bei dem die ganze Stadt mitspiele und durch das Kinder ihre Stadt entdecken können. Gäste aus dem Ausland kommen alljährlich, um sich beim Wiener Ferienspiel Anregungen für Kinderfreizeitaktionen zu holen. (Forts.) emw/gg

NNNN

Ferienspiel und Ferienclub mit tollem Programm (2)
Utl.: Ferienclub für Jugendliche startet mit Ambros + Fendrich
=++++

14 Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Ambros und Fendrich werden beim Start des Wiener Ferienclubs (für Jugendliche) am 1. Juli im Hanappi-Stadion erstmals gemeinsam auftreten. Nach diesem fulminanten Auftakt bietet der Wiener Ferienclub heuer neben den traditionellen Pop-Konzerten die Möglichkeit, verbilligt ins Theater zu gehen, wobei das Spittelberger Sommertheater ebenso auf dem Programm steht wie Lukas Resetarits mit einem neuen Kabarett-Programm und die "Lustige Witwe" im Theater an der Wien. Weitere Programmpunkte: Literaturveranstaltungen in der Alten Schmiede, ein Zeitungsworkshop, die Agora im Burgtheater, ein Straßenmusikfest am Reumannplatz und viele verschiedene Sportaktionen.

Bei der Schlußveranstaltung des Sommer-Ferienclubs, die traditionell das Pop-odrom Rockfinale beinhaltet, wird Hansi Lang als Stargast auftreten.

Die Ferienclubhefte werden heuer erstmals an alle Wiener Schüler zwischen 15 und 18 Jahren über die Schulen verteilt. Da etwa 45 Prozent der Jugendlichen die Ferien ganz oder zumindest teilweise in Wien verbringen, hofft das Landesjugendreferat, an diese Gruppe durch die Auflage von 90.000 Clubheften heuer besser als in den Vorjahren herankommen zu können. (Schluß) emw/gg

NNNN

100.000 Besucher in der Türkenausstellung

=++++

15 Wien, 20.6. (RK-KULTUR) Wenige Wochen nach der Eröffnung konnte Kulturstadtrat Franz MRKVICKA Montag bereits den 100.000sten Besucher in der großen Türkenausstellung im Künstlerhaus begrüßen. Der "Jubiläumsbesucher", Dr. Angelo CORSO, ist Gymnasiallehrer in der Provinz TREVISO in Italien. Er erhielt eine Reihe von Geschenken, darunter das von Hofrat Dr. Robert Waissenberger herausgegebene Buch "Die Türken vor Wien 1683".

Die Ausstellung im Künstlerhaus und im Historischen Museum der Stadt Wien ist täglich von 10 bis 18 Uhr zu besichtigen. (Schluß)

gab/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 21. Juni 1983 Blatt 1626

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	Neues "Freibad Donaustadt" mit langer Wasserrutsche
Kommunal: (rosa)	Neuer Wiener Konsumentenbeirat Bürgermeister Gratz von IULA-Tagung zurückgekehrt Nächste Woche "Gemeinderats-Woche" Studie über Säuglingsernährung Verkehrslösung für U 3-Bau Tarife: Keine Abdeckung der Gestehungskosten
Lokal: (orange)	Neuer Kindergarten im Wiener Flur
Kultur: (gelb)	Preisverleihung aus der "Dr.-Karl-Renner-Stiftung
Nur über FS:	20.6. Ladekran beschädigte Oberleitung Frau und Dackel aus Aufzug befreit 21.6. Wasserrohrbruch Neulerchenfelder Straße Nächste Woche "Gemeinderats-Woche"

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

Neuer Kindergarteen im Wiener Flur
=++++
2 Wien, 21.6. (RK-LOKAL) Am kommenden Donnerstag, dem 23. Juni, um 10 Uhr eröffnet Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in Wien 23, Baslergasse, ein neues Kindertagesheim der Stadt Wien. Das neue Kindertagesheim, das sich in der Wohnhausanlage "Wiener Flur" befindet, bietet 136 Kindern in 6 Gruppen Platz. Es werden zwei Kleinkinderkrippen (für Kinder bis zu 3 Jahren), 3 Kindergartengruppen und eine Hortgruppe geführt. Mit dem neuen Kindergarten verfügt der 23. Bezirk über 19 Kindertagesheime der Stadt Wien. (Schluß) emw/ko

NNNN

Neuer Wiener Konsumentenbeirat
=++++
3 #Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Die Gründung eines "Wiener Konsumentenbeirates" als beratendes Gerium für die Geschäftsgruppe Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz gab Stadtrat Friedrike SEIDL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt. Mitarbeiter der zuständigen Magistratsabteilungen, Vertreter der Arbeiterkammer, Handelskammer, Gewerkschaft, des Familien- und Gesundheitsministeriums sollen in diesem Gremium vertreten sind und dazu beitragen, den Konsumentenschutz in Wien optimal zu verwirklichen.#

Zu den Hauptaufgaben des "Wiener Konsumentenbeirates" wird es gehören, Möglichkeiten zur Schließung etwaiger Nahversorgungslücken zu finden. Außerdem ist es wichtig, so Seidl, daß gesetzliche Regelungen an geänderte Warenangebote und Konsumgewohnheiten angepaßt sowie Vorschläge für Verbesserungen im Sinne des Konsumentenschutzes gemacht werden.

Zwtl.: Schließung der Nahversorgungslücken

Im Interesse der älteren Mitbürger ist die Sicherung beziehungsweise Verbesserung der Nahversorgung von großer Bedeutung, betonte Seidl. Zur Erfassung möglicher Nahversorgungslücken wird derzeit von der Magistratsabteilung 4 eine Studie erarbeitet, die bis Ende des Jahres fertiggestellt werden wird. Diese Studie untersucht nach wirtschaftlichen Kriterien, ob und wo Geschäftsgründungen beziehungsweise der Ausbau bestehender Geschäfte gerechtfertigt sind.

Zusätzlich soll nun eine Bestandsaufnahme gemacht werden, die unter Mitarbeit der Bevölkerung erstellt werden soll. Je nach Nachfrage, Bedarf und Gebiet wären folgende Möglichkeiten zur Schließung der Nahversorgungslücken denkbar: Mobile Läden, temporäre Märkte, Gründung bzw. Ausbau von Betrieben, Zustelldienst. Die Stadt Wien wird wie bisher die Förderung entsprechender Betriebe fortführen. (Forts. mögl.) lei/ap

NNNN

Preisverleihung aus der "Dr.-Karl-Renner-Stiftung"
=++++

4 #Wien, 21.6. (RK-KULTUR) 1983 werden wieder Preise aus der "Dr.-Karl-Renner-Stiftung" verliehen. Insgesamt stehen 600.000 Schilling zur Verfügung, die an Personen und Personengruppen vergeben werden, die im Sinne Renners für Wien und österreich gewirkt haben. Entsprechene Empfehlungen oder Hinweise - Selbstbewerbungen sind nicht zulässig - können bis 31. Oktober an das Kulturamt der Stadt Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Tel. 42 800/2719 gerichtet werden.#

Der Renner-Preis wurde 1951 zum 80. Geburtstag des großen Staatsmannes gestiftet. Er wird an Personen und Personengruppen vergeben, die zum Ausgleich von Gegensätzen im öffentlichen Leben, zum Ansehen Wiens und österreichs, in kultureller, sozialer oder wirtschaftlicher Hinsicht oder zur Hebung des demokratischen Verantwortungsgefühls beigetragen haben, sowie an solche, die durch ihr internationales Wirken die Bedeutung Wiens in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gefestigt haben. Seit 1971 wird der Renner-Preis alle drei Jahre vergeben. (Schluß) gab/gg

NNNN

Bürgermeister Gratz von IULA-Tagung zurückgekehrt
Utl.: Internationaler Vorstoß für Gemeinderechte
=++++

5 #Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ berichtete Dienstag in seiner Pressekonferenz - eben erst von der IULA-Tagung in Stockholm zurückgekehrt - über die Schwerpunkte der Beratungen. International gesehen liegen die Hauptprobleme der Gemeinden in der Tatsache, daß sie nicht wie in österreich mit einem fixen Finanzausgleich rechnen können, sondern meist auf die jährlichen Zuteilungen aus dem Budget warten müssen, sodaß sich die Situation meist noch schlechter als in österreich darstellt. Auch bei uns wurden die Budgets der Gemeinden etwa durch das Bäderhygienegesetz stark belastet, in Zukunft werden sie es durch Müllentsorgung und Trinkwasserqualität sein.#

Für österreich ist daher die Hauptforderung eine Neuordnung des Finanzausgleichs, wobei der Bundesgesetzgeber bei bindenden Vorschriften auch für die Bedeckungsvorschläge sorgen müsse. Internationales Hauptthema in Stockholm dagegen war ein gemeinsamer Vorstoß für verbriefte Gemeinderechte, berichtete Bürgermeister Gratz. Neben autonomen Rechten für die Gemeinden müsse es auch autonome finanzielle Möglichkeiten oder einen fixen Anteil an den Steuergeldern geben.

Auch will der internationale Gemeindeverband verstärkt für eine Europaratskonvention über die Rechte der Gemeinden eintreten, die derzeit noch im europäischen Ministerrat blockiert wird.

Schließlich berichtete Bürgermeister Gratz im Sinne der Internationalen Solidarität der Städte und Gemeinden über eine Hilfsaktion für Beirut, für die die internationale Vereinigung der Gemeinden internationale Beiträge erhofft. (Schluß) rö/ap

NNNN

Nächste Woche "Gemeinderats-Woche"
Utl.: Beratungen vom 27. bis 30. Juni
=++++

7 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNA) Die nächste Woche steht im Wiener Rathaus im Zeichen umfangreicher Beratungen und Diskussionen des Wiener Gemeinderates: Von Montag, den 27. Juni, bis Donnerstag, den 30. Juni, werden die Rechnungsabschlußdebatte über die Bilanz der Hoheitsverwaltung und der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1982 sowie eine Landtagssitzung und eine "normale Gemeinderatssitzung" durchgeführt.

Beginn ist Montag um 9 Uhr mit einer Fragestunde des Gemeinderates. Dann wird Finanzstadtrat Hans MAYR einen Bericht über den Rechnungsabschluß 1982 als Auftakt der Debatte geben. Noch am Montag werden die Geschäftsgruppen "Finanzen und Wirtschaftspolitik", "Stadtentwicklung und Stadterneuerung" sowie "Verkehr und Energie" debattiert.

Dienstag, 28. Juni, beginnt die Debatte um 9 Uhr mit "Kultur und Sport", fortgesetzt von "Bildung, Jugend und Familie", "Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz" sowie "Gesundheit und Soziales".

Mittwoch, 29. Juni, ist wieder um 9 Uhr Beginn, allerdings mit einer Sitzung des Landtages und einer Fragestunde. Im Anschluß an die Landtagssitzung wird die Debatte über den Rechnungsabschluß der Hoheitsverwaltung mit den Kapiteln "Bauten" sowie "Umwelt und Bürgerdienst" fortgesetzt. Nach der Abstimmung über den Rechnungsabschluß 1982 der Hoheitsverwaltung folgt am Mittwoch noch eine nichtöffentliche Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Donnerstag, 30. Juni, wird der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke verhandelt. Diese Debatte wird mit einem Bericht von Stadtwerke-Stadtrat Johann HATZL eingeleitet. Im Anschluß an diese Debatte steht der Kontrollamtsbericht auf der Tagesordnung, wobei der Vorsitzende des Kontrollausschusses, Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL, einen einleitenden Bericht halten wird. Im Anschluß an die Debatte über den Kontrollamtsbericht folgt eine Sitzung des Gemeinderates mit der "normalen" Tagesordnung. (Schluß) sei/gg

NNNN

Studie über Säuglingsernährung (1)
Utl.: 72 Prozent erhalten Muttermilch
=++++
9 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Wiens Mütter stillen nach wie vor zu wenig, ergab eine Studie des Gesundheitsamtes, über die Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters berichtete.

Laut Stacher wurden die Daten von insgesamt 3.305 Müttern in den Mutterberatungsstellen, in kinderärztlichen Praxen und Ambulatorium erhoben. Danach haben 2.325 Mütter oder 72,3 Prozent ihre Kinder gestellt, davon 1.562 oder 48,6 Prozent vollgestillt ohne Zusatznahrung. 37,2 Prozent der Mütter hörten mit dem Stillen in den ersten vier Wochen nach der Geburt auf, 29,9 Prozent im 2. Lebensmonat, 13,3 Prozent im dritten Lebensmonat und 19,6 Prozent nach dem dritten Lebensmonat.

Zwtl.: Muttermilch - beste Babynahrung

Stacher unterstrich, daß die Muttermilch nach wie vor für die Entwicklung des Säuglings von großer Wichtigkeit ist, da sie alle notwendigen Nährstoffe und Schutzstoffe, die das Kind vor Erkrankungen schützen, enthält. Muttermilch - Ersatzprodukte sollten daher nach Möglichkeit nur zugefüttert werden. Stacher kündigte eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung des Stillens an. Vor allem die Information und Aufklärung soll weiter verstärkt werden, um damit bereits die schwangere Frau zum Stillen zu motivieren.
(Forts.) zi/ap

NNNN

Studie über Säuglingsernährung (2)
Utl.: Stillverhalten vom Beruf des Vaters abhängig
=++++
13 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Bei der Studie kam auch zutage, daß die Stillquote vom Beruf des Vaters und der sozialen Situation in der Familie abhängig ist. So ergaben sich die höchsten Stillquoten gegenüber dem Durchschnitt bei den Partnerinnen von Studenten (92,7 Prozent Stillen bzw. 75,6 Prozent Vorstillen) und bei den ungelernten Arbeitern (83,6 Prozent Stillen bzw. 70,8 Prozent Vorstillen). Auffallend war auch, daß die Gruppe "Angestellte, Beamte" beim Vorstillen mit 55,5 Prozent knapp UNTER dem Durchschnitt (59 Prozent) lag. Was das Stillverhalten von Müttern mit unehelich geborenen Kindern betrifft, so ist dieses schlechter als jenes von verheirateten Frauen (68,5 Prozent gegenüber 73 Prozent).

Zwtl.: Alter der Mutter

Die günstigsten Stillergebnisse wurden bei den 26- bis 30jährigen Müttern festgestellt. Die über 30jährigen, die weniger zum Vorstillen neigen, haben die Tendenz zum späteren Abstillen - im Gegensatz zu den jungen Müttern, die eher früher Abstillen. Interessant ist, daß mit der Zunahme der Geburtenzahl auch die Stilldauer abnimmt.

Zwtl.: Motivation durch geburtshilfliche Station

Der geburtshilflichen Station kommt für die Motivation große Bedeutung zu. Die Befragung ergab, daß die Semmelweis Frauenklinik mit 77,6 Prozent über dem Durlchschnitt (70,6 Prozent) liegt. Unter dem Durchschnitt liegen das Elisabethspital (63.8 Prozent), die rudolfstiftung (63,6 Prozent) und das Sanatorium Hera (50 Prozent). (Forts.) zi/ko

NNNN

Studie über Säuglingsernährung (3)
Utl.: Ersatznahrung für Muttermilch
=++++

14 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Erhebungen wurden auch solche Fälle ermittelt, in denen Kinder entweder nie oder weniger als vier Wochen gestillt worden waren und sofort mit einer Zusatznahrung begonnen wurde. Die angegebene Nahrung wurde den meisten Säuglingen (72 Prozent) anstatt Muttermilch sofort nach der Geburt verabreicht. Bei den restlichen 28 Prozent erfolgte dies innerhalb der ersten vier Lebenswochen. Eine Analyse der Muttermilch-Ersatznahrung ergab unter anderem auch, daß besonders junge Mütter dem modernen Trend der Säuglingsersatznahrung folgen.

Zwtl.: Zahl der stillenden Mütter nahm zu

Stellt man einen Vergleich mit einer bereits 1979/80 durchgeführten Studie in den Mutterberatungsstellen an, zeigt sich ein leichter Anstieg der Zahl stillender Mütter:

Studie 1979/80		Erhebung
67,0 Prozent	Voll- oder teilgestillte Säuglinge insgesamt	72,3 Prozent
33,0 Prozent	nie gestillte Säuglinge	27,7 Prozent

Trotz dieser Zunahme an stillenden Müttern sollten weiterhin Maßnahmen zur Förderung des Stillens gesetzt werden. So müßte nach Meinung der Kinderfachärzte unter anderem der Werbung für künstliche Säuglingsernährung eine ebenso wirksame Werbung für Brustnahrung entgegengesetzt werden. (Schluß) zi/ap

NNNN

Verkehrslösung für U 3-Bau (1)
=++++

10 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Verkehrstadtrat Johann HATZL stellte heute die künftige Verkehrslösung für den Bau der U 3 vor. Die Linie "J" wird bis zum Karlsplatz geführt und hier an das U-Bahn-Grundnetz angeschlossen, die Linie "T" eingestellt. Als Ersatz kommen im 3. Bezirk die Autobuslinien "74 A" und "75 A".

Die U-Bahn-Linie U 3 soll im Endausbau von Simmering über Erdberg zur Landstraße, von hier quer durch die Innere Stadt zur Bellaria, weiter unter der Mariahilfer Straße und schließlich bis Ottakring führen. Die erste Bauetappe reicht von der Station Rochusgasse im 3. Bezirk bis zum Volkstheater und umfaßt damit die Querung des Stadtkernes in Ost-West-Richtung sowie die Erschließung des Landstraßer Bezirkszentrums. Mit den Bauarbeiten wird im Jänner 1984 im Teilabschnitt "Landstraße" begonnen.

Wegen der "offenen" Bauweise, die hier aus geologischen Gegebenheiten angewendet werden muß, war es notwenidig, für die Zeit, in der die Landstraßer Hauptstraße dem Verkehr nicht zur Verfügung stehen wird, optimale Verkehrsregelungen mit Umleitungen und Schienenersatzverkehr festzulegen.

Die Linie "T" wird zur Gänze eingestellt, bei der Linie "J" der "Erdberger Ast" zwischen Karlsplatz und Stadionbrücke. Um eine bestmögliche Anbindung an das bestehende U-Bahn-Netz zu erzielen, wurde für die Linie "J" am Knotenpunkt Karlsplatz eine Gleisschleife im Straßenzug Kärntner Straße - Bösendorferstraße - Akademiestraße gewählt.

Für den wegfallenden Teil der Linie "J" und für die Linie "T" wird ein Schienenersatzverkehr geführt. Für die Linie "T" wird als Ersatz die Autobuslinie "74 A" über die Route Leberstraße - Landstraßer Hauptstraße - Sechskrügelgasse - Ungargasse - Vordere Zollamtsstraße - Henslergasse - Gigergasse - Marxergasse - Oskar-Kokoschka-Platz - Nebenfahrbahn Ring - Weiskirchnerstraße - Vordere Zollamtsstraße - Ungarbrücke - Ungargasse - Rochusgasse - Landstraßer Hauptstraße - Rennweg - Grasbergergasse - Leberstraße führen. Die Autobuslinie "75 A" als Ersatz für den Erdberger Ast der "J"-Wagens wird über die Route Fruethstraße - Erdbergstraße - Kundmanngasse - Marxergasse - Oskar-Kokoschka-Platz - Nebenfahrbahn Ring - Weiskirchnerstraße - Vordere Zollamtsstraße - Ungarbrücke - Ungargasse - Rochusgasse - Kundmanngasse - Erdbergstraße - Lechnerstraße - Erdberger Lände - Fruethstraße führen.

Im Bereich der Ungargasse werden provisorische Aufgänge für die Schnellbahn, in der Gigergasse wird ein Zugang zur U 4 errichtet werden. Die Bauarbeiten für die neue Verkehrslösung sollen im September und November 1983 durchgeführt werden. (Forts.) roh/ko

Verkehrslösung für U 3-Bau (2)
Utl.: Aufzüge für die Stadtbahnstationen
=++++

11 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge der Umstellung der Gürtelstrecke der Stadtbahn auf U-Bahn-Betrieb werden hier in sechs der alten Stadtbahnstationen, die über keine mechanischen Aufstiegshilfen verfügen, Aufzüge eingebaut. Es handelt sich dabei um die Stationen Gumpendorfer Straße, Nußdorfer Straße, Währinger Straße, Alser Straße und Josefstädter Straße - in dieser Reihenfolge - sowie um die Station Burggasse, in der parallel dazu gearbeitet wird. Bis 1987 soll dieses Aufzugsprogramm abgeschlossen sein, pro Jahr ist die Fertigstellung einer Station vorgesehen. Das Denkmalamt hat den Bauarbeiten bereits seine Zustimmung erteilt. Die Gesamtkosten für die Aufzugseinbauten werden etwa 80 Millionen Schilling betragen. (Schluß) roh/ko

NNNN

Tarife: Keine Abdeckung der Gestehungskosten

=++++

12 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) In einer Stellungnahme zu der Pressekonferenz von Stadtrat Anton FÜRST, in der dieser die Tarifpolitik der Stadt Wien kritisiert hatte, erklärte Verkehrs- und Energiestadtrat Johann HATZL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters: "Es ist schlicht und einfach falsch, die Gas- und Stromtarife als 'Zusatzsteuern' zu bezeichnen. In Wirklichkeit gibt es seit 1980 nicht einmal eine echte Abgeltung der Gestehungskosten, es werden nur die höheren Einstandspreise an die Konsumenten weitergegeben."

Diese Steigerungen habe es, zum Teil in größerem Ausmaß, bei den Energiegesellschaften aller Bundesländer gegeben. Es handle sich dabei um kaufmännische Entscheidungen, die durch die Politiker sogar noch gedämpft würdden, sagte Hatzl.

Eine stärkere Stützung der Tarife aus dem Stadthaushalt hätte einen Rückgang oder ein völliges Ausbleiben der Investitionen zur Folge, da nur bei diesen eingespart werden kann. Das aber wäre eine Katastrophe für die Wiener Wirtschaft, da viele Firmen ausschließlich oder zum Großteil von den Aufträgen der Wiener Stadtwerke leben, stellte Hatzl fest. (Schluß) roh/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 22. Juni 1983 Blatt 1639

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	Neue Bühnen für "Gruppe 80" und "Theater Brett"
Kommunal: (rosa)	3 Millionen Schilling für Kindererholung Ehrenzeichen für Bundesrat Tmej 1.500 Zirkuskarten für Heimkinder
Lokal: (orange)	Die Rettung im Mai
Kultur: (gelb)	Bezirkskulturführer "Innere Stadt" vorgestellt
Wirtschaft: (blau)	Wiener Hafen auf Erfolgskurs
Nur über FS:	Klassische Indische Tempeltänze im Konzerthaus Gänsehäufel-Fest mit Nickerbocker und Stadtradio Hausmusikabend im Bezirksmuseum Floridsdorf Achtjähriger gegen Straßenbahn gelaufen

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

Die Rettung im Mai
Utl.: Unfälle und Wohnungsinterventionen
=++++

1 Wien, 22.6. (RK-LOKAL) Der städtische Rettungsdienst leistete im Mai bei insgesamt 4.965 Personen (im Vorjahr waren es 4.912) Erste Hilfe, wobei 47.953 Kilometer von den 14 Einsatzwagen zurückgelegt wurden. Im abgelaufenen Monat wurde außerdem bei 2.553 Akuterkrankten - davon bei 371 Patienten mit akuten Herzerkrankungen bzw. Herzinfarkten - sowie 2.164 verletzten Personen nach Verkehrsunfällen, Betriebsunfällen und Sportunfällen, interventiert.

Darüber hinaus wurde der städtische Rettungsdienst zu 68 Selbstmordversuchen gerufen, wobei in 18 Fällen jede Hilfe zu spät kam. An der Spitze aller Interventionen standen auch im Mai wieder die Erste-Hilfeleistungen in Wohnungen. Bei insgesamt 1.953 Einsätzen wurden 1.237 Patienten in ein Spital gebracht und 716 nach Erfolg der ärztlichen Versorgung in der Wohnung belassen.

An das Wiener Rote Kreuz wurden 644 Einsätze, an den Arbeiter-Samariter-Bund 286 Einsätze weitergegeben.

Der Krankenbeförderungsdienst hatte im Mai 5.365 Ausfahrten, wobei 5.275 Patienten befördert und 63.385 Kilometer zurückgelegt wurden. (Schluß) zi/ap

NNNN

3 Millionen Schilling für Kindererholung

=++++

5 #Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Auch heuer werden mehr als zehntausend Kinder und Jugendliche in den kommenden Sommermonaten einige Ferienwochen in Erholungsheimen in allen österreichischen Bundesländern verbringen. Das Kuratorium des Fonds "Wiener Jugendhilfswerk" beschloß unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER die Vergabe von 3 Millionen Schilling an die angeschlossenen Organisationen.#

1982 konnten durch die dem WIJUG angeschlossenen Organisationen 13.266 Kinder auf Urlaub fahren. 6.127 waren in einem Heim der Wiener Erholungsfürsorge, 2.403 Kinder fuhren mit den Wiener Kinderfreunden, 1.468 mit der Caritas, 1.262 mit dem österreichischen Gewerkschaftsbund und 887 mit den Wiener Pfadfindern und Pfadfinderinnen auf Urlaub.

Dem Wiener Jugendhilfswerk gehören derzeit 18 Organisationen an, die mit finanziellen Unterstützung des Fonds Wiener Kindern und Jugendlichen die für ihre körperliche und seelische Gesundheit so wichtigen Erholungsaufenthalte ermöglichen. (Schluß) emw/ap

NNNN

Ehrenzeichen für Bundesrat Tmej

=++++

6 Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Friederike SEIDL überreichte Mittwoch Bundesrat Reg.Rat Norbert TMEJ, (SPÖ), das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Tmej, geboren 1929, ist seit 1. April 1977 Vorsitzender der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten. (Schluß) lei/ap

NNNN

Wiener Hafen auf Erfolgskurs (1)
Utl.: Einstieg ins Autogeschäft
=++++
7 #Wien, 22.6. (RK-WIRTSCHAFT) Die Geschäftsführung des Wiener Hafens, einem Betrieb der Wiener Holding, zog zur Jahreshälfte eine positive Zwischenbilanz. Erfolgversprechend ist der Einstieg ins Autogeschäft, der vor wenigen Tagen begonnen hat. Das Investitionsprogramm wird planmäßig fortgesetzt und als echte Kundendienstleistung soll in Zusammenarbeit mit den Zollbehörden eine Vorabfertigung im Hafen installiert werden.#

Zwtl.: Offensives Markteting hat sich bewährt

Seit Anfang 1982 konnte der Wiener Hafen eine Reihe bedeutender Abschlüsse tätigen. Drei neue Pachtverträge wurden abgeschlossen. Die Getreidespeicher für den Export sind mit einer Steigerung von 20.000 Tonnen ausgelastet. Der Warenumschlag ist von 200.000 Tonnen im Vorjahr im ersten Halbjahr 1983 bereits auf mehr als 200.000 Tonnen angestiegen. Der Wiedereinstieg ins Autogeschäft hat vor wenigen Tagen begonnen. Die ersten PKW's aus Japan sind aus der DDR per Bahn eingetroffen und werden im Wiener Hafen für die Auslieferung in ganz österreich vorbereitet. Beachtlich ist auch die Steigerung des Waggonaufkommens. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres wurden 1.726 Waggons abgefertigt, heuer aber bereits um 300 Prozent mehr, nämlich 5.481.

Zwtl.: Aktion "rasche Grenze"

In Zusammenarbeit mit den Zollbehörden wird im Hafengelände eine Zollvorabfertigung eingerichtet. Damit kann eine rasche Grenzabfertigung im Güterverkehr erreicht werden. Der LKW wird im Wiener Hafen plombiert. Die Stauzeiten an den Grenzen können, besonders im Urlaubsverkehr, minimiert werden. (Forts.) fk/ap

Wiener Hafen auf Erfolgskurs (2)
Utl.: Investitionsprogramm für den Hafenausbau
=++++
8 Wien, 22.6. (RK-WIRTSCHAFT) Entsprechend dem Hafenkonzept, das für 1982 - 1985 Investitionen im Gesamtausmaß von 210 Millionen vorsieht, wird der Ausbau des Hafens zügig vorangetrieben. Derzeit sind Investitionen in der Größenordnung von rund 40 Millionen im Laufen. Darunter der Containerkran incl. der nötigen Kranbahn mit einem Auftragswert von 20 Millionen. Der Containerkran soll im Dezember den Betrieb aufnehmen. (Schluß) fk/ap

Bezirkskulturführer "Innere Stadt" vorgestellt

++++

10 #Wien, 22.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Am Mittwoch wurde im Alten Rathaus des Bezirkskulturführer "Innere Stadt" vorgestellt. Der Leiter des Stadt- und Landesarchivs, Univ.-Prof. Dr. Felix CZEIKE, ist der Autor des Bandes, in dem rund 400 bedeutende Baudenkmäler erläutert werden.#

Das 176 Seiten starke Buch ist der neunzehnte Band der Reihe "Wiener Bezirkskulturführer", die im Verlag Jugend und Volk erscheint. Mit der Inneren Stadt wurde nun der an Baudenkmälern reichste Bezirk in das Sammelwerk einbezogen. Wie Kulturstadtrat Franz MRKVICKA betonte, richte sich gerade dieser Band sowohl an die Bewohner des Bezirkes wie auch an alle Wiener und Gäste der Stadt und schließlich an die Lehrer und Schüler, die Näheres über den historischen Kernbezirk Wiens wissen wollen.

Kirchen und Kapellen, Adelspaläste und Bürgerhäuser, Brunnen und Denkmäler, Gedenktafeln und Gedenkstätten, Museen und Sammlungen werden in dem Führer eingehend erläutert, wobei die wissenschaftlich fundierte Information in allgemein verständlicher Form dargeboten wird.

Der Bezirkskulturführer "Innere Stadt" ist zum Preis von 118 Schilling im Buchhandel erhältlich. (Schluß) gab/ko

NNNN

1.500 Zirkuskarten für Heimkinder

=++++

11 Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen eines bunten Spektakels, das die Sarrasani-Artisten als Kostprobe auf ihr morgen beginnendes Wien-Gastspiel gaben, überreichten Mittwoch Zirkusdirektorin Ingrid de STOSCH-SARRASANI und der elfjährige Andre MEY-SARRASANI, Europas jüngster Zirkusdirektor, auf dem Stephansplatz 1.500 Zirkuskarten für Wiens Heimkinder an Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER.

Der deutsche Großzirkus Sarrasani gastiert ab Donnerstag bis Ende Juli im Prater auf dem Messeparkplatz. (Schluß) emw/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 23. Juni 1983 Blatt 1647

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	Heizbetriebe in Verwaltung der Stadtwerke
Kommunal: (rosa)	Großes Donauinselfest Förderung von 1500 zusätzlichen Lehrstellen in Wien
Lokal: (orange)	Familiensonntag: Türkisches und Sommerfeste Michael und Barbara die häufigsten Vornamen
Kultur: (gelb)	25 Millionen für Altstadterhaltung Musikalischer Sommer: Auftakt mit Wiener Symphonikern
Sport: (grün)	Stadt Wien lädt Körperbehinderte ins Horr-Stadion
Termine: (weiß)	Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen Führungen durch das Wiener Rathaus
Nur über FS:	22.6. Gewitter in Wien - "Rush hour" für die Feuerwehr 109 Millionen Schilling für U 3-Vorarbeiten

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

Familiensonntag: Türkisches und Sommerfeste
=++++

2 Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Türkisch geht es bei einigen Veranstaltungen des kommenden Familiensonntags zu. Am 26. Juni lädt das Landesjugendreferat in die große Türkenausstellung (Künstlerhaus und Historisches Museum), wo ein verbilligter Familiensonntagstarif berechnet wird.

"Türken vor Wien" ist auch das Motto einer Ausstellung im Museum des 20. Jahrhunderts. Ein Kulturwanderweg, der am Kahlenberg beginnt, folgt den Spuren des Entsatzheeres bis zum Türkenschanzpark.

Der beginnende Sommer ist Anlaß für einige Feste: so gibt es am Rennbahnweg ein "Siedlungsfest", im Naturfreunde-Erholungszentrum an der Unteren Alten Donau ein "Mitspielfest" und auf der Donauinsel ein "Wasserfest" der Arbeiter-Samariter-Jugend.

Erstmals bei einem Familiensonntag kann der Botanische Garten der Universität Wien besichtigt werden, der neben 7.000 Pflanzen eine Sonderausstellung über Tropenpflanzen beherbergt. (Eingang Landstraßer Gürtel 1 durch den Alpengarten des Belvedere).

Weitere Programm-Angebote: ein Kinderfilm, Veranstaltungen in Urania-Sternwarte und Planetarium, eine Rätselrallye in den Steinhof-Gründen, Malen im Museum Moderner Kunst und im Museum für Volkskunde sowie ein Wandertag durch die Lobau.

Nähere Auskünfte über den Familiensonntag erteilt das Landesjugendreferat unter der Telefonnummer 42 800/3386 Dw. (Schluß)
emw/ap

NNNN

Stadt Wien lädt Körperbehinderte ins Horr-Stadion ein

=++++

3 Wien, 23.6. (RK-SPORT) Einen Beitrag zum Gelingen leistet auch die Stadt Wien am kommenden Sonntag beim Benfizspiel zwischen einer kombinierten Mannschaft von Rapid/Austria und einem Legionärsteam im Horr-Stadion, dessen Reingewinn körperbehinderten Kindern in der Neuropsychiatrie zufließt. Durch die Zusammenarbeit der Stadträte Franz MRKVICKA und Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER werden 150 körperbehinderte Jugendliche und Erwachsene dem Benefiz-Spiel beiwohnen. Mit Freude nahm man diese Einladung an. In der Pause ist außerdem ein kleiner Imbiß vorgesehen. (Schluß) hof/ko

NNNN

Großes Donauinselfest
Utl.: Neues Teilstück wird eröffnet
=++++
4 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Mit einem großen Fest wird kommenden Sonntag, den 26. Juni, auf der Donauinsel in Anwesenheit von Umweltschutzstadtrat Peter SCHIEDER und Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN die Eröffnung eines neuen, soeben fertiggestellten Teilstückes zwischen der Nordbahnbrücke und der Brigittenauerbrücke gefeiert werden. Das neue Inselstück ist rund 1 Kilometer lang. Am linken Donauufer stehen 9 Hektar und auf der Insel etwa 14 Hektar Erholungsfläche zur Verfügung. Neben der größten Badebucht der Insel gibt es auch Sportplätze zur aktiven Freizeitgestaltung. Das neue Freizeitgebiet ist am besten mit der Schnellbahn, Station Strandbäder, erreichbar. Von dort aus führt ein neuer Fußgängerweg auf die Insel. Darüber hinaus sind Parkplätze beim Wasserpark und beim alten WIG-Gelände bei der Brigittenauer Brücke vorhanden. Die Insel ist für Radfahrer und für Fußgänger über die Rampe der Brigittenauer Brücke direkt erreichbar.

Zwtl.: Karibikshow mit Lance Lumsden

Das Programm des Eröffnungsfestes beginnt bereits um 10 Uhr mit einem Knabenfußballturnier. Die Finalmannschaften werden von den Fußball-Internationalen Robert SARA und Josef HICKERSBERGER betreut werden. Ab 13 Uhr wird JOHNNY'S DISCO für Stimmung sorgen. Um 14 Uhr gibt es ein Kinderfest mit Zauberern, Jazzgymnastik, Gewinnspielen, usw. Ab 15 Uhr wird Edi FINGER jun. ein Familienfest moderieren, bei dem unter anderen die WOLFGANG LINDNER-BAND, Horst CHMELA, Stephan PARYLA sowie prominente Sportler mitwirken werden. Den Abschluß des großen Donauinselfestes bildet eine Karibikshow mit Lance LUMSDEN. (Schluß) zi/ap

NNNN

Förderung von 1500 zusätzlichen Lehrstellen in Wien
Utl.: Ansuchen an den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds
=++++

5 #Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Auch im Lehrjahr 1983/84 wird in Wien ein Anreiz zur Beschäftigung zusätzlicher Lehrlinge geschaffen. 1.500 Lehrstellen des 1. Lehrjahres werden mit je 12.000 Schilling pro Jahr gefördert. Die Aktion wird 18 Millionen Schilling kosten, von denen die Stadt Wien die Hälfte aufbringt. Die andere Hälfte stellen die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, das Landesarbeitsamt Wien und die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien zur Verfügung. Ein entsprechender Beschluß wurde Donnerstag vormittag vom Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik einstimmig gefaßt.#

Das "Sonderprogramm zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen in Wien" wurde im vergangenen Sommer für vorerst 1.000 Lehrplätze gestartet. Wegen des großen Interesses wurde die Aktion noch im Herbst 1982 auf 1.500 Lehrstellen aufgestockt. Im neuen Lehrjahr werden daher von vornherein gleich viele Lehrstellen gefördert. Durchgeführt wird das Sonderprogramm vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds. Dort sind auch die Ansuchen um eine Beihilfe einzureichen.

Ebenfalls einstimmig genehmigte der Finanzausschuß eine Reihe von Vorlagen, darunter

- 37 Millionen Schilling für die Ausarbeitung der Ausschreibungs- und Einreichungsunterlagen für den Bauabschnitt der U-Bahnlinie U 3 zwischen Bellaria und Mariahilfer Straße,
- 42 Millionen Schilling für die baulichen Vorarbeiten des Bauabschnittes "Rochusgasse" der U-Bahnlinie U 3 zwischen Weyrgasse und Wassergasse,
- 67,9 Millionen Schilling für die Aufschließung des 133.000 Quadratmeter großen Betriebsbaugebietes "Wienerberg" in Favoriten,
- 62,2 Millionen Schilling für Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten an maschinellen Waschmaschineneinrichtungen in den Wiener städtischen Wohnhausanlagen und
- 7,1 Millionen Schilling für den Einbau von Schalldämmfenstern und Schalldämmlüftern in der städtischen Wohnhausanlage 20, Griegstraße 1-3, im Bereich des Nordknotens. (Schluß) sc/ap

NNNN

25 Millionen für Altstadterhaltung

=++++

6 Wien, 23.6. (RK-KULTUR) Der Altstadterhaltungsbeirat genehmigte in seiner Sitzung am Donnerstag rund 25 Millionen für denkmalpflegerische Arbeiten an 23 Objekten.

Zu den geförderten Bauwerken gehören unter anderen die Urania, die "Russenkirche" bei der UNO-City und der Margaretenhof, dessen Sanierung damit bald beeendet wird. Im Zuge der Renovierung des Cafe Sperl wird nun auch die Sitzkasse originalgetreu wiederhergestellt. (Schluß) gab/ko

NNNN

Michael und Barbara die häufigsten Vornamen (1)

=++++

7 Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Die häufigsten Vornamen bei den 1981 Geborenen sind bei den Mädchen Barbara vor Daniela, Nicole und Sabine, bei den Buben Michael vor Markus und Thomas. Das ergibt eine Untersuchung, die in den soeben veröffentlichten "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien, Heft 1/1983", enthalten ist.

Unter den 4342 Mädchen des Jahres 1981 gibt es 309 Barbara, 268 Daniela, 220 Nicole, 220 Sabine, 207 Martina, 202 Katharina, 180 Claudia, 178 Sandra, 159 Elisabeth und 152 Andrea. Unter den 5773 Buben sind 463 Michael, 438 Markus, 432 Thomas, 369 Martin, 350 Christian, 323 Andreas, 279 Alexander, 268 Stefan, 191 Christoph und 188 Florian.

Die Untersuchung vergleicht auch mit früheren Zählungen. Bis 1918 waren die beliebtesten Vornamen Maria, Anna und Leopoldine bzw. Franz, Josef, Johann, Karl, Rudolf, Leopold und Anton. In der Zwischenkriegszeit standen Maria, Elfriede, Ingeborg und Margarete bzw. Franz, Johann, Karl und Walter an der Spitze.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Vornamensmode völlig verändert. Bei den Mädchen standen 1968 Sabine, Claudia, Karin und Susanne an der Spitze, 1972 Sabine, Claudia, Monika und Barbara. Bei den Buben waren es 1968 Thomas, Andreas, Christian und Michael, 1972 Michael, Markus. Thomas und Martin.

Im großen und ganzen kann man sagen, daß sich bei den Modetrends seit den sechziger Jahren nur mehr wenig geändert hat, während die früher häufigsten Vornamen jetzt sehr selten sind. Die einzige Ausnahme ist Elisabeth; dieser Name ist bei allen Zählungen seit der Monarchie unter den neun beliebtesten Vornamen. (Forts.)

sti/ap

NNNN

Michael und Barbara die häufigsten Vornamen (2)
=++++

8 Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Schließlich wurden noch die Vornamen aller Wienerinnen und Wiener statistisch erfaßt. Nicht weniger als 6,4 Prozent aller Wienerinnen, genau 54.145, heißen Maria. Es folgen 35.475 Anna, 24.284 Elisabeth, 16.533 Christine, 16.047 Gertrude, 15.304 Margarete, 15.052 Elfriede, 15.005 Hermine, 13.398 Leopoldine, 11.609 Brigitte, 11.398 Johanna, 10.965 Rosa und 10.351 Helga.

Bei den männlichen Vornamen führen überlegen die 38.323 Franz, gefolgt von 31.050 Karl, 30.880 Johann, 28.397 Josef, 19.795 Peter, 18.008 Walter, 17.521 Rudolf, 14.790 Gerhard, 13.860 Friedrich, 13.557 Michael, 12.927 Robert, 12.660 Herbert, 12.256 Christian, 12.018 Alfred, 11.706 Wolfgang, 10.912 Thomas, 10.716 Andreas, 10.589 Leopold und 10.246 Kurt.

In der Untersuchung wird festgestellt, daß der einstige Brauch, dem Kind den Vornamen der Mutter bzw. des Vaters oder eines Großelternteils oder des Taufpaten zu geben, fast völlig abgekommen ist. Auch religiöse Vorbilder (wie früher bei Maria, Anna oder Josef) spielen so gut wie keine Rolle mehr. Und schließlich ist auch die Tendenz, Vornamen bekannter Persönlichkeiten zu wählen, aus der Statistik nicht mehr erkennbar. Im Vordergrund steht jetzt offenbar die Überlegung, einen Vornamen zu wählen, der im Klang gut zum Familiennamen paßt.

Die "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien", die von der MA 66 (Statistisches Amt der Stadt Wien) gestaltet werden, sind um 30 S über den Verlag Salzer, Alser Straße 24, 1095 Wien, zu beziehen. Das Heft 1/1983 enthält außer der Untersuchung über die Vornamen auch Analysen der Volkszählung 1981, der Personenstandsaufnahme 1982 und der Wanderungsbewegung in Wien sowie einen aktuellen Tabellenteil. (Schluß) sti/ap

NNNN

Musikalischer Sommer: Auftakt mit Wiener Symphonikern

=++++

9 #Wien, 23.6. (RK-KULTUR) Carl Orffs "Carmina burana" stehen auf dem Programm des Eröffnungskonzertes des "Musikalischen Sommers 1983", das am 30. Juni um 20 Uhr im Musikvereinsaal stattfindet. Es spielen die Wiener Symphoniker unter Gustav Kuhn, es singen die Konzertvereinigung Wiener Volksopernchor, die Chorvereinigung Jung-Wien und der Wiener Schubertbund. Mit insgesamt 200 Veranstaltungen an rund 60 Spielorten bringt der Musikalische Sommer auch heuer wieder ein Programm, das jedem etwas bietet.#

Zu den Neuheiten des heurigen Musiksommers zählen die "Tage der Chormusik", die am 1. Juli mit der Aufführung von F. Schmidts "Das Buch mit den sieben Siegeln" eingeleitet werden. Es spielt das ORF-Symphonieorchester unter Kurt Rapf, zu den Solisten zählen Peter Schreier und Robert Holl. Weiters wartet der "Musikalische Sommer" heuer mit einem Zyklus "Meistersolisten" im Schloß Schönbrunn und einer Veranstaltungsserie "Japan in Wien" auf. Die gewohnten Zyklen im Arkadenhof, in den Wiener Kirchen und Palais und in Schönbrunn werden wiederum durch zahlreiche frei zugängliche Veranstaltungen auf dem Rathausplatz, im Belvedere-Park und in verschiedenen Parkanlagen in den Wiener Bezirken ergänzt.

Karten sind noch für alle Veranstaltungen, auch für die oben erwähnten Eröffnungskonzerte, erhältlich. Die Kartenvorverkaufsstelle in der Friedrich-Schmidt-Halle des Rathauses ist von Montag bis Freitag von 10 bis 12 und von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Telefonische Anfragen sind unter der Nummer 42 800/2085 oder 2095 möglich. (Schluß) gab/ko

NNNN

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen
=++++

Wien, 23.6. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende Wiener Bezirksvertretungssitzungen statt:

DIENSTAG, 28. JUNI:
Floridsdorf, 21, 15.00 Uhr, Bezirksvorstehung 21

DONNERSTAG, 30. JUNI:
Währing, 18, 17.30 Uhr, Bezirksvorstehung 18
Wieden, 4, 18.00 Uhr, Bezirksvorstehung 4
Ottakring, 16, 17.00 Uhr, Bezirksvorstehung 16
Döbling, 19, 15.00 Uhr, Bezirksvorstehung 19

Führungen durch das Wiener Rathaus
=++++

Wien, 23.6. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 24. Juni 1983 Blatt 1658

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	109 Millionen Schilling für U 3-Vorarbeiten Neuer Kindergarten eröffnet
Kommunal: (rosa)	Hearing über Otto-Wagner-Brücke Erstmals Jahresabrechnung für Gemeindebauten Hofmann: Forcierung der Stadterneuerung Ehrenring für Popper und Sperber Gratz: Verwaltung der Gemeinde Wien muß eine Einheit nach außen sein
Lokal: (orange)	Schüler für Radwegekonzept in der Donaustadt Was tun, wenn heftige Gewitter alles lahmlegen? Bezirksmuseum Mariahilf in neuen Räumen
Sport: (grün)	Mrkvicka: Engere Zusammenarbeit zwischen Sport und Kultur
Nur über FS:	Autobus-Umleitung wegen Kirchweihfest

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

Hearing über Otto-Wagner-Brücke
Utl.: Geehrte Redaktion!
=++++
2 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Auf Einladung von Bürgermeister Leopold GRATZ findet am Mittwoch, dem 6. Juli, im Rathaus ein Hearing über die Zukunft der Brücke über das Wiental im Zuge der künftigen U-Bahn-Linie U 6 statt.Diese Veranstaltung soll den verantwortlichen Politikern die Möglichkeit bieten, sich vor der Entscheidung nochmals über alle Aspekte dieses Problems zu informieren. Wir laden Sie ein, dazu Berichterstatter zu entsenden.

Bitte merken Sie vor:
ZEIT: Mittwoch, 6. Juli, 14 Uhr
ORT: Rathaus, Volkshalle (Zugang Rathausplatz)

(Schluß) ger/ko

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

NNNN

Schüler für Radwegekonzept in der Donaustadt

=++++

3 Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Der Bezirksvorsteher des 22. Bezirkes, Albert SCHULTZ, führte am Donnerstag nachmittag ein mehrstündiges Gespräch mit Schülern der IGS Polgarstraße in der Donaustadt. Die Schüler hatten sich bereits mehrere Wochen mit kommunalen Fragen auseinandergesetzt. "Zahlreiche Ideen und Anregungen der Schüler könnten durchaus verwirklicht werden," betonte Schultz nach dem Gespräch mit den Schülern.

So sollte die Forderung nach einem Kino in der Donaustadt sowie die engere Zusammenarbeit mit den Eltern und Schülern in Fragen der Schulwegsicherung unterstützt werden. Als besonders dringlich bezeichneten die Schüler die Verwirklichung des Radwegekonzeptes in der Donaustadt. Schultz sagte den Schülern seine Unterstützung zu und lud sie für Herbst zu einer weiteren Gesprächsrunde ein.

(Schluß) fk/ko

NNNN

Was tun, wenn heftige Gewitter alles lahmlegen? (1)
=++++
4 Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Heftige Gewitter mit starken Regenfällen sind im Sommer oft an der Tagesordnung. Die Folge: Ampelausfälle, überflutete Straßen und Keller, oft auch ausgefallene Straßenbeleuchtung und Störungen des öffentlichen Verkehrs. Das Büro für Sofortmaßnahmen der Stadt Wien hat eine Liste jener Stellen zusammengestellt, an die man sich zur Störungsbehebung oder um Auskünfte wenden kann:

- Die Stadtinformation im Rathaus, Tel. 43 89 89, Montag bis Freitag 8 bis 18 Uhr, außerhalb dieser Zeiten Tonbanddienst
- Vermurte Straßen: Die städtische Straßenreinigung (MA 48), Tel. 55 16 11, Klappe 220 oder 55 13 87 (rund um die Uhr).
- Verstopfte Kanäle: Die städtische Kanalisationsabteilung (MA 30), Tel. 57 75 75, den Permanenzdienst "Kanal" verlangen
- Unterwaschungen der Fahrbahn und eingesunkene Künetten: Die Straßenerhaltungsabteilung der Stadt Wien (MA 28) tagsüber während der Woche: Tel. 46 16 81
- Ampelstörungen: Die Verkehrsleitzentrale der Polizei, Tel. 34 73 44 (rund um die Uhr)
- Ausgefallene Straßenbeleuchtung: Die Meldestelle der E-Werke Tel. 33 35 73 (rund um die Uhr)
- Schäden an städtischen Wohnhäusern: Wohnhäuserverwaltung Tel. 42 82 42 (wenn nicht besetzt: Tonbanddienst) oder zuständiger Hausinspektor. Telefonnummer ist der Bürgerdiensttafel des Hauses zu entnehmen
- Eingedrungenes Wasser z.B. durch verstopfte Dachrinnen: Zuständige Hausverwaltung, in dringenden Fällen Permanenzingenieur der Feuerwehr, 42 800/2941
- Wenn Dachdeckerarbeiten noch nicht abgeschlossen sind und Regen durch das offene Dach eindringt, setzt man sich mit der jeweiligen Firma ins Einvernehmen, deren Haftung im allgemeinen durch eine Versicherung übernommen wird.

(Forts.) and/ko

NNNN

Was tun, wenn heftige Gewitter alles lahmlegen? (2)
=++++

Wien, 24.6. (RK-LOKAL) In dringenden Fällen während der Nachtstunden und an Wochenenden nimmt der Permanenzingenieur der Feuerwehr, Tel. 42 800/2941, Meldungen entgegen und veranlaßt die notwendigen Maßnahmen. Der Notruf der Feuerwehr darf nur in echten Notfällen in Anspruch genommen werden.

Wenn Gewitter den Betrieb öffentlicher Verkehrsmittel beeinträchtigen, informieren die Verkehrsbetriebe über ihr Lautsprechersystem bei zahlreichen Haltestellen über Umfang und zu erwartende Dauer der Störung. Die Informationsstelle Karlsplatz der Verkehrsbetriebe - sie ist Montag bis Freitag von 7 bis 18 Uhr, Samstag und Sonntag von 8.30 bis 16 Uhr besetzt - steht ebenfalls für Auskünfte zur Verfügung. Darüberhinaus kann man sich Montag bis Freitag zwischen 5.30 und 22 Uhr unter der Telefonnummer 65 930/2324 auch mit der Leitstelle der Verkehrsbetriebe ins Einvernehmen setzen. (Schluß) and/ko

NNNN

Erstmals Jahresabrechnung für Gemeindebauten
=++++
6 #Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund des neuen Mietrechtsgesetzes erhält jeder Gemeindebau-Mieter in diesen Tagen - bis spätestens 30. Juni - erstmals eine Abrechnung des Hauptmietzinses samt Erhaltungsbeitrag sowie der Betriebskosten und der besonderen Aufwendungen für das vergangene Jahr 1982. Die Verteilung erfolgt durch die Hausbesorger. Jeder Mieter erfährt damit, wofür er mit seiner Miete bezahlt hat. Über die Details informierte Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Donnerstag abend in einer Pressekonferenz.#

Abgerechnet wird immer ein "Objekt", also jene wirtschaftliche Einheit, die innerhalb der Magistratsabteilung 52 maßgebend ist. So bildet zum Beispiel der Karl-Marx-Hof mit seinen 98 Stiegen ebenso eine wirtschaftlichen Einheit wie in anderen Fällen ein Haus mit nur wenigen Mietern.

Ein Plus- oder Minussaldo aus der Abrechnung des Hauptmietzinses des Jahres 1982 wird auf das Jahr 1983 vorgetragen. Ein Plus- oder Minussaldo aus der Abrechnung der Betriebskosten und der besonderen Aufwendungen hat entsprechende Auswirkungen auf die Zinsverrechnung im beziehungsweise ab August. Falls sich aus diesen Abrechnungen ein Überschuß zugunsten der Mieter einer Wohnhausanlage ergibt, so wird dieser bei der Zinsvorschreibung für August 1983 berücksichtigt. Ergibt sich aus der Abrechnung ein Fehlbetrag zu Lasten der Mieter, so erfolgt die Nachverrechnung in fünf Raten im Wege der monatlichen Mietzinsvorschreibung für die Monate August bis Dezember.

Da bei den städtischen Wohnhäusern die Verrechnung der Betriebskosten und der besonderen Aufwendungen in Form einer Jahrespauschale erfolgt, ist aus den Abrechnungen für jeden einzelnen Mieter auch das neue Jahrespauschale für 1984 ersichtlich, allerdings unter dem Vorbehalt, daß dieses Pauschale bis maximal 10 Prozent erhöht werden kann, wenn sich die Betriebskosten erhöhen.

Die Mitarbeiter der Magistratsabteilung 52 stehen den Mietern selbstverständlich für Rückfragen zur Verfügung (Telefon 42 807). (Schluß) ger/ap

NNNN

Mrkvicka: Engere Zusammenarbeit zwischen Sport und Kultur (1)

=++++

7 #Wien, 24.6. (RK-SPORT) Eine Reihe von Aktivitäten kündigte Sportstadtrat Franz MRKVICKA bei seinem, Donnerstag abend, im Rathauskeller abgehaltenen Pressegespräch an. Mrkvicka strich dabei heraus, daß sich allein aus der nunmehrigen Struktur seines Ressorts eine engere Zusammenarbeit zwischen Sport und Kultur ergeben werde, die letzlich beiden Teilen nur Vorteile bringen werde.#

Unter der Devise, vom Breitensport zum Spitzensport, wird Mrkvicka schon im Herbst Diskussionsgespräche mit Journalisten, Verbandsfunktionären und -trainern führen, um die derzeitige Situation in der Bundeshauptstadt näher zu beleuchten und allfällige Anregungen und Vorschläge in Zukunft aufgreifen.

Zwtl.: Traditionsreiche Klubs sollen nicht "sterben"

Eines der erklärten Ziele ist es auch, wie Mrkvicka hervorhob, traditionsreiche Wiener Vereine in Form von Sondersubventionen am Leben zu erhalten. So erhielt zuletzt der von der Auflösung bedrohte Ligaklub Helfort aus den Sportförderungsmitteln der Stadt Wien 100.000 Schilling zur Aufrechterhaltung des Betriebes. "Ich appelliere zugleich auch an bekannt sportfreundlich eingestellte Institutionen und Firmen", so der Sportstadtrat, "in verstärktem Maße auch in dieser Richtung zu helfen."

Die Aktion "Komm zum Sport" wird fortgesetzt, wobei 4,6 Millionen Schilling an Sondersubventionen bereitgestellt sind. Die Aktion wird allerdings in veränderter Form durchgeführt, derzeit wird geprüft, welche Möglichkeiten bestehen, um der Bevölkerung den Sport in Wien noch zugänglicher zu machen.

Zwtl.: Schrittweise Überdachung des Stadions

Unmittelbar nach Übergabe des Ressorts Kultur und Sport richtete Franz Mrkvicka eine schriftliche Anfrage an den Präsidenten der UEFA, Franchi, unter welchen Voraussetzungen sich die Stadt Wien für ein europäisches Fußball-Endspiel bewerben könne. Grundsätzlich bekennt er sich, wie er betonte, zu einem klaren Ja für eine, vorerst schrittweise vorgenommene Überdachung des Wiener Stadions, da die Sanierungsmaßnahmen der einzelnen Sektoren unbedingt vorrangig zu behandeln sind. Eine teilweise Überdachung könnte bereits den Bestimmungen der UEFA entsprechen, das Antwortschreiben des Präsidenten steht noch aus. (Forts.) hof/ap

NNNN

Engere Zusammenarbeit zwischen Sport und Kultur (2)
Utl.: Würdige Verabschiedung des Eishockeyteams
=++++
8 Wien, 24.6. (RK-SPORT) Mit einem Länderspiel gegen die USA soll ferner Österreichs Eishockeyteam, das sich bekanntlich für die Olympischen Spiele in Sarajevo qualifizierte, würdig in der Wiener Stadthalle verabschiedet werden. Als Termin wäre der 2. Februar 1984 in Aussicht genommen, außerdem wäre es ein Wunschgedanke von Sportstadtrat Franz Mrkvicka, wenn einen Tag später der regierende Weltmeister UdSSR in einem Exhibitionsspiel in der Bundeshauptstadt antreten würde. Die Stadt Wien übernimmt die Ausfallshaftung für diese Veranstaltung, ein eventueller Reingewinn soll den Wiener Eishockeyklubs zugutekommen. An einem dieser Tage wird die Große Halle der Wiener Stadthalle auch für das Publikumseislaufen zur Verfügung stehen.

Zwtl.: Sportplatz der offenen Tür

Abschließend wies Franz Mrkvicka auf die am 4. Juli 1983 beginnende Aktion "Sportplatz der offenen Tür" hin, die nur eine der zahlreichen Aktivitäten ist, die im Breitensport gesetzt sind. Der Verantwortliche sprach sich für vermehrte Aktivitäten auf diesem Gebiet aus und führte an, daß neue Formen solcher Aktionen in Ausarbeitung sind.

Die Aktion "Sportplatz der offenen Tür" ist Jugendlichen und auch Erwachsenen auf 16 Anlagen der Bundeshauptstadt kostenlos zugänglich und erstreckt sich unter der Betreuung und Anleitung von Sportlehrern über die Ferienmonate.

Nähere Auskünfte erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter Tel. 42 800/2799. (Schluß) hof/ap

NNNN

Hofmann: Forcierung der Stadterneuerung (1)
=+++++

9 #Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die weitere Forcierung der Stadterneuerung, die verstärkte Kontrolle der gemeinnützigen Wohnbauträger, die Veranstaltung eines großen Wohnbauwettbewerbes in Wien sowie die Fertigstellung des Stadtentwicklungsplanes und das bevorstehende Hearing über die Otto-Wagner-Brücke über das Wiental standen im Mittelpunkt der ersten Pressekonferenz von Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN als Leiter des neuen Ressorts "Stadtentwicklung und Stadterneuerung" am Donnerstag abend.#

Hofmann betonte, daß im Bereich der Stadterneuerung schon in den vergangenen Jahren viel geleistet wurde. Dies sei auch der Grund dafür, daß die Anfang der 70er Jahre erstellten pessimistischen Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung in den innerstädtischen Bezirken nur in wesentlich abgeschwächter Form Wirklichkeit wurden und in letzter Zeit eine Tendenzwende eintrat. Die guten Erfahrungen mit der Schaffung eines integrierten Verkehrsressorts waren nun der Anlaß, auch die Agenden der Stadterneuerung in einem Ressort zu konzentrieren, um die Stadterneuerung in den nächsten Jahren noch effizienter vorantreiben zu können.

Zwtl.: Wohnbauträger: Gemeinde kontrolliert nun selbst

Als eine der dringlichsten Aufgaben bezeichnete Hofmann die verstärkte Kontrolle der Gemeinnützigen Wohnbauträger, die nicht wegen eines generellen Mißtrauens, sondern wegen einiger weniger "schwarzen Schafe" notwendig sei. Deshalb wird in Zukunft der Magistrat selbst - statt wie bisher die Gesiba oder einzelne Zivilingenieure - die Kontrollen der einzelnen Baustellen geförderter Wohnbauvorhaben durchführen. Für diese Aufgabe werden ca. zwanzig erfahrene Magistratsbeamte aus dem Bereich des kommunalen Wohnbaues herangezogen. (Forts) ger/ko

NNNN

Hofmann: Forcierung der Stadterneuerung (2)
=++++

10 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Hofmann bezeichnete diese Kontrolle durch den Magistrat als Ergänzung zur zufriedenstellenden Tätigkeit des Prüfverbandes, der allerdings nur die Gebarung der Genossenschaften selbst, nicht aber die einzelnen Baustellen kontrolliert.

Zwtl.: Großer Wohnbauwettbewerb

Anläßlich des Jubiläums 60 Jahre kommunaler Wohnbau wird derzeit ein großer internationaler Wohnbauwettbewerb für Wien vorbereitet, bei dem verschiedene zeitgemäße Lösungen für die vielfältigen Formen des Wohnens und des Wohnbaues in einer Großstadt nicht nur theoretisch und planerisch entwickelt, sondern auch kurzfristig verwirklicht werden sollen. Der Wettbewerb wird mehrere kleinere Bauvorhaben, verstreut in verschiedenen Teilen der Stadt, umfassen. Dabei sollen sowohl Formen des verdichteten Flachbaues als auch "normale" Miethäuser und Sanierungsprojekte realisiert werden. Wie Hofmann betonte, habe er auch die Genossenschaften eingeladen, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen.

Zwtl.: Stadtentwicklungsplan nächstes Jahr fertig

Bei der Erstellung des Stadtentwicklungsplanes werde es keinen Bruch der Kontinuität geben, sagte Hofmann. Nachdem die wesentlichsten Vorarbeiten bereits unter der Leitung von Stadtrat Prof. Wurzer geleistet wurden, soll der Stadtentwicklungsplan nunmehr fertiggestellt und im kommenden Jahr dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Über das Schicksal der Otto-Wagner-Brücke über das Wiental wird am Mittwoch, dem 6. Juli, im Wiener Rathaus ein Hearing stattfinden, um den verantwortlichen Politikern vor der Entscheidung noch einmal die Möglichkeit zu geben, sich über alle Details des Problems zu informieren.

Die Vorschläge für eine teilweise Untertunnelung des Wientals und des Gürtels werden derzeit von der Stadtplanung geprüft. Hofmann betonte, daß er persönlich diese Projekte für realisierbar halte, wobei aber natürlich noch viele Detailprobleme zu lösen sein werden. (Schluß) ger/ap

NNNN

Bezirksmuseum Mariahilf in neuen Räumen

=++++

11 Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Das Bezirksmuseum Mariahilf ist in seine neuen Räume in 6, Mollardgasse 8, Mezzanin übersiedelt. Bezirksvorsteher KR Franz BLAUENSTEINER übergab Donnerstag abend in einer kleinen Feier die neuen Räume ihrer Bestimmung. Auf einer Ausstellungsfläche von rund 200 Quadratmetern kommt eines der Prunkstücke der Sammlung, das große Modell des historischen Ratzenstadels wieder zur Geltung. Das Ratzenstadel, oder Magdalenengrund, liegt zwischen Gumpendorf und der Laimgrube. Vom alten historischen Häuserbestand gibt es heute nur mehr Reste zu sehen.

Eine Sonderausstellung, die aus Anlaß der Eröffnung des Museums gestaltet wurde, ist dem Leben und Wirken des Komponisten Emmerich KALMAN (1882-1953) gewidmet. Kalman war dem 6. Bezirk sehr verbunden. Der Komponist der "Csardasfürstin", der "Gräfin Mariza" und der "Zirkusprinzessin" hatte jahrelang in Mariahilf gewohnt und war den den beiden Theaterhäusern, dem Theater an der Wien und dem Raimundtheater als Direktor tätig.

Das Bezirksmuseum Mariahilf ist jeden Sonntag von 9.30 Uhr bis 12 Uhr geöffnet. Nach vorheriger telefonischer Anmeldung, unter der Nummer 57 99 965, ist der Besuch jederzeit möglich. (Schluß) fk/ap

NNNN

Ehrenring für Popper und Sperber
Utl.: Goldenes Ehrenzeichen für Franz Antel
=++++
12 #Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Zwei der international bedeutendsten Persönlichkeiten der Gegenwart, der Sozialphilosoph Sir Karl POPPER, und der Schriftsteller Manes SPERBER bekommen den Ehrenring der Stadt Wien. Das beschloß der Wiener Stadtsenat Freitag auf Antrag von Kulturstadtrat Franz MRKVICKA.#

Der 1902 in Wien geborene Popper lebte bis 1934 in Wien, war stark vom Wiener Kreis beeinflußt und gilt als der Begründer des kritischen Nationalismus. Sperber wurde 1905 geboren, emigrierte 1934 nach Paris - wo er heute noch lebt - und ist einer der bedeutendsten Schriftsteller der Gegenwart. In seiner Wiener Zeit war er Schüler Alfred Adlers und befaßte sich damals sehr mit der Individualpsychologie Adlers. Zunehmend verlagerte sich seine Tätigkeit auf das schriftstellerische Gebiet.

Zwtl.: Ehrenzeichen für den Regisseur von Bockerer und Kaiserwalzer

#Der Regisseur, Drehbuchautor und Filmproduzent Franz ANTEL feiert am 28. Juni seinen 70. Geburtstag. Auf Antrag von Kulturstadtrat Franz MRKVICKA beschloß die Wiener Landesregierung Freitag, ihm das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien zu verleihen.#

Antel, mit dem man viele alte Filme wie "Kaiserwalzer", "Der alte Sünder" und "Hallo Dienstmann", aber auch Filme aus der jüngeren Zeit, wie "Der Bockerer" verbindet, hat viel für den guten Ruf Wiens und österreichs beigetragen. (Schluß) sei/ko

NNNN

Gratz: Verwaltung der Gemeinde Wien muß eine Einheit nach außen sein (1)

Utl.: Rede des Bürgermeisters vor leitenden Beamten des Magistrats

=++++

13 #Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Elf Tage vor seinem Zehnjahresjubiläum legte Bürgermeister Leopold GRATZ Freitag mittag vor leitenden Beamten des Magistrats Bilanz über die vergangenen zehn Jahre und hielt Vorschau auf die kommende Legislaturperiode. Eindringlich forderte Gratz auf, noch stärker dafür zu sorgen, daß Wien für Außenstehende eine handelnde Einheit bilde. Niemand dürfte von einer Stelle weggeschickt werden, ohne zu wissen, wer für sein Anliegen zuständig ist.#

Einleitend dankte der Bürgermeister allen Beamten, die mitgeholfen haben, daß in den vergangenen zehn Jahren unglaublich viel geschehen konnte. Er habe die Stadt zu einem Zeitpunkt übernommen, wo die "Modewelle gegen große Städte" gerade am Höhepunkt gewesen sei. Die Wiener aber haben nicht nur eines der schönsten, sondern auch eines der lebendigsten Zentren der Welt gestalten können. Hier gebe es jetzt mehr Erholungsflächen, ein intensiveres kulturelles Leben und raschere Verkehrsverbindungen als je zuvor.

Deutlich hob der Bürgermeister hervor, daß man nicht immer populäre Maßnahmen setzen könne, wenn man Verantwortung trägt. Politik sei kein Selbstbedienungsladen, aus dem sich jeder seine Wünsche herausnehmen könne. Die Aufzehrung der Substanz nur wegen guter Kommentare in der öffentlichkeit wäre Verrat an kommenden Generationen. Er sei daher zum Beispiel auch nicht bereit, die Substanz der Stadtwerke auszuzehren, nur weil in einem anderen Bundesland vor der Landtagswahl der Gaspreis gesenkt werde. (Forts.) rö/ko

NNNN

Gratz: Verwaltung der Gemeinde Wien muß eine Einheit nach außen sein (2)

=++++

14 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Stadterneuerung meinte der Bürgermeister, man werde ein anderes Instrumentarium finden müssen, denn es gehe nicht an, daß Wien, wenn es Stadterneuerung betreiben wolle, prinzipiell jede Ruine kaufen müsse.

Abschließend zeigte sich der Bürgermeister froh über die Fortschritte der Rechtsbereinigung. So wie auf Bürgerwunsch monatlich neue Gebiete unter die Verwaltung gestellt würden, müsse man auch Bereiche, die nicht mehr verwaltet werden müssen, freigeben. Da der Wiener Bürger gewohnt sei, in allen Fragen bei der Stadt Rat zu suchen, bat der Bürgermeister eindringlich, nie davon auszugehen, daß der Bürger wisse, wie die Kompetenzen verteilt sind.

Deshalb dürfe man niemanden lediglich mit der Auskunft wegschicken, man sei an dieser Stelle nicht zuständig, mahnte der Bürgermeister. Seinen Dank an die Beamtenschaft verband Gratz schließlich mt dem Ausdruck der Hoffnung auf weitere gute Zusammenarbeit. (Schluß) rö/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 25. Juni 1983 Blatt 1674

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Lokal: Grünfläche statt Bundesstraße in der Leopoldstadt
(orange) Eiserne Hochzeit

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Grünfläche statt Bundesstraße in der Leopoldstadt

=+++

1 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Kommenden Montag ist es soweit: Die Bauarbeiten für eine neue Grünfläche Ecke Tempelgasse - Ferdinandstraße in der Leopoldstadt können beginnen. Für den Bezirksvorsteher des 2. Bezirkes, Rudolf BEDNAR, ein Grund zur Freude: "Dieses Eckgrundstück war ursprünglich für eine Straßenverbreiterung im Zuge des Bundesstrraßennetzes vorgesehen gewesen. Jetzt kann im dichtverbauten Stadtviertel eine kleine Grünanalge mit einem Kinderspielplatz verwirklicht werden. Das war ein alter Wunsch der Leopoldstädter Bezirksvertretung." (Schluß)
fk/ap

NNNN

Eiserne Hochzeit

=+++

2 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Das seltene Fest der "Eisernen Hochzeit" feierten am Samstag Rosina und Wladimir POSIK aus 23, Haymogasse 49. Die beiden haben einander vor 67 1/2 Jahren, am 25. Dezember 1915, das Ja-Wort gegeben. Der Bezirksvorsteher von Liesing, Heinz Haberl, gratulierte dem Jubelpaar namens der Stadtverwaltung. (Schluß) fk/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1867

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 27. Juni 1983 Blatt 1677

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Stadtradio-Fest im Wiener Gänsehäufl
- Guter Mai im Wiener Fremdenverkehr
- Schienen-Oldtimer in der Innenstadt zu besichtigen
- Investitionshilfe für Wiener Klein- und Mittelbetriebe
- Größte Badebucht der Donauinsel eröffnet

Kommunal: (rosa)
- Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte
- Gratz: Gassergasse wird abgerissen

Kultur: (gelb)
- "Johannes Brahms und seine Zeit"

Nur über FS:
- 24.6. Kind lief gegen Straßenbahn
- 25.6. Buslinie "34 A": Kürzere Betriebszeit
- Hietzinger Bad: Vierjähriger Bub ging unter
- 26.6. 100. Geburtstag im Pflegehein Lainz
- 27.6. Vorverlegter Betriebsschluß
- Moped gegen Straßenbahn

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

"Johannes Brahms und seine Zeit"
Utl.: Arkadenhof-Ausstellung des Wiener Landesarchivs
=++++
2 #Wien, 27.6. (RK-KULTUR) Am 7. Mai dieses Jahres gedachte die musikalische Welt des 150. Geburtstages von Johannes Brahms. Das Wiener Stadt- und Landesarchiv widmet aus diesem Anlaß dem großen Komponisten im Arkadenhof des Wiener Rathauses die Austellung "Johannes Brahms und seine Zeit", die ab Montag, 4. Juli, bis Ende September Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr zu sehen ist.#

Die kleine Ausstellung zeichnet anhand von Originalen, Bildern, Plänen und Notenbeispielen ein Bild des Meisters, der von vielen als "letzter Großer" einer Epoche (in der Reihe der Klassiker) bezeichnet wird. Unter den Originalen befinden sich Teile aus der meherere tausend Seiten umfassenden Verlassenschaftsabhandlung, die samt dem Testament des Komponisten im Landesarchiv verwahrt wird, sowie wenig bekannte Familiendokumente, Urkunden aus Brahms Jugendzeit und Originalakten der Brahms-Gesellschaft. Auch die Zeit, in der der Komponist lebte, seine Umgebung, sein Bekannten- und Freundeskreis werden in der kleinen Schau beleuchtet.

Der am 17. Mai 1833 in Hamburg geborene Brahms hatte schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Wien seine musikalischen Wurzeln geschlagen. Zu seinem großen Bekannten- und Freundeskreis zählten unter anderen Theodor Billroth, Eusebius Mandyczewsky, Anton Door, Ignaz Brüll und Viktor Miller zu Aichholz. Brahms lebte rund ein Vierteljahrhundert in der von ihm geliebten Wienerstadt, die auch am 6. April 1897, drei Tage nach seinem Tod, mit entsprechender Würde von diesem Großen der Tonkunst Abschied nahm, dessen Name mit der Musikstadt Wien immer verbunden bleiben wird. (Schluß) am/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Fragestunde
=++++
3 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPö) wurde die Sitzung des Gemeinderates am Montag mit einer Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) nach den Maßnahmen für eine Fahrpreisermäßigung in den Ferien bei Schülern über 15 Jahren, antwortete Stadtrat HATZL, daß die Beförderung zwischen Schule und Wohnort der Regelung nach dem Familienlastenausgleichsgesetz unterliegt und für den Schüler unentgeltlich erfolgt. Die sonstigen Beförderungsfälle erfolgen nach den Tarifen der Verkehrsunternehmungen, wobei Kindern bis zum 15. Lebensjahr eine 50prozentige Ermäßigung eingeräumt wird. Einige wenige öffentliche Unternehmen, darunter auch die Wiener Verkehrsbetriebe, haben diese Ermäßigung ausgeweitet. Die Tarifreform von 1982 brachte für Kinder und Schüler auch über 15 Jahre wesentliche Verbesserungen. Eine weitere Tarifregelung für Schüler über 15 Jahre könne er sich vorstellen, so Hatzl, allerdings können im Hinblick auf den zukünftigen Verkehrsverbund Änderungen der geltenden Tarifbestimmungen nur in Abstimmung mit den übrigen am Verbund beteiligten Verkehrsunternehmungen ausgearbeitet werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob konkret Überlegungen angestellt werden, betonte Stadtrat Hatzl nochmals, daß derartige Überlegungen im Gange sind, bei denen allerdings auch die Lehrlinge berücksichtigt werden sollen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob nicht eine rasche Regelung ähnlich wie für den Papstbesuch angestrebt werden könnte, stellte Hatzl fest, daß eine Tarifänderung für Schüler für den heurigen Sommer nicht mehr in Frage kommt. Beim Papstbesuch werden jenen, die sonst nicht mit der Straßenbahn fahren, Begünstigungen gewährt. Es geht dabei darum, ein größeres Verkehrsaufkommen mit Autos zu verhindern. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Fragestunde
=++++

4 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), ob die Mitnahme von Fahrrädern auf der U-Bahn probeweise zugelassen wird, erklärte Stadtrat Hatzl, daß er diese Frage überprüfen werde. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob nicht München bereits als Beispiel herangezogen werden könnte, antwortete Hatzl, gerade München sei ein schlechtes Beispiel, weil dort die Tarife sehr hoch sind. Es geht nicht nur um die Frage des Mitnehmens, sondern auch um andere Rechtsfragen, die geklärt werden müssen, wie beispielsweise, wer die Verantwortung bei Verletzungen der Fahrgäste durch ein Fahrrad übernimmt. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie lange die Prüfung dauern wird, sagte Hatzl, bis zu dem Termin, zu dem die Fragen ausreichend geklärt sind. (Forts.) ba/ko

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Fragestunde
=++++

5 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. KÖNIG (SPÖ), welche Maßnahmen die Stadt Wien im Bereich der Familienbildung setzt, führte Vbgm. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER unter anderen den Familiensonntag, Eltern- und Volkshochschule, das Ferienspiel, Aktionen der städtischen Büchereien, Musikschulen und Förderung spezieller Bildungsveranstaltungen für Familien an. auf die ZUSATZFRAGE, wie weit dieses Angebot angenommen wird, antwortete FRÖHLICH-SANDNER, daß immer mehr Besucher verzeichnet werden können. Beim Familiensonntag etwa sind es jährlich mehr als 100.000. Die Eltern in Wien seien bildungsfreundlich, betonte Fröhlich-Sandner.

Auf die VIERTE ANFRAGE von Gr. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ), was die städtischen Büchereien unternehmen, um das Leserverhalten der Wiener zu fördern, antwortete Vbgm. Gertrude Fröhlich-Sandner, daß sich die Büchereien in erster Linie bemühen, das Leseangebot zu verbessern. Zu den Verbesserungen gehört aber auch die Umstellung der Ausleihe über Pulte in freundliche Freihandbüchereien. Das Angebot wird erweitert, insbesondere um wertvolle Kinder-, Jugend und Sachbücher aus den wichtigsten Interessensgebieten, aber auch um Zeitschriften. Fröhlich-Sandner verwies auf die Zusammenarbeit mit den Kindergärten und Schulen und die Bemühungen um alte und behinderte Menschen, die Betreuung der Pensionistenklubs und den Hausbesuchsdienst sowie auf die Aktion "Lesen im Park" und die Büchereien in den Krankenhäusern. auf die ZUSATZFRAGE, ob sich eine Steigerung des Leseinteresses feststellen lasse, erklärte Fröhlich-Sandner, daß derzeit 150.000 Leser eingeschrieben sind, das entspricht einer Steigerung von 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Seit 1970 haben sich die Entlehnzahlen verdoppelt, 34 Prozent der Leser sind Kinder. (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Fragestunde
=++++

6 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), wann die Modernisierung des Elisabethspitals in Angriff genommen wird, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß die Modernisierung bereits seit Jahren läuft, aber noch nicht abgeschlossen ist. Unter anderem nannte Stacher die Errichtung von Intensivstationen, die Installierung der Notstromversorgung, Unterteilung von Krankenzimmern und Verbesserung des Einrichtungsstandards. Für alle Maßnahmen wurden in den letzten Jahren rund 55 Millionen Schilling aufgewendet. Weitere Unterteilungen von Sälen sollen nach Möglichkeit im Rahmen des Budgets des nächsten Jahres vorgenommen werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er die Ansicht teile, daß die hohen Aufwendungen für das AKH zu Verzögerungen beim SMZ-Ost und bei der Renovierung der anderen Spitäler führen, antwortete Stacher: "Sicher nicht." Das "Defizit" der Spitäler - wenn man von einem solchen in der Krankenbetreuung überhaupt sprechen könne - sei recht hoch, sagte Stacher. Für die Stadt Wien sei es nict leicht, die finanziellen Mittel bereitzustellen. Stünden den Leistungen auch die entsprechenden Einnahmen gegenüber, wäre es leichter. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Vorkehrungen für den heurigen Sommer getroffen wurden, damit nicht wieder Abteilungen geschlossen werden müssen, antwortete Stadtrat Stacher, es habe Gespräche mit der Personalvertretung gegeben, um Engpässe aus Personalmangel während des Sommers zu verhindern. Es gelte dies vor allem für die medizinischen Abteilungen. Während des Sommers würden allerdings auch notwendige Renovierungsarbeiten zu Sperren von Abteilungen führen. Er sei optimistisch, daß es möglich sein werde, den Personalmangel zu beheben und erstmals im Herbst alle Schwesternposten zu besetzen, wenn 450 Schwesternschülerinnen ihre Diplome erhalten. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Fragestunde
=++++

7 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Mag. ZIMA (SPö), welche Ausbildungsveranstaltungen derzeit im Rahmen der Mediziner- und Ärzteausbildung in den Krankenhäusern der Stadt Wien stattfinden, antwortete StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß derzeit eine ganze Reihe von praxisbezogenen Veranstaltungen stattfinden. Dazu zählen das Intensivpraktikum im ersten Studienabschnitt, die Pflichtfamulatur vor Abschluß des dritten Studienabschnittes, die freiwillige Famulatur, das Akademikertraining, sowie die Ausbildung zum praktischen Arzt und zum Facharzt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese Mannigfaltigkeit der Ausbildungsmöglichkeiten nicht zu organisatorischen Schwierigkeiten führt, sagte Stacher, das ist durchaus der Fall. Hier wird man in enger Zusammenarbeit mit der Studienkommission versuchen, die Vielfalt der Ausbildungsmöglichkeiten zu ordnen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE wie er zur Forderung nach Ausbildungsassistenten steht, sagte Stacher, es wäre schön, diese Möglichkeit zu schaffen, auf Kosten der Stadt Wien ist dies jedoch nicht möglich. Es wäre jedoch nur logisch, wenn das Wissenschaftsministerium die Kosten für Ausbildungsassistenten übernehmen würde. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Fragestunde
=++++

9 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), welche Maßnahmen zur umweltfreundlichen Beseitigung des Wiener Mülls angestrebt werden, sagte StR. SCHIEDER, daß er zunächst einmal die Verhinderung des Müllanfalls als primäre Maßnahme ansieht. Es ist nicht einzusehen, daß den Städten und Gemeinden Probleme aufgehalst werden, die etwa von der Verpackungsindustrie verursacht werden. Zur Beseitigung sagte Schieder, daß die Deponierung nur in Ausnahmefällen in Frage kommen kann und die Verbrennung die beste technische Ausrüstung der diesbezüglichen Anlagen zur Voraussetzung hat. Für die Zukunft ist ein Weg zu finden, der mit der Sortierung im Haushalt beginnt und mit der Wiederverwertung der Rohstoffe endet. Er hat diesbezüglich eine Reihe von Überlegungen im bezug auf das Rinterzelt getroffen, die im Sommer vom zuständigen Bankenkonsortium geprüft werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob das Lösungskonzept für die Rinter-AG damit nicht verschleppt wird, sagte Schieder, das ist nicht der Fall. Seine Gespräche mit den Banken beinhalten überdies völlig neue Überlegungen zu diesem Problem. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er bei einer unbefriedigenden Antwort des Bankenkonsortiums bereis Alternativvorstellungen entwickelt hat, sagte Schieder, daß es zu seinem politischen Stil gehört, immer auch Alternativen bereit zu halten. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Fragestunde
=++++

10 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP), welche Auswirkungen die Grundwasserverunreinigungen im Bereich der Mitterndorfer Senke für die Dritte Wiener Wasserleitung haben, antwortete Stadtrat SCHIEDER, daß im südlichen Wiener Becken weitreichende Belastungen des Grundwassers mit chlorierten Kohlenwasserstoffen bekannt sind. Schieder wies darauf hin, daß die Fachdiskussion über die grundsätzlichen Dimensionen dieses Problems noch im Gange sei. Keinesfalls aber wolle er es unterschätzen. Die Ausbreitung der Verunreinigung erfolgt in Richtung des Grundwasserstroms. Es ist zu befürchten, daß innerhalb der nächsten Jahre beim Brunnen Moosbrunn I ein Verunreinigungsgrad über den Richtwert hinaus erreicht wird. Beim Brunnen Moosbrunn II sind derzeit keinerlei Anzeichen einer Gefährdung festzustellen. Die Wiener Wasserwerke befinden sich in ständigem Informationsaustausch mit den niederösterreichischen Dienststellen und den örtlichen Wasserversorgungsunternehmen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Wasserversorgung Wiens gesichert sei, wenn bei der Zweiten Hochquellenwasserleitung Schäden auftreten, antwortete Schieder, daß Wiens Trinkwasserversorgung nicht gefährdet sei. Es werde alles unternommen, um die beiden Hochquellenleitungen so sicher wie möglich zu erhalten. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Wien also hinsichtlich der Wasserversorgung "aus dem Wasser" sei, sagte Schieder, man müsse stets alle Eventualitäten in die Überlegungen mit einbeziehen. Wir wollen aber keine Angst verbreiten, sondern den Wienern sagen, daß sie mit gutem Wasser rechnen können. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Fragestunde
=++++

11 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. HÄUFL (SPö), welche Maßnahmen bei dem geplanten Ausbau des Alberner Hafens zum Schutz des "Blauen Wassers" und des "Sauhaufens" vorgesehen seien, antwortete Stadtrat Schieder, daß das "Blaue Wasser", unter Schutz gestellt wird. Die entsprechende Verordnung wird derzeit eben fertiggestellt. Der "Sauhaufen" wird zu einem großen Teil den gezielten Ausbaumaßnahmen weichen müssen, wobei aber Rodungen nur im unbedingt notwendigen Ausmaß vorgenommen werden dürfen. Der Hafenausbau erfolgt so, daß sich die getroffenen Maßnahmen möglichst in das Umland einfügen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung geplant sei, sagte Schieder, daß der Gemeinderat durch seine Entscheidung bereits prinzipiell klar gestellt hat, daß der Ausbau des Hafens und die Schiffahrt umweltfreundlichere Transportmöglichkeiten eröffnen als zum Beispiel große Lkws. Darüber hinaus ist es aber selbstverständlich, daß der konkrete Ausbau so erfolgt, daß es dabei zu keinen unnötigen Eingriffen in die Umwelt kommt. Die Umweltabteilung ist in alle Planungen miteinbezogen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Mitsprachemöglichkeiten für die Bevölkerung bestehen, wies Schieder daraufhin, daß - sobald die Planungen des Hafens soweit sind - ein öffentliches Umwelthearing stattfinden werde. (Forts.) ger/ko

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Fragestunde
=++++

12 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. FREINBERGER (SPö), ob es notwendig sei, für die Errichung einer Radrennbahn auf der Donauinsel einen Auwald zu roden, sagte StR. SCHIEDER, daß nach dem alten Plan insgesamt 96 Bäume, Pappeln, Birken und Traubenkirschen, sowie 80 Sträucher entfernt hätten werden müssen. Es könne noch nicht beurteilt werden, welche Rodungen für die Folgeeinrichtungen der Rennbahn nötig seien.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum ein Meinungsumschwung erfolgt sei, betonte StR. Schieder, daß sich die Freizeitpolitiker in Wien eine permanente Radrennstrecke wünschen. Aufgrund der Eingriffe in die Natur wird diese Rennstrecke aber nicht gebaut.

Die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob ein anderer Standort gesucht werde, bejahte Schieder, es müsse allerdings möglich sein, daß kein Baumbestand dafür geopfert werden muß.

Mit der Beantwortung der zehnten Anfrage war die Fragestunde beendet. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Anfragen und Anträge
=++++

13 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen vier schriftliche Anfragen der FPÖ und acht schriftliche Anfragen der ÖVP vor.

Insgesamt wurden acht Anträge eingebracht, die den Ausschüssen zugewiesen wurden:

- ein Antrag der SPÖ betreffend Bildung einer Behindertenkommission,
- ein Antrag der ÖVP zur Schaffung von Mopedabstellplätzen im Bereich der Berufsschule Apollogasse,
- ein Antrag der ÖVP zur Überprüfung, ob Stadtbahnbögen als KFZ-Abstellplätze benützt werden können,
- ein Antrag der ÖVP bezüglich des Erwerbs gemeindeeigener Reihenhäuser im 13. Bezirk ins Eigentum der Mieter,
- ein Antrag der ÖVP zur Feststellung der Zahl der anhängigen Verfahren bei der Schlichtungsstelle,
- ein Antrag der ÖVP zur Angleichung der Mietzinsbeihilfe an die Wohnbeihilfe,
- ein Antrag der FPÖ zur Benennung einer Verkehrsfläche in "Sudetendeutscher Platz",
- ein Antrag der FPÖ betreffend die Gültigkeitsdauer von Schülerstreckenkarten in den Monaten Juli und August.

Zwtl.: Wahlen und verschiedene Vertretungskörper

Einstimmig wurden die Mitglieder der gemeinderätlichen Personalkommission gewählt. Ihr gehören an: StR. Friederike SEIDL, acht Gemeinderäte der SPÖ, vier Gemeinderäte der ÖVP und elf städtische Bedienstete.

In den Aufsichtsrat der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt wurden sechs Mitglieder der SPÖ und drei Mitglieder der ÖVP einstimmig gewählt. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

14 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die gute Wirtschaftspolitik und die Einhaltung des Einnahmen- und Ausgabenrahmens führten im Jahr 1982 dazu, daß der Rechnungsabschluß günstiger ausfiel als das Budget, stellte Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) in einem Bericht zum Rechnungsabschluß fest. Bei Einnahmen von 62,1 Milliarden und Ausgaben von 65,6 Milliarden verringerte sich der Abgang von 4,6 Milliarden um 1,1 Milliarden auf 3,5 Milliarden.

Stadtrat MAYR führt dieses positive Ergebnis auf drei Faktoren zurück:

- Auf die realistische Einschätzung der Einnahmen und Ausgaben beim Voranschlag,
- auf die kostendeckende Politik bei den Gebühren,
- auf die Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik, die zu einem realen Wirtschaftswachstum in Wien führen.

Zwtl.: Wiener Arbeitslosenrate deutlich unter Bundesdurchschnitt

Durch die erfolgreiche Wirtschaftspolitik des Bundes und des Landes Wien konnte ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau erreicht werden. Die Wiener Arbeitslosenrate betrug im Vorjahr 3,3 Prozent, im Bundesdurchschnitt waren es 3,7 Prozent. Nur in Japan war die Arbeitslosenrate mit 2,4 Prozent geringer. Auch bei anderen Indikatoren schnitt Österreich 1982 im internationalen Vergleich gut ab. Beim Verbraucherpreisindex liegt Österreich an dritter Stelle hinter Japan. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes betrug real 1,1 Prozent gegenüber den anderen westlichen Industriestaaten, die im Durchschnitt ein Realwachstum von nur 0,5 Prozent aufzuweisen hatten. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik
Realistische Schätzung bei den Einnahmen und Ausgaben
=++++

15 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Gegenüber dem Budget 1982 stiegen die Einnahmen um 4,7 Milliarden, die Ausgaben um 3,5 Milliarden. Allerdings sind, wie Stadtrat Mayr betonte, in beiden Beträgen 2,9 Milliarden als "Durchlauferposten" enthalten - Kreditaufnahmen und Rückzahlungen, die ausschließlich dazu dienten, Kredite mit hoher Verzinsung durch Kredite mit niedriger Verzinsung zu ersetzen. Die "echten" Mehreinnahmen betragen somit 1,8 Milliarden, die "echten" Mehrausgaben 0,6 Milliarden. Mit einer Abweichung von 3,1 Prozent bei den Einnahmen und 0,96 Prozent bei den Ausgaben erwies sich das Budget 1982 als eine sehr realistische Schätzung.

Zwtl.: Die Rücklagen stiegen auf 3,8 Milliarden

Die Rücklagen der Stadt Wien erhöhten sich um 2.893 Millionen im Jahr 1982 um fast eine Milliarde auf 3.873 Millionen. Der Anstieg ist vor allem auf die Bildung einer Sonderrücklage Kreditrückzahlung mit 700 Millionen und auf eine neue Sonderrücklage Wirtschaftsförderungsmaßnahmen mit 222 Millionen zurückzuführen. Weitere große Rücklagen bestehen beim Kulturschilling mit 57 Millionen, bei der Wohnbauförderung mit 1.128 Millionen, bei der Wohnungsverbesserung mit 339 Millionen, beim Neubau des AKH mit 475 Millionen, beim U-Bahn-Bau mit 329 Millionen, bei der Parkometerabgabe mit 142 Millionen und bei der Gebrauchsabgabe mit 470 Millionen.

Zwtl.: Schuldenstand: 22 Prozent der Einnahmen

Die Hoheitsverwaltung - ohne Wiener Stadtwerke und ohne Fremdmittel für Wohnbau und Wasserwirtschaftsfonds - schließt 1982 mit Schulden von 13,7 Milliarden ab, das sind 22 Prozent der Einnahmen. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

16 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Rechnet man die meist nicht im Budget der Hoheitsverwaltung enthaltenen Schulden der Stadtwerke und für Wohnbau und Wasserwirtschaftsfonds hinzu, erhöhte sich der Schuldenstand der Stadt Wien von 35,7 Milliarden Ende 1981 um 4,0 Milliarden auf 39,7 Milliarden Ende 1982, erklärte Stadtrat Mayr.

Zwtl.: Beschäftigungswirksame Ausgaben: 19,3 Milliarden

Der Anteil der Investitionen geht bei allen Gebietskörperschaften gemessen an ihren Gesamtausgaben zurück. In Wien wurden 9.087 Millionen investiert, das sind 13,9 Prozent der Gesamtausgaben. Die Ausgaben für das Bau- und Baunebengewerbe fielen mit 13.156 Millionen jedoch weit höher aus. Insgesamt wurden im Vorjahr an direkt nachtragewirksamen Ausgaben 19.338 Millionen ausgegeben, das sind 29,5 Prozent der Gesamtausgaben.

Stadtrat Mayr hob besonders die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung hervor. 14.772 Wiener Betriebe - das sind nahezu die Hälfte aller Wiener Betriebe - wurden - die letzten 10 Jahre - durch gezielte Förderungsmaßnahmen in die Lage versetzt, Investitionen zu tätigen. Dafür wurden 3.047 Millionen Schilling für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen aufgewendet, mit dem Ziel, die Substanz der Betriebe zu vergrößern, damit sie gestärkt in den internationalen Wettbewerb eintreten können.

Er, Mayr, trete für die größtmögliche Sparsamkeit der Verwaltung ein, doch dürfe Sparsamkeit nicht bedeuten, daß notwendige Leistungen gestrichen werden.

Stadtrat Mayr stellt den Antrag, den vorliegenden Anträgen zum Rechnungsabschluß die Zustimmung zu geben. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

19 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) nahm einleitend zu der in Diskussion stehenden Abschaffung der Lohnsummensteuer Stellung. Eine Streichung dürfe nicht zu einer weiteren Verringerung der finanziellen Ausstattung der Gemeinden, ihr Weiterbestehen aber auch nicht zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen führen. Es müsse daher überlegt werden, welche Neuregelung im Rahmen des Finanzausgleiches möglich sei. Für die Gemeinden müsse es dafür einen ausreichenden Ersatz geben.

Hirnschall forderte auch einen gerechten Ausgleich bei der Tragung der Spitalskosten. Für Wien bedeute dies eine bessere Abgeltung der Kosten für die Patienten aus den anderen Bundesländern. Konsequenzen müsse es auch aus den aufgetretenen Problemen mit der Zuordnung von Zweitwohnungsbesitzern geben. Es müssen Maßnamen gegen "unwürdige Kopfjagden" ergriffen werden, und es müssen auch klare Regelungen für die Abgabe der Stimme für die politischen Gremien erarbeitet werden.

Die Verringerung des Defizits sei nicht durch eine sparsamere Ausgabenpolitik des Finanzstadtrates zustandegekommen, sagte Hirnschall weiter, sondern auf höhere Ertragsanteile des Bundes, eine Erhöhung der eigenen Abgaben und Gebühren und schließlich auch durch höhere Einnahmen aufgrund des Mietrechtsgesetzes zurückzuführen. Der höhe Schuldenstand bedeute eine hohe Belastung des Budgets, wobei die Schulden nicht zur Überwindung vorübergehender Krisen in Kauf genommen würden, sondern bereits zu einer ständigen Norm geworden seien. Die kommunalen Investitionen gingen seit Jahren zurück, und das Wiener Bruttourbanprodukt hinke hinter dem österreichischen Bruttoinlandsprodukt zurück. Bei den Betriebsansiedlungen habe es seit 14 Jahren 1982 die geringsten Investitionen gegeben. Unbefriedrigend sei auch die Situation beim Garagenbau. Die zur Verfügung stehenden öffentlichen Förderungsmittel werden nicht in Anspruch genommen, obwohl Bedarf nach Garagenplätzen besteht. Daher sollten die Rahmenbedingungen für die Förderung überdacht werden. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

20 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Mit relativ geringem Aufwand sei es gelungen, die Zahl der Lehrplätze aufzustocken, sagte Hirnschall weiter. Er begrüße die Fortsetzung dieser Aktion auch im heurigen Jahr, aber es bestünden Probleme bei der Jugendarbeitslosigkeit der Schulabgänger aus anderen Schulzweigen. GR. Hirnschall stellte daher den ANTRAG, für die Absolventen der berufs- und allgemeinbildenden mittleren und höheren Schulen solle eine der Lehrlingsaktion nachgebildete erweiterte Förderungsaktion der Stadt Wien zur Erleichterung des Eintritts in das Berufsleben geschaffen werden.

Als positiv beurteilte GR. Hirnschall beim Rechnungsabschluß die relativ geringen Aufwendungen für Personal, die Stabilisierung des Spitalsdefizits, die Verlagerung der Aufwendungen für Erhaltung und Instandsetzung städtischer Wohnhausanlagen aus dem allgemeinen Budget und die Verdreifachung der Ausgaben für Wohnungsverbesserungen, während er die Tarifpolitik als "aufreizend" bezeichnete: die Einnahmen aus dem Wasserentgelt überstiegen die Aufwendungen um die Hälfte, beim Abwasser schlügen sich die Kosten von EBS und HKA auf die Verbraucherkosten nieder, und auch beim Müll würde der Verbraucher relativ zu stark belastet. Kritisch ging Hirnschall auch auf die Neuregelung der Pauschbeträge für Spielautomaten und die Fehlbelagsabgabe für unvermietete Wohnungen ein.

Da der Rechnungsabschluß die Tätigkeit des Stadtsenates widerspiegle und sich die FPÖ nicht damit identifizieren könne, lehne sie den vorliegenden Rechnungsabschluß ab, schloß Hirnschall. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

21 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) konstatierte in seinem Beitrag insgesamt eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Wiener Budgetsituation in den letzten Jahren. Hahn wies darauf hin, daß die Gesamtverschuldung der Stadt in den letzten fünf Jahren von 25,2 auf 40 Milliarden Schilling gestiegen ist, während das Gesamtbudgetvolumen nur von 49,6 auf 62 Milliarden zugenommen hat. Der Investitionsanteil ist von 22,1 Prozent auf 13,8 Prozent gesunken, alles Zahlen, die Hahn als schlecht für die Wirtschaft bezeichnete. Dazu kommen noch, so Hahn, die schleichende Verschlechterung des Finanzausgleiches zwischen Bund und Wien, und die überproportionale Anhebung der Wasser- und Müllgebühren. Sollte nun auch noch die 35-Stunden-Woche und die in der Regierungserklärung vorgeschlagene Abschaffung der Lohnsummen- und Gewerbesteuer kommen, so würde dies sowohl dem Wiener Budget als auch der Wiener Wirtschaft abermals schweren Schaden zufügen. Die Mittel für wirtschaftspolitische und wirtschafsfördernde Maßnahmen sind in den letzten Jahren stark zurückgegangen, wobei noch darauf hingewiesen werden muß, daß ein Arbeitsplatz bei General-Motors mit der 100fachen Summe dessen gefördert wurde, was Wiener Klein- und Mittelbetriebe im Schnitt für einen Arbeitsplatz erhalten haben. Hahn forderte eine raschere Bewilligung der Wohnbauförderungsmittel, um diese Gelder gezielt für die Wiener Bauwirtschaft und natürlich auch die Wohnungssuchenden einsetzen zu können. Weiters forderte Hahn den rascheren Ausbau von Park-and-Ride-Plätzen und stellte in diesem Zusammenhang den BESCHLUSSANTRAG, den Bau von Park-and-Ride-Plätzen, vor allem bei S-Bahn und U-Bahn-Stationen, sofort in Angriff zu nehmen und zum Teil aus den Erträgnissen der Parkometerabgabe zu finanzieren. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

22 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Als springender Punkt für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und die Anhebung der Investitonsfreude nannte HAHN die Entlastung der Wirtschaft. Dies wird jedoch weder durch die Ankündigungen von Minister DALLINGER gelingen, noch durch die ständige Gebührenanhebung, wie sie etwa in Wien bei den Wassertarifen und bei Müll tarifen stattfinden. So sind in den letzten fünf Jahren die Müllgebühren um insgesamt 54 Prozent erhöht worden, was auch in den vorgesehenen Ausgaben für die Rinter-AG seine Ursache hatte. Nachdem nun hier 160 Millionen weniger verbraucht worden sind, forderte Hahn und stellte diesbezüglich einen BESCHLUSSANTRAG, die nicht verbrauchten Ausgaben im Rahmen der Müllentsorgung einer Sonderrücklage zuzuführen, um weitere Erhöhungen der Gebühren zu vermeiden.

Schließlich wandte sich Hahn dem Bereich der Gemeindebauten zu und betonte, daß hier innerhalb eines Jahres nicht nur die Hauptmietzinse, sondern vor allem die Verwaltungskosten eine enorme Steigerung erfahren haben. Hahn kritisierte schließlich, daß die Erhaltungsbeiträge, die aufgrund des neuen Mietrechtsgesetzes 1982 eingehoben wurden, nicht zur Gänze ihrem Zweck zugeführt wurden. Er stellte daher den BESCHLUSSANTRAG, die Einnahmen und Ausgaben aus dem Erhaltungsbeitrag in einer eigenen Ein- und Ausgabenpost auszuweisen und den jeweiligen überhang einer eigenen zweckgebundenen Sonderrücklage zuzuführen. Hahn verwies schließlich auf die seiner Meinung nach ungeklärte Finanzierung des Konferenzzentrums und die hohen Folgekosten dieses Baues und des AKH, die auf Wien zukommen. Der Spielraum für Investitionen wird dadurch noch kleiner werden, die Schwierigkeiten werden noch größer werden. Die ÖVP kann dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen, schloß Hahn.
(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

25 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Ziele, die sich die sozialistische Stadtverwaltung bei der Erstellung des Budgets 1982 gesteckt hat, konnten auch erreicht werden, sagte GR. LUSTIG (SPÖ). Wien hat - in einer Zeit weltweiter wirtschaftlicher Schwierigkeiten - sogar etwas besser abgeschnitten als erwartet. Der Abgang ist mit 3,5 Milliarden um 1,1 Milliarden geringer als im Budget 1982 angenommen worden war. Im Rahmen einer Umschuldung wurden 1,2 Milliarden zu günstigeren Konditionen aufgenommen, um alte Schulden (zu ungünstigeren Bedingungen) zurückzuzahlen.

Der ÖVP warf Lustig vor, daß sie in ihrer Politik auf den Effekt, nicht auf die Erfüllung ausgerichtet sei. Hinter den Zahlen des Rechnungsabschlusses steht bewußtes politisches Handeln. Die ÖVP lehnt diesen Rechnungsabschluß ab, weil sie mit einer Zustimmung die geleistete positive Arbeit anerkennen müßte. Immer wieder, Jahr für Jahr, prognostiziert die ÖVP den wirtschaftlichen Schiffbruch, während die SPÖ beweist, daß sie verantwortungsbewußt für die Stadt tätig ist.

Niemand freut sich über Schulden, sagte Lustig, aber keiner der größeren Städte und Gemeinden gelingt es derzeit, ohne Schulden auszukommen. Bei der Tarifgestaltung geht die Stadt Wien mit großer Sorgfalt vor. Es wäre wünschenswert, wenn alle Preisgestaltungen in der Privatwirtschaft so offengelegt würden, wie dies im Rathaus der Fall ist. Die ÖVP versucht mit billigen Tricks der Bevölkerung einzureden, daß alles noch billiger sein müßte, und lehnt Mehreinnahmen ab, stellt aber andererseits ständig Forderungen.

Im vergangenen Jahr wurden die begonnenen Projekte weitergeführt, das soziale Netz wurde ausgebaut, wichtige Maßnahmen zur Stadterneuerung wurden gesetzt, auf dem Gebiet der Wohnbauförderung wesentliche Veränderungen und Verbesserungen durchgeführt, die Grünpolitik wurde fortgesetzt, und die Beschäftigungslage konnte weitestgehend aufrechterhalten werden.
(Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++
26 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) auf dem Wohnbausektor war man auf verschiedenen Ebenen bemüht, Kostensenkungen herbeizuführen, sagte Lustig. Das Mietrechtsgesetz zeigt bereits erste positive Auswirkungen. Ins Budget 1982 waren bereits erhöhte Ausgaben für die Erhaltung hineingenommen worden, während die erhöhten Einnahmen formell noch nicht prognostiziert werden konnten, da das Gesetz ja noch nicht beschlossen worden war.

Die Stadterneuerung ist für die SPö kein Lippenbekenntnis, sondern - nicht erst seit heute - Kernstück der politischen Tätigkeit. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, daß auf diesem Gebiet bereits sehr viel geleistet wurde von der Wohnungsverbesserung über den Wohnbau im dichtverbauten Gebiet bis zur Schaffung von Fußgängerzonen und Grünflächen sowie zur Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel. Die Wohnungsverbesserung wird von der Bevölkerung immer mehr in Anspruch genommen. Waren es 1978 8.900 Wohnungen, betrug die Zahl 1982 bereits 14.900.

Lustig kritisierte, daß das Sonderwohnbauprogramm von der öVP um zwei Monate verzögert wurde. Die Arbeitsmarktsituation in der Baubranche wurde in dieser Zeit dadurch verschlechtert.

Wir werden, betonte Lustig, weiter daran arbeiten, die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen. Wien zählt zu den sichersten Städten der Welt, dennoch sind wir ständig bemüht, weiter an der Vervollkommnung der Sicherheitsvorkehrungen zu arbeiten. So wird der Personalstand der Sicherheitsbehörden in den nächsten Jahren weiter aufgestockt.

Wien hat unter Bürgermeister Leopold GRATZ viel gewonnen. Wien ist nicht krank und reparaturbedürftig, sondern eine Stadt auf dem Weg ins Jahr 2.000, schloß Lustig. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

27 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die öVP wird dem vorliegenden Rechnungsabschluß 1982 nicht ihre Zustimmung geben, stellte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (öVP) fest. Als Gründe für die Ablehnung nannte Wöber das Fehlen eines Budgetkonzeptes, die Tarif- und Steuerpolitik, den rückläufigen Spielraum für Investitionen sowie die zu geringe Berücksichtigung der Stadterneuerung. Stadtrat Mayr habe sich in seiner zehnjähringen Tätigkeit vom "Heinrich mit den leeren Taschen" zu "Ivan, dem schrecklichen Gebührenerhöher" entwickelt. Die öVP fordert einen Belastungsstop. Die Wiener haben um rund drei Milliarden mehr aufgebracht als im Voranschlag avisiert wurden. Der Dank für das geringere Budgetdefizit gebührt nicht den anderen Stadträten, sondern den Steuerzahlern. Immer weniger Klein- und Mittelverdiener können sich derartige Belastungen leisten.

GR. Wöber stellte fest, daß die Wiener Wirtschaft 1982 nur noch halb so gewachsen ist, wie die Wirtschaft in österreich, die Arbeitslosigkeit in Wien dafür mehr stieg als im gesamten Bundesland. In Wien kommen sieben Arbeitslose auf eine offene Stelle, in österreich liegt diese Zahl bei 6,1. Die Investitionen sinken von Jahr zu Jahr. Für 1983 beträgt der Investitionsspielraum nur noch 13,7 Prozent. Immer größere Beträge sind durch Folgekosten von Großprojekten verpflastert. Wöber betonte, daß rund ein Drittel der Wiener Arbeitslosen durch die verfehlte Budgetpolitik entstanden sind. Die stärkere Zuwanderung zur Stadterneuerung könnte einige Probleme lösen. Dazu gehören steuerliche Anreize für die Stadterhaltung. GR. Wöber stellte den Antrag, daß Wohnungsverbesserung sowie die Instandhaltung und Verbesserung von Althäusern steuerlich begünstigt werden soll. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

28 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Zu den Ausführungen von ÖVP-GR. Dkfm. Dr. WÖBER erklärte GR. Christine SCHIRMER (SPö), daß die Arbeitslosenandrangszahlen in Wien nur ganz unwesentlich über dem österreichischen Durchschnitt liegen.

Der Rechnungsabschluß zeige die beschäftigungspolitischen Anstrengungen und die Bemühungen im sozialen Bereich, führte GR. Schirmer weiter aus. Er beweise, daß die Sozialisten der sozialen Sicherheit den Vorrang geben. Die weltweiten wirtschaftlichen Schwierigkeiten gingen jedoch auch an österreich nicht spurlos vorbei. Was hier aber als besorgniserregend erachtet wird, wäre für viele andere Länder eine wesentliche Verbesserung. Im Rahmen der Lehrplatzförderungsaktion haben die Stadt Wien, die Kammer, die Arbeitsmarktförderung sowie Unternehmer und Gewerbetreibende zusammengearbeitet. Das sei vielleicht der erste Schritt zur Erkenntnis, daß nicht alles nur von der öffentlichen Hand bewältigt werden kann, sagte Schirmer. Für die Unternehmer wäre die Erkenntnis wichtig, daß die Kaufkraft nur dann erhalten werden kann, wenn die Arbeitsplätze erhalten werden. "Ständig neue Technologien einzusezten und weniger Menschen zu beschäftigen, bringt vielleicht billigere Produkte, aber es wird dann niemand dasein, der sie kaufen kann," formulierte GR. Schirmer. Es sollte daher ein sinnvoller Einsatz neuer Technologien im Vordergrund stehen, der die Menschen unterstützt, aber sie nicht verdrängt.

Die Rednerin hob die arbeitsplatzfördernden Investitonen der öffentlichen Hand, wie Bau von Schulen, Kindergärten und Altenheimen hervor. Gespart worden sei bei den Ausgaben, die für die Arbeitsplätze weniger brachten, wie die Donauinsel und dem Kanalbau. Es gebe nur wenige Tarife und Gebühren, die annähernd kostendeckend sind, betonte Schirmer. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

30 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WORM (ÖVP) befaßte sich in seiner ersten Rede vor dem Gemeinderat mit dem AKH, das er neben der Rinter-AG, der Hauptkläranlage und der EBS als einen der "Zombies" der Wiener Kommunalpolitik bezeichnete. Worm wies zunächst darauf hin, daß der VAMED-Bericht über das AKH ein halbes Jahr lang von der SPÖ zurückgehalten worden sei. Eine derartige Informationsunterdrückung sei einer Demokratie nicht würdig. Der VAMED-Bericht, verweise so Worm, alle sozialistischen AKH-Statements in das Reich der Fabel. Eine Fertigstellung des Baues bis 1990 würde jährliche Bauraten von 4 Milliarden Schilling erfordern, was schon technisch-organisatorisch nicht möglich wäre. Mit den derzeitigen Investitionsumsätzen werden nur die jährlichen Teuerungsraten gedeckt, was bedeute, daß das AKH weder in 10 noch in 20 Jahren fertig wird, sondern den Status einer Endlosbaustelle habe. Worm bezeichnete die Situation von der Planung bis zur Baudurchführung als katastrophal und schloß mit der Aufforderung, nach 28 Planungs- und 21 Baujahren mit der Stunde 0 zu beginnen, um eine Katastrophe im Bezug auf Fertigstellung, Baukosten, Betrieb und Betriebskosten zu vermeiden. Nur ein grundlegender neuer Anfang könne das AKH noch retten. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

32 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ) erklärte in seiner ersten Rede vor dem Gemeinderat, daß es gelungen sei, die Vorhaben im abgelaufenen Fiskaljahr zu verwirklichen. Sparen wurde großgeschrieben, und die Maßnahmen für die Vollbeschäftigung wurden verwirklicht. Das sei national und international betrachtet eine beachtliche Leistung. Zur Wirtschaftsförderung stellte GR. Schmidtmeier fest, daß ein großer Teil an Klein- und Mittelbetriebe ausgeschüttet wurde. Wenn bei Investitionen von insgesamt 9 Milliarden eine Mehrverschuldung von 4 Milliarden zu verzeichnen sei, dann sei das wirtschaftlich vernünftig und vertretbar. Es gibt derzeit zuwenig Privatinvestitonen, daher müsse die öffentliche Hand investieren, damit die Konsumkraft erhalten bleibt.

Es sei unwahr, daß die SPÖ nur Großbetriebe bevorzuge. Die Wirtschaft brauche die echte Zusammenarbeit, brauche Groß- und Kleinbetriebe. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

33 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Der Großteil der Holding-Betriebe leistet ordentliche Arbeit und erfüllt kommunale Aufgaben, sagte GR. NEUMANN (ÖVP). Es ist aber nicht einzusehen, warum etwa der Vertrieb medizinisch-technischer Geräte, der Betrieb von Pizzastuben oder der Bau von Hotels von Unternehmungen der Stadt Wien durchgeführt werden. So sei beispielsweise das Projekt zum Umbau des Palais Hohenkubin in ein Luxushotel für die Firma Wibeba mit einem hohen Risiko verbunden. Mit dem Bau hätte schon längst begonnen werden sollen, schon vor dem ersten Spatenstich erwuchs der Wibeba ein Zinsverlust von 1 Million Schilling. Die Auslastung des Hotels wird schwer bis unmöglich sein, das Verlustgeschäft ist praktisch vorprogrammiert.

Neumann kritisierte, daß die Teerag-Asdag bei Aufträgen der Stadt Wien eindeutig bevorzugt werde und praktisch eine Monopolstellung - mit entsprechend höheren Preisen - habe.

Er setze, betonte Neumann, eine gewisse Hoffnung in die Übernahme der Holding-Verantwortung durch Stadtrat Mayr, da dieser sich vor einiger Zeit für eine verstärkte Privatisierung ausgesprochen habe. Die Frage der Privatisierung sollte unbelastet von idelogischer Fracht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten diskutiert werden. Neumann sprach sich für die Privatisierung von Betrieben aus, die keine primäre öffentliche Aufgabe erfüllen. Es gehe dabei keineswegs um eine Privatisierung der Gewinne und eine Sozialisierung der Verluste, sondern um eine vernünftige Aufgabenteilung zwischen Stadt und Wirtschaft. Die Volkspartei ist zu einer sachlichen Diskussion bereit. Das Problem sei angesichts des Finanz- und Investitionsplanes aber sehr dringlich. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

34 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Holding hat wieder ein erfolgreiches Geschäftsjahr hinter sich, sie sei zu einem wichtigen Faktor der Wiener Wirtschaft und der Wiener Kommunalpolitik geworden, stellte GR. EDER (SPÖ) fest. Es sei wenig sinnvoll, einzelne Betriebsbereiche negativ herauszustreichen und damit dem Betrieb und den Beschäftigten in der öffentlichkeit zu schaden, wandte sich Eder an die ÖVP. Eines der erfolgreichsten Unternehmen sei die Stadthallen-Kiba, die in den letzten Tagen ihr 25-Jahr-Jubiläum feiern konnte. Seit ihrem Bestehen wurde die Stadthalle von 34 Millionen Gästen besucht. Sie ist zu einem wichtigen Kulturzentrum Wiens geworden. Die Wiener Holding beherbergt aber auch bedeutende Sportstätten, Restaurants und hat wesentlich Anteil am Bausektor der Stadt. Durch die Fusion der Fertigteilbau mit der WBB-Wien konnten Kündigungen vermieden und die innerbetriebliche Rationalisierung gewährleistet werden. Als eine weitere positive "Tochter" der Wiener Holding nannte GR. Eder den Wiener Hafen. Durch seinen weiteren Ausbau soll gesichert werden, daß der Umschlag auf den Europakahn in Wien erfolgt. Das "Blaue Wasser" und der "Friedhof der Namenslosen" werden vom Ausbau nicht beeinträchtigt.

Die wirtschaftliche Situation sei in Wien besser als in vielen anderen vergleichbaren Großstädten. In der längsten und größten Rezession seit 1945 gibt es weltweit wirtschaftliche Probleme. Die ÖVP soll nicht so tun, als ob alles, was die SPÖ macht, falsch wäre und sie selbst den Schlüssel zum Wirtschaftswunder in der Hand hält. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

35 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR befaßte sich in seinem Schlußwort mit den von seinen Vorrednern aufgeworfenen Fragen. Zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung sagte Mayr, daß mit der kommenden Rationalisierungswelle die Arbeitszeitverkürzung kommen müsse. Die Frage sei nur, wann und wie. Zum Wiener Arbeitsmarkt erklärte Mayr, daß dieser durch Probleme des Wiener Umlandes belastet sei. Gerade in schwierigen Zeiten gebe es einen Zug in die Großstadt, wie die 60.000 Einpendler nach Wien deutlich zeigten.

Zur Investitionsentwicklung meinte Mayr, daß diese in Wien noch immer besser sei als in anderen Städten. Überdies gebe es auch Investitionen außerhalb des Budgets, wie im Bereich der Fernwärme, die der Stadt zugute kommen. Zum Vorwurf von Gemeinderat HIRNSCHALL, daß die Mittel für die Wirtschaftsförderung nicht ausreichend genützt werden, sagte Mayr, daß alle Möglichkeiten trotz großer Schwierigkeiten, die oft im Detail liegen, stets wahrgenommen werden. Mayr wandte sich auch gegen den Vorschlag Hirnschalls, das Ertragsaufkommen von Bürgern mit zwei Wohnsitzen aufzuteilen. Dies würde eine ungerechtfertigte Besserstellung dieser Schicht bedeuten.

Zum Bereich der Jugendarbeitslosigkeit betonte Mayr, daß man diese in Zusammenhang mit anderen Fragen der Arbeitslosigkeit sehen müsse. Ungerechtigkeiten könnten nur durch eine Vollbeschäftigungs-politik verhindert werden.

Den von den Gemeinderäten Hahn und Hirnschall angesprochenen Finanzausgleich bezeichnete Mayr als schwierige Materie. Er verwies auf die Resolution im Städtebund, in der für die Möglichkeit der Streichung der Lohnsummen- und Gewerbesteuer die Garantie der absoluten Aufkommensneutralität für jede Gemeinde gefordert wurde.
(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

36 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Zu den Müll- und Wassergebühren erklärte Mayr, daß sich die Stadt Wien an die Empfehlung des Rechnungshofes zu kostendeckender Gebarung halte. Überdies liege es im Sinne des Umweltschutzes, diese Gebühren nicht zu niedrig anzusetzten.

Was die Verlagerung von Betrieben der verstaatlichten Industrie von Wien weg betreffe, habe er sich immer energisch dagegen ausgesprochen. Es liege in der Konstruktion der ÖIAG, daß die VOEST ein übergewicht habe un daher bei Entscheidungen eher Linz bevorzugt werde.

Zur Finanzierung der Konferenzzentrums bemerkte Mayr, daß die veränderten Bankenkonditionen eine neue Form der Finanzierung wünschenswert erscheinen lassen. Zur besseren Nutzung sämtlicher Wiener Konferenzmöglichkeiten schlug Mayr eine gemeinsame Organisation und Vermarktung aller Hallen vor.

Zum vom Gemeinderat WORM aufgeworfenen Problemkreis des AKH, erklärte Mayr, daß hier politische Angriffe nicht gerechtfertigt seien. Der VAMED-Bericht sei rechtzeitig an alle Fraktionen ergangen. Ende 1983 wurde ein endgültiger Termin- und Kostenplan der VAMED vorliegen, für den diese dann auch hafte. Diese Tatsache erkläre auch die sehr deutlichen Beanstandungen im Bericht. Schließlich setzte sich Mayr mit der Holding-Rede von Gemeinderat Neumann auseineander und sagte, begreife dieser offenbar nicht, daß die Holding auch kommunale Probleme, wie etwa die Sanierung des Palais Hohenkubin, zu lösen habe. Daß es bei der Innovationsförderung hin und wieder Schwierigkeiten geben werde, liege in der Materie der Sache. Was schließlich die Probleme der Rinter-AG betreffe, seien diese ausschließlich von der Privatfirma verursacht, der die Rinter AG gehöre. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

37 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (öVP) warf StR. MAYR vor, an entscheidenden Fragen der Wirtschaftssituation, aber auch an prinzipiellen Steuer- und Budgetfragen vorbeigeredet zu haben. Zum Problem der Arbeitszeitverkürzung meinte Busek, es sei klar, daß etwas gemacht werden muß. Es sei aber phantasielos, wie Minister Dallinger eine lineare Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden vorzuschlagen. Wie hoffnungsfroh und mutig muß ein Unternehmer sein, fragte Busek, wenn die Regierung ständig einen Unsicherheitsfaktor nach dem anderen in die Diskussion wirft und nicht sagen kann, unter welchen Steuer- und Arbeitszeitbedingungen der Betrieb in Zukunft wird arbeiten müssen. Eine einseitige Arbeitszeitverkürzung nur in österreich sei wirtschaftlich sicher nicht durchstehbar. Die eigentliche Problematik liege in der Frage der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Busek kritisierte, daß offensichtlich niemand in der Lage sei, in der Frage der Arbeitszeit einen Klärungsprozeß in der Regierung herbeizuführen.

Bei der Arbeitslosigkeit hat sich die Wiener Situation im Vergleich zur gesamtösterreichischen in den letzten Jahren verschlechtert. Es muß alles getan werden, um Unternehmer und Betriebe nicht ins Umland zu treiben. Busek warf der Regierung vor, zusätzliche Steuern zu schaffen und zugleich von der Wirtschaft zu verlangen, unter diesen Belastungen zu florieren. Wo der Ermutigungsfaktor für die Wirtschaft bleibe, sei ihm schleierhaft.

Die Frage der erträglichen Grenzen bei Tarifen und Gebühren wird in Zukunft eine große Rolle spielen. Tarife und Gebühren sind auf die Dauer kein Instrument zur Budgetfinanzierung. Ideologisch sei die SPö für direkte Steuern, in der Praxis geht sie aber den Weg linearer indirekter Steuern. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

38 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Statt den Unternehmen, die Möglichkeit zu lassen, zu investieren, werden sie, so Busek, über Tarife, Gebühren und Steuern extrem belastet und bekommen dann - auf dem Umweg über komplizierte Bestimmungen und Apparate - Förderungsmittel für bestimmte Investitionen. Bezahlen müssen heute vor allem die Klein- und Mittelbetriebe, nicht die großen Unternehmen. Der Steuerwiderstand wird so groß, daß die Tendenz zum Ausweichen sehr stark ist. Dort ist auch die Problematik des Pfuschens zu sehen.

Das billige arabische Geld für den Bau des Konferenzzentrums erwies sich als Fata Morgana, zur Kassa wird der Steuerzahler gebeten.

Das eigentliche Problem des künftigen AKH bleiben die Betriebskosten, meinte Busek.

Die Holding wurde von der öVP von Anfang an bejaht, wir fühlen uns mit ihr verbunden, sagte Busek, insoweit sie gemäß dem seinerzeitigen Gemeinderatsbeschluß kommunale Aufgaben erfüllt.

Die Firma Rinter ist ein schlechtes Beispiel, um die private Wirtschaft zu verteufeln. Der Fall Rinter wäre nicht möglich gewesen, hätte diese Firma nicht ein Monopol auf den Müll bekommen.

Daß Klein- und Mittelbetriebe überhaupt noch existieren, ist kein Verdienst der SPö-Wirtschaftspolitik, sondern ihrer Tapferkeit. Viele Wirtschaftsprobleme werden von der öffentlichen Hand verursacht. Hier eine "kopernikanische Wende" herbeizuführen, wäre ein historischer Verdienst. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

39 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR (SPÖ) erklärte, über Wirtschaftsfragen sei eine sachliche Diskussion nötig. Die Vorwürfe von Vizebürgermeister Busek bezüglich Rinter, AKH und Konferenzzentrum bezeichnete Mayr als eine unzulässige Versimplifizierung. "Ich glaube nicht an die Unfehlbarkeit der Privaten und an die Fehlbarkeit von Managern der öffentlichen Hand." Es sei außerdem ein Irrtum, wenn Vizebürgermeister Busek behaupte, unserer Arbeitsgesellschaft gehe die Arbeit aus. "Wir haben genug Arbeit, was uns ausgeht, sind die Mittel, wenn wir nicht den Mut haben, eine Finanzierung zu suchen. Darüber ist eine Diskussion auf breiter Basis, ohne parteipolitische Bindungen, nötig."

In einer weiteren Wortmeldung stellte Vizebürgermeister BUSEK klar, mit den Hinweis, daß die Arbeit ausgehe, habe er gewisse Produktionsformen in der Industriegesellschaft gemeint. Er sei aber einer Meinung mit Stadtrat Mayr, daß Bereich der Dienstleistungen, im städtischen Leben und in Sachen des Umweltschutzes genügend Arbeit vorhanden sei. Er freue sich darüber, sagte Busek, daß im Grundsätzlichen zwischen ihm und Stadtrat Mayr eine Übereinstimmung vorhanden sei. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++
40 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die große Zeit der Stadterweiterung ist vorbei, das Schwergewicht der Kommunalpolitik wird in nächster Zeit auf der Renovierung und Vitalisierung alter Stadtviertel sowie auf der Erhaltung, Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Bausubstanz liegen. Mit diesen Worten bekannte sich Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) neuerlich zur forcierten Stadterneuerung. Als weitere wesentliche Aufgaben seines Ressorts nannte Hofmann die verstärkte Kontrolle im Wohnbau und organisatorische Verbesserungen innerhalb der Wohnhäuserverwaltung. Die wichtigste Planungsaufgabe wird die endgültige Fassung des Stadtentwicklungsplanes sein.

Zwtl.: Substandard durch moderne Wohnungen ersetzt

Die neuerliche Akzentuierung der Stadterneuerung bedeute jedoch nicht, daß auf diesem Gebiet nichts geschehen sei, erklärte Hofmann. Zwischen 1971 und 1981 hat sich der Anteil der gutausgestatteten Wohnungen in Wien von 48 Prozent auf über 70 Prozent, in absoluten Zahlen von 56.000 auf 247.000, erhöht. Der Anteil der Substandardwohnungen ist im gleichen Zeitraum von einem Drittel auf etwa ein Fünftel zurückgegangen. Bereits 1970 habe er, Hofmann, erklärt, daß eine Trendumkehr von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung notwendig ist. Die Zusammenfassung der planenden und ausführenden Dienststellen ist eine wichtige organisatorische Voraussetzung für eine wirkungsvolle Stadterneuerung. Nach wie vor sei sie aber nicht Aufgabe eines einzigen Ressorts, sondern umfaßt die gesamte Stadtverwaltung und viele andere Sektoren des öffentlichen und privaten Bereiches.

Zwtl.: Privatinitiative soll gefördert werden

Viele Gebiete, wo eine Erneuerung besonders notwenig ist, befinden sich im Privatbesitz. Es wird notwendig sein, die manchmal noch schlummernde Privatinitiative zu wecken, sagte Hofmann. Dazu wird noch viel Aufklärungsarbeit erforderlich sein. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Stärkere Kontrolle im Wohnbau
=++++

41 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Hofmann will sich ferner für eine stärkere Kontrolle im gemeinnützigen Wohnungsbau einsetzen. In Zukunft wird der Magistrat selbst Prüfungen von laufenden Bauvorhaben durchführen, erklärte Hofmann. Die Wohnbauträger werden dabei verpflichtet, eine Aufschlüsselung der bereits erhaltenen Mittel vorzunehmen und bekanntzugeben, wieviel davon bereits tatsächlich verbaut wurde. Diese Kontrollen durch die Stadtverwaltung sollen die an sich zufriedenstellende Tätigkeit des Prüfverbandes nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Zwtl.: Bürgernahe Wohnhäuserverwaltung

Die städtische Wohnhäuserverwaltung soll organisatorisch verbessert werden. Stadtrat Hofmann strebt eine Intensivierung und Demokratisierung des Kontaktes zwischen Mieter und Verwaltung an. Einen Schritt zur Erhöhung der Transparenz, der in diesen Tagen wirksam wird, brachte das neue Mietrechtsgesetz: Jeder Mieter erhält heuer bis spätestens 30. Juni erstmals eine detaillierte Abrechnung des Hauptmietzinses samt Erhaltungsbeitrag und Betriebskosten für das Jahr 1982.

Zwtl.: Stadtentwicklungsplan - Beschlußfassung 1984

Das Ressort Stadtentwicklung und Stadterneuerung beinhaltet umfangreiche Aufgaben der Stadtplanung. Daß das Wort Planung nicht im Ressorttitel enthalten ist, heiße natürlich nicht, daß es in Wien keine Planung mehr gebe. Eine wesentliche Aufgabe der Stadtplanung sei es derzeit, die vielfältigen Stellungnahmen, die zum Entwurf des Stadtentwicklungsplanes abgegeben wurden, in eine endgültige Fassung einzuarbeiten, die dem Gemeinderat im kommenden Jahr zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

42 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Detailproblem der Stadtplanung betrifft die Frage der Otto-Wagner-Brücke im Zusammenhang mit dem geplanten Bau der U 6. Dazu wird am 6. Juli ein Hearing stattfinden. Außerdem wird ein Wohnbauwettbewerb anläßlich des 60-Jahr-Jubiläums des kommunalen Wohnbaues vorbereitet. Ziel des Wettbewerbes soll es sein, für die vielfältigen Aufgaben des modernen Wohnbaues in einer Großstadt verschiedene Lösungen anzubieten und zu verwirklichen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++
44 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte zunächst grundsätzliche Überlegungen zur Stadtentwicklung an. Sei im bisherigen Ressort "Stadtplanung" der Schwerpunkt auf der Stadtentwicklungsplanung gelegen, so scheine ihm jetzt der Wohnhausbau dominierend zu sein, sagte Pawkowicz. Daß sich der Begriff der Stadterneuerung durchgesetzt habe, sei zu begrüßen. Der Stadtentwicklungsplan müsse als Fundament für die weitere Stadtpolitik gesehen werden, wobei auch Fakten wie das schwache Wirtschaftswachstum, der Bevölkerungsrückgang und der Wunsch nach einer gesunden Umwelt berücksichtigt werden müßten. Für die Zukunft scheine die Inangriffnahme der Bezirksentwicklungspläne unter Berücksichtigung der direkten Demokratie als besonders wünschenswert. Pawkowicz beklagte, daß die Ausgaben für die Stadtstrukturplanung hinter den Voranschlägen zurückgeblieben seien: Zukunftsorientierte Planung dürfte kein Stiefkind der Stadtplanung sein. Ebenso sei es notwendig, zur Erneuerung der städtischen Bausubstanz sämtliche Einnahmen aus der Vermietung der Revitalisierung zuzuführen. Da aber auch die privaten Wohnhäuser einer dringenden Erneuerung bedürften, schlug Pawkowicz vor und stellte einen entsprechenden BESCHLUSSANTRAG, durch eine zeitlich begrenzte Zuschußaktion der Stadt Wien Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten im Sinne des Mietrechtsgesetzes mit 20 Prozent der anfallenden Kosten zu unterstützen. Für diese Aktion sollen jährlich 200 Millionen Schilling vorgesehen werden. In einem zweiten BESCHLUSSANTRAG forderte Pawkowicz die Erarbeitung von Richtlinien zur objektiven Vergabe von Gemeindewohnungen mit Hilfe eines Punktesystems.
(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

45 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Das Wohnbauförderungsgesetz 1968 hat sich in seinen Grundzügen bestens bewährt, sagte GR. Dr. Ferdinand MAIER (öVP). Seit 1970 wurde aber der Eigentumsgedanke Schritt für Schritt gestört. Der Anteil der Eigentumswohnungen ist in den letzten Jahren rapid gesunken, obwohl sie die beliebteste Wohnform der Wienerinnen und Wiener darstellen. Hier wird nicht nach den Wünschen der Bevölkerung vorgegangen, sondern entsprechend einer eigentumsfeindlichen, sozialistischen Grundhaltung.

Es sei notwendig, die Praxis des sozialen Wohnungsbaues zu überdenken und zuzugeben, daß in vielen Bereichen zu teuer und zu aufwendig gebaut wurde.

Künftig muß es möglich sein, die demokratische Mitbestimmung im sozialen Wohnbau stärker in den Vordergrund zu stellen.

Maier sprach sich für kleinere und überschaubarere Bauvorhaben im kommunalen Wohnbau aus. Je größer und vor allem höher Wohnhäuser gebaut werden, desto höher steigen auch die Bau- und Betriebskosten. Die Preise der Grundstücke nehmen direkt proportional mit der Bauhöhe zu. Fälle wie Alt-Erlaa oder Marco-Polo-Gründe, wo eindeutig überhöhte Grundpreise bezahlt wurden, dürfen nicht mehr vorkommen. Das Ziel müssen Wohnungen sein, die sich jeder leisten kann.

Das sozialistische Konzept der Startwohnungen hat sich als Fehlschlag erwiesen. Maier bedauerte, daß der öVP-Vorschlag einer Wohnstarthilfe abgelehnt wurde.

Für die Althausinstandsetzung stehen öffentliche Förderungen zur Verfügung, die aber nicht zur Gänze angenommen werden. Zum Teil liegt das an einem Mangel an Information und an den komplizierten Verfahren. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

46 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) wies die Kritik der Volkspartei zur Stadtplanung zurück. "Wien verzichtet nicht auf eine Stadtplanung", sagte Oblasser, "die neue Ressortverteilung hat der Stadtplanung sogar eine Aufwertung gebracht". Der Stadtentwicklungsplan, dessen Entwurf dem Gemeinderat vorgelegt wurde, ist ein Planungs- und Orientierungsrahmen für alle. Er soll Fehlentwicklungen verhindern und positive Ansätze fördern. Das Interesse der Bevölkerung am Stadtentwicklungsplan ist groß, betonte Oblasser. 20.000 Besucher haben die Ausstellung im Messepalast gesehen, 12.000 Broschüren wurden bestellt, 1.300 Stellungnahmen eingebracht. Der Stadtentwicklungsplan dient als Grundlage für die Erstellung klarer Zielsetzungen und Prioritäten, er ist Ausdruck eines demokratischen Willensprozesses und des gesamtpolitischen Wollens. Und er ist eine Integration aller einzelnen Ressortplanungen. Der Redner bedauerte die Ablehnung der ÖVP zum Stadtentwicklungsplan. "Für uns Sozialisten ist die Entwicklung unserer Stadt wichtig, wir glauben an die Zukunft dieser Stadt." (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

47 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Diskrepanz zwischen dem Stadtentwicklungsplan und der Wirklichkeit bekrittelte GR. HAWLIK (ÖVP). Als Beispiel nannte Hawlik den 11. Bezirk. Im Stadtentwicklungsplan heißt es, Pflanzen und Tiere gehören geschützt. Für den Ausbau des Alberner Hafens gibt es bereits eine Rodungsbewilligung, im Erholungsgebiet des sogenannten "Sauhaufen" werden Kohlenhalden entstehen.

Im Stadtentwicklungsplan heißt es, landwirtschaftliche Nutzungen sollen erhalten bleiben. In der Praxis sieht es so aus, daß das Straßenprojekt der B 225 in Planung ist, daß das Projekt Leberberg entstehen soll, und von der A 21 weiß man nicht, ob sie umweltfreundlich gebaut wird. Eine weitere Diskrepanz ist die Vorrangigkeit der Stadterneuerung im Stadtentwicklungsplan und die geplante Satellitenstadt auf dem Leberberg in Kaiserebersdorf. Für 10.000 Leute soll hier ein Stadtteil entstehen, der nur an ein einziges Verkehrsmittel, an die Linie 71, angebunden ist.

Im Stadtentwicklungsplan heißt es, die Umweltqualität ist durch Reinhaltung der Luft zu verbessern. In Simmering ist die Luft um sehr viel schlechter als in anderen Bezirken. Durch das E-Werk und die EBS drohen starke Umweltverschmutzungen, die Hauptkläranlage stinkt.

Im Arbeitsprogramm der SPÖ wird mehr Demokratie für die Bevölkerung gefordert. In Simmering hat die Bevölkerung einer Wohnhausanlage erst durch die Bauarbeiter erfahren,daß ein Tröpferlbad durch einen Konsum ersetzt werden soll. Bäume sind hier gefährdet, die Anrainer werden Müllcontainer vor den Fenstern erhalten. Ferner kritisierte GR. Hawlik, daß eine Umweltdiskussion im Simmeringer Brauhaus durch sozialistische Funktionäre gestört wurde. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

48 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Zwischen den Anliegen der Wirtschaft und dem Umweltschutz müssen Kompromisse geschlossen werden, erklärte GR. Dr. SWOBODA (SPö). Die öVP könne nicht gleichzeitig für den Umweltschutz eintreten und dabei Forderungen für die Wirtschaft erheben. Zum Thema Bürgerinitiative erinnerte Swoboda an das Pfann'sche Bad in Meidling. Da diese Bürgerintiative nicht die Linie der öVP vertrete, spreche die öVP von einem "faulen Kompromiß". Swoboda befaßte sich weiter mit dem Themenkreis Stadterneuerung und Wohnbau. Hier seien Maßnahmen kommunaler und privater, finanzieller und organisatorischer Art notwendig. Neben der Erneuerung und dem Neubau im dichtverbauten Gebiet werde auch weiterhin die sinnvolle Stadterweiterung notwendig sein, sagte Swoboda. Er wies auf die verschiedene Maßnahmen wie die Wohnungsverbesserung und die Altstadtmilliarde hin, die bereits im Sinne der Stadterneuerung getätigt wurden, und sprach sich auch für eine Mietenerhöhung nach dem neuen Mietengesetz als Grundlage für Investitonen im Hausbestand aus. Als zusätzliche Maßnahmen der Stadterneuerung schlug Swoboda die Angleichung der Förderungen im Alt- und Neubaubereich, die Zusammenlegung der Wohnungsverbesserung und der Altstadtmilliarde, die Zusammenführung der Wohn- und Mietzinsbeihilfe, organisatorische Verbesserungen und die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung vor. Zu den Wohnungskosten sagte Swoboda, daß etwa die Heizkosten unvorhersehbar gestiegen sind, daß jedoch in Zukunft mehr als bisher auf die Folgekosten geachtet werden müsse. Abschließend plädierte er für neue Organisationsformen im Bereich der Bodenpolitik, wie etwa den gemeinsamen Ankauf und die gemeinsame Verbauung durch verschiedene Wohnbauträger. Dadurch könnten die Preise gesenkt werden. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

49 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Stadtteilplanungen, die Architekturwettbewerbe und die Arbeit am Stadtentwicklungsplan bezeichnete GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) als die positiven Leistungen der Amtszeit von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER. Als negativ wertete Mayr eine Entscheidungsschwäche Wurzers sowie dessen persönliche Verständigungsschwierigkeiten mit seinen Beamten.

Ausständig seien, so Mayr, die Stadtteilplanungen für Teile des 3. Bezirks, für Dornbach, für Teile des 2. Bezirks und für das Floridsdorfer Zentrum sowie die Architektenwettbewerbe für ein kleineres Vorhaben im 21. Bezirk und für das Gelände des alten AKH. Bei kleineren Bauvorhaben sollte man den Architekten mit den Arbeiten vom Vorentwurf bis zur Bauaufsicht beauftragen, die MA 24 sollte nur kontrollieren.

Der Stadtentwicklungsplan enthält eine Wunschliste praktisch aller Abteilungen des Magistrats, deren Verwirklichung an die 200 Milliarden Schilling erfordern würde. Die Aufgabe des Gemeinderates muß es sein, eine Prioriätenliste bis zum Jahr 2000 zu erstellen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (40)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

50 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. WORM (ÖVP) kritisierte den kommunalen Wohnbau. Es entstehe eine neue Armut,verbunden mit schweren Mängeln im kommunalen Wohnbau. Mit einem Beispiel schilderte Worm das triste Schicksal einer 44jährigen Frührentnerin, der eine, wie Worm sagte, "menschenunwürdige Wohnung" zugewiesen wurde. "Ich klage den Sozialstaat und seine unmenschliche Bürokratie an", so Worm. Das Beispiel dieser Frau sei kein Einzelfall, es gebe ähnliche Schicksale in vielen kommunalen Großbauprojekten. Gleichzeitig warf Worm dem früheren Wohnbaustadtrat Hatzl vor, sein eigenes Büro mit Millionenaufwand umzubauen.

In der Siedlung "Am Schöpfwerk" sei eine Reihe von Baumängeln festzustellen. Diese Mängel seien auch durch ein bisher "geheimgehaltenes" Gutachten der MA 39 bestätigt. (Forts.) fk/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

51 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Dort, wo Bauschäden auftraten, wurden sie nach Möglichkeit unverzüglich repariert, erklärte StR. HATZL (SPö) zum Debattenbeitrag von GR. Worm. Er wolle sich nicht darauf ausreden, daß die zitierten Bauten vor seiner Amtsperiode geplant wurden, sagte Hatzl. Wenn die zuständigen Magistratsabteilungen Änderungen von den Planern verlangten, so hat jedoch die öVP jedesmal kritisiert, daß die Architekten zuwenig Spielraum haben. Auch in alten Gemeindebauten treten Schimmelpilze dann auf, wenn sie besser wärmegedämmt werden. Sein Vorredner habe einen Einzelfall als symptomatisch hingestellt. Hatzl könne eine Liste von Mängeln bei öVP-Bauten nennen.

Zum Büroumbau stellte der Stadtrat nochmals fest, daß es darum gehe, ressortfremde Abteilungen aus dem Stadtratbüro abzusiedeln, Die öVP kritisiert den Umbau zu einem Zeitpunkt, da sie selber den Wunsch hat, ihre Klubräume mit öffentlichen Mitteln zu vergrößern.

Der öVP-Gemeinderat Worm habe eine Rede von Unterstellungen und Diffamierungen gehalten. Es wurde ein Einzelfall herausgegriffen und dem Angegriffenen keine Gelegenheit zur Richtigstellung gegeben, weil es auch dem bestinformierten Stadtrat nicht möglich ist, alle Wohnungsfälle auswendig zu kennen. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (42)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

52 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN erklärte zur vorhergegangenen Debatte um den Fall einer 44jährigen Frührentnerin in der Siedlung Am Schöpfwerk, daß die Opposition das Recht habe, Mißstände aufzuzeigen, auch wenn diese nicht die Regel bedeuten. Im übrigen, so Hahn, frage er sich, wie oft die als Wohnungsmängelsuchgerät angepriesene Infrarotkamera eingesetzt wurde. Ferner frage er sich, wie die Ergebnisse der Untersuchungen ausgesehen haben und was dann geschehen sei. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

53 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTETTER erklärte, nach den Ausführungen von GR. Ing. Worm scheine es, als ob die Schimmelbildungen in Gemeindewohnungen die Regel seien. Im übrigen passe die Diktion von Worm ins "profil", aber nicht in den Gemeinderat. Es wäre jedenfalls besser gewesen, mit einem Fall sozialer Not zum zuständigen Stadtrat zu gehen, um Hilfe zu suchen, anstatt im Gemeinderat lautstarke Anklage zu führen.

Zur Frage der Wohnbeihilfe sagte Hofstetter, daß diese - 1982 gab es 30.500 Bezieher - ein bewußter Akt der Subjektförderung sei. Zum Vorwurf der GRe. Hahn und Dr. Mayr, die Wohnbauförderungsrücklage sei zu hoch, erwiderte Hofstetter, daß sie mit 1,1 Milliarden Schilling etwa ein Drittel der Jahrestangente des Wohnhausbaues betrage und damit den Grundsätzen einer ordentlichen Geschäftsführung entspreche. Die aufgeworfene Forderung nach der Streichung der Mehrwertsteuer für Eigentumswohnungen müsse er ablehnen, da ja bei Mietwohnungen ebenfalls Mehrwertsteuer gezahlt werden müsse. Ebenso müsse er einer Reihe von Forderungen für den kommunalen Wohnbau, wie dem Bau halbfertiger Wohnungen und der Mitbestimmung, widersprechen, da diese aus verschiedenen Gründen nicht möglich seien. Abschließend hob Hofstetter die Arbeit der Grundstücksverwaltung hervor, die durch den Ankauf, aber auch durch den Verkauf von Grundstücken die Voraussetzungen für den Wohnbau und für andere kommunale Vorhaben schaffe. (Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

55 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN erklärte, daß in den letzten Jahrzehnten nur von 1969 bis 1973 und von 1976 bis 1983 ein Stadtrat ausschließlich für die Planung zuständig war. Sonst gab es immer - wie auch jetzt - Koppelungen der Planung mit ausführenden Dienststellen.

Im Planungsbereich wird die Fertigstellung des Stadtentwicklungsplanes eine zentrale Aufgabe der nächsten Zeit sein. Dabei stellt sich auch die Frage, wie fixiert solche Planungen sein sollen. Man wird zwischen den beiden Extremen, daß der Stadtentwicklungsplan sozusagen für die Ewigkeit gilt bzw. daß nichts fix sei, eine Lösung finden müssen.

Das neue Mietrecht findet seinen Niederschlag vor allem bei der Erhaltung der städtischen Wohnhäuser sowie jener Privathäuser, deren Zustand einigermaßen mit den Mieteinnahmen übereinstimmt. Der Substandard kann mit dem Erhaltungsbeitrag allein nicht beseitigt werden, da werden auch andere Maßnahmen nötig sein.

Bei der Stadterneuerung ist noch sehr viel zu tun, es ist aber in den vergangenen Jahrzehnten auch bereits sehr viel geschehen. 1951 betrug der Anteil der mindestens mit Bad und WC ausgestatteten bewohnten Wohnungen in Wien 14 Prozent, 1971 48 Prozent und 1981 71 Prozent. Von 1971 bis 1981 sank die Zahl der Wohnungen ohne Wasser und/oder ohne WC von 238.000 auf 133.000. Wenn nur dieses Tempo der Stadterneuerung beibehalten wird, wäre diese schlechteste Kategorie in eineinhalb Jahrzehnten beseitigt, sagte Hofmann.

In Richtung ÖVP meinte Hofmann, ob nicht auch sie die Notwendigkeit einsehe, das Wohnungseigentumsgesetz abzuändern, da sich die Eigentümer praktisch bei jeder Reparatur gegenseitig im Weg stehen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

56 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Das Wohnbauförderungsgesetz, so Hofmann,ist ein wirksames Instrumentarium für Bauvorhaben auf der grünen Wiese, für Städte mit gründerzeitlicher Bebauung wünschen wir uns ein neues Instrumentarium.

Wenn wir uns zur Stadterneuerung bekennen, dann soll dies ohne Ansehen des jeweiligen Bauwerbers geschehen. Wenn die öVP beispielsweise im 7. Bezirk wirklich so dringend einen Park will, so sei er bereit, sagte Hofmann, dort keine Wohnbauförderungsmittel mehr zu genehmigen. Jetzt kann ein Bauvorhaben, für das es bereits eine Baubewilligung gibt, aber nicht mehr verhindert werden.

Die begonnenen Stadtteilplanungen werden fortgesetzt und abgeschlossen. Für die Zukunft ist aber zu überlegen, welche Planungskapazitäten wir haben und wo wir sie einsetzen.

Dem von GR. Ing. Worm vorgebrachten Einzelfall werde er selbstverständlich nachgehen, sagte Hofmann. Wäre es Worm allerdings wirklich um eine rasche Hilfestellung gegangen, so hätte er ihn schon längst informieren können und nicht auf seinen heutigen Auftritt warten müssen. (Forts.) ger/rb

Wiener Gemeinderat (46)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

57 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (öVP) erklärte, die unfaßbaren Baumängel und Bauschäden treffen die Bewohner, und es müsse alles unternommen werden, diese Mängel abzustellen. Der Redner appellierte an den neuen Stadtrat Hofmann, sich künftig von Fehlern und Fehlentscheidungen zu trennen. Dr. Petrik sprach von einer Großstadtkrise und der Notwendigkeit der Neuorientierung und warnte vor neuen Irrlehren, etwa der Idee, Autos in Tunnel zu zwängen. In der Verkehrspolitik müssen neue Prioritäten gesetzt werden, und nach diesen sei zu handeln.

Es gebe auch innerhalb der SPö Funktionäre, mit deren Denkansätzen für den Bereich Stadtentwicklung und Stadterneuerung die öVP einen Konsens finden kann.

GR. Petrik brachte einen RESOLUTIONSANTRAG ein, durch Forschungsvorhaben Vorschläge zur Senkung der Kosten des sozialen Wohnbaues zu erarbeiten. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (47)
Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
=++++

58 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Es sei zwar keine Schande, vom politischen Gegner gelobt zu werden, erklärte GR. Dr. SWOBODA (SPÖ), aber er sehe keine Übereinstimmung mit der ÖVP. Von der großen Opposition sei in der gesamten Debatte kein konkreter Vorschlag und keine Alternative zum Wohnungsbereich gekommen. Die Feststellung,daß die Stadt seit der Gründerzeit zerstört wird, ist eine Beleidigung für alle Menschen, die Wien in mühseliger Arbeit aufgebaut haben. Es wird nicht verhehlt, daß es Baumängel gibt, aber es geschieht etwas dagegen, betonte Dr. Swoboda. Es sei Mode geworden, durch politisch motivierte Attacken das Image der kommunalen Wohnsiedlungen "madig" zu machen. Neben Baumängeln gibt es auch soziale Probleme, die deswegen entstehen, weil die Stadt Wien eben gerade für die sozial Schwächeren baut. Die ÖVP soll aufhören, auf Kosten der Menschen in den kommunalen Wohnhausanlagen Politik zu machen. (Forts.) ba/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (48)
Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

59 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friederike SEIDL erklärte in ihrem Bericht, die Stadt Wien sei der größte Dienstleistungsbetrieb Wiens. Rund 60.000 Menschen stehen im Dienst der Stadtverwaltung, wobei der größte Teil der Dienstposten auf Tätigkeiten entfällt, die direkt der Bevölkerung unserer Stadt zugutekommen. Nur rund zehn Prozent können als "Schreibtischbeamte" bezeichnet werden. Allein 20.000 Bedienstete arbeiten in den Spitälern, 14.000 bei den Wiener Stadtwerken. Seidl wandte sich gegen das Klischee des "typischen Beamten", das von einer falschen Einschätzung des städtischen Bediensteten zeigt. Wer die Beamten der Stadt Wien kennt, weiß, daß die meisten von ihnen mit Fleiß und Engagement bei der Sache sind. Überdies sorgt die Verwaltungsakademie für eine ständig bessere Ausbildung der Beamten, die Verwaltungsrevision für mehr Bürgerfreundlichkeit etwa auf dem Drucksortensektor. Als einen Erfolg für Wien bezeichnete Seidl die Revision der Volkszählung. Man muß nun an einer neue Definition des "ordentlichen Wohnsitzes" arbeiten.

Zur Debatte um die Arbeitszeitverkürzung erklärte Seidl, daß diese eine starke Erhöhung des Personalaufwandes bringen würde und man jedenfalls sehr vorsichtig an diese Maßnahmen herangehen müsse. Die weitere Verbesserung der Ausbildung der städtischen Bediensteten sowie weitere Bemühungen um die Bürgernähe der Verwaltung nannte Seidl als nächste Ziele auf dem Personalsektor. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (49)
Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

60 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Zum Sektor Rechtsangelegenheiten sagte Seidl, daß die Sicherheit ein elementares Bedürfnis der Bevölkerung sei. Diesem Bedürfnis soll durch das Wiener Sicherheitsgesetz Rechnung getragen werden. Diffizile Detailfragen, die eine intensive Beschäftigung mit der Materie verlangen, erfordern auch eine längere Auseinandersetzung, um ein gutes Gesetz vorlegen zu können. Jedenfalls soll diese Vorlage noch im Jahre 1983 erfolgen. Seidl verwies auch auf die behördlichen Aufgaben der Rechtsabteilung. Ferner seien in einer Großstadt wie Wien immer neue Gesetze und Gesetzesnovellierungen notwendig. Die diesbezüglichen Änderungen sollen so rasch wie möglich und in einer für den Bürger lesbaren Form realisiert werden.

Zum Konsumentenschutz erklärte Seidl, daß dieser heute eine besonders wichtige Aufgabe darstellt. So haben 1982 etwa 42.000 Überprüfungen nach dem Lebensmittelgesetz stattgefunden. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien hat 1982 9.708 Lebensmittelproben untersucht, wobei der Schwerpunkt auf der Überprüfung auf toxische Stoffe lag. Seidl verwies auf die Bedeutung des Fleischmarktes St. Marx, der die Versorgung Wiens sicherstellt. 1982 wurden in St. Marx 147 Millionen Kilo Fleisch untersucht. Schließlich hob Seidl die Bedeutung der Gründung des Wiener Konsumentenbeirates hervor, der der Verbesserung der Nahversorgung und einem verbesserten Konsumentenschutz dienen soll. (Forts.)
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (50)
Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

61 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) erklärte, daß im Unterausschuß bereits Einigkeit über das Landessicherheitsgesetz bestanden habe, die Vorlage aber dennoch nicht erfolgt sei. Dieses Gesetz ist dringend notwendig. Der Entwurf sollte nun den zuständigen Gremien rasch zur Endberatung vorgelegt werden.

Die Kombination des Konsumentenschutzes mit dem Rechtswesen ist sinnvoll. Bedenken erhob Hirnschall gegen die angekündigte Zusammensetzung des Konsumentenbeirates, weil darin die Konsumenten selbst fast nicht vertreten seien.

Ein wichtiges Bedürfnis der berufstätigen Konsumenten seien besser angepaßte Ladenschlußzeiten. Dabei könnte es durchaus bei den wöchentlichen Gesamtöffnungszeiten bleiben, die Ladenschlußzeiten der einzelnen Unternehmen könnten jedoch entsprechend den örtlichen Gegebenheiten flexibel gestaltet werden.

Zu den Aufgaben des für den Konsuemtenschutz zuständigen Stadtrates gehört auch die Preisüberwachung, wobei davon die Gebühren und Tarife öffentlicher Institutionen nicht ausgenommen sein dürfen. Hirnschall stellte den ANTRAG, in Zukunft alle Anträge zur Änderung städtischer Tarife und Gebühren vor der Beschlußfassung dem für Konsumentenschutz zuständigen Stadtrat zur Begutachtung zuzuleiten. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (51)
Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

62 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP) bot in ihrer ersten Rede vor dem Gemeinderat ihre konstruktive Mitarbeit zum Wohl aller Bürger an. Es habe sie sehr gefreut, sagte sie, daß Frau Stadtrat Seidl der Nahversorgung künftig verstärkt ihre Aufmerksamkeit widmen werde. Auch die Idee der "temporären Märkte" fand die Rednerin positiv.

Zur optimalen Verwirklichung des Konsumentenschutzes fehlen aber Aussagen, wie es mit dem Konsumentenschutz gegenüber öffentlichen Dienstleistungen aussieht, so Korosec. Bei Behörden, Krankenanstalten, Verkehrsmitteln, Sicherheitseinrichtungen sowie bei den Ent- und Versorgungsunternehmen habe der Bürger keine Wahlmöglichkeit, keine Alternative. Bei der Verwaltung ist für den Bürger die Zuständigkeit oft unüberschaubar. Es gehe darum, aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Die Stadtverwaltung soll ein Dienstleistungsunternehmen für den Bürger sein, der diese Verwaltung ja finanziert, betonte Korosec. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (52)
Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

63 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Kosten für das Personal machten 26,3 Prozent des Gesamtbudgets aus, erklärte GR. PESKA (SPÖ). Sie betrugen rund 17 Milliarden beim Magistrat und 4,5 Milliarden bei den Wiener Stadtwerken. Der Personalstand weist bei der Hoheitsverwaltung 45.066 und bei den Stadtwerken 14.952 Beschäftigte aus. Rund 22.000 Bewerbungen zeigen deutlich, wie sehr der Dienst bei der Gemeinde Wien begehrt ist. Besonderes Augenmerk wurde wieder der Lehrlingsausbildung und der Jugendbetreuung zugewendet. Bei den Wiener Stadtwerken standen Ende 1982 373 Lehrlinge in Ausbildung. Bei der Stadt Wien traten 250 Bürokaufmannslehrlinge ihren Dienst an. Insgesamt standen 1982 679 Jugendliche in einem Lehrverhältnis zur Stadt Wien. Ein weiterer Beitrag zur Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit ist die von Bürgermeister Gratz initiierte Aktion zur Lehrplatzförderung. Eine weitere Bevölkerungsgruppe, die bei Aufnahmen bei der Stadt Wien berücksichtigt wird, sind Behinderte. Insgesamt werden zusätzliche 150 außerplanmäßige Dienstposten für Behinderte geschaffen. GR. Peska hob zuletzt noch die finanzielle Besserstellung hervor, die durch die Besoldungsreform für 85 Prozent der Beamten erwirkt werden konnte. Trotz Fortschreiten neuer Technologien dürfen Arbeitsplätze nicht verlorengehen, warnte Peska. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (53)
Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

64 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) setzte sich mit dem geänderten Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung, mit der veränderten politischen Kultur auseinander. Ausdruck dieser Änderung sei ein neues Wahlverhalten, seien die Bürgerinitiativen. Es gebe einen neuen Regionalismus, der sich in Wien auf Bezirksebene abspiele. Demgemäß könne man sagen, daß die Dezentralisierung die Demokratisierung der 80er Jahre sei. Die Struktur Wiens als eine Stadt, die aus selbständigen Einheiten zusammengewachsen ist, komme dieser Entwicklung entgegen. Diese Bezirke und Bezirksteile bilden die reale Grundlage für mehr Selbstverwaltung, sagte Welan, für die kleine Stadt in der Großstadt, die die Möglichkeit zur Identifikation mit der Umwelt bietet. Es sei nun Aufgabe der Verwaltung, auf neue Aktivitätsformen wie Bürgerinitiativen einzugehen. Die moderne Verwaltung müsse offen für das Gespräch sein, Geduld haben und informationsfreudig sein. Noch überwiegen in Wien die Elemente der repräsentativen Demokratie, schloß Welan. Eine Verstärkung der direkten Demokratie sei für die Stadt dringend notwendig. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (54)
Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

65 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Mit Fragen des EDV-Einsatzes und des Datenschutzes im Bereich der Stadtverwaltung befaßte sich GR. Mag. ZIMA (SPö). Das Rechenzentrum der Magistratsdirektion ist das größte kommunale Rechenzentrum österreichs und kann sich durchaus mit dem großen Rechenzentrum des Bundes messen. Besonders bemerkenswert ist das breite Anwendungsspektrum. Bisher wurden 14.000 EDV-Programme entwickelt. Zima wies auf die großen Anstrengungen hin, die unternommen wurden, um den Datenschutz in unserer Stadt zu realisieren, und legte ein klares Bekenntnis zum Datenschutz ab. Die Schaffung eines Landesdatenschutzbeauftragten ist allerdings aus juridischen und praktischen Gründen nicht möglich beziehungsweise sinnvoll.

Wien hat nach wie vor eine der sichersten Großstädte der Welt. Die im Jahr 1982 angezeigten 118.000 Delikte bedeuten gegenüber 1981 eine äußerst geringfügige Steigerung um rund 600 Fälle. Die Aufklärungsquote konnte um 1,2 Prozent verbessert werden. Der größte Teil der Delikte sind Eigentumsdelikte. Es besteht auf dem Gebiet der Sicherheit, die eines der elementaren Bedürfnisse der Bürger darstellt, kein Grund zum Pessimismus. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (55)
Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

66 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die geplante Gründung eines Konsumentenbeirates sei keine neue Idee, betonte GR. SCHNEIDER (öVP). Die Zusammensetzung dieses Beirates würde lediglich zu einer weiteren Aufblähung des Verwaltungsapparates beitragen. Die Nahversorgung ist problematisch, es gibt viele Versorgungslücken besonders bei Lebensmitteln. Auf den Märkten zeigt sich die schwierige wirtschaftliche Lage, zahlreiche Betriebe sind insolvent oder haben Zahlungsrückstände. Positiv wertete der Redner die Einrichtung der temporären Märkte. Besorgt zeigte sich Schneider über die Zukunft der durch den Bau der U 3 betroffenen Märkte im 3. Bezirk, den Augustiner Markt und den Landstraßer Markt. Die Wiener Märkte haben eine große historische Bedeutung, die erhalten bleiben soll. (Forts.) fk/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (56)
Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

67 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Der Konsumentenschutz hat in den letzten Jahren einen immer höheren Stellenwert erhalten, betonte GR. JANK (SPÖ). Er basiert im wesentlichen auf dem Konsumentenschutzgesetz, dem Lebensmittelgesetz und den Bestimmungen für den technischen Bereich. Was nicht gesetzlich festgelegt werden kann, ist das Vertrauen, das der Konsument beim Erwerb eines Produktes oder bei Inanspruchnahme einer Dienstleistung entgegenbringen muß. Der Problemkreis des Konsumentenschutzes soll aus tagespolitischen Streitigkeiten ausgeklammert werden. Man könne auch nicht von vornherein annehmen, daß Firmen absichtlich gegen den Konsumentenschutz verstoßen. Bei bewußter Täuschung sollen allerdings konsequente Maßnahmen gesetzt werden. Auch der Konsument muß seinen Beitrag leisten, indem er sich informiert. Von größter Bedeutung erwies sich dabei der Verein für Konsumenteninformation. Jank regte an, daß von der Konsumenteninformation Auskünfte an Stellen der Stadt weitergegeben werden.

Weitere wichtige Einrichtungen für den Konsumenten sind das Markt- und das Veterinäramt, die der Erhaltung der Volksgesundheit dienen. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt weist im internationalen Vergleich die besten Untersuchungsergebnisse auf. Um für den Konsumenten tätig zu sein, bedarf es der gegenseitigen Kontrolle, aber auch des gegenseitigen Vertrauens, sagte Jank abschließend. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (57)
Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

68 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. FREITAG (SPÖ) meldete sich zur Frage der Ladenschlußzeiten zu Wort. Er erklärte, daß das Ladenschlußgesetz 1958 geschaffen wurde. Zum Unterschied von damals, als noch 48 Stunden gearbeitet wurde, gebe es heute die 40-Stunden-Woche und damit mehr Zeit zum Einkaufen für die Konsumenten. Eine Umfrage im Jahr 1979 habe überdies ergeben, daß 82 Prozent der Konsumenten und 62 Prozent der Händler mit den derzeitigen öffnungszeiten zufrieden seien. Nicht zufrieden seien zum Großteil die Handelsangestellten, von denen überdies ein großer Prozentsatz Frauen ist, die spät abends noch ihre Hausarbeit verrichten müssen. Die vielzitierte Nahversorgung würde, so Freitag, durch die sogenannte Liberalisierung der Ladenschlußzeiten ebenfalls einen Schaden erleiden, da ein Kaufkraftsog in die Einkaufszentren entstehen würde. Bedenke man alle diese Argumente, schloß Freitag, könne man einer Liberalisierung der Ladenschlußzeiten nicht das Wort reden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (58)
Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

69 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Frage der Ladenschlußzeiten wurde auch bereits von anderen Fraktionen diskutiert, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Die Neugestaltung der Ladenschlußzeiten sei ein Denkanstoß, über den man diskutieren kann.

Stadtrat Friederike SEIDL kündigte an, daß heuer im Herbst in ihrem Büro ein "Wiener Konsumententelefon" installiert wird. Bei der Erfassung der Nahversorgungslücken wird die Bevölkerung eine Mitsprachemöglichkeit haben. Die Frage der Ladenschlußzeiten kann im Konsumentenbeirat diskutiert werden. Eine Veränderung halte sie, sagte Seidl, nur bei einem allgemeinen Konsens der betroffenen Gruppen für möglich.

Die Tarife und Gebühren sind keine Angelegenheit des Konsumentenschutzressorts. Ihre persönliche Mitwirkung an den Beschlüssen, betonte Seidl, ist als Mitglied des Stadtsenates gewährleistet.

Die Imageverbesserung für die Beamten und die bürgernahe Verwaltung sind ein Mosaik von vielen kleinen Dingen, die zu tun sind, die aber zum Teil auch schon getan worden sind.

Der Vorsitzende des Gemeinderates, GR. ARTHOLD (ÖVP), erteilte Stadtrat HATZL einen Ordnungsruf wegen der in der Debatte über die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung in Richtung von GR. Ing. WORM (ÖVP) gebrauchten Formulierung: "Was sie heute getan haben, ist der schlechte Charakter eines Politikers."

Die Sitzung wurde um 0.30 Uhr unterbrochen und wird heute, Dienstag, den 29. Juni, um 9 Uhr mit der Beratung über die Geschäftsgruppe "Kultur und Sport" fortgesetzt. (Schluß) ger/gg

NNNN

Gratz: Gassergasse wird abgerissen (1)
Utl.: Sandner: Funktionierende Jugendgruppen absiedeln
=++++

17 #Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Nach einem Gespräch mit Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER gab Bürgermeister Leopold GRATZ Montag vormittag die Anweisung, das Gebäude des ehemaligen Jugendzentrums in der Gassergasse so rasch als möglich abzubrechen. Dies, nachdem sich im Gespräch mit der Vizebürgermeisterin herausgestellt hatte, daß die funktionierenden Jugendgruppen (die Alternative Schule, die Fotogruppe und die Musiker) in anderen Jugendzentren oder Schulgebäuden Quartier finden können. Die Weiterverwendung des Areals wird in Zusammenarbeit von Städteplanung und Bezirksvorstehung diskutiert werden.#

Vizebürgermeisterin Fröhlich-Sandner wies in einer Pressekonferenz darauf hin, daß bei der Gründung des Jugendzentrums Gassergasse klargewesen sei, daß aus der Unübersichtlichkeit der Räumlichkeiten und dem schlechten Zustand des Hauses eine schwere Aufgabe entstehen würde. Nachdem aber einige Jugendgruppen in das WUK oder die Hauffgasse abgewandert waren, blieb nur mehr eine Gruppe 30- bis 40jähriger "am Rande der Gesellschaft" übrig, die den Begriff Jugendzentrum nicht mehr rechtfertigte. Außerdem habe das Kontrollamt starke Mängel in der Verrechnung der jährlichen Subventionen von 2,2 Millionen Schilling festgestellt.

Statt nun Gespräche zu führen, seien die verbliebenen Benützer der Gassergasse Sonntag den Weg einer Demonstration gegangen, die sich außerhalb des legalen Bereiches entwickelt habe. Ebenso wie Jugendliche in Wien Recht auf autonome Zentren hätten, habe aber die Wohnbevölkerung auch Recht auf Ruhe, meinte Sandner. (Forts.) rö/gg

NNNN

Gratz: Gassergasse wird abgerissen (2)
Utl.: Sandner: Funktionierende Jugendgruppen absiedeln
=++++

18 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Er habe sich Montag früh sowohl den Polizeibericht kommen lassen, erklärte Bürgermeister Gratz, als auch die "Begründung" für den Radau. Nachdem klar war, daß jene Gruppen, die gute Arbeit geleistet haben, in die Arena, das WUK oder das Amerlinghaus abgesiedelt werden können, habe er die Anweisung gegeben, das Gebäude abtragen zu lassen. Es sei durch jene Gruppen, die immer nur provozieren wollten, zu einer echten Belästigung geworden, die er gegenüber der Bevölkerung nicht mehr länger verantworten konnte.

Schließlich hätten die anderen drei erwähnten Jugendzentren bewiesen, daß man gute Arbeit leisten könne, ohne ein exterritoriales Gebiet außerhalb der Rechtsordnung zu bilden. Bei allem Respekt vor Selbstverwirklichung sei die Freiheit in einer Großstadt nicht schrankenlos, meinte Gratz.

Das Gebäude ist ab sofort gesperrt und bewacht, lediglich Schüler und Lehrer der Alternativen Schule werden noch bis Freitag Zutritt haben. Zu der Gefahr, daß nun Demonstrationen und Protestkundgebungen verstärkt werden könnten, meinte Vizebürgermeisterin Fröhlich-Sandner, es sei wohl möglich, daß eine kleine Gruppe uneinsichtiger Jugendlicher diesen Weg gehen würde. Das, was in anderen Städten zu Unruhen geführt habe, sei aber in Wien durch das Vorhandensein funktionierender Jugendzentren ausgeschlossen. (Schluß) rö/ap

NNNN

Rechnungsabschluß 1982 - Zusammenfassung Generaldebatte (1)
=++++

23 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Fragestunde begann am Montag um 10 Uhr die Generaldebatte zum Rechnungsabschluß 1982. Sie wurde mit einem Referat von Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) eingeleitet. Mayr betonte, daß die gute Wirtschaftspolitik und die Einhaltung des Ein- und Ausgaberahmens dazu geführt hätte, daß der Rechnungsabschluß günstiger ausfiel als der Budgetvoranschlag. Bei Einnahmen von 62,1 und Ausgaben von 65,6 Milliarden verringerte sich der Abgang von 4,6 um 1,1 auf 3,5 Milliarden Schilling.

Auch die Wiener Arbeitslosenrate mit 3,3 Prozent war günstiger als der Bundesdurchschnitt mit 3,7 Prozent. Die Rücklagen der Stadt stiegen im Vorjahr auf 3,8 Milliarden, der Schuldenstand - ohne Stadtwerke und ohne Fremdmittel für Wohnbau und Wasserwirtschaftsfonds beträgt 13,7 Milliarden, das sind 22 Prozent der Einnahmen. Die beschäftigungswirksamen Ausgaben beliefen sich auf 19,3 Milliarden. Mayr betonte, daß er für größtmögliche Sparsamkeit eintrete, doch dürfe Sparsamkeit nicht bedeuten, daß notwendige Leistungen gestrichen werden.

Zwtl.: FPö lehnt ab

Seitens der FPö lehnt Klubobmann Dr. HIRNSCHALL den Rechnungsabschluß ab. Die geplante Abschaffung der Lohnsummensteuer dürfe nicht dazu führen, daß die Gemeinden finanziell ausgehungert werden. Weiters forderte er einen Ausgleich der Spitalskosten. Positiv wertete er die Stabilisierung des Spitalsdefizits und die Ausklammerung der Erhaltungskosten aus dem Budget. Die kommunale Tarifpolitik wurde von Hirnschall scharf kritisiert. (Forts.)
fk/ap

NNNN

Rechnungsabschluß - Zusammenfassung Generaldebatte (2)
Utl.: öVP lehnt ab
=++++

24 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (öVP) konstatierte eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Budgetsituation der Bundeshauptstadt in den letzten Jahren. Der Investitionsanteil sei auf 13,8 Prozent gesunken, die Gesamtverschuldung hingegen von 25,2 auf 40 Milliarden Schilling in den letzten fünf Jahren gestiegen. Der Redner forderte eine raschere Bewilligung der Wohnbauförderungsmittel im Interesse der Bauwirtschaft und der Wohnungssuchenden. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und zur Förderung der Investitionsfreude der Betriebe müßte die Wirtschaft entlastet werden.

Hahn kritisierte neuerlich die hohen Folgekosten vom Konferenzzentrum und AKH, die den Spielraum für Investitionen noch mehr verkleinern.

Zwtl.: SPö: Ziele des Budgets verwirklicht

Die Ziele, die sich die sozialistische Stadtverwaltung bei der Erstellung des Budgets für das Jahr 1982 vorgenommen hat, konnten - in einer Zeit weltweiter wirtschaftlicher Schwierigkeiten auch erreicht werden, sagte GR. LUSTIG (SPö). Wien hat, wenn auch im bescheidenen Umfang, besser abgeschnitten als erwartet. Die öVP lehne den Rekchnungsabschluß ab, weil sie mit einer Zustimmung die positive Arbeit, die geleistet wurde, anerkennen müßte. Die begonnenen Projekte wurden weitergeführt, das soziale Netz ausgebaut, in der Stadterneuerung wichtige Maßnahmen gesetzt, im Bereich der Wohnbauförderung wesentliche Verbesserungen durchgeführt, die Grünpolitik weitergeführt und die Beschäftigungslage weitestgehend aufrecht erhalten. Wien hat unter Bürgermeister Leopold GRATZ viel gewonnen, ist weder krank noch reparaturbedürftig, sondern eine Stadt auf dem Weg ins Jahr 2000. (Schluß) fk/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 28. Juni 1983 Blatt 1735

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Bilanz: Erster Tag der Rechnungsabschlußdebatte
- Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte
- Hatzl: Rascher Bau von U 3 und U 6
- Terminübersicht vom 29. Juni bis 6. Juli

Lokal: (orange)
- Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze

Sport: (grün)
- Mrkvicka: "Heimspiele von Austria und Fav AC trennen"
- Fußball-WM in österreich leider undurchführbar

Nur über FS:
- 27.6. Gratz: Alternative Liste Wien beleidigt Bevölkerung
- 27jähriger bedrohte Fahrgäste mit Gaspistole
- 28.6. Montag war ein "heißer Fersehabend"
- Brand in Verkaufslager in Floridsdorf
- Feuerwehr rettete 81jährige

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Bilanz: Erster Tag der Rechnungsabschlußdebatte (1)
Utl.: Gemeinderat debattierte vierzehneinhalb Stunden
=++++

5 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Am Montag, dem ersten Tag der Rechnungsabschlußdebatte, diskutierte der Gemeinderat insgesamt 14,5 Stunden, einschließlich der Fragestunde 15,5 Stunden. Die Debatte endete erst am Dienstag um 0.30 Uhr. Drei Geschäftsgruppen standen auf der Tagesordnung: "Finanzen und Wirtschaftspolitik", "Stadtentwicklung und Stadterneuerung" sowie "Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz".

Insgesamt gab es 38 Debattenbeiträge, inklusive der Stellungnahmen der Amtsführenden Stadträte. Drei Redner stellte die FPö, fünfzehn die öVP und sechzehn die SPö. An "Erstlingsreden" gab es acht Beiträge. Die öVP stellte drei "Erstlingsredner", die Gemeinderäte Ingrid KOROSEC, Ing. Alfred WORM und Dr. Ferdinand MAIER, die SPö stellte fünf "Erstlinge", Herbert SCHMIDTMEIER, Dr. Johannes SWOBODA, Mag. Herbert ZIMA, Werner JANK und Robert FREITAG.

Zwtl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik

Finanzstadtrat Hans MAYR führte die Verbesserung um 1,1 Milliarden auf die gute Wirtschaftspolitik und das Einhalten des Einnahmen- und Ausgabenrahmens zurück. Einnahmen von 62,1 Milliarden standen im Jahr 1982 Ausgaben von 65,6 Milliarden gegenüber. Die beiden Oppositionsparteien öVP und FPö lehnten den Rechnungsabschluß ab. Der Investitionsspielraum der Stadtverwaltung werde immer geringer und der Schuldenstand immer höher.

Zwtl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Stadtrat Hofmann bekannte sich zur forcierten Stadterneuerung und nannte als wesentlichste Aufgaben seines Ressorts die verstärkte Kontrolle im Wohnbau, organisatorische Verbesserungen innerhalb der Wohnhäuserverwaltung und die endgültige Fassung des Stadtentwicklungsplanes. In der Folge entwickelte sich eine Debatte über die Probleme des sozialen Wohnbaus. (Forts.) fk/ap

NNNN

Bilanz: Erster Tag der Rechnungsabschlußdebatte (2)
Utl.: Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

6 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friederike SEIDL verwies darauf, daß die Stadt Wien mit 60.000 Mitarbeitern der größte Dienstleistungsbetrieb ist. Nur 10 Prozent der Bediensteten könnten als Schreibtischbeamte bezeichnet werden. Die Stadträtin bekannte sich zum Konsumentenschutz. Die FPÖ forderte den Konsumentenwünschen angepaßte Ladenschlußzeiten. Die Redner der Volkspartei vermißten Konsumentenschutzeinrichtungen gegenüber den öffentlichen Dienstleistungsbetrieben. Die Verwaltung sei für den Bürger oft unüberschaubar. (Schluß) fk/ap

NNNN

Mrkvicka: "Heimspiele von Austria und Fav AC trennen!"

=++++

4 Wien, 28.6. (RK-SPORT) Nicht nur das Auseinandersetzen der Heimspiele der Wiener Spitzenklubs Rapid und Austria sollen weiterhin Berücksichtigung finden, sondern nunmehr auch die Heimbegegnungen von Austria und dem Aufsteiger Fav AC. Diesen Appell richtet Wiens Sportstadtrat Franz MRKVICKA an den Vorsitzenden der Ligakommission Hans REITINGER. "Eine Terminkollision im Favoritner Raum" so argumentiert Mrkvicka, "wäre nicht im Interesse des österreichischen Fußballsportes, schon gar nicht der bekannt fußballbegeisterten Anhänger in diesem Bezirk."

Bei eventuellen Terminüberschneidungen, die in der 16er-Liga dennoch zutreffen könnten, regte der Sportstadtrat an, daß die verantwortlichen Klubfunktionäre eventuell auch einer Doppelveranstaltung zustimmen sollten. "Sicherlich würde in diesem Fall die Ligakommission Verständnis dafür zeigen, daß man entgegen den Bestimmungen ausnahmsweise die Unter-21-Spiele zu anderen Zeiten ansetzen würde."

Die Auslosung für die kommende Meisterschaft findet bereits an kommenden Montag statt. (Schluß) hof/ap

NNNN

Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (1)

=++++

7 #Wien, 28.6. (RK-LOKAL) Zum 17. Mal führt das Sportamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Wiener Jugendkreis die Aktion "Sportplatz der offenen Tür" durch. Mit Ferienbeginn am 4. Juli 1983 ist auf insgesamt 16 Anlagen kostenlos der Sportbetrieb möglich, wobei zusätzliche Aktivitäten im Tennis, Tischtennis, Schiroller, Rollschuhlaufen und Wasserschifahren angeboten werden. In der Halle C der Wiener Stadthalle besteht außerdem über die Sommermonate die Möglichkeit zum kostenlosen Eislaufen. Auf einigen Plätzen ist die Aktion über die Sommermonate auch für ältere Jugendliche und Erwachsene frei zugänglich.#

Die Aktion "Sportplatz der offenen Tür" wird jeweils von Montag bis Freitag in der Zeit von 14 bis 17 Uhr auf folgenden Anlagen durchgeführt:

12, Haydn Park
Fußball - Spiele - Turnen

18, Währinger Park
Fußball - Leichtathletik - Spiele

21, Jochbergengasse
Fußball - Spiele

22, Erzherzog-Karl-Straße 170
Leichtathletik - Fußball - Spiele

(Forts.) hof/gg

NNNN

Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (2)
=++++
8 Wien, 28.6. (RK-LOKAL)

VOM 4. JULI BIS 2. SEPTEMBER 1983
Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr

2, Augarten (Jahnwiese-Sportwiese)
Leichtathletik - Fußball - Basketball - Volleyball - Spiele
2, Spenadlwiese
Leichtathletik - Fußball - Volleyball - Spiele
8, Pfeilgasse (Eingang Blindengasse 22)
Tennis (Anfänger) - Ballspiele
10, Windtenstraße, Eisring Süd
Turnen - Fußball - Spiele
10, Laxenburger Straße - Heubergstättenstraße 1
Turnen - Leichtathletik - Fußball - Spiele
12, Johann-Hoffmann-Platz
Fußball - Leichtathletik - Spiele
15, Auf der Schmelz (ASKö-Sportanlage)
Leichtathletik - Spiele - Fußball
16, Erdbrustgasse
Leichtathletik - Fußball - Handball
17, Marswiese (Neuwaldegger Straße 57a)
Leichtathletik - Fußball - Tennis - Spiele
19, Krottenbachstraße 108
Fußball - Leichtathletik - Faustball
20, Lorenz-Müller-Gasse
Fußball - Leichtathletik - Spiele
23, Mauer, Erhardgasse
Basketball - Spiele - Fußball
(Forts.) hof/gg

NNNN

Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (3)
=++++
9 Wien, 28.6. (RK-LOKAL)

VOM 1. AUGUST BIS 26. AUGUST 1983
Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr

15, Wiener Stadthalle
Geräteturnen - Fußball - Spiele

VOM 4. JULI BIS 2. SEPTEMBER 1983
Montag bis Freitag, 9 bis 12 Uhr
2, Augarten (Jahnwiese-Sportwiese)
Leichtathletik - Fußball - Basketball - Volleyball - Spiele
2, Spenadlwiese
Leichtathletik - Fußball - Volleyball - Spiele
8, Pfeilgasse (Eingang Blindengasse 22)
Tennis (Anfänger) - Spiele
12, Haydn Park
Fußball - Leichtathletik - Spiele
12, Johann-Hoffmann-Platz
Fußball - Leichtathletik - Spiele
15, Auf der Schmelz (ASKÖ-Sportanlage)
Leichtathletik - Fußball - Spiele

Auf den meisten der angeführten Sportanlagen können die Jugendlichen für den Erwerb des WISTA (Wiener Sport- und Turnabzeichen für Schüler) trainieren und dieses auch erwerben.

Sämtliche Sportanlagen sind auch Stationen des Wiener Ferienspieles. (Forts.) hof/gg

NNNN

Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (4)
=++++

10 Wien, 28.6. (RK-LOKAL) Doch auch für Jugendliche ab 15 Jahren und Erwachsene besteht auf vier Anlagen die Gelegenheit zur aktiven Sportausübung:

2, Spenadlwiese (vom 4. Juli bis 2. September 1983)
Montag bis Freitag 17 bis 19 Uhr

10, Windtenstraße, Eisring Süd (vom 4. Juli bis 2. September 1983)
Montag bis Freitag 17 bis 19 Uhr

17, Marswiese (vom 4. Juli bis 1. September 1983)
Montag, Mittwoch, Donnerstag 17 bis 20 Uhr

21, Jochbergengasse (vom 6. Juli bis 31. August 1983)
Mittwoch 17 bis 19 Uhr

Im Rahmen des Wiener Ferienspiels werden weitere Sportaktionen angeboten, wo nach eineinhalb Stunden Übungszeit eine Marke erhältlich ist:

TENNIS
Beginn: 4. Juli, Ende: 26. August 1983
Kostenloser Grundkurs für Kinder im Alter zwischen 8 und 15 Jahren. Rackets und Bälle stehen kostenlos zur Verfügung. Erforderlich sind saubere Sport- und Turnschuhe!
Sporthalle 10, Jura-Soyfer-Gasse (PAHO)
8- bis 11jährige: Montag bis Freitag 14 bis 15.15 Uhr
12- bis 15jährige: Montag bis Freitag 15.15 bis 16.30 Uhr
Sporthalle 22, Steigenteschgasse
8- bis 11jährige: Montag bis Freitag 14 bis 15.15 Uhr
12- bis 15jährige: Montag bis Freitag 15.15 bis 16.30 Uhr.
(Forts.) hof/gg

NNNN

Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (5)

=++++

11 Wien, 28.6. (RK-LOKAL)

SCHIROLLER
Beginn: 4. Juli, Ende: 2. September 1983
Kostenloses Langlauftrockentraining für Kinder im Alter zwischen 8 und 15 Jahren auf der Sportanlage 10, Grenzackergasse (Bundesspielplatz).
Zeit: Jeden Dienstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr

TISCHTENNIS
Beginn: 4. Juli, Ende: 19. August 1983
Vormittagsbetrieb für 6- bis 10jährige: 9 bis 10.30 Uhr
für 11- bis 15jährige: 10.30 bis 12 Uhr
Nachmittagsbetrieb für 6- bis 10jährige: 14 bis 15.30 Uhr
für 11- bis 15jährige: 15.30 bis 17 Uhr

Bälle und Schläger werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Hallen sind nur mit sauberen Sport- und Turnschuhen zu betreten.
Folgende Tischtennishallen stehen zur Verfügung:

1, Postgasse 7	nachmittag
5, Grünwaldgasse 4	nachmittag
6, Liniengasse 13	nachmittag
14, Flötzersteig 115	nachmittag
15, Auf der Schmelz (Joola-Halle)	vormittag
16, Kirchstetterngasse	vormittag
22, Donauparkhalle, WIG	nachmittag

(Forts.) hof/gg

NNNN

Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (6)
=++++
12 Wien, 28.6. (RK-LOKAL)

ROLLSCHUHLAUFEN
Beginn: 4. Juli, Ende: 2. September 1983
Trainer stehen zur Verfügung! Die Leihgebühr für die Rollschuhe (3 Stunden) beträgt 15 S.
Sportanlage 10, Windtenstraße, Eisring Süd
Montag bis Freitag 14 bis 17 Uhr

WASSERSCHIFAHREN
Kurse in Theorie und Praxis, Startübungen zu Lande und zu Wasser mit drei Liftrunden zum Abschluß für Kinder im Alter zwischen 8 und 15 Jahren zu ermäßigten Preisen (45 S).
Kurse: Montag, Mittwoch und Freitag 9 Uhr, 9.30 Uhr, 10 Uhr.
Ort: Neue Donau, Wehr 1 (Südost-Tangente)

EISLAUFEN
Beginn 4. Juli, Ende: 19. August 1983
Kostenloser Übungsbetrieb in der Halle C der Wiener Stadthalle jeweils von 14 bis 17 Uhr.

Die Teilnehmer der Aktion "Sportplatz der offenen Tür" werden von Sportlehrern betreut. Nähere Anfragen erteilt das Sportamt unter Tel. 42 800/2799. (Schluß) hof/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++
13 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Dienstag um 9 Uhr wurde die vor achteinhalb Stunden unterbrochene Gemeinderatssitzung unter dem Vorsitz von GR. Prof. WIESINGER (SPö) mit der Beratung des Sachbereiches "Kultur und Sport" fortgesetzt.

"Kultur soll für alle erreichbar sein", erklärte Stadtrat MRKVICKA (SPö) in seinem Bericht. Kultur solle unabhängig gemacht werden von sozialen und bildungsmäßigen Schranken, die oft mit stadtgeographischen Abgrenzungen identisch sind. Dezentrale Kulturarbeit solle dazu beitragen, daß sich die Menschen an ihrem Wohnort zuhause fühlen. Mrkvicka verwies auf die umfangreichen Aktivitäten in den Bezirken, auf Grätzelfeste und Kirtage, die Aktion "Kunst im Cafe", Konzerte in den Spitälern und vieles andere. Der heurige Musikalische Sommer bietet 200 Veranstaltungen an 60 Spielorten. Im vergangenen Jahr wurden 45.000 Besucher bei den Konzertveranstaltungen gezählt. Die Tage der Sakralmusik und das Musikfest der Festwochen bereichern Wiens Musikleben.

Mrkvicka unterstrich den zunehmenden Trend zum Selbstmusizieren und die "Kreativitätsexplosion " in Wiener Lokalen. Zur Entfaltung dieser Aktivitäten habe der unter gewissen Voraussetzungen gewährte Verzicht auf die Vergnügungssteuer beigetragen. Die Entstehung neuer Spielstätten der Wiener Szene habe die Stadt Wien unterstützt bezeihungsweise ihren Bestand durch Subventionen ermöglicht, führte der Stadtrat weiter aus.

Heuer sei erstmals eine Budgetpost zur Unterstützung der Arbeit der "Freien Gruppen" vorgesehen. Mrkvicka nannte sodann die Förderung von zwei Theatergruppen - der "Gruppe 80" und des "Theater Brett", die nun eigene Spielstätten erhalten. Wien verfüge derzeit über rund 40 Bühnen. Wien ist damit die Stadt mit den meisten und bestfrequentierten Theaterplätzen pro Kopf der Bevölkerung in Europa. Dazu habe im vergangenen Jahr eine Theaterförderung von 260 Millionen beigetragen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

14 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auch zur Förderung der Literatur gibt es Jahr für Jahr sehr viele Veranstaltungen, erklärte Stadtrat MRKVICKA. Die "Alte Schmiede" verzeichnet jährlich mehr als 200 Veranstaltungen. In der Freundgasse gibt es eine "Dichterwohnung", in der in Wien weilende Dichter wohnen und arbeiten können. Es gibt die Artothek, die schon eine Stammkundschaft von Kunstliebhabern gewonnen hat, und es gibt viele andere Kunstausstellungen. In der "Türkenausstellung" im Künstlerhaus wird in absehbarer Zeit der 200.000 Besucher erwartet. Die Wiener seien gerne bereit, ein attraktives Angebot anzunehmen, sagte Mrkvicka. Er will auch die Möglichkeit nützen, Ausstellungen in die Bezirke zu transferieren: Wir wollen derartige Chancen, möglichst viele Menschen zu erreichen, in Zukunft noch verstärkt wahrnehmen, aber ebenso trachten, weiterhin große zentrale Ausstellungen attraktiven Inhalts zu gestalten und auch interessante Großausstellungen aus dem Ausland nach Wien zu bringen", kündigte der Stadtrat an.

Viel Zuspruch verzeichnete auch die Stadt- und Landesbibliothek, die 1982 38.000 Leser zählte. Die Stadtbibliothek Wien ist mit 1,2 Millionen Objekten die drittgrößte Bibliothek Wiens. Als Beispiele für die wissenschaftliche Tätigkeit des Archivs nannte der Stadtrat die Arbeit am Historischen Atlas von Wien, am österreichischen Städteatlas und den Wiener Bezirksführern. Dazu kommen zahlreiche Ausstellungen und heimatkundliche Führungen.

Erfolgreich konnte mit den Mitteln des Altstadterhaltungsfonds für die Revitalisierung von Wiener Altstadtvierteln gearbeitet werden. Denkmalpflegerische Arbeiten an rund 1.800 Gebäuden wurden mit mehr als 600 Millionen gefördert. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

15 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Im gemeinsamen Bestreben, die Stadt noch schöner zu gestalten, fänden private und die öffentliche Hand zusammen und schaffen gemeinsam kulturelle Werte, die allen Bürgern zugute kommen. Er frage sich, ob sich diese Möglichkeit nicht auf andere Bereiche der Kulturarbeit verstärkt übertragen läßt, führte Stadtrat Mrkvicka weiter aus. Es solle die Zusammenarbeit mit Institutionen und Unternehmungen ebenso wie mit Privatpersonen, die sich kulturell engagieren wollen, gefördert werden.

Im zweiten Teil seines Referates befaßte sich Stadtrat Mrkvicka mit der Förderung des Sports in Wien. Es sollen Möglichkeiten gesucht werden, den Sportbesucher für die Kultur und den Kulturbesucher für den Sport zu interessieren. Der Stadtrat gab einen überblick über die Unterstützung der Stadt Wien für den Spitzen- wie den Breitensport. Mit der Aktion "Komm zum Sport" stehe ein gutes Instrument zur Verfügung, das die Verbindung zum Publikum hält und noch ausgebaut werden kann und soll.

Er werde sich dafür einsetzen, daß das bestehende Angebot erhalten bleibt oder weiter ausgebaut wird, daß noch mehr Menschen zu kulturellen und sportlichen Aktivitäten finden, schloß der Stadtrat. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

16 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Wien hat in den letzten Jahren erhebliche Mittel in Großsportanlagen investiert, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Ein unverhältnismäßig hoher Anteil floß dem Leistungssport und besonders dem Fußball zu. Pawkowicz stellte die Frage, wann die geplante Generalsanierung und Überdachung des Praterstadions durchgeführt wird.

Dem Breitensport muß erhöhtes Augenmerk geschenkt werden. Es besteht ein weiterer Bedarf an Rundturnhallen.

Für ein Fremdenverkehrsland wie österreich sind internationale Sportveranstaltungen von größter Bedeutung. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um solche Veranstaltungen, für die ja entsprechende Sportstätten und die Infrastruktur zur Verfügung stehen, nach Wien zu bekommen. Pawkowicz stellte den ANTRAG, eine Bewerbung Wiens für die Fußballweltmeisterschaft 1990 zu prüfen. In diesem Zusammenhang sollen auch Gespräche mit den anderen Bundesländern geführt werden.

Pawkowicz kritisierte, daß die zeitgenössische architektonische Gestaltung aus der Einflußsphäre der Kulturverwaltung geraten sei. Das Kulturamt sollte alles daran setzen, einen verstärkten Einfluß in diesem Bereich zu erlangen. Die zeitgenössische Architektur wird derzeit offenbar weitgehend den Bauingenieuren überlassen. Das Kulturamt könnte - ähnlich wie Literaturpreise - periodische Architekturpreise vergeben, regte Pawkowicz an. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

17 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Als seine persönliche Meinung deponierte Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP), daß Kultur und Sport nicht zusammenpassen. Im Beitrag von Kulturstadtrat MRKVICKA habe er Aussagen zum Thema Messepalast und Otto-Wagner-Brücke vermißt. Mit einem Zitat von Günther Nenning "Der Sozialismus, wie er ist, ist häßlich", zog Stadtrat Mauthe eine Gegenüberstellung zur "Bürgerlichen Kultur".

"Kultur ist die Summe aller Bestrebungen, das Leben besser, angenehmer und schöner zu machen", meinte Mauthe.

Das Zeitalter der Spezialisten und des Konsumdenkens neigt sich dem Ende zu, den Jungen ist Kultur nicht mehr nebensächlich, das ist auch das Grundphänomen der neuen politischen Gruppen. Es wird heute mehr geschrieben und gedichtet als früher, es gibt soviele Theaterplätze in Wien wie sonst nirgendwo in Europa. Während es in den Fünfzigerjahren lediglich zwei Galerien für junge Künstler gab, sind es heute mehr als 170. Dr. Mauthe sieht eine große Chance für den Dialog, beziehungsweise zu einem Pakt, zwischen den Generationen. "Wir wünschen uns eine Kulturdurchflutung, sorgen wir dafür, daß die Stadt schöner wird." (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

18 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) hob die Leistungen der letzten Jahre auf dem Sektor der Kulturpolitik hervor. Entscheidend verändert haben sich die Festwochen. Sie sind ein Platz geworden, wo sich auch die Avantgarde artikulieren kann.
Neue Wege wurden bei den Bezirksfestwochen beschritten. Das Wiener Volksbildungswerk, das mit der Organisation betraut wurde, hat hier Großartiges vollbracht. Fast in jedem Bezirk gab es Grätzelfeste und Parkfeste. Es wurden 348 Eigenprogramme der Bezirke und 400 Programme mit teilweiser Förderung veranstaltet. Die Bezirksfestwochen sind ein wesentlicher Bestandteil der Wiener Festwochen geworden.

Neue Publikumsschichten, darunter vor allem junge Menschen, wurden durch die "Szene Wien" in der Hauffgasse erschlossen. Das ehemalige Kino in Simmering wurde um 6 Millionen Schilling zu einem modernen Popzentrum umgebaut.

Stiehl trat für eine genaue Überprüfung der Subventionen ein. Sie sollen als Starthilfe und Fangnetz dienen. Gut bewährt habe sich die Praxis der Ausfallshaftungen. Jüngste Bilanzen bestätigen, daß die Wiener immer lieber ins Theater gehen. Die Nachfrage nach Karten wird immer größer.

Als besonders erfreulich hob Stiehl hervor, daß ab September bei den Wiener Symphonikern eine Frau mitwirken wird. Eine Bitte an den ehemaligen Kulturstadtrat: Minister Zilk möge mithelfen, daß es auch bei den Philharmonikern bald Musikerinnen gibt.

Wien sei durch die Kulturpolitik vergangener Jahre schöner und attraktiver geworden. Das Miteinander von Tradition und Avantgarde habe sich bewährt. Der neue Stadtrat sei ein Garant dafür, daß diese Politik fortgesetzt wird. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

19 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) befaßte sich mit dem Begriff der "Kulturdurchflutung". Er bedeute ein Leitmotiv des urbanen Lebens und sei nicht mit einer Summe von Veranstaltungen gleichzusetzen. Vielmehr solle jeder die Möglichkeit haben, etwas zu tun. Dafür sei ein neues Konzept für Förderungen notwendig, verlangte Kauer. Er wandte sich gegen eine "Selbstverständlichkeit" der Subventionierung, wobei er jedoch keinesfalls einer Verminderung des Kulturbudgets das Wort reden wolle. Es sollte überlegt werden, statt einer jährlichen Subvention ein ausgiebiges Startkapital zur Verfügung zu stellen, Ausfallshaftungen zu übernehmen oder in Richtung einer Subskriptionsbasis wie etwa beim Serapionstheater vorzugehen. Mag. Kauer kritisierte, daß sich die Bezirksfestwochen 1982 als "Flop" erwiesen hätten, während die heurigen Veranstaltungen sich angesichts neuer Vorgaben bei der Programmauswahl besser entwickelt hätten.

Kurz ging Mag. Kauer auf den Hochschuljubiläumsfonds ein und vertrat die Ansicht, mit seinen Mitteln würden verschiedene Institute unterstützt, für deren Kosten der Bund nicht mehr aufkommen kann.

Mag. Kauer brachte sodann einen ANTRAG ein, wonach den zuständigen Gemeinderatsausschüssen vierteljährlich eine schrifliche Übersicht über alle neuen Subventionsansuchen vorgelegt werden soll. Bei Antrag auf Förderung durch die zuständige Dienststelle solle das Ergebnis der Vorberatungen im Ausschuß, vor allem Reihung nach Priorität, Höhe der Mittel und Argumente dafür und dagegen berücksichtigt werden.

In einem zweiten ANTRAG verlangte Kauer Aktionen, mit denen die Geschichte gewachsenen geistigen und kulturellen Verbindungen und Beziehungen des zentraleuropäischen Raumes zu Wien wieder aufgenommen, gestärkt und Teil unserer Stadt werden können, im Sinne einer aktiven "Stadtaußenpolitik" zu fördern. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

20 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WIMMER (SPÖ) erklärte, daß nicht nur Großstadien errichtet wurden, sondern auch zahlreiche Trainingsplätze, die auch kleinen Vereinen zur Verfügung stehen. Die Bewerbung um internationale Großveranstaltungen wie Fußballweltmeisterschaften ist zwar zu überlegen, man muß aber dabei bedenken, daß solche Veranstaltungen sehr viel Geld kosten und Mittel für den Breitensport entziehen.

Die Stadt Wien bietet für den Breiten- und Leistungssport eine große Palette an Möglichkeiten, Aktionen, Sportplätzen und Förderungen. So verwaltet die Stadt Wien beispielsweise acht Sporthallen, über 100 Plätze sind verschiedenen Sportvereinen in Bestands- und Pachtverträgen überlassen. Im Winter gibt es die Hohe-Wand-Wiese zum Schifahren, sieben Langlaufloipen, die "Fahrten zum Schnee" und die Jugendeislaufaktionen. Es gibt das Spielschwimmen, das Talenteleistungsschwimmen und das Talenteturnen. Der Leistungssport wird durch Subventionen und Zuschüsse gefördert. Die Stadtverwaltung betreibt eine gute Sportpolitik, sowohl im Interesse des Breiten- als auch des Leistungssports, resümierte Wimmer. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

25 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) bedauerte den geringen Anteil der Kultur am Gesamtbudget. "Ein Kilometer Autobahn kostet genausoviel wie ein Jahr Kultur in Wien". Dennoch könne Wien stolz darauf sein, eine Kulturstadt zu sein. Kultur ist der eigentliche Exportartikel. Das Bild von Wien hat sich international gehoben, diese Zufriedenheit dürfe nicht zu einer Überheblichkeit führen. Dr. Busek befaßte sich mit dem Spannungsfeld zwischen Wien und den Bundesländern, wobei er hervorhob, daß der gegenseitige Kulturaustausch zugenommen hat.

Im Verhältnis zwischen der Stadt und den Universitäten und Hochschulen gibt es Friktionen. Die Studenten spielen für die Stadt eine große Rolle. Positiv wertete Busek den Hochschuljubiläumsfonds und regte einen stärkeren geistig-kulturellen Austausch zwischen Stadtverwaltung und den Hohen Schulen an.

Zum Thema "Stadtaußenpolitik" verwies Busek auf die historischen Bindungen Wiens mit dem Donauraum und den ehemaligen Ländern der Monarchie. Das Auseinandersetzen mit denen, die in einem anderen System leben, sei nötig. Diese internationale Zusammenarbeit, die Verbindung auf wissenschaftlicher Ebene wird von der Akademie der Wissenschaften wahrgenommen. Hier weitere Aktivitäten zu setzen, wäre ein Beitrag für eine Friedensbewegung österreichischer Art. Interdisziplinäre Zusammenarbeit der Donauuniversitäten und die Intensivierung des gegenseitigen Austausches kosten nicht viel, bieten jedoch eine andere Art von Außenpolitik, die der Brückenfunktion von Wien gerecht wird. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

26 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Den Ressortwechsel des Sports zum Kulturbereich kritisierte GR. ARTHOLD (ÖVP). Der Sport würde eher zum Freizeit- und Umweltbereich passen. In den letzten Jahren wurde vieles vernachläßigt. Es war ein Jahrzehnt der Schleifung von Sportstätten im dicht bebauten Gebiet und ein Jahrzehnt der Großbauten, an deren Folgekosten die Stadt zu leiden hat. Seit 1974 hat die ÖVP einen Finanzierungs- und Investitionsplan für Sportstätten verlangt. Im Vorjahr wurde der Sportstättenleitplan vorgestellt. Die Zahlen in diesem Plan stammen aus dem Jahr 1976. Mehr als ein Deutzend Sportanlagen, die es nicht mehr gibt, sind darin enthalten, dafür fehlen etwa 2 Dutzend neue Anlagen.

Der Sportstättenleitplan zeigt den Fehlbestand an Freiflächen und Hallenflächen in aller Deutlichkeit auf. Die Bezirke 3, 4, 5 und 12 sind am meisten davon betroffen. Projektiert wurde in jenen Bezirken, die es am nötigsten haben, kaum etwas. Diesem Mangel stehen Großprojekte gegenüber. Die Überdachung des Stadions wird etwa 200 Millionen Schilling kosten. Die ÖVP wird dem Vorhaben nur dann zustimmen, wenn der gleiche Betrag für den Breitensport angelegt wird.

GR. Arthold beklagte ferner den Mangel an Führungskräften und Funktionären in den Wiener Sportvereinen. In Wien gibt es keine geeignete Institution, die Trainer und Vorturner ausbildet. Viele kleine Sportfunktionäre sind, konfrontiert mit den bestehenden Steuererlässen und Gesetzen, einfach überfordert. Neue Turnsäle sollen nach dem Modell der Rundturnhallen der öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Der ÖVP-Gemeinderat forderte StR. MRKVICKA auf, den Sport von parteipolitischen Einflüssen, soweit wie möglich fernzuhalten. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

30 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MRKVICKA dankte für das Angebot der öVP zur Diskussion und zur Zusammenarbeit. Seiner Meinung nach sei Kultur- und Sportpolitik eine Politik für alle Wiener, die es über alle Parteigrenzen hinweg zu verfolgen gelte. Der Zugang zur Kultur und die Begegnung gehörten zu den vorrangigsten Anliegen. Er pflichte Stadtrat Dr. MAUTHE bei, der gesagt hatte, Kultur sei auch das Verhalten im Alltag. Er, Mrkvicka, möchte das Rowdytum auf Sportplätzen mit aller Macht verhindert wissen. Mit dieser Ansicht sehe er auch eine Brücke geschlagen zwischen Kultur und Sport.

Das Stadtfest der öVP hätte in dieser Form nie stattfinden können, wenn man nicht Wege gefunden hätte, um die Kärntner Straße und den Graben zu Fußgängerzonen zu machen.

Daß es einen Aufbruch gibt in der kulturellen Szene, sei unbestreitbar, erklärte Mrkvicka. Er meinte aber, man sollte nicht einen "Pakt" machen zwischen der jungen und der älteren Generation, sondern für Verständnis und Toleranz eintreten.

Mrkvicka beklagte ein kulturelles Defizit im kreativen und musischen Bereich bei Lehrlingen, das zu decken man Hilfestellung geben sollte. Gemeinsam mit dem Ressort von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER sollen Wege gefunden werden, um diesen Bereich abzudecken. Er würde es begrüßen, wenn die öVP dem Problem der Allgemeinbildung an den Berufsschulen mehr Augenmerk zuwenden würde. Die von Stadtrat Dr. Mauthe genannten Galerien und Jazzlokale seien ein Teil dessen, was den kulturellen Wert der Stadt ausmacht, es entspreche also auch dem, was die öVP als "Stadtaußenpolitik" nach außen dringen lassen wolle. Die Sozialisten schaffen das dafür notwendige Klima. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

31 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Was als schön und was als häßlich angesehen wird, sei - wie etwa die Ringstraße, das Palais Pallavicini oder die Bauwerke Otto Wagners - je nach der Auffassung der Zeit unterschiedlich. Die Otto-Wagner-Brücke über die Wienzeile müsse jedenfalls erhalten werden, und beim Hearing am 6. Juli solle geklärt werden, wie es weitergeht. Er zitierte Stadtrat Mauthe, der erklärt hatte, "kein Patentrezept gegen die Häßlichkeit" zu besitzen, und verlangte, es müsse nach Kompromissen gesucht werden. Ein Kulturveto sollte es nicht geben, sagte Mrkvicka, denn es verhindere viel an Fantasie und verschließe viele Möglichkeiten. Zum Thema "Kompromiß" zitierte der Stadtrat, Politik sei ein Ziel, das immer weit unter dem liege, das man erreichen möchte, sie sei "ein Kompromiß oder ein Schriftsteller" - und schließlich: die Grundlage der Politik ist der Kompromiß.

Eingehend auf die Ausführungen von GR. Mag. KAUER formulierte der Stadtrat, Kunst und kulturelle Aktivitäten an die Menschen in den Betrieben heranzubringen, erfordere Aufgeschlossenheit der Arbeitnehmer, mehr noch der Arbeitgeber. Er wolle in Wien eine überblicksausstellung über die österreichische Gegenwartskunst veranstalten, kündigte Mrkvicka an.

Wir müssen einen Weg finden, bestehende Theaterspielstätten auch für andere Gruppen bespielbar zu machen, nicht jedoch neue Bühnen schaffen, sagte Mrkvicka.

Zur "Stadtaußenpolitik" sagte der Stadtrat weiter, darunter sei vermutlich Wien als Begegnungsstätte zu verstehen. Die Wiener Festwochen besitzen einen großen Anteil an diesem Vorhaben, und diese Politik sei den Sozialisten auch bereits bisher sehr bewußt gewesen. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Debatte Kultur und Sport
=++++

32 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Dr. MAUTHE (ÖVP) begrüßte in einer zweiten Wortmeldung die Dialogbereitschaft von StR. MRKVICKA. Er sagte, daß es in jeder Epoche im Grunde nur eine große Gesamtkultur gebe, zu der natürlich auch die Arbeiterkultur gehöre. Mauthe sprach sich dafür aus, die historischen Beziehungen Wiens vor allem im Donauraum wieder aufzufrischen. Er bedauerte, daß StR. Mrkvicka auf ein Kultur-Vetorecht verzichte. Natürlich gebe es kein Patentrezpet für die Schönheit, aber das Kulturamt habe das Recht, zu sagen, was "schiach" sei. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie
=++++

33 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) 17 Jahre vor dem magischen Datum des Jahres 2000 und angesichts des "großen Bruders" Elektronik ist es eine geradezu überlebenswichtige Aufgabe, für Aktivierung und maximale Bildung als lebenslangen Prozeß der Orientierungsfähigkeit zu sorgen, erklärte Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER zu Beginn der Debatte über die Geschäftsgruppe "Bildung, Jugend und Familie". Erst Bildung befähigt den Bürger, mitgestaltende Verantwortung zu tragen. Es ist daher verständlich, daß 86 Prozent des Budgets der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und Familie 1982 für das Bildungsgeschehen Verwendung fanden. Allein für den schulischen Bereich wurden 4,3 Milliarden Schilling benötigt. Mit Genugtuung stellte Fröhlich-Sandner fest, daß viele der angestrebten und nun auch gesetzliche Wirklichkeit gewordenen Veränderungen im Schulwesen - von den Klassenschülerzahlen bis zur Vorschule - schon lange zum Wiener Schulalltag zählen. Die Schule unserer Zeit muß entscheidende Impulse zur Entwicklung unserer Gesellschaft leisten. Dieser Dualismus zwischen Stoffvermittlung und Erziehungsfunktion stellt d i e große Herausforderung dar. Erfolgreiche politische Bildung darf nicht an den Kenntnissen unserer Verfassung, sondern muß am demokratischen Zusammenleben in der Schule selbst gemessen werden.

Zu den Ansprüchen an die Schule zählt auch die entsprechende Vorbereitung auf das Berufsleben. Die Modernisierung der Berufsschulen bildete deshalb auch 1982 einen Schwerpunkt unserer Arbeit. Es müssen weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, um das durch Arbeitslosigkeit begünstigte "Aussteigen" junger Menschen zu verhindern. Zwischen 1970 und 1982 konnte der Anteil Jugendlicher, die ohne Berufsausbildung ins Erwerbsleben eintreten, von 19 auf 8 Prozent reduziert werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie
=++++

34 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Drei Millionen Besucher nahmen 1982 unsere vielfältigen Angebote im Bereich der Jugend- und Erwachsenenarbeit in Anspruch, die dazu beitragen, Freizeit nicht nur zur Konsumzeit werden zu lassen. Dieser eindrucksvolle Anstieg der Teilnehmerzahl, sagte Fröhlich-Sandner, ist einerseits auf die Errichtung neuer Zentren zurückzuführen, andererseits auf die phantasievollen und attraktiven Aktivitäten und Initiativen.

Im Fremdenverkehr wurde 1982 ein Ergebnis erzielt, das nur um 1,8 Prozent unter dem Rekordjahr 1981 lag. Daß wird besser abgeschnitten haben als die meisten anderen Bundesländer, ist einer bewußten Politik der dezentralen Werbung zu verdanken. Das heurige Jahr wird wahrscheinlich das beste Kongreßjahr, das Wien je hatte.

Zu den Schwerpunkten der Jugend- und Familienpolitik zählten die Sicherung des Platzangebotes in den Kindergärten, die Vermehrung von Krippenplätzen und der Anzahl der Tagesmütter, die Angebote zur Beratung und Hilfe für die Familien sowie Maßnahmen zum Schutz von gefährdeten Kindern. Unsere Leitvorstellung, betonte Fröhlich-Sandner, besteht darin, erzieherische Probleme nicht durch Gewalt und Zwang, sondern durch Hilfsangebote zu lösen. Die Statistik belegt den Erfolg des eingeschlagenen Weges. So nahm die Zahl der Heimunterbringungen in den letzten 10 Jahren um die Hälfte ab. Die Bemühungen, Kinder unter drei Jahren in Pflegefamilien unterzubringen, wurden erfolgreich verstärkt. Unsere Heime haben sich sehr positiv verändert. Sie wurden zur wirklichen Chance für junge Menschen, nicht zur Endstation.

Gerade Jugendlichen, deren Möglichkeiten zur Selbstfindung eingeschränkt sind, gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Deshalb, so Fröhlich-Sandner, habe sie auch immer wieder versucht, mit dem Zentrum Gassergasse ins Gespräch kommen. Es hat sich leider bewahrheitet, daß dann, wenn das Gespräch nicht mehr gesucht wird, nur mehr die Gewalt bleibt. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Bildung, Jugend und Familie
=++++

35 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, die heutige Debatte über die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und Familie sei durch die Ereignisse in der Gassergasse überschattet. Eine Verbindung zur beziehungsweise eine Steuerung durch die westdeutsche Anarchoszene sei vermutbar. Die von Bürgermeister GRATZ rasch getroffenen Maßnahmen sind die Konsequenz der Vorgänge in der Nacht von Sonntag auf Montag. "Das Experiment Gassergasse ist als gescheitert anzusehen. Nicht aus Mangel an Geduld seitens der Stadtverwaltung und des Gemeinderates, sondern an der Intoleranz jener Elemente, die sich der Gassergasse bemächtigt haben."

Aus den bruchstückhaften Abrechnungsunterlagen der Vereinsleitung ging hervor, daß zahlreiche Ausgaben für den Zweck "Friedensdemo" aufgewendet wurden, "das von der Polizei in der Nacht sichergestellte Arsenal paßt nicht dazu".

Dr. Hirnschall setzte sich dafür ein, daß es weiter Gespräche mit alternativen Gruppen geben soll und es auch eine Förderung geben kann. Aus den bitteren Erfahrungen mit der "Gaga" müsse man lernen, um künftig freie Gruppierungen vor Unterwanderungen und vor Umfunktionierungen zu schützen. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie
=++++

36 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Schließung der "Gassergasse" ist das tragische Ende einer verfehlten Jugendpolitik, stellte GR. Dr. Marilies FLEMMING (öVP) fest. Die Gassergasse sei eine Chronik von Fehleinschätzungen und Fehlverhalten der Bevölkerung und den Jugendlichen gegenüber. Flemming zählte chronologisch jene Maßnahmen auf, wie es zur Schlüsselübergabe des selbstverwalteten Jugendzentrums gekommen ist. Die Margaretner Bezirks-öVP habe sich dagegen gewehrt und beantragt, auf dem Areal Grünflächen zu errichten. Während der offiziellen Eröffnungsfeier sei bereits eine Hausbesetzung von den Jugendlichen angekündigt worden. Ein öVP-Bezirksantrag auf unverzügliche Räumung wurde abgelehnt. Später gab es Schüsse auf ein Nachbarhaus, und bei einer Razzia wurde Haschisch gefunden. Im Gemeinderat beantragte die öVP zunächst Schallschutzmauern und dann, das Zentrum zu schließen und den baubehördlichen Auflagen entsprechend zu adaptieren.

Die öVP hat sich mehrmals zur offenen Jugendarbeit bekannt, betonte Flemming, und ist für selbstverwaltete Jugendzentren eingetreten. Aber man müsse wissen, wem man das Vertrauen und die Subventionen schenkt. Im Falle der "Gassergasse" waren es 7,6 Millionen Schilling. Man hat den jungen Leuten die Schlüssel übergeben, ohne vorher einen Konsens mit der Bevölkerung zu erzielen. Man hat die Jugend in eine feindliche Umgebung hineingestoßen und ihnen einen schlechten Dienst damit erwiesen. Daß dort sogar Kinder und Jugendliche im alternativen Kindergarten und in der Schule aus- und eingingen, war unverantwortlich. Die öVP hat den Subventionen der Kinder wegen zugestimmt. Viele junge Menschen hätten statt Geld Zuwendung benötigt. Die "Gassergasse" sei ein Fall kommunaler Wohlstandsverwahrlosung. Der "Gaga-Terror" in Margareten ist zu Ende, es wird sich erweisen, ob die Sozialisten daraus gelernt haben, oder ob er an anderer Stelle wieder ausbricht. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie
=++++

37 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HÄUPL (SPÖ) erklärte zum Jugendzentrum Gassergasse, er sei enttäuscht, daß dieses Experiment in einer "Nacht der Gewalt" sein Ende gefunden habe. Es bejahte jedoch nach wie vor die Grundidee eines autonomen Kommunaktionszentrums als Forum für nonkonformistische Jugendliche. Die "Gassergasse" sei nicht der von der ÖVP angesprochene "Hort des Terrors" gewesen, sondern ein Ort voll der Widersprüchlichkeiten, voll der Versuche, sich zu artikulieren, ein Ort der Schulversuche und auch eine Anlaufstelle für sozial Deklassierte. Daß es dort auch Leute gegeben habe, die die Konfrontation statt des Dialoges gesucht haben, könne nicht verschwiegen werden, und daß fürs Erste die Konfrontation, die Gewalt dem Experiment "Gassergasse" ein Ende bereitet hat, sei nun bereits eine traurige Tatsache. Es bleibe jedoch die Idee der autonomen Jugendzentren, für die sich die SPÖ auch in Zukunft einsetzen werde. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie
=++++

38 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Erika STUBENVOLL (SPö) ging auf die Tätigkeit des Jugendamtes der Stadt Wien ein, das eine Fülle von Aufgaben im Dienste der Eltern wie auch der Kinder, daß heißt, der ganzen Familie, wahrnimmt. Diese Betreuung beginnt schon zur Zeit der Schwangerschaft der Mutter und reicht bis zur Beratung der Schulkinder und Jugendlichen. Stubenvoll verwies auf die Mutterberatungsstellen, die Besuche von Sozialarbeiterinnen bei Wöchnerinnen, die spezielle Betreuung von Gastarbeiterkindern, die Sonderpädagogischen Ambulanzen, die Kinderkrippen und die Tagesmütter. Als besonders erfreulich bezeichnete sie die Vollversorgung Wiens mit Kindergartenplätzen für Drei- bis Fünfjährige.

Die Rednerin hob die Veranstaltungen des Jugendamtes wie etwa Enqueten zu den Themen Streetwork oder außerschulische Jugenderziehung hervor und betonte, daß die Arbeit des Jugendamtes auch für gefährdete Kinder und Jugendliche eine große Hilfe bedeutet. Auch in Zusammenarbeit mit anderen Magistratsabteilungen kann dazu beigetragen werden, das Los mancher Jugendlicher zu erleichtern. Ebenso helfen Beratungsstellen in Krisensituationen, wie das Kindertelefon oder die Kinder- und Jugendpsychologischen oder die Sozialpädagogischen Beratungsstellen. Oberste Maxime des Jugendamtes ist es, den Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen in einer Atmosphäre von Geborgenheit und Verständnis zu geben. (Forts.)
gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

39 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) In der "Gassergasse" wurde Steuergeld in Wirklichkeit als Schweigegeld eingesetzt, um sich vor der Auseinandersetzung mit den Problemen junger Menschen zu drücken, kritisierte Stadtrat FÜRST (ÖVP). Es sei unzumutbar, sich zuerst mit Steuergeld von der Verantwortung loszukaufen und dann die Polizei aufmarschieren zu lassen. Es gibt gute Gründe dafür, Experimente für eine neue Jugendarbeit zu unterstützen. Wir haben aber eine andere Meinung, betonte Fürst, wie das Geld verwendet werden soll.

Im Amerlinghaus gab es bisher mindestens 80 Anzeigen. Aber die Beschwerden werden abgeblockt, man kümmert sich nicht darum und überläßt die Sache sich selbst. Im 12. Bezirk gibt es ein Lokal, das als internationales Rauschgiftzentrum gilt, über das aber offenbar von höherer Stelle die Hand gehalten wird. Auch im 22. Bezirk gab es ein Lokal, in dem Raschgift verkauft wurde. Wurde jedoch eingeschritten, gab es Interventionen von ganz oben.

Die sozialistische Jugendarbeit trägt den Keim des Scheiterns in sich, sagte Fürst. Die SPö ist nicht in der Lage, auf die Probleme der Jugend einzugehen, und kauft sich mit Steuergeld davon los. Wir sind, schloß Fürst, für das Gespräch mit kritischen jungen Menschen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie
=++++

40 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPÖ) bezeichnete den Vorwurf von Stadtrat FÜRST (ÖVP) über Schweigegeld und Loskaufen als eine Geschmacklosigkeit. "Wir alle, die wir auch selbst einmal in der Jugendarbeit gestanden sind, wissen, wie schwierig es ist, mit der Jugend zu arbeiten." Es sei falsch, alle in einen Topf zu werfen. "Ich habe selbst oft und lange mit den Leuten aus der "Gassergasse" gesprochen, ich habe mir einige Male die "Gassergasse" angeschaut. Und einige Ideen der Leute haben mir durchaus gefallen", erklärte Sallaberger. Es ist leider dazu gekommen, daß einige die sogenannte Szene benützten, um daraus für sich selbst Kapital zu schlagen. "Ich stehe dazu, daß die Entscheidung zum Abbruch der "Gassergasse" gefallen ist." Es müsse nun genau untersucht werden, wie es weitergeht. "Mit Prügel, Hunden und Feuerwehrschläuchen werden wir die Probleme nicht lösen."

Es war für die ÖVP nicht immer leicht, jeder Subvention für die "Gassergasse" die Zustimmung zu geben, betonte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP). Wir haben ein Experiment unterstützt, trotz der schlechten Ausgangslage. Wir wollten das Experiment nicht unterbinden, sondern bessere Startbedingungen schaffen. Die Jugendfrage ist eine Generationsfrage, die quer durch alle Partien geht. Es sei aber grundfalsch, der Volkspartei die Schuld für das Scheitern des Experiments zuzuschieben.

GR. HANKE (SPÖ) erklärte, daß Erziehen Vorbild sein heißt. "Wo ist heute das Vorbild? Die Jugend auf der Galerie wäre entsetzt über unseren Stil". Zwei Jahre lang haben in der "Gaga" sozial gefährdete junge Menschen einen Hort gefunden. "Beim Helfen lohnt sich auch ein Einsatz von Steuermitteln. Wir wollen helfen, auch dann, wenn es Schwierigkeiten gibt." (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie
=++++

41 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Jugend stelle ein gemeinsames Problem dar, das nicht unter den Tisch gekehrt werden dürfe, stellte GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) fest. Deshalb sei es gut, daß der Gemeinderat so ausführlich darüber diskutiere.

Mehr Menschlichkeit und Menschenwürde bedingten heute neue Formen des Lernens. Das Ziel müsse sein, nicht nur Wissen und Fertigkeiten zu vermitteln, sondern Leben zu lernen. Leben lernen bedeute vor allem Beziehungsfähigkeit lernen, Eigenverantwortlichkeit, Initiative, demokratische Mitbestimmung heranzubilden. Die Frage sei, ob die heutigen Formen der Volks- und Erwachsenenbildung diesen Anforderung gerecht würden. Schon die Bezeichnung "Hörer" zeige, daß es an einer aktiven Beteiligung an der Ausbildung fehle. Petrik schlug angesichts des heutigen Lehrerüberschusses vor, mehr Lehrer in der Erwachsenenbildung einzusetzen.

Als wichtigste Zielgruppen für die Erwachsenenbildung bezeichnete Petrik arbeitslose Schulabsolventen, Patienten in den Spitälern und Gastarbeiter. Auch die Erhaltung und Gesunderhaltung der Familie wäre eine Aufgabe der Erwachsenenbildung.

Abschließend bezeichnete Petrik die Bildungsarbeit als gemeinsames Anliegen, das den Bürgern eigene Wege der Lebensgestaltung ermöglichen solle. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie
=++++

43 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) beschäftigte sich mit der Arbeit der MA 13. Bildung und außerschulische Jugendbetreuung sind heute eine absolute Notwendigkeit für unsere Gesellschaft. Die Bildung hilft dem Menschen zu einem Dasein als urteilsfähiger, mündiger Bürger. Mit einem umfassenden Angebot von den Volkshochschulen über die Häuser der Begegnung, die Musiklehranstalten der Stadt Wien bis zu den städtischen Büchereien trägt Wien dazu bei, den Menschen, über alle sozialen Unterschiede hinweg, ein gleichmäßiges Bildungsangebot zu geben. Wenn 1982 105.000 Leser die städtischen Büchereien in Anspruch nahmen und durch verschiedene Veranstaltungen die Zahl junger Leser wesentlich gestiegen ist, so zeigt das die Effizienz des Bildungsangebotes.

Mit der außerschulischen Jugendbetreuung hilft die Stadt Wien allen Kindern und Jugendlichen, im Sinne sozialer Gerechtigkeit die Freizeit sinnvoll zu nützen. So bietet das Wiener Ferienspiel, an dem 1982 241.000 Kinder teilnahmen, zahlreiche Möglichkeiten für Kinder und darüber hinaus die Familien, schöne Ferien in der Großstadt zu verbringen. Diese Aktion findet ihre logische Fortsetzung im Ferienclub für die über Fünfzehnjährigen. Eine Reihe von weiteren Aktionen ergänzt das Programm für Kinder und Jugendliche und komplettiert den Bereich der Wiener Jugendpolitik, die es als ihre aufgabe ansieht, die Jugend einzubinden und sie Toleranz und Freude an der Begegnung zu lehren. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie
=++++

44 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Frage nach der Zweckmäßigkeit der seinerzeitigen Trennung von Kultur- und Jugendpolitik drängt sich immer wieder auf, sagte GR. PROCHASKA (ÖVP). Durch Jahre hindurch wurde verabsäumt, Jugendpolitik als ein viele Ressorts - etwa den Wohnbau und die Planung von Verkehrseinrichtungen - betreffendes Prinzip zu begreifen. Wir müssen uns mit allen Einrichtungen, die junge Menschen betreffen, auseinandersetzen. Prochaska zitierte eine Studie, die die Einflüsse der Familie sowie der religiösen und anderer Organisationen als wichtigsten Damm gegen das Abgleiten Jugendlicher in die Kriminalität anführt. Die Grenzen sozialistischer Familienfreundlichkeit werden von den Ideologen gesetzt. Die Jugend braucht keine Bevormundung, sondern mehr menschliche Zuneigung. Fix und fertig geplante Jugendzentren zum Beispiel lassen zuwenig Raum für die eigene Gestaltung. Wir müssen die neuen Probleme sehen, sagte Prochaska, wir müssen weg vom Selbstbedienungsgroßmarkt materieller Zuwendung und hin zu mehr Gefühl. (Forts.) ger/ko

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie
=++++

45 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Aus aller Welt kommen Delegationen, um die Wiener Jugendarbeit kennenzulernen, sagte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER. Ich bedaure, daß die Leistungen in Wien zu wenig bekannt sind. Hier ist ein echtes Aufgabengebiet für den PID, um die nötige Aufklärungsarbeit zu leisten.

Die Vorwürfe über die Jugendarbeit wies die Rednerin zurück. Die Haltung der Volkspartei zur Gassergasse sei ein anschauliches Beispiel für die Zwiespältigkeit, einmal dafür einmal dagegen. "Für mich ist Jugendpolitik nicht nur Gassergasse, es ist das Bemühen um Chancen, bessere Möglichkeiten, Zugang zu Kultur, Bildung und Ausbildung".

"Die Ängste, Träume und Wünsche der Jugend habe ich in zahlreichen Diskussionen kennengelernt und die Erfahrungen bestärken mich, für die heranwachsende Generation tätig zu sein." Auch wenn das Experiment Gassergasse gescheitert ist, war es doch möglich, daß zahlreiche Jugendliche wieder in die Gesellschaft integriert werden. Und die jährlichen Kosten von 1,2 Millionen sind weniger, als wir bereit sind, für einen Tag Opernbetrieb zu zahlen.

In der Familienpolitik gehe es nicht darum, die Familien zu bevormunden. Man muß helfen und Unterstützung geben. "Sozialistische Politik war immer für die Familie da". (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

47 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Zahlen des Rechnungsabschlusses beweisen, daß sich auf dem Sektor Gesundheit und Soziales fast 22.000 Mitarbeiter erfolgreich bemüht haben, den Menschen dieser Stadt zu helfen, stellte Gesundheitsstadtrat STACHER zu Beginn der Debatte über die Geschäftsgruppe "Gesundheit und Soziales" fest.

Es gebe auf diesen Gebiet allerdings zwei Wünsche, die diametral entgegengesetzt sind: Einerseits den Wunsch, die Krankenhäuser zu humanisieren, andererseits den Wunsch, die Kosten zu senken. Hier könne nur ein möglichst guter, durchführbarer Mittelweg gesucht werden.

1982 wurden in den Wiener städtischen Spitälern 246.346 Patienten aufgenommen. Das sind 3,03 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Pflegetage sind jedoch um 0,77 Prozent gesunken. Die Verweildauer hat sich damit von 12,79 auf 12,4 Tage im Durchschnitt reduziert. In den beiden Psychiatrischen Krankenhäusern konnte bereits eine positive Auswirkung der im Gange befindlichen Psychiatriereform festgestellt werden: Die Anzahl der Pflegetage ist um fast 10 Prozent zurückgegangen.

Das Defizit der Spitalsverwaltung sei kein echtes Defizit, stellte Stacher fest, sondern müsse als Sozialleistung an der Gesellschaft betrachtet werden. In Wien gebe es doppelt so viele Ausbildungsstellen als in den anderen Bundesländern. Gleichzeitig werden aus den Bundesländern eine Vielzahl von Patienten übernommen, die nur in Wien behandelt werden können. Die Personalkosten machen 53 Prozent des Budgets aus. Bei den Investitionen wurde das Hauptgewicht auf Herz- und Kreislauferkrankungen gelegt, da diese am stärksten im Zunehmen begriffen sind. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

48 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Weiters wurden auf dem Gebiet der Strahlentherapie Fortschritte erzielt, im Wilhelminenspital wurde eine Neurologische Abteilung eingerichtet. Die Intensivblutbank wurde besser ausgerüstet. Auf dem Gebiet der Humanisierung der Spitäler sowie der Psychiatriereform wurden zahlreiche Maßnahmen gesetzt. Die wissenschaftliche Arbeit in den Spitälern konnte vor allem dank des Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters fortgesetzt werden. Eine große Zahl von Kongressen hat in Wien internationale Begegnungen von Ärzten ermöglicht.

Auch bei den Krankenpflegeschulen wurden Erweiterungen durchgeführt. Dies hat zur Folge, kündigte StR. Stacher an, daß voraussichtlich mit Ende des Jahres alle Posten für Krankenschwestern besetzt sein werden.

Es stimme nicht, so Stacher, daß es in Wien 3.000 Betten zuviel gebe, es sei nur eine gewisse Umstrukturierung notwendig. Ein neuer Zielplan - mit der vergangenen Volkszählung als Grundlage - werde derzeit erstellt. Für die Zukunft kündigte Stacher die Einrichtung von "technischen Direktoren" in den größeren Krankenanstalten an sowie die Schaffung weiterer Servicezentren. Beim AKH werde die Betriebsorganisationsplanung verstärkt und beschleunigt. Die Behindertenhilfe soll ausgebaut werden.

Die im Budget aufscheinenden Mehrausgaben des Sozialamtes von 136 Millionen Schilling gehen vor allem auf eine 50prozentige Steigerung der Aushilfen zurück, die wiederum durch die große Zahl von Flüchtlingen verursacht wurde, erklärte Stacher.

Zur Frage der 35-Stunden-Woche in den Spitälern wiederholte Stacher, er habe sie nicht verlangt. Falls sie aber kommen sollte, müßten die Spitalsbediensteten auch daran teilhaftig werden. Schon jetzt müsse überlegt werden, wie das durchführbar sei. Eine Enquete soll im Herbst diese Frage klären. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

49 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL (FPÖ) forderte verstärkte Bemühungen um die Behinderten, neue Wege zur Ausbildung der Jungärzte und verstärkte Bemühungen auf dem Sektor der Altenbetreuung. Der Umfang der sozialen Aufwendungen hat zugenommen, was teils daran liegt, daß das Sozialnetz dichter geworden ist, teils daran, daß sich die materielle Lage für manche Menschen verschlechtert hat.

Auf dem Sektor der Behindertenhilfe konstatierte Hirnschall einen Nachholbedarf an Maßnahmen sowohl im Bereich der Bauordnung wie auch etwa des Arbeitsmarktes. Er forderte die Einführung eines Behindertenbeirates unter Mitwirkung aller zuständigen Gremien.

Zur Ausbildung der Jungärzte sagte Hirnschall, daß er schon vor einem Jahr Vorschläge wie das Pflegepraktikum und die Ausbildung in Praxen gemacht habe. Trotz der Zustimmung von StR. STACHER sei in der Sache selbst kein Fortschritt erzielt worden. Auch die Ärzteschaft trage zur Lösung dieses Problems nichts bei, außer ständigen Vorschlägen, den Zugang zum Medizinstudium zu beschränken. Dabei könnte gerade eine große Zahl junger Ärzte in Zukunft eine willkommene Hilfe für eine moderne, mobile Altenbetreuung sein. Dies würde alten Menschen das Verbleiben in ihren Wohnungen ermöglichen. Über den positiven menschlichen Aspekt hinaus wäre eine solche Lösung auch billiger, als der Aufenthalt in Altenheimen. (Forts.)
gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

51 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Im Gesundheitswesen sei die Erstellung eines Mängelkataloges nötig, um neue Zielvorstellungen zu erarbeiten und Verbesserungen einzuleiten, sagte GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (öVP). Die Bereitschaft der öVP, an Reformen mitzuarbeiten, ist vorhanden. Als positiv hob Wagner die Psychiatriereform hervor, wo in vielen Bereichen Beispielhaftes geleistet wurde.

Es zeichnen sich Schwierigkeiten ab, ausgebildete Ärzte unterzubringen. Die Wartezeiten von Fachärzten auf einen Kassenvertrag betragen bis zu zwei Jahren. Es muß gelingen, die Zahl der Studienanfänger zu verringern, die Wartezeiten sinnvoll zu nützen und die Niederlassungsmöglichkeiten zu verbessern.

Die Krankenanstalten sind historisch ungeordnet gewachsen und stammen baulich zum Teil aus der Monarchie. Der Zielplan des Jahres 1975 wurde nie voll realisiert und auch nicht fortgeschrieben. Ein neuer Zielplan ist dringend notwendig. Es gibt zweifellos zuviele chirurgische Betten. Die Reform darf sich allerdings nicht auf die Chirurgie beschränken.

Wagner bezweifelte den raschen Baubeginn des Krankenhauses Ost und kritisierte, daß hier ein Streit zwischen Gebietskörperschaften auf dem Rücken der Bürger ausgetragen werden.

Moderne Managementmethoden fehlen im Spitalsbereich weitgehend. Eine grundlegende Organisationsreform sowie eine qualitative und quantitative Personalvermehrung sind nötig. Die Spitalsleitungen sollten mehr Verantwortung haben. Unumgänglich ist auch eine Reform der Krankenhausfinanzierung. Der Erhalter darf nicht dafür bestraft werden, daß er ein Spital betreibt. Die Kostenstellenrechnung ist noch nicht genügend ausgebaut. Die Pflegegebühren haben mit den tatsächlichen Kosten wenig zu tun. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

52 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Der Neubau des AKH wird von der VAMED nur mit den Methoden eines modernen Großunternehmens durchgeführt, sagte Wagner. Wer aber ist für die spätere Funktionsfähigkeit verantwortlich? Der exakte Betriebsablauf ist nach wie vor nicht bekannt. Die Betriebskosten werden die Bauraten bei weitem übertreffen. Übersiedlungsstrategien sind zu entwickeln, Nutzungsvarianten sollten in die Überlegungen einbezogen werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

53 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WINDHAB (SPÖ) freute sich darüber, daß bei der Spitalsdebatte die Sachlichkeit vorherrscht. Das Gesundheitswesen schreitet rasch vorwärts und der Zielplan 1975 bedarf einer weiteren Überarbeitung. Die Wiener Krankenhäuser werden so rationell wie möglich geführt. Lediglich 6 Prozent des Personals sind in der Verwaltung tätig. Die Senkung der Verweildauer von 14,9 Tage im Jahr 1975 auf 12,4 Tage 1982 sei ein Beweis dafür, daß auf die Kosten geschaut wird. Die Humanität im Krankenhaus hängt nicht von der Technik ab, sondern von den Menschen, die im Krankenhaus arbeiten. Die Behauptung, ein großes Krankenhaus sei inhuman, ist falsch. "Die Technik kostet ihren Preis, dafür bringt sie auch Humanität ins Spital." Der Redner zeigte dies plastisch mit einem Verleich der früheren Narkosemethode mittels Ätherbausch zu den heutigen Techniken.

Die Wiener Psychiatriereform wird in aller Welt bewundert und steht auch in Wien außer Streit. Die Einrichtung der Versorgungsstationen und der Übergangsheime hat eine volle Rehabilitation der Pfleglinge ermöglicht.

Es bestehe kein Grund, das Gesundheitswesen in Wien herabzusetzen. Die raschen Veränderungen der Medizin, der Technik fordern immer wieder Anpassungen. Trotz aller Forderungen nach Kostensenkung müsse aber immer im Vordergrund das Humanitätsdenken im Interesse der Kranken stehen. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

54 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) 1981 war das Jahr der Behinderten, stellte GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) fest, die Organisationen sind sich jedoch einig, daß nicht sehr viel im Hinblick auf behindertengerechtes Bauen, unbürokratische Hilfen sowie Arbeitsbeschaffung für Behinderte lassen noch sehr zu wünschen übrig. Die ÖVP setzte sich bereits in zahlreichen Anträgen dafür ein, daß Körperbehinderte voll und ganz in das familiäre und gesellschaftliche Leben integriert werden. Der geistig Behinderte "hat ein Anrecht darauf, in seiner eigenen Familie oder bei Pflegeeltern zu leben". Diesem Auszug aus der UNO-Deklaration für geistig Behinderte ist österreich vollinhaltlich beigetreten. Die Forderungen konnten bis heute nur für einen kleinen Teil geistig Behinderter erfüllt werden.

Dr. Flemming stellte den ANTRAG, eine Arbeitsgruppe zur Novellierung des Wiener Behindertengesetzes und der Wiener Bauordnung einzusetzen. Die Novelle soll, so Flemming, folgende Punkte enthalten:

o Bestimmungen, die mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze der behinderten Mitmenschen garantieren.
o Zuschüsse für private Unternehmer, die einen geschätzten Arbeitsplatz oder eine geschützte Werkstätte errichten.
o Schaffung eines Behindertenpasses, der gleichzeitig als Straßennetzkarte für öffentliche Verkehrsmittel gilt.
o Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfezentren durch das Land Wien.
o Pflegegeld und Blindenbeihilfe auch für Kinder ab Feststellung der Behinderung.

(Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

55 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL)

o Schaffung einer Wiener Behindertenteninteressensvertretung auf gesetzlicher Grundlage.
o Mitwirkung dieser Interessensvertretung bei der Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen, sowie im Planungsstadium.
o Novellierung der Wiener Bauordnung in Hinblick auf behindertengerechtes Bauen und Berücksichtigung der Behinderten im Rahmen der Stadtplanung. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

56 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ilse FORSTER (SPÖ) nahm zu Fragen der Sozialpolitik Stellung und führte vier Grundsätze an, nach denen sich diese Politik richtet und weiterhin richten muß. Jeder Wiener soll in einer Notsituation das Recht auf entsprechende Hilfe haben. Das Beiseiteschieben benachteiligter Menschen durch die Gesellschaft muß verhindert werden. Die Flexibilität in der Sozialhilfe und die Anpassung an die jeweilige Situation und Altersstruktur muß gewahrt bleiben. Und schließlich soll die Motivierung aller Wiener und Wienerinnen zu persönlicher Leistung im sozialen Bereich gelingen.

Forster betonte, daß sich die Arbeit des Sozialamtes nach diesen Kriterien richtet. Das gilt nicht nur für die finanzielle Hilfe, sondern auch für die sozialen Dienste, die für die Menschen zur Verfügung stehen. Als Beispiele für den "Wiener Weg" nannte sie unter anderem die Heimhilfe, die den älteren Menschen auch Kontakt mit der Außenwelt bringt, die Pensionistenklubs, die Pensionistenheime mit ihren vielfältigen Möglichkeiten der Betreuung, die materielle und ideele Hilfe für Arbeitslose, die Flüchtlingshilfe und schließlich die Aktion "Sozialer Bürger". Die Aktion bedeutet die Motivierung zur Hilfestellung zur den Mitmenschen in der unmittelbaren Umgebung. Mit der Aktion "Sozialer Bürger" und den sozialen Stützpunkten besteht die Möglichkeit zu unbürokratischer Hilfe im Notfall für jedermann, sagte Forster. Abschließnd dankte sie allen Mitarbeitern der Sozialdienste für ihre Arbeit im Dienste der Mitmenschen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

57 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER würdigte den sachlichen Verlauf der Diskussion über die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Die Probleme der Jungärzte bereiten natürlich Sorgen. Es besteht Einigkeit darüber, ein Pflegepraktikum einzuführen. Es gibt auch eine Gesetzesvorlage, welche die Einführung der Lehrpraxis vorsieht. Sinnvoll wäre es auch, wenn erfahrene Ärzte, die bereit sind, in ein Entwicklungsland zu gehen, junge Ärzte zur Ausbildung mitnehmen. Das Akademikertraining ist eine Erleichterung, sicher keine Lösung.

Stacher sprach sich dafür aus, bei der Besiedelung des AKH Raumreserven zu schaffen. Die Zusammenarbeit mit der Fakultät ist notwendig. Bei der Planung wurde die Maximalausstattung berücksichtigt, das heißt aber nicht, daß sie auch sofort realisiert wird. Es sei notwendig, sagte Stacher, daß die Ärzte im AKH, die mit der Versorgung der Patienten befaßt sind, dienstrechtlich der Stadt Wien unterstellt werden.

Ein neuer Dachverband für die Behindertenorganisationen soll geschaffen werden, um ein Forum zu bekommen, wo sie alle ihre Wünsche äußern können. Derzeit gibt es 321 Wohnheim-Plätze und 1.326 Tagesheimplätze für Behinderte. Weitere Plätze werden geschaffen. Wir versuchen, für die Behinderten alles zu tun, was möglich ist, betonte Stacher. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

58 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) 18 Prozent des Wiener Budgets entfallen auf das Ressort Gesundheit und Soziales, betonte Dipl.-Kfm. Sigrun SCHLICK (ÖVP). Daher sei es auch wichtig, auf die Mängel und Schwächen in diesem Bereich hinzuweisen, die auf dreißig Seiten des Kontrollamtsberichtes aufgedeckt werden. Konsequenzen werden keine gezogen, lediglich an den Symptomen herumgedoktert.

Zur Medizinerschwemme verwies Schlick auf eine Prognose, nach der 1995 35.000 promovierte Mediziner gegenüber heute 20.000 vorausgesagt wurden. GR. Schlick bekannte sich, zum Grundrecht der freien Berufswahl und zur in österreich üblichen kostenlosen Gesundheitspflege. Wenn es mehr Ärzte gibt, dann sollen diese der Bevölkerung zugute kommen. Skeptisch äußerte sich die Rednerin zur 35-Stunden-Woche im Krankenhaus. "Die menschlichen Beziehungen im Spital werden bei einer weiteren Reduktion der Arbeitszeit verschlechtert." Für die im Herbst geplante Enquete zum Thema 35-Stunden-Woche im Krankenhaus bot die Gemeinderätin die Mitarbeiter der Volkspartei an.

GR. WORM (ÖVP) sprach den Stadträten HOFMANN und STACHER sowie den beteiligten Beamten ihrer Ressorts den Dank für die rasche Hilfe für jene Frau aus, deren Schicksal er am Montag im Gemeinderat geschildert hatte. (Beifall bei allen Fraktionen). (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

59 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Der Kontrollamtsbericht ist dazu da, betonte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), um Mängel in der Verwaltung aufzuzeigen. Die Opposition macht aus den aufgezeigten Mängel mit Vorliege ein Politikum. Jedesmal, wenn in der Verwaltung eine Kleinigkeit nicht funktioniert, sieht dies bei der ÖVP nach einem politischen Skandal aus. Bei 23.000 Mitarbeitern gibt es wahrscheinlich täglich 100, die kleine Fehler begehen. Stacher wünschte sich mehr Verständnis für menschliche Fehlleistungen.

GR. HAHN (ÖVP) erklärte, daß ein Verwalter im AKH Anzeigen unter den Tisch fallen ließ. Es sei bedauerlich, wenn Kleinkriminalität toleriert wird. Außerdem kritisierte Hahn, daß im Zeitalter des Computers die Pflegegebühren noch immer nicht auf EDV umgestellt wurden und daher kein genauer Überblick über die finanzielle Gebarung gegeben ist. Hahn fragte, wie hoch die Forderungen aller Sozialversicherungsträger mit Stand 31. Dezember 1982 sind. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (38)
Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales
=++++

60 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) beklagte, daß durch den Beitrag von GR. Gertrude SCHLICK ein unsachlicher Zug in die Debatte gekommen sei. Zur aufgeworfenen Frage der Humanität im Krankenhaus sagte Dinhof, diese höre für die SPÖ nicht bei der Frage auf, ob es Vorhänge an den Fenstern geben soll oder nicht. Zum Kontrollamtsbericht meinte Dinhof, daß es natürlich die Aufgabe des Kontrollamtes sei, Mängel und Fehler aufzuzeigen, daß man aber immer auch zum Bericht des Kontrollamtes den Bericht der kritisierten Magistratsabteilungen entgegensetzen müsse.

Die Sitzung wurde um 19.45 Uhr unterbrochen und wird morgen, Mittwoch, im Anschluß an die Sitzung des Landtags mit der Debatte über die Geschäftsgruppe "Bauten" fortgesetzt. (Schluß) gab/gg

NNNN

Hatzl: Rascher Bau von U 3 und U 6
Utl.: Oltimer-Tramwayfahrt über den Ring
=++++

21 #Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) In die Zwischenkriegszeit zurückversetzt fühlten sich Dienstag die Teilnehmer einer Tramwayfahrt rund um den Ring in einem Triebwagen aus dem Jahr 1927. Veranstaltet wurde diese Fahrt von den Wiener Verkehrsbetrieben und vom Dorotheum, Anlaß dafür ist die Ausstellung "100 Jahre elektrische Tramway in österreich - 80 Jahre Wiener Elektrische Städtische Straßenbahn", die noch bis 9. Juli im Vestibül des Dorotheums zu besichtigen ist. Als prominenteste Fahrgäste nahmen Verkehrsstadtrat Johann HATZL und Generaldirektor Dkfm. Alfred KARNY vom Dorotheum an der Oldtimerfahrt teil.#

Stadtrat Hatzl bekannte sich bei dieser Gelegenheit zum Vorrang für den öffentlichen Verkehr. Hatzl verwies auf den unverminderten Fahrgastzuwachs bei den öffentlichen Verkehrsmitteln - die sensationellen Steigerungsraten des Vorjahres haben sich auch 1983 fortgesetzt - und bezeichnete ihn als sichtbare Folge des U-Bahn-Baues und weiterer günstiger Maßnahmen der Verkehrsbetriebe, wie etwa der erfolgreichen Tarifreform. Hatzl sprach sich für einen raschen Bau der neuen U-Bahn-Linien U 3 und U 6 aus. "Jetzt gilt es, auch bei den Autofahrern ein größeres Maß an Verständnis für optimale Verkehrslösungen zu Gunsten der Massenverkehrsmittel zu erreichen", sagte Hatzl

Der schienengebundene Verkehr wird auch in Zukunft im Rahmen des öffentlichen Verkehrs Vorrang haben. "Eine Umstellung bestehender Tramwaylinien auf Autobusse ist gegenwärtig nicht beabsichtigt", erklärte Hatzl. Nur im Zusammenhang mit der U-Bahn-Linienführung könne es künftig zur Auflassung von Linien kommen. (Schluß) roh/ap

NNNN

Terminübersicht vom 29. Juni bis 6. Juli (1)
=++++
22 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) In der Woche vom 29. Juni bis 6. Juli fallen im Wiener Rathaus folgende Termine an:

MITTWOCH, 29. JUNI:
8.30 Uhr, Gemeinderätliche Personalkommission
9.00 Uhr, Sitzung des Wiener Landtages mit Schulgesetz, nach der Landtagssitzung werden die Beratungen des Gemeinderats zum Rechnungsabschluß 1982 mit den Geschäftsgruppen "Bauten" und "Umwelt und Bürgerdienst" fortgesetzt. Abstimmung über Rechnungsabschluß 1982.

DONNERSTAG, 30. JUNI:
9.00 Uhr, Debatte des Wiener Gemeinderates über Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke mit Bericht von Stadtrat Johann HATZL, Debatte über Kontrollamtsbericht mit Einleitung von Kontrollausschuß-Vorsitzenden Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL, im Anschluß "normale" Tagesordnung des Gemeinderates.

FREITAG, 1. JULI:
8.00 Uhr, Abschlußfeier für 192 Lehrlinge der Stadt Wien
11.30 Uhr, Eröffnung einer Ferienspielstation im Studio Moliere "Dritte Welt-Station"

SAMSTAG, 2. JULI:
12.45 Uhr, Rundfunksendung des Wiener Bürgermeisters

SONNTAG, 3. JULI:
Beginn des Wiener Ferienspieles. Eine Ankündigung über die ersten Programmpunkte bringt die "RATHAUSKORRESPONDENZ" am Montag, 4. Juli,
14.00 Uhr, Großer Preis der Stadt Wien in der Freudenau
(Forts.) sei/gg

NNNN

Terminübersicht vom 29. Juni bis 6. Juli (2)
=++++
23 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL)

MONTAG, 4. JULI:
10.30 Uhr, Übergabe der Preise der Stadt Wien für Wissenschaft
11.00 Uhr, Pressegespräch Vizebürgermeister Dr. Busek im Cafe Landtmann

DIENSTAG, 5. JULI:
10.00 Uhr, Landesregierung und Stadtsenat
11.30 Uhr, Pressegespräch von Bürgermeister Leopold Gratz im PID
14.00 Uhr, Fachbeirat für Stadtplanung
15.00 Uhr, Übergabe der Preise der Stadt Wien für Literatur, Musik und bildende Kunst
15.30 Uhr, Wohnbauförderungsbeirat

MITTWOCH, 6. JULI:
14.00 Uhr, Hearing über Otto-Wagner-Brücke in der Volkshalle des Wiener Rathauses
19.00 Uhr, Pressekonferenz von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER über aktuelle Fragen des Ressorts (Ort wird noch bekanntgegeben).
(Schluß) sei/gg

NNNN

Fußball-WM in österreich leider undurchführbar
Utl.: Sportstadtrat Franz Mrkvicka nennt dafür Gründe
=++++

27 Wien, 28.6. (RK-SPORT) "Sicherlich gutgemeint, doch Utopie, leider nur ein Wunschdenken." Wiens Sportstadtrat Franz Mrkvicka bezeichnet den Beschlußantrag des FPö-Sprecher Dipl.-Ing. Pawkowicz, als Ausrichter der Fußball-WM im Jahre 1990 aufzutreten, für undurchführbar. Wie Franz Mrkvicka betont, liegt von seiten des internationalen Fußball-Weltverbandes (FIFA) ein umfangreiches Pflichtenheft auf, in dem als einer der wohl wichtigsten Forderung zwischen 12 und 16 Stadien mit einem Fassungsraum von zumindestens 30.000 Zuschauern verlangt werden. "Es wäre schön, wenn sich Wien um eine solche Vergabe bewerben könnte, doch in keinem der bestehenden Stadien in den Bundesländern ist die Voraussetzung der FIFA zu erfüllen."

Der Sportstadtrat hat diesbezüglich auch schon ein erstes Gespräch mit den Verantwortlichen des österreichischen Fußball-Bundes geführt - und in seiner Ansicht bestätigt worden. "Wir werden aber", so Franz Mrkvicka, "alles daransetzen, um nach langer Zeit wieder als Ausrichterr eines Fußbal-Europacupspieles aufzutreten."

Wie aus Kreisen des öFB weiters verlautet, ist auch eine Kandidatiur österreichs als Bewerber einer Fußball-WM in Zusammenarbeit mit angrenzenden Ländern undurchführbar. Das hat FIFA-Präsident HAVELNAGE deutlich zu verstehen gegeben. (Schluß)
hof/ap

NNNN

Rechnungsabschlußdebatte: Bis Mittag "Kultur und Sport" (1)
=++++

28 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat diskutierte Dienstag vormittag in der Rechnungsabschlußdebatte 1982 die Geschäftsgruppe Kultur und Sport. Dabei betonte Stadtrat Franz MRKVICKA (SPö), "Kultur soll für alle erreichbar sein." Durch dezentrale Kulturarbeit, manifestiert durch umfangreiche Bezirksaktivitäten, Grätzelfeste und Kirtage, sollen sich die Menschen an ihrem Wohnort zuhause fühlen. Mrkvicka sprach von einer "Kreativitätsexplosion" in den Wiener Lokalen und wies auf das umfangreiche Theaterangebot Wiens hin. Mit über 40 Bühnen sei Wien die Stadt mit den meisten und bestfrequentierten Theaterplätzen pro Kopf der Bevölkerung in Europa. Das komme nicht von ungefähr, die Stadt habe im vergangenen Jahr eine Theaterförderung von 260 Millionen ausgeschüttet. Für den Bereich Sport kündigte Mrkvicka eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Kultur an: Sportbesucher sollten für die Kultur und die Kulturbesucher für den Sport interessiert werden.

Für die öVP betonte Stadtrat Dr. Jörg MAUTHE, daß sich das Zeitalter der Spezialisten und des Konsumdenkens dem Ende zuneigt. Den Jungen ist Kultur nicht mehr nebensächlich, das ist auch das Grundphänomen der neuen politischen Gruppen. Wir haben heute eine große Chance für den Dialog, so Mauthe, zu einem Pakt zwischen den Generationen. In der Rede von Kulturstadtrat Mrkvicka vermißte Mauthe Aussagen zum Thema Messepalast und zur Otto-Wagner-Brücke.

Für die FPö fordert Gemeiderat Dipl.-Ing. Rainer PAWKOWICZ, eine Bewerbung Wiens für die Fußballweltmeisterschaft 1990 prüfen zu lassen. Man sollte auch Gespräche mit den anderen Bundesländern führen. Pawkowicz kritisierte, daß vor allem die zeitgenössische Architektur kaum mehr unter dem Einfluß der Kulturverwaltung steht. Die Architektur wird offenbar weitgehend den Bauingenieuren überlassen. Das Kulturamt sollte periodisch Architekturpreise vergeben, regte Pawkowicz an. (Forts.) sei/ap

NNNN

Rechnungsabschlußdebatte: Bis Mittag "Kultur und Sport" (2)
=++++

29 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Für die SPö hob Gemeinderat Gertrude STIEHL die Verbesserungen bei den Wiener Festwochen hervor. Die Festwochen sind, so Stiehl, ein Platz geworden, wo sich auch die Avantgarde artikulieren kann. Durch neue Formen, wie der "Szene Wien", werden vor allem junge Menschen für Kultur interessiert. Das System der Subventionsgewährung sollte überprüft werden. Subventionen sollten primär Starthilfe und ein Fangnetz sein, meinte Stiehl. Erfreulich sei, daß ab September bei den Wiener Symphonikern eine Frau mitwirken wird. Stiehl richtete an den ehemaligen Kulturstadtrat einen Wunsch: Minister Zilk möge mithelfen, daß es auch bei den Philharmonikern bald Musikerinnen gibt.

Die Debatte über die Geschäftsgruppe Kultur und Sport wurde nach fast vierstündiger Dauer kurz vor 13 Uhr beendet. Am Nachmittag stehen die Geschäftsgruppen Bildung, Jugend und Familie sowie Gesundheit und Soziales auf der Tagesordnung.
(Schluß) sei/ap

NNNN

Akademikertraining für Jungärzte wird fortgesetzt
Utl.: Trainingskurse haben sich bewährt
=+++++

42 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Das von der Stadt Wien gemeinsam mit dem Bundesministerium für Soziale Verwaltung durchgeführte sogenannte Akademikertraining hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Dies stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Dienstag, gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" neuerlich fest. Anlaß für diese Feststellung war die von Vertretern der in Ausbildung stehenden Ärzte in der österreichischen Ärztevereinigung aufgestellte Forderung nach Ausbau und Weiterführung des Akademikertrainings. Im Rahmen dieses Akademikertrainings der Arbeitsmarktverwaltung werden seitens des Sozialministeriums für jeden in Frage kommenden Arzt sechs Monate lang 5.000 Schilling (einschließlich Sozialversicherung) zur Verfügung gestellt. Die Stadt Wien stellt die damit verbundene Ausbildung, die Organisation und die notwendigen Räume in den Spitälern bereit.

Wie Univ.-Prof. Dr. Stacher erklärte, bietet diese Aktion - deren medizinisches Trainingsprogramm gemeinsam mit der Ärztekammer ausgearbeitet wurde - die Möglichkeit, Jungärzte während der Zeit des Wartens auf eine Ausbildungsstelle in einem Krankenhaus medizinisch weiterzubilden, wobei sie auch sozialversichert sind. Wien wird auch in Zukunft bemüht sein, alles zu tun, um den frisch promovierten Ärzten zu helfen. (Schluß) zi/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 29. Juni 1983 Blatt 1785

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Landtag und Gemeinderat: Zusammenfassung
Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte

Lokal: Beginn der "Fahrten ins Grüne"
(orange)

Nur
über FS: 28.6. Sanitäter als Geburtshelfer
Badner Bahn blockierte Straßenbahnlinien
29.6. LKW blockierte Straßenbahn
3. Welt-Station beim Ferienspiel
Verkehrsunfall im 22. Bezirk
Kinder verursachten Brand in Floridsdorf

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Beginn der "Fahrten ins Grüne"
=++++

3 #Wien, 29.6. (RK-LOKAL) Kommenden Freitag, den 1. Juli, beginnen in Wien wieder die "Fahrten ins Grüne" für ältere Bewohner von grünflächenarmen Bezirken. So wie in den vergangenen Jahren wird diese Ausflugsaktion in den Sommermonaten Juli und August durchgeführt. Im Vorjahr nahmen daran nahezu 30.000 Wienerinnen und Wiener teil.#

Durch diese Aktion erhalten betagte Wienerinnen und Wiener der Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Gelegenheit, einen kostenlosen Halbtagsausflug in die nähere Umgebung Wiens unternehmen zu können. Die Ausflugsziele, die von den Autobussen angefahren werden, befinden sich in einem Umkreis von 30 bis 40 Kilometer rund um Wien und garantieren ein abwechslungsreiches Ausflugsprogramm. Pensionisten und Dauersozialhilfebezieher dieser Bezirke können allerdings nur dann daran teilnehmen, wenn sie vor Antritt der Fahrt im Sozialreferat ihres Bezirkes eine Teilnehmerkarte lösen. Die bereits in den Vorjahren ausgestellten Teilnehmerkarten haben auch heuer ihre Gültigkeit.

Die Abfahrtsstellen befinden sich in:

1, Schwertgasse, Ecke Wipplingerstraße
4, Favoritenstraße 18 (Amtshaus)
5, Redergasse (Rückseite des Amtshauses)
6, Amerlingstraße 11 (Amtshaus)
7, Hermanngasse 24 (Amtshaus)
8, Schlesingerplatz 4 (Amtshaus)
9, Währinger Straße 43 (Amtshaus)

Die Teilnahme an diesen Fahrten ist kostenlos, die Stadt Wien übernimmt die Kosten. (Schluß) zi/gg

NNNN

Landtag und Gemeinderat: Zusammenfassung (1)
=++++

7 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Am Mittwoch begannen die Beratungen mit einer Fragestunde des Landtages. Noch am Dienstag debattierte der Wiener Gemeinderat am Nachmittag die Geschäftsgruppen "Bildung, Jugend und Familie" sowie "Gesundheit und Soziales". Die Debatte dauerte am Dienstag insgesamt von 9 bis 19.45 Uhr. Es meldeten sich 35 Redner zu Wort, drei Redner stellte die FPÖ, 15 die ÖVP und 17 die SPÖ. Sechs Gemeinderäte traten erstmals ans Rednerpult. Bei der SPÖ hielten die Gemeinderäte Johann WIMMER, Ilse FORSTER, Erika STUBENVOLL und Dr. Michael HÄUPL ihre "Jungfernrede", für die ÖVP die Gemeinderäte Mag. Eva PETRIK und Univ.-Prof. Dr. Otto WAGNER.

Zwtl.: Bildung, Jugend und Familie

Die Ereignisse um das Jugendzentrum Gassergasse dominierten aus aktuellem Anlaß die Debatte in dieser Geschäftsgruppe. Zuvor gab jedoch Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER einen umfassenden Bericht über die im Jahr 1982 erzielten Leistungen in ihrem Ressort. Sie betonte, daß im Zeitalter der Elektronik es eine geradzu überlebenswichtige Aufgabe wäre, für Aktivierung und maximale Bildung als lebenslangen Prozeß der Orientierungsfähigkeit zu sorgen. Dazu zählen die laufenden Veränderungen im Wiener Schulwesen, aber auch die vielfältigen Angebote in der Jugend- und Erwachsenenarbeit. Drei Millionen Besucher nahmen 1982 die Freizeitangebote der Geschäftsgruppe in Anspruch - ein erfreulicher Tendenzanstieg, so Fröhlich-Sandner. In der Jugend- und Familienpolitik konnte das Platzangebot in den Kindergärten gesichert werden, Krippenplätze und die Anzahl der Tagesmütter wurden vermehrt, die Beratung und die Hilfe für die Familien ausgeweitet. Immer weniger Kinder müssen in Heimen untergebracht, immer mehr Kinder können in einen Familienverband bei Pflegeeltern eingegliedert werden. (Forts.)
sei/gg

NNNN

Landtag und Gemeinderat: Zusammenfassung (2)
=++++

8 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Gassergasse betonte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß die Stadt Wien Jugendlichen, deren Möglichkeiten zur Selbstfindung eingeschränkt sind, besondere Aufmerksamkeiten geschenkt habe. Es hat sich jedoch bewahrheitet, daß dann, wenn von den Jugendlichen das Gespräch nicht mehr gesucht wird, nur mehr die Gewalt bleibt.

Für die ÖVP ist die Schließung der "Gassergasse" das tragische Ende einer verfehlten Jugendpolitik, erklärte Gemeinderat Dr. Marilies FLEMMING. Man habe dort keinen Konsens mit der Bevölkerung erzielt und man habe die Jugendlichen in eine feindliche Umgebung hineingestoßen. Statt Geld hätten die Jugendlichen Zuwendung benötigt.

Für die FPÖ erklärte Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL, daß das Experiment "Gassergasse" an der Intoleranz jener Elemente gescheitert sei, die wahrscheinlich durch die westdeutsche Anarchoszene gesteuert wurden. Es soll weiter Gespräche mit alternativen Gruppen geben, künftig müßte man jedoch freie Gruppierungen vor Unterwanderungen und vor Umfunktionierungen schützen.

Für die SPÖ meinte Gemeinderat Dr. Michael HÄUPL, er sei enttäuscht, daß dieses Experiment in einer "Nacht der Gewalt" sein Ende gefunden hat. Die "Gassergasse" war immer ein Ort voll der Widersprüchlichkeiten und leider habe es dort Leute gegeben, die die Konfrontation statt des Dialoges gesucht haben. Die Idee der autonomen Jugendzentren ist damit jedoch nicht tot, die SPÖ wird sich dafür auch in Zukunft einsetzen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Landtag und Gemeinderat: Zusammenfassung (3)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

9 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In den Abendstunden des Dienstags wurde über die Geschäftsgruppe "Gesundheit und Soziales" debattiert. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER meinte, daß die Humanisierung der Krankenhäuser und der verständliche Wunsch nach einer Kostensenkung an und für sich zwei diametral entgegengesetzte Zielsetzungen sind. In Wien beschreite man einen möglichst guten durchführbaren Mittelweg zwischen diesen beiden Polen. So konnte im Jahr 1982 die Verweildauer in den städtischen Spitälern von 12,79 auf 12,4 Tage reduziert werden. In den beiden Psychiatrischen Krankenhäusern ging die Anzahl der Pflegetage um fast zehn Prozent zurück und hier schlägt sich die erfolgreiche psychiatrische Reform zu Buche.

Für die ÖVP forderte Gemeinderat Univ.-Prof. Dr. Otto WAGNER die Aufstellung eines Mängelkataloges im Gesundheitswesen. Bei den Spitälern wurde der Zielplan aus dem Jahr 1975 nie voll realisiert, kritisierte Wagner, ein neuer Zielplan wäre dringend notwendig. Der Baubeginn für das Krankenhaus Ost wird immer wieder hinausgeschoben. Es sei bedauerlich, daß hier ein Streit zwischen den Gebietskörperschaften auf dem Rücken der Bürger ausgetragen wird.

Für die FPÖ forderte Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL verstärkte Bemühungen um die Behinderten und neue Wege zur Ausbildung der Jungärzte. Man müsse einen Behindertenbeirat einführen und den Nachholbedarf im Bereich der Bauordnung aber auch des Arbeitsmarktes zum Vorteil der Behinderten raschest beheben.

Für die SPÖ strich Gemeinderat Anton WINDHAB die Rationalisierung in den Wiener Spitälern hervor. Lediglich sechs Prozent des Personals sind dort in der Verwaltung tätig. Die Wiener Psychiatriereform werde, so Windhab, in aller Welt bewundert und steht auch in Wien außer Streit. Die Einrichtung der Versorgungsstationen und der Übergangsheime hat eine volle Rehabilitation der Pfleglinge ermöglicht. (Schluß) sei/gg

NNNN

Wiener Landtag: Zusammenfassung (1)
=++++

29 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Rathaus stand Mittwoch im Zeichen einer Landtagssitzung. Nach einer Fragestunde um 9 Uhr debattierten die Abgeordneten bis 14 Uhr über eine Novelle zum Wiener Schulgesetz und über eine dringliche Anfrage der ÖVP zum Umweltschutz in Wien. Die Novelle zum Schulgesetz sieht die Errichtung der "Neuen Hauptschule" ohne einen ersten und zweiten Klassenzug vor. Ab dem Schuljahr 1985/86 wird nur in Deutsch, Mathematik und in den lebenden Fremdsprachen nach Leistungsgruppen unterrichtet, während in allen anderen Fächern die Schüler gemeinsam unterrichtet werden. Die 3. Novelle zum Wiener Schulgesetz wurde auf Antrag von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER einstimmig beschlossen.

Zwtl.: Umweltdebatte

Ausführlich wurde die dringliche Anfrage der ÖVP debattiert. Nach Ansicht der ÖVP sollte ein unabhängiger Umweltschutzanwalt und ein Umweltschutzgesetz ausgearbeitet werden. Der zuständige Umweltstadtrat Peter SCHIEDER erklärte, daß in der Umweltschutzabteilung, der Magistratsabteilung 22, ausreichende Kontrolleinrichtungen und Rechtsmittel vorhanden sind. Um die Durchsetzungsmöglichkeiten der Magistratsabteilung 22 zu verbessern, wird ein Umweltveto eingeführt. Der von der ÖVP geforderte Umweltanwalt sei nach der derzeitigen Rechtslage gar nicht möglich. Zum Umweltkontrollamt meinte Schieder, auch hier habe die MA 22 derzeit bereits größere Kompetenzen. Ein umfassendes Wiener Umweltschutzgesetz würde wegen der verfassungsrechtlichen Kompetenzlage kläglich ausfallen. Schieder warf der ÖVP vor, mit der dringlichen Anfrage einen politischen Gag landen zu wollen. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Landtag: Zusammenfassung (2)
=++++
30 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Rechnungsabschlußdebatte wäre Mittwoch nachmittag, so Schieder, sowieso der Umweltbereich zur Debatte gestanden. Die Vorverlegung dieser Debatte in den Wiener Landtag geschah offensichtlich aus medienpolitischen Überlegungen. Schieder: "Offensichtlich wollte die öVP noch vor Redaktionsschluß der Zeitungen mit dieser Debatte hineinschlüpfen.".

Für die öVP warf LAbg. ARTHOLD Stadtrat Schieder vor, im Umweltbereich in der Vergangenheit seine Kompetenzen vernachlässigt zu haben. Man werde daher Schieder auch für die Zukunft keinen Vertrauensvorschuß geben. Die Bürger haben ein Rekcht, so Arthold, Lösungen im Umweltbereich zu erhalten und nicht mit der Ausrede abgespeist zu werden, daß die rechtlichen Kompetenzen nicht gegeben seien.

LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ meinte für die FPö, die dringliche Anfrage der öVP beinhalte wesentliche Forderungen der Freiheitlichen und wesentliche Forderungen, die die breite öffentlichkeit an die Stadtverwaltung stellt. Die Stadt Wien müsse den Anspruch des Menschen auf eine menschenwürdige Umwelt verwirklichen und man müsse, so Pawkowicz, in Umweltfragen viel mehr Information und Aufklärung betreiben.

Der sozialistische LAbg. OUTOLNY warf der öVP vor, daß für sie das Instrument der dringlichen Anfrage ein beliebtes Spielzeug geworden ist. Man habe die von der öVP heute aufgeworfenen Fragen bereits ausführlich im Umweltausschuß behandelt. Die Wiener öVP befindet sich auch in einem Widerspruch mit dem Wirtschaftsflügel in ihrer Partei. Outolny: "Der Wiener Handelskammerpräsident Ing. Dittrich habe größte Bedenken gegen Umweltverträglichkeitsprüfungen. Er sei besorgt über die Behinderungen der Wirtschaft durch grüne Höfe - mit einem Wort, viele was die "Busek-öVP" verlangt, wird von der Handelskammer abgelehnt."
(Schluß) sei/ko

NNNN

Wiener Landtag (1)
Utl.: Fragestunde
=++++

4 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Hubert PFOCH trat der Wiener Landtag am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPö), welche Vorschläge er der Polizei machen werde, um die Mißstände bei der Zuteilung von Autokennzeichen zu beenden, antwortete Landeshauptmann GRATZ, daß er hier nur seine persönliche Meinung sagen könne, da diese Frage nicht in seine Kompetenz falle. Er habe überlegt, ob dreistellige Kennzeichen in Zukunft nur für Dienstautos vergeben werden sollten. Vielleicht könnte die Zuteilung von Autokennzeichen auch einmal durch einen Computer nach dem Zufallsprinzip erfolgen. Auf die ERSTE ZUSATZFRGE, ob er sich vorstellen könne, daß die dreistelligen Kennzeichen nur für Dienstnutzfahrzeuge wie z. B. Müllwagen vergeben werden, antwortete Gratz, daß dies überlegenswert sei. Allerdings hätten die niedrigen Kennzeichen für Repräsentationsfahrzeuge auch einen erzieherischen Aspekt im Sinne der Verkehrsdisziplin. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er es für vorstellbar halte, daß Politiker nur noch sechstellige Kennzeichen benützen, sagte Gratz, er halte dies durchaus für vorstellbar. Er werde die Anfrage jedenfalls zum Anlaß nehmen, mit dem zuständigen Bundesminister zu sprechen um dieses an sich unbedeutende, aber leidige und eigentlich entwürdigende Problem zu lösen. (Forts.)
ger/ko

Wiener Landtag (2)
Utl.: Fragestunde
=++++

5 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (öVP), inwieweit es mit dem Wahlrecht vereinbar sei, daß Personen aus der Wählerevidenz gestrichen wurden, ohne darüber informiert zu werden, antwortete StR. Friederike SEIDL, daß die Wählerevidenz von der Gemeinde Wien nach den gesetzlichen Bestimmungen geführt werde, wobei auch die Verständigungsverpflichtung für ganz bestimmte Fälle gesetzlich genau geregelt sei. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sie veranlassen werde, daß bei amtswegigen Streichungen aus der Wählerevidenz eine Verständigung als Bürgerdienst erfolgt, sagte Seidl, daß im Normalfall die Streichung bei einer Abmeldung unter Angabe eines neuen Wohnsitzes erfolgt. Die zweite Möglichkeit ist die Abmeldung ohne Angabe eines neuen Wohnsitzes, und schließlich gibt es noch die Streichung von amtswegen durch die Polizei. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Behörden nicht eine Bürgerhilfe leisten sollten, sagte Seidl, daß sie eine eigene Verständigung in jedem Fall nicht für sinnvoll und praktikabel halte, aber durchaus gesprächsbereit sei. Sie betonte, daß selbstverständlich kein Wert darauf gelegt werde, irgendeinem Wiener sein Wahlrecht zu nehmen. (Forts.) ger/gg

Wiener Landtag (3)
Utl.: Fragestunde
=++++

6 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. Dr. KRASSER (öVP), wann der Entwurf eines neuen Wiener Sicherheitsgesetzes dem Landtag vorgelegt wird, gab Stadtrat Friederike SEIDL einen überblick der bisherigen gesetzlichen Situation. Nach der Aussetzung des Landstreicherparagraphen hat sich aufgrund der neuen Prostitutionsform, nämlich der Wohnungsprostitution, gezeigt, daß die alte Verordnung nicht mehr ausreichend sei. Eine Neuregelung dieser sehr sensiblen Materie soll im Ausschuß beraten werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sie bereit wäre, die Materie der Wohnungsprostitution vorzuziehen, sagte SEIDL, daß sie sich das durchaus vorstellen könne. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sie persönlich für ein Verbot der Wohnungsprostitution sei, erwiderte Stadtrat Seidl klipp und klar "Ja".

Auf die VIERTE ANFRAGE des LAbg. KREMNITZER (SPö), ob in der Novelle zum Wiener Fischereigesetz die Möglichkeit einer Tageskarte für Wienbesucher vorgesehen sei, sagte Stadtrat Seidl, daß derzeit ein Entwurf zur Novelle ausgearbeitet wird. Danach ist eine Gastkarte fürs Wochenende vorgesehen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob auch Kinder solche Tagesgastkarten bekommen können, betonte Seidl, daß derzeit Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr keine Möglichkeit zum Fischen in Wien haben. Nach der Novelle sollen Kinder ab dem 7. Lebensjahr unter Aufsicht von berechtigten Erwachsenen Fischen können. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann die Novelle dem Landtag zugeleitet wird, sagte Seidl, im nächsten Frühjahr oder Sommer sei damit zu rechnen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)
Utl.: Fragestunde
=++++

10 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), ob sie dem Wiener Landtag den Entwurf eines landwirtschaftlichen Grundverkehrsgesetzes, das eine Zweckentfremdung landwirtschaftlich genutzter Flächen unterbinden solle, vorlegen werde, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPÖ), diese Frage sei auf gleichlautende Anfragen der FPÖ bereits geprüft worden und man habe keine diesbezüglichen Initiativen gesetzt. Es gebe Bedenken, weil durch ein solches Gesetz unüberblickbare Hindernisse für die weitere Stadtentwicklung entstünden. Wien sei außerdem fast lückenlos vom Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erfaßt, der ausreiche, zweckwidrige Nutzungen zu verhindern. Es bestehe daher keine Absicht, ein solches Gesetz einzubringen. Noch dazu bestünden verfassungsrechtliche Bedenken dagegen. Sie glaube auch nicht, sagte Seidl auf eine diesbezügliche ZUSATZFRAGE, daß in landwirtschaftliches Grundverkehrsgesetz Spekulationen verhndern könnte.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. HOLUB (SPÖ), wann der Knoten Nußdorf/Nordbrücke fertiggestellt und der Bevölkerung zur Benützung übergeben werden könnte, antwortete StR. RAUTNER (SPÖ), falls keine unvorhergesehenen Hindernisse eintreten würden, sei die übergabe dieses Kotens mit Ausnahme der Rampe 600, der Verbindung zwischen Nordbrücke und B 14, für 27. August 1983 vorgesehen. Nach der Freigabe wären noch Arbeiten am Ortsstraßennetz, an den Gehsteigen und Grünflächen durchzuführen, die den Verkehrsfluß aber nicht beeinträchtigen würden. Mit der endgültigen Fertigstellung der Verkehrsknotens ist im Sommer 1984 zu rechnen. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Landtag (5)
Utl.: Fragestunde
=++++

11 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. HAAS (SPö), wann die Flughafenautobahn für den Verkehr freigegeben wird, antwortete Stadtrat RAUTNER (SPö), daß die Verkehrsfreigabe der A 4 für den 27. Juli 1983 festgesetzt ist. Da während der Sommerzeit der Verkehr geringer ist, ist zu erwarten, daß die Umstellung reibungslos vorsich geht.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Verkehrsverbesserung mit der Freigabe verbunden sind, sagte Rautner, daß vor allem die Wohngebiete der Simmeringer Hauptstraße und der Kaiserebersdorfer Straße vom Durchzugsverkehr entlastet werden. Mit der A 4 steht eine Schnellverbindung vom Stadtzentrum zum Flughafen Schwechat und zur öMV zur Verfügung.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. HAHN (öVP) nach dem Stand der Sonderrücklage der Wohnbauförderung mit 31. Mai 1983, antwortete StR.HOFMANN, die Sonderrücklage betrage 1.844 Millionen. Davon sind 1.785 Millionen für Neuprojekte abrufbereit.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Wohnungen auf eine Zusicherung warten, erklärte Hofmann, er habe noch vor der Sommerpause eine Wohnbauförderungs-Beiratssitzung einberufen. Die bewilligten Projekte sollen rasch gefördert werden. Hahn habe bewußt den Stichtag 31. Mai gewählt, weil zu diesem Zeitpunkt eine Auszahlung des Bundes an das Land Wien erfolgte und dadurch die Rücklage besonders hoch ist.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wieviele Wohnungen derzeit vom Beirat bewilligt sind und wielange das älteste Projekt auf Zusicherung wartet, antwortete StR. Hofmann, er sei nicht in der Lage, sofort eine Antwort zu geben, die Beantwortung wird schriftlich erfolgen. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Landtag (6)
Utl.: Fragestunde
=++++

12 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Ing. RIEDLER (SPö) nach dem Stand der Planungen im Zusammenhang mit dem Schienenverbundprojekt nahm StR. HOFMANN (SPö) folgendermaßen Stellung: Das Schienenverbundprojekt umfaßt die Vorortelinie Penzing - Heiligenstadt, die Flughafen-S-Bahn Rennweg - Stadtgrenze, die U 3 Erdberg - Vorortelinie und die U 6 Siebenhirten - Friedensbrücke mit der späteren Verlängerungsmöglichkeit Richtung Floridsdorf. Die beiden ersten Linien werden von den ÖBB in Abstimmung mit der Stadt Wien geplant und gebaut. Seitens der Stadt Wien waren nur Begleitplanungen durchzuführen, die bereits 1982 beendet waren. Zur U 3 ist die generelle Planung für die Planungsabschnitte Landstraße und Volkstheater abgeschlossen, für Erdberg und Mitte steht die generelle Planung kurz vor Abschluß. Für den Planungsabschnitt Mariahilf liegt eine Variantenuntersuchung vor. Ein Antrag um grundsätzliche Trassengenehmigung ist im Laufen. Bei der U 6 ist die generelle Planung für Meidling abgeschlossen, die Ausschreibungs- und Detailplanungen sind weit fortgeschritten. Eine Ausnahme bildet die Wiental-Querung, zu der am 6. Juli ein Hearing einberufen wird.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob nach diesem Hearing bald Entscheidungen getroffen werden, sagte Hofmann, er hoffe auf einen möglichst umfassenden Konsens. Die Vorarbeiten sind soweit geleistet, daß hier mit dem U-Bahn-Bau möglichst rasch begonnen werden könnte. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Landtag (7)
Utl.: Dringliche Anfrage und Anträge
=++++

13 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde setzte der Wiener Landtag seine Sitzung mit der Tagesordnung fort. Die öVP brachte eine dringliche Anfrage ein, in der umfassende Maßnahmen für den Umweltschutz in Wien gefordert werden. Und zwar ein unabhängiger Umweltschutzanwalt, ein Umweltkontrollamt, ein Wiener Umweltschutzgesetz und ein Wiener Abfallbeseitigungsgesetz. Die mündliche Begründung der Anfrage und die Debatte werden vor Schluß der öffentlichen Sitzung des Landtages stattfinden.

Folgende Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen: Ein Antrag der SPö, die geförderten Wohnbauträger durch ein Gremium von Fachbeamten zu kontrollieren, ein Antrag der öVP, eine Bestimmung im Beamtendienstrecht zu ändern, daß Invaliden der Kuraufenthalt auf den Sonderurlaub zugerechnet wird, ein Antrag der öVP auf volles Einschaurecht des Kontrollamtes bei Wohnbauträgern und schließlich Anträge der SPö auf Änderung des Anzeigenabgabengesetzes, sowie auf die autentische Interpretation des Gefrorenensteuergesetzes und des Getränkesteuergesetzes.

Zwtl.: Mitglieder des Landessportrates

Als Mitglieder des Landessportrates wurden die Abgeordneten der SPö, FREINBERGER und VEJTISEK, seitens der öVP, der Abgeordnete ARTHOLD gewählt. Zu Stellvertretern wurden die Abgeordneten BRAUN und WIMMER (beide SPö) sowie Dr. NEUBERT (öVP) gewählt. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (8)
Utl.: Wiener Schulgesetz
=++++

14 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRöHLICH-SANDNER beantragte die dritte Novelle zum Wiener Schulgesetz. Das neue Landesgesetz sieht die Einrichtung der "neuen Hauptschule" vor, in der in Zukunft nicht mehr erste und zweite Klassenzüge geführt werden sollen. Jeder Schulstufe soll eine Klasse entsprechen, lediglich in den Gegenständen Deutsch, Mathematik und lebende Fremdsprache werden die Schüler in Leistungsgruppen unterrichtet. Die neue Hauptschule soll mit Beginn des Schuljahres 1985/86 eingeführt werden. Weiters sieht die Gesetzesnovelle vor, den Schulversuch Vorschulklasse ab dem Schuljahr 1983/84 in das Regelschulwesen zu übertragen um die Klassenschülerhöchstzahl weiter zu senken. (Forts.) gab/ap

Wiener Landtag (9)
Utl.: Wiener Schulgesetz
=++++

15 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Vor einem Jahr wurde im Nationalrat die siebente Schulorganisationsgesetznovelle geschlossen, sagte LAbg. HELMER (öVP). Durch die Bemühungen der öVP sind darin wesentliche Verbesserungen verankert. Nun hat eine echte innere Schulreform zu folgen. In den Bundesländern, in denen die öVP die Verantwortung trägt, wurden Initiativen bereits gesetzt. Die Schule muß mehr sein als bloß Unterricht und Notengebung. Die äußere Reform allein ist deshalb zuwenig. Die Distanz zwischen Schule und Elternhaus muß abgebaut werden. Diese Zusammenarbeit kann allerdings nicht durch Gesetze erwirkt werden. Die einzelne Schule muß mehr Eigenverantwortung erhalten, denn, so Helmer, wie sollen die Schüler selbstständig werden, wenn sie täglich enge Grenzen sehen? Durch mehr Partnerschaft und neue Methoden soll eine bessere Bildung erreicht werden. Was in den Schulversuchen experimentiert wurde, muß nun in Ruhe reifen können. Die heutige Gesetzesvorlage enthält vieles, was die Schule menschlicher macht. Helmer nannte als Beispiel die Leistungsgruppen in der neuen Hauptschule, deren anfängliche organisatorischen Probleme sicher bewältigt werden können. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Landtag (10)
Utl.: Wiener Schulgesetz
=++++

16 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) LAbg. STEINBACH (SPÖ) bezeichnete es als erfreulich, daß sich die Schulversuche in Theorie und Praxis bewährt haben und nun in das Regelschulwesen übernommen werden können. Wien ist im Bereich der Vorschulklassen beispielgebend für die anderen Bundesländer. Auch der Fremdsprachenunterricht in der 3. und 4. Volksschulklasse hat sich bewährt. Als besonders erfreulich wertete der Abgeordnete die Senkung der Klassenschülerzahlen in den öffentlichen Volksschulen. Waren noch im Schuljahr 1970/71 im Durchschnitt 32,7 Schüler pro Schulklassen zu unterrichten, so liegt die Durchschnittszahl im soeben zuendegehenden Schuljahr bei 24,7. Einen Schwerpunkt bilden auch die Berufsschulen. Jeder zweite Wiener Jugendliche besucht eine Berufsschule. Die Leistungsgruppen sind nun auch in den Berufsschulen möglich. Zur Frage der Integrierten Gesamtschule war der Redner der ÖVP vor, diese zu diskriminieren. Positiv wertete Steinbach die neue Hauptschule, in der der zweite Klassenzug abgeschafft und die Leistungsgruppen eingeführt werden. Die betroffenen Hauptschullehrer wurden für die neue Regelung gut vorbereitet. Die Novelle zum Schulgesetz ist ein Fortschritt.

LAbg. Dr. PETRIK (ÖVP) wies die Argumentation, innere Differenzierung bedeute Abteilungsunterricht, als falsch zurück. Jeder gute Lehrer, ob bewußt oder unbewußt, macht diese innere Differenzierung im Unterricht, weil er den Kindern mehr Chancen und Möglichkeiten geben kann. Bei den Schulversuchen ging es darum, die Hauptschule zu verbessern. Eine Zustimmung der Volkspartei zur Integrierten Gesamtschule sei nicht zu erwarten.

Vbgm. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER freute sich darüber, daß sich die Debattenredner grundsätzlich zur Novelle bekannten. Im Schulbereich wurde ein Umdenken erreicht. Es geht darum, die Schule so zu gestalten, daß sie human und angstfrei ist.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Landtag (11)
Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz
=++++

17 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In einer dringlichen Anfrage forderten die ÖVP-Abgeordneten ARTHOLD, Dr. HAWLIK und Dr. MAYR Maßnahmen für einen umfassenden Umweltschutz in Wien. Im einzelnen:
1. Die Einrichtung eines unabhängigen Umweltschutzanwaltes in Wien, der unabhängig vom Magistrat ist und in allen Fragen des Umweltschutzes Parteistellung hat;
2. die Einrichtung eines Umweltkontrollamtes, das analog dem bereits bestehenden Sicherheitskontrollamt Prüfungen z. B. auf dem Gebiet der Energie, Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen auf ihre Umweltauswirkungen vornimmt;
3. die Ausarbeitung eines umfassenden Wiener Umweltschutzgesetzes, indem insbesondere die Bekämpfung der Luftverschmutzung, die Bekämpfung des Lärms, die Müll- und Abfallbeseitigung, die Pflege der Gewässer und der Schutz der biologischen Umwelt geregelt sind sowie
4. die Ausarbeitung eines modernen Wiener Abfallbeseitigungsgesetzes.
(Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Landtag (12)
Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz
=++++

18 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER (SPö) nahm zu den einzelnen Punkten der dringlichen Anfrage Stellung: Ein Umweltanwalt sei in der von der öVP geforderten Form aufgrund der geltenden Rechtslage nicht möglich. Auch sei der Bedarf nicht vorhanden, da es bereits eine zuständige Behörde gebe, nämlich die Magistratsabteilung 22 "Umweltschutz". Im Rahmen dieser Behörde gebe es auch ausreichend Kontrolleinrichtungen und Rechtsmittel. Allerdings sei es notwendig, der Umweltschutzabteilung verstärkte Durchsetzungsmöglichkeit zu geben. Deshalb werde jetzt auch das "Umweltveto" eingeführt. Dieses Veto werde viel mehr Möglichkeiten und auch mehr Transparenz bringen, als die Einführung eines Umweltanwaltes, stellte Schieder fest.

auch ein Umweltkontrollamt sei wegen der mit größeren Kompetenzen ausgestatteten Umweltabteilung nicht notwendig, sagte Schieder. Das bestehende Kontrollamt nehme auch im Umweltbereich diese Funktion bereits wahr. Ein umfassendes Wiener Umweltschutzgesetz würde aufgrund der verfassungsrechtlichen Kompetenzlage kläglich ausfallen. Wo es auf dem Gebiet des Umweltschutzes Landeskompetenzen gebe, seien im wesentlichen bereits ausreichende gesetzliche Regelungen vorhanden. Auf dem Gebiet der Luftverschmutzung ist es die Wiener Luftreinhaltenovelle. Weiters gibt es hier gezielt Maßnahmen durch die Stadtwerke, die den Schadstoffgehalt der Wiener Luft in zehn Jahren auf ein Drittel des heutigen Wertes senken werden. Die Lärmbekämpfung ist in weiten Sachen Bundessache, in Wien gibt es das Baulärmgesetz 1973. Die Müllbeseitigung wird durch das Wiener Müllabfuhrgesetz geregelt, das derzeit novelliert wird. Auf Bundesebene wurde kürzlich vom Nationalrat das Sonderabfallgesetz beschlossen. In der Sonderabfallbeseitigung setzt Wien große Bemühungen, die nicht honoriert werden, weil sie noch nicht perfekt funktionieren, während in anderen Bundesländern überhaupt nichts in dieser Richtung getan wird. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Landtag (13)
Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz
=++++

19 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gewässerschutz sei im Rahmen des Wasserrechtes ausschließlich Bundessache, betonte SCHIEDER, während auf dem Gebiet der Pflege und des Schutzes der biologischen Umwelt teilweise Bund und teilweise Land zuständig seien. Seitens des Landes Wien gibt es hier unter anderem das Naturschutz-, Baumschutz- und Feldschutzgesetz. Das Naturschutzgesetz wird derzeit verbessert und gestrafft. Auf dem Gebiet des Schutzes der biologischen Umwelt sei Wien als Großstadt beispielgebend, obwohl in anderen Bundesländern Maßnahmen auf diesem Gebiet viel leichter und billiger durchzuführen wären.

Die Abfallbeseitigung wird in Wien durch das Müllabfuhrgesetz geregelt, sagte Schieder zur Forderung nach einem modernen Abfallbeseitigungsgesetz. Dieses Gesetz werde, wie bereits gesagt, derzeit novelliert.

Abschließend verlangte Schieder Zeit zur Lösung der Probleme. Er könne nicht wenige Tage nach seinem Amtsantritt Patentrezepte anbieten,. das wäre politische Scharlatanerie. Die dringliche Anfrage der ÖVP bezeichnete Schieder in diesem Zusammenhang als politischen Gag, vor allem, da im Rahmen der Rechnungsabschlußdebatte die Diskussion über den Umweltbereich ohnehin für heute nachmittag angesetzt sei. Offensichtlich wollte man mit der Erörterung zu diesem Zeitpunkt noch "vor Redaktionsschluß hineinschlüpfen". Angesichts der Dringlichkeit der Umweltschutzprobleme sollte man sich jetzt nach den Wahlen, zusammensetzen, und politisches "Hick-Hack" vermeiden. (Forts.)
roh/jh

NNNN

Wiener Landtag (14)
Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz
=++++

20 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Gesamtgesetz zum Umweltschutz forderte LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö). Diesem Gesetz sollen zwei Thesen zugrunde liegen: 1. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine menschenwürdige Umwelt, die Gemeinde hat die Aufgabe, diesen Anspruch zu verwirklichen. 2. Umweltschutz beginnt bei der Aufklärung, es müßte daher die Information zum Umweltschutz verstärkt werden. Das umfassende Gesetz soll unter anderem stärkere Bestimmungen gegen die Luftverschmutzung beinhalten. Es soll ferner Lärmschutzbestimmungen und ein Wasserhaushaltsgesetz enthalten. Ebenso muß das Müllproblem gesetzlich in den Griff zu bekommen sein. Pawkowicz verlangte ein Abfallwirtschaftsgesetz zur Unterbindung wilder Deponien mit Verordnungen über den Sondermüll und mit einem Anzeigerecht der Besitzer von Sondermülldeponien.

Die dringliche Anfrage der öVP beinhaltet wesentliche Forderungen der Freiheitlichen und wesentliche Forderungen, die die breite öffentlichkeit an die Stadtverwaltung stellt. Er wisse aus Erfahrung, daß Anfragen auch Erfolg haben. In einer Anfrage hatte die FPö gefordert, daß die Bevölkerung regelmäßig über den Schadstoffgehalt der Luft informiert werden soll. Dieser Vorschlag wird nun verwirklicht. Bereits 1981 haben die Freiheitlichen ein Vetorecht für den Umweltstadtrat verlangt. Auch diese Forderung wurde erfüllt. Pawkowicz gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß von dem Vetorecht auch tatsächlich Gebrauch gemacht wird. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Landtag (15)
Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz
=++++

21 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) LAbg. ARTHOLD warf StR. SCHIEDER vor, im Umweltbereich in den vergangenen fünf Jahren seine Kompetenzen vernachlässigt zu haben. Daher bestehe auch kein Anlaß, Schieder für die Zkunft einen Vertrauensvorschuß zu geben. Die Bürger haben ein Recht, so Arthold, Lösungen im Umweltbereich zu erhalten und nicht mit der Ausrede abgespeist zu erden, daß die rechtlichen Kompetenzen nicht gegeben seien. Kennzeicnend sei, daß das angekündigte Vetorecht für den Umweltstadtrat in der Regierungserklärung des Bürgermeisters nicht mehr aufscheine, obwohl die Wiener Situation mit Kraftwerken ohne entsprechende Filter, mit einer Verschlechterung der Müllbeseitigung, mit Grundwasser- und Lärmproblemen belastet sei. Das von Schieder angekündigte "Umweltparlament" würde lediglich eine Ventilfunktion für die Bürger haben, sagte Arthold, während der von der öVP geforderte "Umweltanwalt" eine Hilfestellung für viele Einzelprobleme bedeuten würde. Weiters könnte das ebenfalls von der öVP geforderte "Umweltkontrollamt" Großprojekte begleitend kontrollieren und schon bei der Flächenwidmung eingreifen. Das geforderte "Umweltschutzgesetz" würde schließlich eine zusammenhängende Lösung für alle Umweltschutzprobleme möglich machen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Landtag (16)
Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz
=++++

22 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Für die öVP ist offenbar grundsätzlich alles, was es in Wien gibt, ein "Dreck" sagte LAbg. OUTOLY (SPö). Tagtäglich sind wir im weltweiten Maßstab mit gravierendsten Umweltproblemen konfrontiert. Wir können froh sein, in einer Stadt zu leben, in der es doch etwas anders ist. Der öVP warf Outolny massive Profilierungssucht und "Nestbeschmutzung" vor. Das Instrument der dringlichen Anfrage ist ihr beliebtestes Spielzeug geworden. Alles, was Inhalt der Anfrage ist, wurde bereits in der Vergangenheit im zuständigen Ausschuß behandelt.

Die Forderungen der "Busek-öVP" befinden sich im Widerspruch mit den Aussagen des Handelskammerpräsidenten und öVP-Abgeordneten DITTRICH. Dieser habe, so Outolny, größte Bedenken gegen Umweltverträglichkeitsprüfungen erhoben, sei besorgt über die Behinderungen der Wirtschaft durch grüne Höfe, verlange eine konsequente Durchführung des Hafenausbaukonzeptes, den Ausbau von Straßen und Stadtautobahnen sowie mehr Möglichkeiten für LKWs im Stadtgebiet und bezeichnete Beschleunigungsprogramme für öffentliche Verkehrsmittel als Behinderung der Wirtschaft.

In Wien gibt es heute mehr Wald- und Wiesengürtel als von 10 Jahren, mehr öffentliche Parkanlagen, mehr Kleingärten und mehr Naherholungsanlagen. Wir haben eine gesicherte Wasserversorgung, während manche niederösterreichische Gemeinden mit dem Waserwagen versorgt werden. Daß die Dritte Wiener Wasserleitung nicht wirksam wird, ist die Schuld der in Niederösterreich verantwortlichen öVP-Politiker, sagte Outolny.

Es gibt eine Reihe großer Umweltprobleme, über die man ernsthaft diskutieren sollte, etwa die Frage der Sonderabfallbeseitigung oder der Einweggebinde. Wir müssen versuchen, Umweltprobleme nicht in erster Linie durch nachträgliche Reparaturen, sondern durch vorsorgende Maßnahmen in den Griff zu bekommen, schloß Outolny. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Landtag (17)
Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz
=++++

23 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die SPö nimmt das Problem nicht ernst, sagte LAbg. Dr. HAWLIK (öVP). Für die Volkspartei sei die Frage so ernst, daß sie eine dringliche Anfrage eingebracht hat. Der Wienerwald ist bedroht. In dieser Situation kann man sich nicht auf Kompetenzen ausreden. Auch die öffentlichkeit muß mit den Fragen des "Sauren Regen" konfrontiert werden. Die öVP habe eine Aktion mit Baumschleifen gestartet, die von der SPö unterbunden worden sei.

An kurz- und langfristigen Maßnahmen schlug Dr. Hawlik eine Dokumentation über den Ist-Zustand des Wienerwaldes vor, weiters müßten Maßnahmen getroffen werden, die den "Sauren Regen" verhindern, und zwar im eigenen Bereich. Durch entsprechende Ausrüstung der Wiener Kraftwerke und durch die Senkung des Bleigehaltes im Benzin könne einiges erreicht werden.

Josef SCHÖFFEL hat im 19. Jahrhundert den Wienerwald vor dem Abholzen gerettet. Bürgermeister Dr. Karl LUEGER hat dieses für Wien wichtige Luftreservoir erhalten, wir sind beiden heute dankbar. Und wir stehen auch heute vor der Frage, wie wir den Wienerwald retten können, betonte Hawlik. (Forts.) fk/gg

Wiener Landtag (18)
Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz
=++++

25 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die öVP habe aus einer so wichtigen Sache wie dem Umweltschutz reine Parteitaktik gemacht, sagte LAbg. Dr. HÄUPL (SPö). Das Umweltveto werde nicht nur ein taugliches Instrument zur Sanierung bestehender Schäden sein, sondern auch der prophylaktischen Umweltpolitik dienen.

Der saure Regen mache auch ihm als Biologen größte Sorgen, erklärte Dr. Häupl. Neben dem Schwefeldioxyd seien auch Schwermetalle und Salze von Bedeutung. Hier gelte es, die Quellen zu finden. Die Stadt Wien hat auf diesem Sektor eine Reihe von Aktivitäten gesetzt: So enthält das Energiekonzept der Stadtwerke Maßnahmen zur Senkung des SO2-Gehaltes. Das hohe Ausmaß der Luftverschmutzung durch die Autos wird durch eine klare Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs bekämpft. Die Umweltverschmutzung durch Salz wurde mit der Einstellung der Salzstreuung vermindert.

Während die SPö Maßnahmen gesetzt habe, habe sich die öVP darauf beschränkt, Schleifen um Bäume zu binden und mit dem Umweltschutz Parteitaktik zu betrieben. Die dringliche Anfrage der öVP sei kein guter Dienst an einer gemeinsamen Lösung der Umweltprobleme, stellte Dr. Häupl abschließend fest. (Forts.) roh/ap

Wiener Landtag (19)
Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz
=++++

26 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Umweltschutzprobleme sind eine Existenzfrage für die Großstadt, die dringend zu lösen ist, betonte LAbg. Mag. KAUER (öVP). Man kann es sich nicht so einfach machen und von einem taktischen Manöver zur Unzeit sprechen. Er verstehe die Proteste gegen die dringliche Anfrage nicht. Stadtrat SCHIEDER habe sich mit der Anfrage kaum inhaltlich beschäftigt, sondern vor allem zu dem formalen Bereich der Dringlichkeit Stellung genommen. Ein Umweltanwalt werde im übrigen nicht nur von der öVP, sondern auch von der jungen SPö gefordert. Der öVP geht es nicht nur um die Dringlichkeit, sondern um ein wesentliches Anliegen: Eine unabhängige Instanz zu schaffen, die den Bürgern zur Seite steht und die Parteienstellung hat. Die SPö sollte wenigstens den Versuch unternehmen, einen Beauftragten in Sachen Umweltschutz einzusetzen. Schieder könne sich nicht immer auf die MA 22 ausreden. Es ergeben sich rechtliche Probleme, wenn eine Magistratsabteilung prüfende und zugleich ausführende Instanz sein soll. Der Umweltschutz ist ein dringendes Problem. Die Dringlichkeit der Anfrage ist daher berechtigt. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Landtag (20)
Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz
=++++

27 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) wies auf die Berechtigung einer dringlichen Anfrage in einer Sache hin, die für die jetzige und noch mehr die kommende Generation von größter Bedeutung sei. Zum Argument von Stadtrat SCHIEDER, er sei zu kurzfristig mit den Wünschen nach verschiedenen Konzepten im Umweltbereich konfrontiert worden, sagte Hampel-Fuchs, daß die öVP etwa bereits im September 1982 einen Antrag im Bezug auf die Müllproblematik gestellt habe, der von Schieder nach fünfeinhalb Monaten endlich beantwortet worden sei.

Schieder habe sich dann für ein neues Müllkonzept ausgesprochen, das bis heute nicht vorliege. Weiters sagte Hampel-Fuchs, sie frage sich, wann Schieder erstmals sein Umweltveto einsetzen werde: bei der EBS, die täglich Giftschlamm in den Donaukanal leere, bei den Kraftwerken Simmering oder bei anderen umweltschädigenden Tatbeständen. Das Vertrauen der Bevölkerung sei erschüttert, so Hampel-Fuchs. Es müsse endlich etwas geschehn, um die Umwelt zu sanieren. (Forts.) gab/ap

Wiener Landtag (21)
Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz
=++++

28 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Beantwortung der dringlichen Anfrage meldete sich Stadtrat SCHIEDER zu Wort. Auf die einzelnen Fragen antwortete er:

1. (Umweltschutzanwalt): Nein, weil durch das Umweltveto eine bessere Wirkung erzielt wird.
2. (Umweltkontrollamt): Nein, weil eine bessere Regelung getroffen wird.
3. (Umweltschutzgesetz): Teilweise geschieht dies bereits, teilweise ist es verfassungsmäßig nicht möglich.
4. (Abfallbeseitigungsgesetz): Dort, wo dies verfassungsmäßig möglich ist, ist der Auftrag bereits erteilt.

Der Umweltschutz ist eine große Aufgabe, betonte Schieder. Wir müssen und wollen sehr viel tun. Umweltschutz ist mehr als eine Anfrage im Landtag. Er erfordert konkrete Arbeit und konkrete Maßnahmen, braucht Mut, Entschlossenheit, Durchsetzungsvermögen und die Kraft der ganzen Stadt. Er sei überzeugt, schloß Schieder, daß der Wiener Landtag auch weiterhin diese Aufgabe unterstützen werde.
ENDE DES SITZUNGSBERICHTES/LANDTAG
(Schluß) ger/ko

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Debatte Bauten
=++++

31 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Kurz nach 14 Uhr wurde die Sitzung des Gemeinderates zur Debatte über den Rechnungsabschluß 1982 unter dem Vorsitz von GR. Margarete TISCHLER (SPÖ) wieder aufgenommen.

Stadtrat RAUTNER (SPÖ) zog eine Bilanz über die Arbeiten jener Magistratsabteilungen, die in der neuen Geschäftsgruppe "Bauten" zusammengefaßt sind. Im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens wurden Neubauten und Adaptierungen in zahlreichen Wiener Krankenanstalten durchgeführt. Das Pflegeheim im SMZ-Ost mit 405 Betten konnte eröffnet werden. Für den Bereich des Kultur-, Schul- und Sportwesens wurden Erhaltungsarbeiten an zahlreichen Schulgebäuden durchgeführt. Drei neue Schulgebäude konnten errichtet werden. Im Bereich der Denkmalpflege konnten die Restaurierungsarbeiten an der Pestsäule abgeschlossen werden. Stadtrat Rautner verwies darauf, daß in Wien 2.672 Kilometer öffentlicher Straßen zu verwalten und zu erhalten sind. Die befestigte Fläche beträgt rund 33,5 Millionen Quadratmeter.

Die Ansicht der ÖVP, daß der Bau der Brigittenauer Brücke unnötig gewesen sei, wies der Stadtrat scharf zurück.

Großes Augenmerk wurde auf den Bereich des Energiesparens gelegt. "Hier wird still und leise, aber mit großer Effizienz gearbeitet". Die neugebildete Energiekommission wird Vorschläge zum Energiesparen durch Optimierung der Heizanlagen und des Wärmeschutzes von Gebäuden erstellen, das Fernwärmenetz soll ausgebaut werden.

Schwerpunkte im Bereich der Verkehrsorganisation waren die Einführung von verkehrsberuhigten Zonen und Wohnstraßen in fast allen Bezirken sowie Beschleunigungsmaßnahmen für Straßenbahn- und Autobuslinien. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Debatte Bauten
=++++

32 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Großen Einsatz für die Bediensteten erforderte die Wartung der insgesamt 780 Verkehrslichtsignal- und 96 Blinklichtanlagen.

Diese Bilanz, so StR. Rautner, ist ein Erfolg des Zusammenarbeitens von Stadtsenat, Gemeinderat und Beamtenschaft. "Ich bin bereit, Positives durchzuführen, bin aber genauso bereit, Alternativen miteinzubeziehen. Und in ehrlicher Absicht versichere ich der Opposition meine Gesprächsbereitschaft. Und ich habe die ehrliche Absicht, über jedes Problem zu diskutieren." (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Debatte Bauten
=++++

33 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PAWKOWICZ (FPö) erklärte, daß der Wechsel im Bauressort in eine Zeit zweier signifikanter Probleme falle. Einerseits die wirtschaftliche Situation - im Vorjahr gingen die Aufträge privater Auftraggeber am Bausektor um 10,9 Prozent zurück, was allerdings teilweise durch vermehrte Aufträge der öffentlichen Hand aufgefangen wurde, und die Beschäftigtenzahl sank in Wien um 6,5 Prozent. Es werde Aufgabe des neuen Bautenstadtrates sein, hier Initiativen zu setzen und in allen Bereichen der Verwaltung die Bauwirtschaft anzukurbeln, sagte Pawkowicz.

Andererseits bringe die dramatische Verschlechterung der Umwelt und die immer größer werdende Empfindlichkeit der Bevölkerung in Umweltfragen den Bautenstadtrat in eine Konfliktsituation. Er werde bei der Verwirklichung neuer Projekte sehr vorsichtig abzuwägen haben. Solche Projekte werden heute viel genauer auf ihre Notwendigkeit geprüft als bisher.

Abschließend bezeichnete Pawkowicz die Erhaltung einer gesunden Umwelt als in jedem Fall übergeordneten Wertmaßstab und versprach Stadtrat Rautner seitens seiner Partei die gewünschte Zusammenarbeit. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Debatte Bauten
=++++

35 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Das Gewerbe braucht keine Subventionen und keinen Notgroschen, sondern Chancengleichheit und echten Wettbewerb, erklärte GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP). In den Jahren 1975 bis 1981 sind trotz permanenter Steigerung des Bauvolumens 28.500 Arbeitsplätze im Baugewerbe verlorengegangen. Das sind 27 Prozent der in der Verstaatlichten Industrie Beschäftigten. Die Ursachen dafür liegen in der Forcierung der Industriebetriebe und der Großprojekte. Dabei sei erwiesen, so Mandahus, daß in der Altstadterhaltung mehr Menschen Beschäftigung finden als im Straßenbau.

Im 19. Bezirk gab es 1982 52 Unternehmen mit Gewerberechtigung. Davon haben nur noch 27 Personal, 15 haben einen Personalstand zwischen einem und zehn Beschäftigten. Einige Jahre davor waren im 19. Bezirk bedeutende Baufirmen etabliert.

Das Baugewerbe kann bei der Lösung der Lehrlingsfrage wesentlich mehr mithelfen als die Bauindustrie. 1980 war im Gewerbe jeder 14. Dienstnehmer ein Lehrling. In der Industrie war nur jeder 106. ein Lehrling.

Mandahus kritisierte die freihändige Vergabe der Großprojekte an Großfirmen. Großunternehmen haben dabei im Schatten einer Bank kaum ein Risiko. Der kleine Gewerbetrieb hat gegen solche Vergabepraxen keine Chance. Der Auftragsstand der WIBEBA bedeckt derzeit einen Jahresumsatz plus 3 Monate. Im Gewerbe weiß man oft nicht, ob man im nächsten Monat den Mitarbeiter noch bezahlen kann. Eine Hoffnung für das Gewerbe sieht Ing. Mandahus in der Stadtreparatur. Allerdings wird die forcierte Stadterneuerung eine Verwaltungsvereinfachung erfordern. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Debatte Bauten
=++++

36 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHIEL (SPö) befaßte sich mit der Arbeit der MA 34, die für Elektro-, Gas- und Wasseranlagen zuständig ist. Schiel betonte, daß das Funktionieren der Haustechnik als Selbstverständlichkeit angesehen wird und natürlich auch eine solche sein soll. Trotzdem müsse man bedenken, wieviel Arbeit und Verantwortung hinter diesem Funktionieren stecke. Mit 260 hochqualifizierten Mitarbeitern sorgt die MA 34 für die Installierung und Wartung von Rohren und Kabeln in Spitälern, bei der U-Bahn, im kommunalen Wohnbau und bei zahlreichen anderen Bauten. 1982 wurden mit einem Volumen von 830 Millionen Schilling auch Arbeitsplätze in zahlreichen Gewerbebetrieben und in der Industrie gesichert. Im Bereich Umwelt und Freizeit leistete die MA 34 - etwa mit den Bewässerungsanlagen auf der Donauinsel, mit den Installationen in neuen Hallenbädern, wie in der Donaustadt und in der Brigittenau, aber auch bei Renovierungsarbeiten im Amalienbad - Grundlegendes zum Funktionieren dieser Einrichtungen. Von der Rolltreppe in der U-Bahn-Station bis zum Ärzteruf im Spital, vom Operationssaal bis zur Fernsehantenne und zum Blitzableiter im Gemeindebau erstreckt sich der Arbeitsbereich der MA 34, die damit wsentlich zum Funktionieren unserer Stadt beiträgt. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Debatte Bauten
=++++

37 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Es gibt eine Reihe von Straßenbauten, für deren rasche Realisierung die öVP eintritt, erklärte GR. Dr. Peter MAYR (öVP). Dazu gehören die Donauuferautobahn (wobei hier ein kritischer Punkt bei der Alten Donau ist), die Umfahrung Wiens (A 21) zwischen Vösendorf und Kaiserebersdorf (aber ohne Fortsetzung über die Donau), der Knoten Nußdorf, die Uraniabrücke und die Sanierung der Wagramer Straße. Für die Tunnels im Wiental und am Gürtel gibt es verschiedene technische Möglichkeiten. Eine Tieflage ist im Prinzip sicher sinnvoll, die Frage ist jedoch, ob sie finanzierbar ist. Wir werden jedenfalls, betonte Mayr, im Auge behalten, ob das, was vor den Wahlen versprochen wurde, auch eingehalten wird. Die öVP ist gegen den Ausbau des Flötzersteigs, der B 222 als Vorortеschnellstraße, der A 24 in der geplanten Trasse nach Hirschstetten und der B 225 in Hochlage über Simmering.

Beim Straßenbau gibt es eine Reihe von Problemen, die wir in den Griff bekommen müssen, so den Lärm, die Abgase, den Baumschutz, die Trennwirkung und Unfallgefahr für die Fußgänger sowie die Verdrängung der sozialen Funktion der Straße. Mayr stellte den ANTRAG, analog der Förderungsaktion des Bundes zum Einbau von Lärmschutzfenstern an Bundesstraßen eine eigene Aktion der Stadt Wien für Gemeindestraßen zu schaffen. Den "Modetrend", Verkehrsberuhigung durch komplizierte Einbahnregelungen anzustreben, bezeichnete Mayr aus Umweltgründen als problematisch, weil dadurch die gefahrenen Wegstrecken länger werden. Bäume brauchen genügend Fläche. Durch Schutzwege, Fußgängerampeln und rigorose Überwachung soll die Unfallgefahr vor allem für Fußgänger herabgesetzt werden. Anzustreben ist eine Rückgewinnung von Straßenflächen für Fußgänger, Radfahrer und Schanigärten. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Debatte Bauten
=++++

38 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) meinte zum Debattenbeitrag seines Vorredners Dr. MAYR (ÖVP), daß zwischen seiner Aussage und der von Vizebürgermeister Dr. BUSEK bezüglich der geplanten Untertunnelung des Südgürtels eine Diskrepanz bestehe. Busek hat sich ganz offen für die Absiedlung der Bevölkerung ausgesprochen. Es sei bedauerlich, wenn die Aussage eines Spitzenmandatares im Nachhinein interpretiert werden muß. Die Forderung nach der Absiedlung der Bevölkerung wies GR. Riedler scharf zurück. "Die Autos und nicht die Menschen sollen entfernt werden." Außerdem urgierte GR. Riedler das Ergebnis der von der ÖVP durchgeführten Befragung der Wohnbevölkerung am Südgürtel. Aus einer von der SPÖ in Auftrag gegebenen Untersuchung geht hervor, daß die Menschen nicht abgesiedelt werden wollen.

In einer Replik stellte GR. Dr. MAYR (ÖVP) fest, es sei Tatsache, daß der Süd- und der Westgürtel die meist befahrenen Straßen österreichs sind, wobei der Südgürtel weniger belastet ist als der Westgürtel. Im Wahlkampf sei plötzlich die Untertunnelung groß herausgebracht worden. Und im Verkehrskonzept wird von der Möglichkeit einer Absiedlung der Bevölkerung am Westgürtel gesprochen. Was für den Westgürtel gilt, müßte daher auch für den Südgürtel Gültigkeit haben. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Debatte Bauten
=++++

39 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) erklärte zur Uraniabrücke, der Bau habe sich verzögert, da berechtigte Wünsche der Bevölkerung noch in Rechnung gezogen werden mußten. Zur Frage der Abgase meinte Hengelmüller, österreich habe die strengsten Abgasbestimmungen für Kraftfahrzeuge in ganz Europa. Das zeige, wie sehr die Lebensqualität im Vordergrund stehe. Hengelmüller kritisierte die Haltung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft zum Problem des LKW-Verkehrs in Wien. Im 2. Bezirk seien ganze Straßenzüge durch ausländische Lkws verparkt. Das bedeute eine große Belästigung für die Bevölkerung. Ein Lkw-Halteverbot wird von der Kammer aber regelmäßig beeinsprucht.

Hengelmüller verwies auf das Verkehrskonzept, das Verkehrssicherheit, Entlastung der Wohngebiete, Ausbau der Fußgängerzonen und Radwege sowie den Ausbau der Park-and-Ride-Bereiche anstrebe. Die für die Verkehrsorganisation zuständige Magistratsabteilung 46 habe auf diesem Gebiet hervorragende Arbeit geleistet. So sei zum Beispiel die geplante EDV-überwachung des Straßenverkehrs im Hinblick auf die fast 600.000 Kraftfahrzeuge in Wien besonders wichtig. Als Beispiel für eine gelungene Verkehrsorganisation nannte Hengelmüller den Praterstern, wo es die erste computergesteuerte Ampelanlage Wiens gibt, die sich automatisch der Verkehrssituation anpaßt. Außerdem verwies Hengelmüller auf die Praterstraße, die eine vorbildliche Lösung für die Begrünung einer Straße darstelle. Die MA 46 habe die ihr übertragenen Aufgaben bezüglich Sicherheit und Umweltschutz bestmöglich gelöst, sagte Hengelmüller abschließend. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Debatte Bauten
=++++

40 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. RAUTNER nahm zu einigen seiner Vorredner Stellung. Wien sei das einzige Bundesland österreichs, das im vergangenen Winter einen Rückgang der Arbeitslosenrate aufwies. Die Erhaltung der Beschäftigung bezeichnete Rautner als einen der wichtigsten Beiträge zur Erhaltung der Demokratie.

Zur raschen Durchführung der kommenden Großbauvorhaben sagte Rautner, eine Planungs- und Koordinationsphase sei notwendig, man werde aber die Arbeiten möglichst rasch in Angriff nehmen.

Es sehe keinen Widerspruch zwischen Umweltschutz und Bauen und sei auch kein "Betonierer", stellte Rautner fest, auch wenn manche Zeitungen ihn so bezeichneten. Er werde im Gegenteil die Belange des Umweltschutzes sehr genau im Auge behalten und sei sehr froh über die zusätzlichen Kompetenzen der Umweltschutzabteilung, die alle Projekte noch überprüfen werde.

Beim Konferenzzentrum geht ein Großteil der Aufträge in Klein- und Mittelbetriebe. Zur Bevorzugung gemeindeeigener Firmen bei der Auftragsvergabe durch die Stadt Wien sagte Rautner, er halte das für eine Selbstverständlichkeit. Die "Vision 2000" bezeichnete Rautner als Wirklichkeit - Wien stehe als Großstadt im internationalen Vergleich von der Lebensqualität her an der Spitze. Abschließend versprach Rautner für seine zukünftige Arbeit Diskussionsbereitschaft. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Debatte Bauten
=++++

41 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In einer zweiten Wortmeldung nahm GR. MANDAHUS (öVP) zu den Ausführungen von StR. RAUTNER Stellung. Mandahus betonte dabei, er habe nicht für sich selbst gesprochen, sondern für 95.000 Beschäftigte im österreichischen Baugewerbe. Zum Vorwurf, er habe keinen Betriebsrat in seiner Firma, sagte Mandahus, das sei der Fall, weil die bei ihm Beschäftigten mit der Führung der Firma zufrieden seien. Im übrigen lade er StR. Rautner ein, sich den Betrieb anzuschauen. Grundgedanke seiner Ausführungen sei es jedoch gewesen, Vorschläge zur Stadterneuerung zu machen, die mehr Arbeitsplätze mit gleichem finanziellem Aufwand garantieren. Schließlich sagte Mandahus, er könne keine freie Marktwirtschaft sehen, wenn Bankenbetriebe ohne Wettbewerb Milliardenprojekte von ihren Banken zugeschanzt erhalten.

StR. Rautner, der sich ebenfalls nochmals zu Wort meldete, sagte, er nehme das Angebot an, den Betrieb von Ing. Mandahus zu besichtigen. Es müsse ihm jedoch unbenommen bleiben, Dinge auszusprechen, die ihm unrichtig erscheinen. Er gebe auch zu, daß das Baugewerbe die Hauptlast der Lehrlingsausbildung übernehme. Die Gewerkschaft habe aus diesem Grund jedoch die Einführung einer Lehrlingsumlage durchgesetzt, um einen Ausgleich zu schaffen. Abschließend sagte Rautner, er könne nach allen Ausführungen der öVP nicht begreifen, warum diese Partei im Parlament der Altstadtmilliarde nicht zugestimmt habe. Denn gerade dies sei eine klassische Maßnahme für die Klein- und Mittelbetriebe gewesen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Debatte Bauten
=++++

42 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Der Anteil der öffentlichen Aufträge an der Bauproduktion ist im Bereich der Adaptierungen von 20 Prozent im Jahr 1978 auf über 30 Prozent seit 1980 gestiegen, sagte GR. SWOBODA (SPö). Der Rückgang der Beschäftigten im Hoch- und Tiefbau ist im öffentlichen Bereich geringer als im Durchschnitt. Im Adaptierungsbereich ist die Beschäftigtenzahl aber seit 1978 um 52 Prozent gestiegen. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst
++++

43 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Über Umweltfragen wurde heute bereits im Landtag sehr ausführlich diskutiert, sagte StR. SCHIEDER einleitend zur Debatte "Umwelt und Bürgerdienst". Er könne sich deshalb in seiner Einleitung sehr kurz halten. Es wurde alles unternommen, um die Zielsetzung zu verwirklichen, eine gesunde Umwelt zu erhalten und die Umwelt dort, wo sie nicht gesund ist, zu verbessern. Schieder wies darauf hin, daß die für den Luftsektor erarbeiteten Prognosemodelle international richtungsweisend sind.

Das Grün in der Stadt stand im Vordergrund der Arbeit des Stadtgartenamtes. Schieder erwähnte das Alleenprogramm, die Innenhofaktion, den Baumtausch und die Erhaltung der Parkanlagen. Die Freigabe der Rasenflächen hat sich bestens bewährt. In vielen Parkanlagen wurden, oft in Diskussion mit den Anrainern, Verbesserungen durchgeführt.

Das Bäderprogramm wurde zügig fortgesetzt. Das Hallenbad im 20. Bezirk wurde termingerecht fertig, das Hallenbad im 22. Bezirk vor kurzem durch einen Sommerbadebereich ergänzt, und die Arbeiten am Hallenbad in der Großfeldsiedlung verlaufen termingerecht.

Der Bau der Donauinsel schreitet zügig voran. Die Insel und die Neue Donau sind zu einem wirklichen Hit geworden und haben eine positive Entwicklung bewirkt. Mehr Menschen verbringen heute ihre Freizeit in Wien.

Die Aufgaben in den Quellenschutzforsten standen im Mittelpunkt der Arbeiten des Forstamtes. In Wien waren es die Lobau und der Lainzer Tiergarten. Neue Wanderwege wurden angelegt. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst
=++++

44 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Der Presse- und Informationsdienst war bemüht, alle Aufgaben, die zur Information der öffentlichkeit notwendig sind, zu erfüllen, sagte Schieder. In Kampagnen wurde versucht, der öffentlichkeit zu zeigen, welche Möglichkeiten bestehen und was mit dem Geld der Stadt geschieht. Die Rücksendequoten bei Postwurfsendungen beweisen, daß man auf dem richtigen Weg ist. Der Informations- und Werbeagenturcharakter des PID soll weiter ausgebaut werden.

Die Feuerwehr ist gut ausgestattet, die Wiener wissen, was sie an ihr haben. In Liesing wurde eine neue Hauptfeuerwache in Betrieb genommen. Im nächsten Jahr wird die Nachrichtenzentrale in Angriff genommen.

Die schwierige Aufgabe, die Ver- und Entsorgung einer Millionenstadt zu bewältigen, wird oft nicht gewürdigt. Oft ernten wir Kritik dafür, daß wir etwas tun, während über die Untätigkeit anderer der Mantel des Schweigens gebreitet wird. Selbstverständlich ist aber in der Zukunft noch viel zu tun, betonte Schieder. Auf die Wasserversorgung kann Wien stolz sein. In der Luftreinhaltenovelle werden wir die Verordnungsermächtigung extensiv auslegen und Grenzwerte nicht nur für flüssige Brennstoffe, sondern auch für die Abgase fester Heizstoffe aus Feuerstätten festlegen. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst
=++++

46 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß wesentliche Punkte des Kapitels bereits am Vormittag im Landtag behandelt worden seien. Er halte es aber grundsätzlich für richtig, daß sich die Umweltschutz nicht auf die Behebung von Schäden zu beschränken hat. über die Umweltpflege müsse man weiter zu einer geplanten Umweltvorsorge kommen. "Die Politiker haben die nötigen Weichenstellungen vorzunehmen, jeder Bürger darf erwarten, daß sich die Mandatare Gedanken über die Zukunft machen."

Positiv stellte sich der Redner zur Donauinsel. Sie ist auch international gesehen ein gutes Naherholungsgebiet. Aus dem ursprünglichen technischen Projekt hat sich ein Objekt mit hohem Freizeitwert entwickelt.

Im Bereich der Entsorgung klappt es allerdings nicht. Das Rinter Projekt, für das sich die FPÖ ursprünglich begeistert hat, ist leder gescheitert. Ein Müllkonzept ist versprochen und muß bald vorliegen. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst
=++++

47 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) "Die Hauptkläranlage funktioniert nicht, sie kann nicht funktionieren, denn sie ist eine Fehlkonstruktion. Ich habe Respekt vor Stadtrat SCHIEDER, daß er das einbekannt hat", betonte GR. Ing. WORM (ÖVP). Eine Kläranlage, die stinkt, die funktioniert nicht, und daß sie stinkt, hat Stadtrat Schieder bestätigt. Denn die Kläranlage produziert keinen Frischschlamm, sondern erzeugt Faulschlamm, der nicht so wie geplant, in der EBS verbrannt werden kann.

Ausführlich befaßte sich Worm mit der Geschichte der beiden Bauwerke HKA und EBS. Der Schlammvertrag, der zwischen der MA 30 und der EBS abgeschlossen wurde, basiere auf falschen Daten. Es sei eine Fehlentscheidung gewesen, daß die EBS von der MA 30 übernommen wurde. Und auch nach der Erkenntnis, daß weder die Entsorgungsbetriebe Simmering noch die Hauptkläranlage funktioniere, sind weiter Fehler gemacht worden. Das Ergebnis aus alldem: Die Mahltrockner versagten, die Kläranlage versagt, ein Drittel der zu klärenden Abwässer wird ungeklärt an der Hauptkläranlage vorbei in die Donau geleitet. Jetzt muß um rund 250 Millionen ein weiterer Sanierungsanlauf versucht werden. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst
=++++

48 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) berichtigte den von seinem Vorredner genannten Prozentsatz des in den Donaukanal geleiteten Schlammes - es würden maximal fünf Prozent abgeleitet und die Vertragswerte damit nie überschritten.

Die Stadt Wien hat bei der übernahme der EBS einige Probleme geerbt, so Eder. Als privater Betrieb hat die EBS zahlreiche langfristige Verträge abgeschlossen und im Sinne eines guten Geschäftserfolges jeden Sondermüll übernommen. Die Stadt Wien fand bei der übernahme große Mengen nicht verwertbarer Abfälle in den Lagern, die in zusätzlicher Arbeit abgebaut werden mußten.

Es müsse Aufgabe einer zukunftsorientierten Politik sein, neue Wege und Technologien zu finden, stellte GR Eder fest. Die Sondermüllbeseitigungsanlage der EBS sei nach dem letzten technischen Stand errichtet und schließe eine Gefährdung der Umwelt aus.

Zusammenfaßend betonte GR. Eder, daß Hauptkläranlage und EBS im Sinne eines aktiven Umweltschutzes nur positive Auswirkungen haben könnten. (Forts.) roh/ap

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst
=++++

49 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte, daß die Wiener Kläranlage zum Unterschied von anderen Anlagen in Europa nach wie vor stinke. Auch die Aufbereitungsanlage bei der Sondermüllverbrennungsanlage funktioniere nicht. Zum angekündigten Vetorecht von Stadtrat Schieder sagte Arthold, es sei die Frage, wie und wann dieses funktionieren solle. Wichtig wäre es, auf die die Umwelt faktisch gestaltenden Gechäftsgruppen, die mit Planen, Wohnen und Straßenbau befaßt sind, Einfluß zu nehmen.

Initiativen forderte Arthold auch für das Wiener Kanalsystem, zu dessen Sanierung 16 Milliarden Schilling nötig seien. Als weitere Sorgenkinder bezeichnete Arthold die Wasserversorgung, den Zustand der Wiener Wassergerinne und die Pflege der kleineren Parkanlagen.

Das Wiener Bäderkonzept nannte Arthold einen Aktivposten im Umweltbereich, obwohl hier Sorge wegen der Abnahme der Gästezahlen in den Sommerbädern bestehe. Er wisse, daß dies auch an der zunehmenden Attraktivität der Donauinsel liege, hier müsse jedoch vor hygienischen Problemen gewarnt werden.

Zur MA 53 sagte Arthold, daß die Aufgabe, die Leistungen der Stadt zu verkaufen, nicht kostspieliger sein sollte als die verkaufte Ware selbst, wie etwa bei der Aktion "Ganz Wien trägt Grün". Vielmehr sollten die Leistungen der Stadt Wien von selbst sichtbar sein. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst
=++++

51 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Von der grundsätzlichen Idee, die hinter dem Rinter-Objekt stand, bin ich nach wie vor begeistert, sagte GR. FREINBERGER (SPö). Es wird sehr genau geprüft, inwieweit sie sich verwirklichen läßt.

1973 habe sich die öVP wegen des "Sauriers" Donauinsel aus der Koalition zurückgezogen.

Wiens Umwelt ist im Vergleich zu fast allen Großstädten Europas in Ordnung. Der öVP warf Freinberger vor, mit verschiedenen Maßstäben zu messen. Während in Niederösterreich die Landesregierung die Bürger und Besucher auffordert, die Umwelt in Ordnung zu halten, fordert die öVP dies in Wien von der Stadtverwaltung.

Im vergangenen Jahr wurde von der städtischen Müllabfuhr die gewaltige Menge von 513.000 Tonnen Müll eingesammelt. Im Vergleich zu anderen Städten und Ländern wird dieser Müllberg in Wien relativ problemlos beseitigt.

Die ständige Zunahme der Verkehrsdichte erfordert eine Intensivierung der händischen Straßenreinigung.

Neue Teile der Donauinsel wurden freigegeben. Das im Vorjahr eröffnete Hallenbad Donaustadt wurde in der Vorwoche durch eine Wasserrutsche mit dem Freibad verbunden.

Der Stadt Wien steht seit Jahrzehnten qualitativ hochwertiges Wasser zur Verfügung, betonte Freinberger abschließend. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

52 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) "Mir gefallen bunte und gescheite Reden" sagte StR. SCHIEDER, "aber auf den zweiten Blick sind mir beim Debattenbeitrag von GR. WORM Zweifel gekommen. Ich habe Sorge, daß zwischen Ornamenten die Herabsetzung von Mitarbeitern versteckt ist. Mit blumengeschmückter Guillotine Mitarbeiter zu köpfen, die sich bemühen, ist mir zu einfach."

Zur Kritik meinte Schieder, es stehe außer Zweifel, daß die Wassergüte der Donau unterhalb von Wien sich seit Inbetriebnahme der HKA verbessert hat. "Die Budapester sind froh darüber, weil sie aus der Donau ihr Trinkwasser filtrieren." Außerdem glaube er, daß bei der Kritik Reinigungsgrad und Schlammgehalt verwechselt wurden.

StR. Schieder bekräftigte, daß er das Umwelt-Veto sehr ernst nehme und daß es wirksam sein werde. Am Beispiel der Donauinsel zeigt sich, was manchesmal von Kritik zu halten ist." "Es gab einige, die damals dagegen waren. Jetzt sind auch die Kritiker von damals dafür". (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Schlußwort Stadtrat Mayr/Rechnungsabschluß mit SPÖ-Stimmen angenommen
=++++

53 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß der Rechnungsabschluß vom 8. bis zum 22. Juni zur öffentlichen Einsicht aufgelegen sei. Es wurde davon jedoch kein Gebrauch gemacht.

Mayr bedankte sich für die durchgeführte Diskussion. Er erklärte, daß die Frage der direkten Demokratie oft angeschnitten wurde. Mayr warnte in diesem Zusammenhang zur Vorsicht, daß bei Volksbegehren oder Bürgerinitiativen nicht nur jene zu Wort kämen, die sich am besten artikulieren können. Die bestehende Form der repräsentativen Demokratie mit ihren heutigen Parteien, die einen echten Querschnitt durch die Bevölkerung bilden, sei die beste Staatsform, die es gibt, sagte Mayr. Er verstehe deshalb nicht, warum sich die Parteien mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie selbst in Frage stellten.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde der Rechnungsabschluß der Stadt Wien mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Sämtliche während der Sitzung gestellten Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde um 20.20 Uhr unterbrochen und wird Donnerstag ab 9 Uhr mit der Debatte über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke fortgesetzt. (Schluß)
roh/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 30. Juni 1983 Blatt 1825

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	Satrapa neuer Kontrollamtsdirektor
Kommunal: (rosa)	"Wien 2000" - Ausstellung im Sommer geschlossen Wiener Gemeinderat Rechnungsabschlußdebatte: Zusammenfassung
Lokal: (orange)	Verkehrsbetriebe Staatsmeister in Schwarz-Weiß-Fotografie Am Wochenende Handelskai wegen Bauarbeiten unterbrochen
Wirtschaft: (blau)	Die "Z" ist mit dem ersten Halbjahr 1983 zufrieden
Termine: (weiß)	Führungen durch das Wiener Rathaus

Nur über FS:
29.6. Erfolglose Suche nach Selbstmörderin
30.6. 100. Geburtstag im Pensionistenheim

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

Verkehrsbetriebe Staatsmeister in Schwarz-Weiß-Fotografie
=+++++

2 Wien, 30.6. (RK-LOKAL) Das "gute Auge", das Bedienstete der Wiener Verkehrsbetriebe brauchen, um täglich mehr als eine Million Menschen sicher durch den Stadtverkehr zu befördern, hat ihnen kürzlich einen schönen Preis eingetragen: Bei den österreichischen Staatsmeitsterschaften 1983 im Schwarz-Weiß-Fotografieren gewannen sie den ersten Platz.

Fotografierende Straßenbahner haben in Wien mehr als 60 Jahre Tradition. In den zwanziger Jahren gründeten sie auf einzelnen Dienststellen erste Fotosektionen, die sich im Laufe der Jahre ständig weiterentwickelten. Wie erfolgreich sie bis heute waren, beweist die Statistik: Bei Wiener Landesmeisterschaften errangen sie bisher 15 Titel und 35 Auszeichnungen, bei österreichischen Staatsmeisterschaften acht Titel, zwölf Goldmedaillen, elf Silbermedaillen und 25 Bronzemedaillen.

Derzeit besteht die Fotosektion aus mehr als 400 Mitgliedern. Regelmäßig veranstalten sie Kurse, bei denen neue Erfahrungen, wissenschaftliche Erkenntnisse und Trends besprochen werden. Interessenten - auch Anfänger - werden in die Kunst der Ausarbeitung eingeweiht, denn die Fotografen der Verkehrsbetriebe entwickeln nicht nur ihre Schwarz-Weiß-Aufnahmen, sondern auch ihre Farbbilder.

"Nicht nur das", sagt Tony Leitner, Obmann der Fotogruppe im Bahnhof Rudolfsheim und Mitglied jener Mannschaft, die heuer Staatsmeister wurde. "Wir sind auch in der Lage, Schwarz-Weiß-Aufnahmen durch ein besonderes technisches Verfahren nachträglich mit Farbe zu versehen. Das gelingt so perfekt, daß Laien von diesem Vorgang überhaupt nichts bemerken."

Ausschlaggebend bei der Entscheidung der Juroren waren der Allgemeineindruck der Bilder, die Aussage, die sie enthalten, die technische Ausarbeitung und die Gestaltung. (Schluß) ull/ko

NNNN

"Wien 2000"-Ausstellung im Sommer geschlossen

=+++++

6 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Ausstellung "Wien 2000" im Messepalast über die städtebauliche Entwicklung Wiens und über den Entwurf des Stadtentwicklungsplanes bleibt in den Monaten Juli und August geschlossen. Für September wird eine neue Ausstellung vorbereitet, bei der Informationen über aktuelle Arbeiten der Stadtplanung geboten werden sollen.

Die Ausstellung "Wien 2000" wurde insgesamt von 26.683 Personen besucht, darunter auch von 88 Schulklassen. (Schluß) ger/ko

NNNN

Am Wochenende Handelskai wegen Bauarbeiten unterbrochen
Utl.: "Kafkasteg" zum rechten Donauufer wird gebaut
=++++

14 Wien, 30.6. (RK-LOKAL) Wegen Bauarbeiten an einem neuen Steg vom Handelskai zum rechten Donauufer muß der Handelskai am kommenden Wochenende voraussichtlich zwischen Samstag, 7 Uhr, und Sonntag, 19 Uhr, zwischen Machstraße und Wachaustraße gesperrt werden. Die Umleitung in Fahrtrichtung stromabwärts führt über Wachaustraße, Wehlistraße Richtung Mexikoplatz und von dort weiter über Engerthstraße und Machstraße wieder zurück zum Handelskai. In der Gegenrichtung wird der Verkehr über Machstraße, Ausstellungsstraße, Vorgartenstraße, Lassallestraße und die Reichsbrückenrampe zurück zum Handelskai umgeleitet. Die Sperre am Wochenende ist wegen der Montage der Stahlbetonfertigteile notwendig.

Der sogenannte "Kafkasteg" wird einen neuen, sicheren Zugang für Fußgänger und Radfahrer zum rechten Donaudamm schaffen und damit das Naherholungsgebiet am Rechten Donauufer erschließen. Die Kosten sind mit acht Millionen Schilling veranschlagt. Der Steg beginnt in der Kafkastraße auf Höhe Wehlistraße mit einer 40 m langen Rampe, überquert den Handelskai und die Donauuferbahn und endet auf der Dammkrone des Rechten Donaudammes. Der Steg selbst ist 85 m lang. Durch Rampen wird er auch für Fußgänger mit Kinderwagen, für Behinderte und Radfahrer bequem benützbar sein. (Schluß) and/and

NNNN

Die "Z" ist mit dem ersten Halbjahr 1983 zufrieden (1)
=++++

19 #Wien, 30.6. (RK-WIRTSCHAFT) Leicht optimistisch präsentierte Donnerstag vormittag der Generaldirektor der Zentralsparkasse und Kommerzialbank Wien, Dr. Karl VAK, das Geschäftsergebnis seines Instituts im ersten Halbjahr 1983. Die Bilanzsumme des Unternehmens erhöhte sich von Ende 1982 bis Ende Juni 1983 um rund 3 Prozent auf mehr als 135 Milliarden Schilling. Bei den Spareinlagen ergab sich von Jänner bis Juni eine geringfügige Verbesserung, wobei vor allem die günstige Entwicklung im zweiten Quartal bemerkenswert ist. Die Spareinlagen erreichten zur Jahresmitte eine Höhe von knapp 56 Milliarden Schilling. Die Einlagen aus dem kommerziellen Bereich stiegen im ersten Halbjahr um 8,3 Prozent auf rund 14 Milliarden Schilling. Im Vergleichszeitraum des Vorjahrs war noch ein Rückgang von 7,4 Prozent zu verzeichnen.#

Im Kreditgeschäft herrscht nach wie vor eine starke Nachfrage der öffentlichen Hand. Die Nachfrage nach Privatkrediten hat sich in den vergangenen Monaten deutlich verstärkt. Die kommerziellen Kredite lagen im ersten Halbjahr nur geringfügig über den Vorjahrswerten, doch nehmen seit April Industrie, Gewerbe und Handel in erhöhtem Ausmaß Kredite in Anspruch. Gut kamen die von der "Z" angebotenen Sonderkreditaktionen an. Generaldirektor Vak hält eine weitere Senkung der Kreditzinsen durchaus für möglich. Die noch immer ungenügende Nachfrage nach Krediten könne auf das Zinsniveau drücken. Außerdem weise eine relativ hohe Realverzinsung bei unserer geringen Inflationsrate auf eine solche Möglichkeit hin.

Der Generaldirektor der "Z" begründete seinen Optimismus für die künftige Wirtschaftsentwicklung mit einer gewissen "Ärmelaufkrempel-Haltung", die bei den Unternehmern in österreich, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen sei.
(Forts.) sc/gg

NNNN

Die "Z" ist mit dem ersten Halbjahr 1983 zufrieden (2)
=++++
20 #Wien, 30.6. (RK-WIRTSCHAFT) Diese Stimmung wirke sich positiv auf die notwendige Sturkturverbesserung der österreichischen Wirtschaft aus und könne zu einer Belebung der Konjunktur führen.

Das internationale Geschäft hat bei der "Z" einen Anteil von etwa 20 Prozent. Hier wird das Unternehmen auch weiterhin vorsichtig agieren. Viel verspricht man sich von der vor kurzem gegründeten Repräsentanz in Tokio, wo bereits interessante Gespräche laufen. (Schluß) sc/gg

NNNN

Rechnungsabschlußdebatte: Zusammenfassung (1)

=+++++

25 Wien, 30.6. (RK-KOMMUANL) Heute Donnerstag ging die über vier Tage dauernde Rechnungsabschlußdebatte im Wiener Rathaus um 14 Uhr zu Ende. Donnerstag vormittag wurde der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke debattiert, er wurde mit den Stimmen der SPö angenommen. In den letzten vier Tagen diskutierte der Gemeinderat fast 37 Stunden lang, es gab 107 Wortmeldungen. Die SPö stellte 56 Redner, die öVP 42 und die FPö 9. Von den am 24. April neu gewählten Gemeinderäten gingen während der Rechnungsabschlußdebatte 16 Gemeinderäte zum erstenmal an das Rednerpult, 10 von der SPö und 6 von der öVP.

Um 9 Uhr leitete Stadtrat Johann HATZL (SPö) die Debatte zum Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke ein. Hatzl betonte, daß die Wiener Stadtwerke zum erstenmal seit 10 Jahren ein positives Ergebnis von 73 Millionen erzielen konnten.

Als Ursachen des postitiven Abschneiden bezeichnete Hatzl die geglückte Tarifregulierung und Rationalisierungsmaßnahmen. Die Ausweitung, Vereinfachung und Verbilligung der Netzkarten waren ein Erfolg. Mit Jahresende 1982 haben 54.000 Kunden der Verkehrsbetriebe davon Gebrauch gemacht. 88 Prozent der Straßenbahnlinien und 99 Prozent der Autobuslinien sind bereits auf schaffnerlosen Betrieb umgestellt. Dazu Hatzl: "Ein Mehr an Rationalisierung ist kaum möglich".

Für die öVP kritisierte Gemeinderat Ing. Otto KREINER, daß die Gewinne der E-Werke zur Finanzierung der anderen Teilbetriebe der Stadtwerke herangezogen werden. Damit wird die Selbstfinanzierung der E-Werke geschwächt. Letzten Endes muß der Verbrauch, so Kreiner, über hohe Preise diese Politik bezahlen. (Forts.) sei/ko

NNNN

Rechnungsbschlußdebatte: Zusammenfassung (2)
=++++

26 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) FPö-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ meinte auch, man sollte bei den Stadtwerken so budgetieren, daß alle Teilbereiche der Stadtwerke kostendeckend geführt werden können. Einzige Ausnahme sollen die Verkehrsbetriebe sein, deren Defizit aber so gering wie möglich gehalten werden müßte. Positiv vermerkte Pawkowicz, daß es keinerlei Schwierigkeiten bei der Anlieferung und Verteilung des Gases gegeben habe.

Für die SPö betonte Gemeinderat Maria KUHN, die Stadtwerke haben ihre Aufgabe, die Stadt mit Energie zu versorgen, hundertprozentig erfüllt. Der Anschluß der Heizbetriebe an die Stadtwerke, der noch heute Donnerstag, vom Gemeinderat beschlossen werden soll, ist ein großer Schritt zur Verwirklichung des Energiekonzeptes.

Der Wiener Gemeinderat wird heute nachmittag noch den Kontrollamtsbericht debattieren. Im Anschluß folgt ein "normaler Gemeinderat" mit 97 Geschäftsstücken. (Schluß) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

3 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. Ing. HOFSTETTER (SPö) nahm der Gemeinderat am Donnerstag um 9 Uhr die Debatte über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1982 auf.

StR. HATZL (SPö) hob hervor, daß zum erstenmal seit zehn Jahren bei den Stadtwerken ein positives Ergebnis - von 73 Millionen - erzielt werden konnte. Gleichzeitig mußte ein ursprünglich geplanter Kredit nicht aufgenommen werden, und eine Reduktion der Entlastungen durch die Hoheitsverwaltung war möglich. Die Ursachen des Erfolges liegen bei der geglückten Tarifregulierung und den erfolgreichen Rationalisierungsmaßnahmen. Die Ausweitung, Vereinfachung und Verbilligung der Netzkarten war ein Erfolg: mit Jahresende 1982 haben 54.000 Kunden davon Gebrauch gemacht. Im Fahrbetrieb sind 88 Prozent der Straßenbahnlinien und 99 Prozent der Autobuslinien auf schaffnerlosen Betrieb umgestellt. "Ein Mehr an Rationalisierung auf Personalebene ist kaum möglich."

Bei der Energieversorgung wurden wichtige Entscheidungen getroffen. Sie ist dadurch sichergestellt. Die heimische Wasserkraft wird verstärkt genutzt. Das führt zu einer Veränderung von Erdöl und Erdgas und ist umweltfreundlich. Die Kraft-Wärme-Kupplungsanlage im E-Werk Simmering konnte fast 680.000 Megawattstunden an die Heizbetriebe abgeben, das bedeutet eine Einsparung von 34.000 Tonnen Heizöl. Damit wurde auch eine Verbesserung der Zahlungsbilanz durch Verringerung der Energieimporte und ein Rückgang der Schwefeldioxidemissionen erreicht - ein Beitrag zum Umweltschutz. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen ist auch künftig mit einem jährlichen Wachstum des Strombedarfes von 2,5 Prozent zu rechnen. Die Voraussetzungen zur Sicherung des Energiebedarfes unter Beachtung der Umweltschutzbedingungen wurden geschaffen. (Forts.)
fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

4 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Erdgasversorgung ist gesichert, die Sanierung des Gasrohrnetzes konnte ein Jahr früher als geplant abgeschlossen werden. Zum Unterschied zu anderen Gasversorgungsunternehmen hat Wien auf eine Tariferhöhung verzichtet.

Künftig werde ich die politische Verantwortung für die Heizbetriebe tragen. Die Verwaltung mit den Wiener Stadtwerken ermöglicht eine sinnvolle Konzeption der Energiepolitik. Die Fernwärme ist umweltfreundlich, kundenfreundlich und investitionsfreudig, sagte Hatzl.

Die Hauptaufgaben sind künftig die weitere Sicherung der Energieversorgung, mehr Bezug von Verbundstrom, Beteiligung an den Donaukraftwerken und vermehrte Wärmeabgabe durch Kraftwerke. Optimale Entschwefelungsanlagen für künftige Kraftwerke werden dazu führen, daß im Interesse der Bevölkerung die Schwefeldioxidemissionen gesenkt werden.

Im öffentlichen Verkehr werden die Beschleunigungsmaßnahmen fortgesetzt, der Wagenpark wird weiter modernisiert, der Kundendienst ausgebaut und die Verdichtung und Ausdehnung des Liniennetzes zügig betrieben. Wichtig wird 1984 die Realisierung des Verkehrsverbundes der Region Ost. Noch heuer soll mit dem Bau der neuen U-Bahn-Linien begonnen werden.

StR. Hatzl sprach der Bevölkerung seinen Dank für das Verständnis, für die Finanzierung und für die Anerkennung der öffentlichen Verkehrsmittel und der Energieträger aus. (Forts.)
fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

5 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) verwies darauf, daß die Preisgestaltung bei der Wiener Energieversorgung von den Einstandspreisen auf dem Rohenergiemarkt abhängig sei. Die Beruhigung auf dem internationalen Markt habe sich im Vorjahr in Österreich nicht ausgewirkt, hier seien die Rohenergiepreise um 34,5 Prozent gestiegen.

Als sehr positiv vermerkte Pawkowicz die Tatsache, daß es keinerlei Schwierigkeiten bei der Anlieferung und Verteilung des Gases gegeben habe und daß die Rohrnetzsanierung ein Jahr früher als vorgesehen abgeschlossen werden konnte. Man solle in Zukunft aber versuchen, so zu budgetieren, daß alle Teilbereiche der Stadtwerke kostendeckend geführt werden können. Der Jahresgewinn der E-Werke im Berichtsjahr von 357,2 Millionen Schilling mußte den Wiener Gaswerken zufließen. Zu den Verkehrsbetrieben sagte Pawkowicz, es sei klar, daß sie nicht kostendeckend arbeiten können, man sollte das Defizit aber so gering wie möglich halten. Dazu müßten die öffentlichen Verkehrsmittel so attraktiv wie möglich gemacht werden. In diesem Zusammenhang forderte Pawkowicz die Einführung der Schülerfreifahrt, die seiner Meinung nach das Budget nicht wesentlich belasten würde.

Die Fertigstellung des U-Bahn-Grundnetzes bezeichnete Pawkowicz als wesentlichen Schritt zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel. Das Grundnetz sollte aber möglichst bald zu den Siedlungen am Stadtrand erweitert werden. Außerdem sollte den Beschleunigungsmaßnahmen im Straßenbahnnetz besonderes Augenmerk geschenkt werden. Als Beispiele führte Pawkowicz die Linie "D" und "71" an. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

7 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP) sagte, die SPÖ versuche, durch Nichtvorlage der Rechnungsabschlüsse der Teilbetriebe der Wiener Stadtwerke die tatsächlichen Verhältnisse zu verschleiern. Das gelte für alle Teilbetriebe, wobei jeweils andere Verrechnungskriterien verwendet werden, um das gewünschte Ergebnis zu erhalten. Die Verschleierungstaktik gelte auch für den vorgelegten Rechnungserfolg der gesamten Stadtwerke, wo etwa der Schuldenstand des Unternehmens verschwiegen werde.

Zu den E-Werken sagte Kreiner, daß die Gewinne aus diesem Unternehmen anderen Teilbetrieben zugeschlagen werden, was wieder eine mangelnde Selbstfinanzierung der E-Werke zur Folge hat. Aus dieser Politik resultierten hohe Preise für den Verbraucher und die Tatsache, daß keine Vorsorge für einen neuen notwendigen Kraftwerksblock getroffen sei.

Die Gaswerke werden durch die Fremdkapitalzinsenbelastung für die Verkehrsbetriebe künstlich in der Verlustzone gehalten, sagte Kreiner, während die Verkehrsbetriebe einen Entschuldungsbeschluß als Gewinn verbuchen dürfen. Bei den Verkehrsbetrieben stehen im übrigen einem Betriebskostenzuschuß durch die Hoheitsverwaltung in der Höhe von 1381 Millionen Schilling Sozialtarife in der Höhe von 1138 Millionen gegenüber. Das widerspricht dem Grundsatz, Unternehmen der Stadt Wien nach wirtschaftlichen Kriterien zu führen.

Zu den Heizbetrieben sagte Kreiner, daß diese nicht, wie es wirtschaftlich sinnvoll wäre, in die Energiebetriebe der Stadtwerke eingegliedert wurden. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

8 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke haben ihre Aufgabe, die Stadt mit Energie zu versorgen, hundertprozentig erfüllt, sagte GR. Maria KUHN (SPö). Mit dem Anschluß der Heizbetriebe an die Stadtwerke in Form eines Betreuungsvertrages wird noch in der heutigen Sitzung des Gemeinderates ein großer Schritt zur Verwirklichung des Energiekonzepts getan.

Die Gaswerke verzeichneten im vergangenen Jahr einen Verlust von 285 Millionen Schilling, der sich vor allem dadurch ergab, daß ihnen seitens der Preisbehörde zuletzt im Februar 1980 eine Vollkostenrechnung bei der damaligen Tarifregelung abgegolten wurde. Außer den Gaseinstandspreisen sind im derzeitigen Tarif alle seither eingetretenen Kostensteigerungen unberücksichtigt.

1982 wurden mit einem Kostenaufwand von 38,8 Millionen Schilling rund 21 Kilometer Rohrleitungen neu verlegt. Insgesamt wurden für Investitionen von den Gaswerken 128,5 Millionen aufgewendet. Das 1979 begonnene Programm zur Sanierung des Rohrnetzes wurde 1982, ein Jahr früher als geplant, abgeschlossen.

Seit dem Wegfall der Notwendigkeit von Akontozahlungen bei der Bestellung von Zuleitungsreparaturen Anfang 1982 hat sich der Anteil der Geschäftsfälle, die innerhalb von drei Tagen erledigt werden konnten, von 64 auf 87 Prozent erhöht. Diese Erleichterung für die Bevölkerung war für die Gaswerke 1982 mit einem Zinsenaufwand von 600.000 Schilling verbunden.

Der Hausdienst der Gaswerke führte im vergangenen Jahr 82.000 Funktionsüberprüfungen durch, wobei der Schwerpunkt aus Sicherheitsgründen bei der Überprüfung von Fünf-Liter-Wasserheizern ohne Abgasanlage lag. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

9 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) 1982 wurden etwa 16.000 Abnehmer - das sind 2,1 Prozent - wegen Zahlungsverzugs abgeschaltet, der überwiegende Teil allerdings während des Jahres wieder eingeschaltet. Zum Jahresende 1982 waren rund 500 Gasanlagen abgeschaltet. Bezogen auf die Gesamtzahl der Abnehmer - rund 760.000 - ist eine verschwindend kleine Zahl. Bei den Heizbetrieben betrug der Anteil der unbeglichenen Rechnungen 15,6 Millionen Schilling bzw. 1,45 Prozent, war also ebenfalls äußerst gering. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

10 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Seit der Vorlage des Energiekonzeptes im Jahr 1978 haben sich wesentliche Entwicklungen und Änderungen auf dem Energiesektor ergeben, sage GR. HAUBENBURGER (ÖVP). Diesen Entwicklungen müsse Rechnung getragen werden. Leider seien konstruktive Vorschläge der Volkspartei zur Energiepolitik nur teilweise angenommen worden. Viel Zeit sei versäumt worden, das Energiekonzept zu realisieren. Primäre Aufgabe der Wiener Stadtwerke und des zuständigen Stadtrates sei die Sicherung der Energieversorgung und die Garantie für ein preiswürdiges und wettbewerbsfähiges Energieangebot.

Um die Stromversorgung für das nächste Jahrzehnt sicherzustellen, müßte auch die Frage des Standorts des neuen Blockkraftwerkes und der Donau-Kraftwerksstufe Wien endgültig geklärt werden. Zur Preissituation betonte der Redner, daß eine Budgetsanierung der Stadtwerke über die Energiepreise abzulehnen sei. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer hatte die sozial Schwachengetroffen, während sie für die Betriebe nur ein Durchlaufposten sei. Der Gewerbetarif dagegen sei eine Belastung für die Wiener Wirtschaft.

GR. Haubenburger betonte die Auslandsabhängigkeit bei Erdgas, besonders von der Sowjetunion. Als positiv wertete er, daß die Heizbetriebe Wien zum Verantwortungsbereich von StR. Hatzl gekommen sind, bedauerte aber, daß der Gemeinderat und der zuständige Ausschuß keine Kontrollmöglichkeit über die HBW besäßen. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

11 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) stellte fest, daß eine gesicherte Energieversorgung zu den wesentlichen Voraussetzungen der modernen Zivilisation gehöre. Diese sei in Wien durch die vorausschauende und verantwortungsvolle Energiepolitik der Stadt Wien gewährleistet. Man dürfe die Wiener Energieversorgung jedoch nich als Einzelproblem sehen, sie sei abhängig vom Weltmarkt. Der rückgängige Energieverbrauch des Vorjahres sei auf den zunehmenden Sparwillen der Bevölkerung sowie auf die konjunkturelle Situation zurückzuführen.

Die erfolgte Fortschreibung des Wiener Energiekonzeptes habe im wesentlichen folgende Ziele: Die Sicherung einer ausreichenden, umweltfreundlichen und effizienten Energieversorgung, die rationelle Nutzung der vorhandenen Energie, die Substitution der Mineralölenergieträger - vor allem durch leitungsgebundene Energieträger - sowie den Ausbau der Vorsorgemaßnahmen zur überwindung von Versorgungsstörungen.

Für die nächsten 10 Jahre sind im Rahmen des Energiekonzeptes Investitionen in der Höhe von 29 Milliarden Schilling vorgesehen. In diesem Zeitraum soll der Anteil der leitungsgebundenen Energie von derzeit 45 auf 68 Prozent steigen. Das bedeute eine Kostenersparnis von 700 Millionen Schilling im Jahr, sowie einen Rückgang der Schwefeldioxidemissionen auf ein Drittel des gegenwärtigen Standes.

Die wirtschaftliche Gesamtsituation der Stadtwerke hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich verbessert, sagte GR. Eder. Eine Anpassung der Tarife sei notwenidig, um auch in Zukunft die notwendigen Investitionen zu garantieren. Kürzlich wurde im von der öVP regierten Bundesland Tirol der Strompreis um 8 Prozent erhöht, er verstehe daher nicht, sagte GR. Eder, warum die Wiener öVP ein Einfrieren der Tarife verlange. Eder forderte die Oppostition auch auf, sich bei ihren Parteifreunden im Westen österreichs für einen einheitlichen Strompreis ungeachtet der geographischen Lage einzusetzen. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

12 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) StR. FÜRST (öVP) beklagte, daß die Gewinne der Wiener Versorgungsbetriebe, die er mit rund 2.500 Millionen Schilling bezifferte, für betriebsfremde Zwecke verwendet werden. Im übrigen haben die enormen Energie-Preissteigerungen Probleme für einkommensschwache Schichten und damit eine "Neue Armut" geschaffen, sagte Fürst. Nun sollten jedoch die Gewinne wenigstens zur Verbesserung der Versorgung und Entsorgung und für den Umweltschutz im Bereich der Energiebetriebe verwendet werden. Alle diese Aufgabenkreise werden jedoch vernachlässigt, sagte Fürst. Speziell auf dem Gebiet des Umweltschutzes schaffen die städtischen Kraftwerke mit ihren enormen Schwefeldioxidemissionen große Probleme. Dieses Problem ist schon lage bekannt, es wurde jedoch nichts dagegen getan. Die Stadt wien sollte also beginnen, ihre eigenen Umweltverschmutzer zu sanieren und so einen Beitrag gegen das Sterben unseres Waldes und unserer gesamten Natur leisten. Die öVP sei bereit, schloß Fürst, dieser Sache ihre Kooperation anzubieten. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

13 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Wenn man Unwahrheiten oft wiederholt, werden sie nicht wahrer, sagte GR. HIRSCH (SPö). Die Demagogie der öVP habe jedes Maß verloren. Die Emissionen des Kraftwerks Simmering waren vor 30 Jahren bedeutend höher als heute. Da die Kraftwerke Wiens im Osten der Stadt liegen und bei uns vorwiegend Westwind herrscht, breiten sich deren Emissionen nicht über Wien aus.

Die Tarife der E-Werke und Gaswerke werden von der paritätischen Kommission begutachtet. Es stimme einfach nicht, daß zehntausende Wienerinnen und Wiener ihre Strom- und Gasrechnung nicht bezahlen könnten. Bei den E-Werken lag der Anteil 1982 bei 0,4 Prozent.

Der Verwaltungsapparat der Stadtwerke ist nicht aufgebläht. In Wirklichkeit wurden in den letzten Jahrzehnten die Leistungen trotz erheblicher Personalreduzierungen verdreifacht.

Sind Betriebe defizitär, so behauptet die öVP, die Sozialisten können nicht wirtschaften, erzielen sie Gewinne, so wird dies ebenfalls kritisiert. Der Querverbund zwischen E-Werken, Gaswerken und Verkehrsbetrieben sowie die damit verbundene finanzielle Unterstützung der Verkehrsbetriebe besteht seit mehr als drei Jahrzehnten und wurde in der Vergangenheit auch von der öVP als richtig anerkannt. Heute versucht die öVP jedoch, einen Betrieb gegen den anderen auszuspielen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

15 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Verkehrspolitik sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. REGLER (ÖVP), daß er von einer Verbilligung durch die Tarifreform, wie sie StR. HATZL sieht, nicht sprechen kann. Außerdem drohe eine Erhöhung der Bundesbahntarife, wovon auch Wien betroffen sei. Der Ausbau der Vorortelinie darf kein Torso bleiben. Die Linie müsse von Heiligenstadt über Penzing bis Meidling weitergeführt werden. Da die U 1 gegenwärtig nicht nach Süden verlängert wird, soll ein Schnellbahnast von Meidling nach Oberlaa geführt werden. Im Osten der Stadt wünscht sich GR. Regler einen Schnellbahnast bis Hirschstetten und nach Leopoldau. Er brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, im Rahmen des Ausbaues der S-Bahn auf der Vorortelinie und im Bereich der Flughafen S-Bahn im Interesse der Anrainer optimale Lärm- und Schallschutzeinrichtungen zu installieren.

Der Redner zeigt sich erfreut darüber, daß StR. Hatzl, den Baubeginn für die U 3 und U 6 noch für heuer angekündigt hat, kritisierte jedoch den zu geringen Planungsvorlauf.

GR. Regler bedauerte, die Ablehnung der Ring-Rund-Führung des "J"-Wagen. Bei der Ring-Rund-Führung der Linien "52" und "58" müsse bei der Stationsgestaltung am Ring eine Lösung gefunden werden, um Autobusparkplätze zu erhalten. In einem Antrag forderte er eine Verstärkung der Linie "58" ab Kennedy-Brücke in Richtung stadtauswärts. Offen sei auch noch die Verwirklichung der Park-and-Ride-Plätze. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

16 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) betonte, daß der saure Regen nur zu einem geringen Teil von den österreichischen Kraftwerken stammt. 83 Prozent des Schwefeldioxyds wird aus anderen Ländern importiert. Es stimme nicht, sagte Riedler, daß sich die Stadt Wien nicht um dieses Problem kümmere. 50 Prozent der in Wien verwendeten Rohenergie für die Stromerzeugung seien bereits Erdgas, was bedeute, daß die Emissionswerte schon gesunken sind. Die Wiener Kraftwerke hätten auch nicht den größten Giftausstoß österreichs, sondern lägen eher am Ende der Statistik. Im Gegensatz zum öVP-regierten Niederösterreich, wo es nicht einmal eine Fernwärmegesellschaft gebe, wird in Wien zügig am Ausbau des Fernwärmenetzes gearbeitet.

"Wir bekennen uns dazu, daß E-Werk, Gaswerk und Verkehrsbetriebe Teilunternehmen der Wiener Stadtwerke sind. überall in der Wirtschaft ist es üblich, daß zwischen Teilunternehmen Interessensausgleiche stattfinden", sagte Riedler zum Verlangen nach einer unabhängigen Gebarung der Unternehmen. Die Entwicklung habe gezeigt, daß der Gemeinderatsbeschluß über die Entschuldung der Verkehrsbetriebe richtig war.

Er wundere sich, sagte Riedler, daß die öVP heute nicht die Tarifreform des Jahres 1982 erwähnt habe, obwohl sie damals dagegen stimmte und sie als Rückschritt in der Stadtpolitik bezeichnet habe. Der Fahrgastzuwachs der Verkehrsbetrieb um 18,6 Prozent im Vorjahr zeige, wie erfolgreich diese Tarifreform in Wirklichkeit gewesen ist. Die Jahresnetzkarten sind im Vorjahr auf 55.000 angestiegen, im Mai dieses Jahres waren es bereits mehr als 60.000.

Zur Otto-Wagner-Brücke stellte Riedler fest, es bestehe hier die Gefahr einer eminenten Verzögerung beim Bau der U 6, falls es nicht zu einer raschen Entscheidung kommt. Der Wettbewerb habe auch für Denkmalschützer durchaus akzeptable Projekte ergeben. Es könne auch nicht im Sinne Otto Wagners sein, wenn jetzt die heutigen Architekten keine Chance zu einer modernen Lösung der Wientalüberquerung erhielten. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

21 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) In einer zweiten Wortmeldung betonte StR. FÜRST (öVP), daß ein Großteil der Luftverschmutzung in Wien hausgemacht sei und daß so bald wie möglich mit der Sanierung der Wiener Kraftwerke begonnen werden müsse.

GR. GLÜCK (öVP) befaßte sich mit dem Friedhofswesen. Glück forderte ein Friedhofskonzept, durch das der Flächenbedarf der Wiener Friedhöfe gesichert und die Sanierung der ehemaligen Sperrfriedhöfe vorangetrieben werde. Im Westen Wiens sei ein neuer Friedhof notwendig.

Einem Gewinn von 1,3 Millionen bei der städtischen Bestattung steht ein Abgang von rund 23 MIllionen bei den Friedhöfen gegenüber, sagte Glück. Das Defizit sei vor allem der städtischen Friedhofsgärtnerei zu verdanken. Man sollte die Möglichkeit der Sanierung der Gärtnerei überprüfen und, wenn diese nicht möglich sei, die Arbeiten an private Betriebe vergeben. Abschließend regte Glück an, die Tarifpolitik der Friedhöfe zu überdenken. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

22 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Wegen des enormen Energieverbrauchszuwachses wurden seit 1973 drei neue Kraftwerke in Betrieb genommen, sagte GR. HENGELMÜLLER (SPö). Für Umweltschutz braucht man Geld. Es wird daher die Zeit kommen, wo man in die Tarifüberlegungen auch die Umweltschutzkosten miteinbeziehen wird müssen. Die Tarifpolitik wird auch in Zukunft vernünftig, verantwortungsbewußt und sozial sein.

Hengelmüller wies darauf hin, daß in der Gesamtsumme der Zahlungsrückstände auch die Forderungen aus Konkursen und Verlassenschaften sowie an Ausländer, die Wien verlassen haben, enthalten sind.

Die Handelskammer, kritisierte Hengelmüller, fordert die Beseitigung der Schwellen für die Beschleunigung der Straßenbahn. Die Park-and-Ride Anlage in Kagran funktioniert sehr gut.

Wir begnügen uns nicht damit, um Bäume Schleifen zu wickeln, sondern pflanzen Jahr für Jahr hunderttausende Bäume, schloß Hengelmüller.

In seinem Schlußwort erklärte StR. HATZL, daß die Gesamtfriedhofsfläche in Wien schon von der Beschlußfassung über die Sperrfriedhöfe ausreichend war. Er bekannte sich dazu, die Friedhöfe so grün wie möglich zu erhalten.

Der Verkehrsverbund sei ein eher ungeliebtes Kind der Niederösterreicher. Man wird sich bemühen, ihn nun wie vorgesehen zu verwirklichen.

Auch er sei der Meinung, sagte Hatzl, daß punktuelle Beschleunigungsmaßnahmen allein nicht genügen. Wenn man die Beschleunigung ernst meint, dann sind rigorose Maßnahmen, auch in billiger Form, nötig. Generell die Beschleunigung zu verlangen und dann eine Einzelmaßnahme nach der anderen abzulehnen, sei jedenfalls zu wenig. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

23 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Frage der Tarife für Schüler über 15 Jahre während der Sommermonate müsse im Zusammenhang mit der gesamten Tarifstruktur überlegt werden, betonte Hatzl.

Es sei richtig, möglichst viele Linien an die U-Bahn heranzuführen. Mit ein Grund für die Situierung der geplanten Schleife der Linie J ist es, den Anschluß der Linie 71 an die U-Bahn zu ermöglichen.

Natürlich muß es von Zeit zu Zeit, wenn es wirtschaftlich notwendig und sozial vertretbar ist, auch zu Tarifanpassungen kommen. Ein Einfrieren der Verkehrsbetriebe-Tarife hieße letztlich, daß keine zusätzlichen Anschaffungen und Instandsetzungen möglich wären.

Hatzl bekannte sich zum finanziellen Querverbund innerhalb der Stadtwerke, den seinerzeit auch die ÖVP als richtig bezeichnet hat.

Die Fortschreibung des Energiekonzepts zeigt, daß sehr viel geleistet wurde und was in den nächsten Jahren geplant ist. Wiens Energieversorgung ist für das kommende Jahrzehnt gesichert, darüber hinaus muß aber auch für die weitere Zukunft Vorsorge getroffen werden.

Vergleiche mit ausländischen Stromtarifen sind problematisch, weil man auch die dort erfolgende Nutzung der billigen Kernenergie in Rechnung stellen muß.

Der Gewerbetarif ist zum Beispiel in Graz und Klagenfurt höher als in Wien. Hatzl kritisierte, daß die gleichen Tarife, die von der ÖVP in Wien als ungeheuerlich bezeichnet werden, in ÖVP-dominierten Gesellschaften als wirtschaftlich richtig bewertet werden. (Forts.)
ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke
=++++

24 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kupplung, der vermehrte Einsatz von Erdgas, der Ausbau der Fernwärme und die Errichtung eines neuen Kraftwerkes sind wesentliche Beiträge zur Verbesserung der Umwelt, sagte Hatzl. Dies setzt aber auch voraus, daß die Betriebe über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Man kann nicht zugleich mehr Investitionen und weniger Einnahmen verlangen.

Der Anteil der Fernwärme soll im Laufe des nächsten Jahrzehnts verdoppelt werden.

Die Gastarife stiegen in den letzten Jahren in Niederösterreich trotz der besseren Abnehmerstruktur mehr als in Wien, wo keine volle Abgeltung der tatsächlichen Kostensteigerungen erfolgte. Die Stadtverwaltung ging bei den Tarifanpassungen möglichst vorsichtig vor.

Er werde sich, schloß Hatzl, voll für die Sicherung der Energieversorgung und für den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs einsetzen.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1982 wurde mit den Stimmen der SPö angenommen. Die während der Debatte gestellten Beschluß- und Resolutionsanträge wurden zugewiesen. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Kontrollamtsbericht
=++++

27 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) präsentierte den Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Geschäftsjahr 1982. Zur Veranschaulichung des Berichtes strich GR Hirnschall den zusammenfassenden Bericht über die Hauptkläranlage und die Entsorgungsbetriebe Simmering heraus. Das Kontrollamt verweist darauf, daß sich beim Bau der HKA in Simmering beträchtliche Verzögerungen ergeben haben, die dazu führten, daß die Kosten von 350 Millionen auf insgesamt 858 Millionen gestiegen sind. Das Kontrollamt bemängelt weiters, daß bei der Errichtung der beiden Anlagen die zu einem klaglosen Betrieb nötige Koordination unterblieben ist. Es gab Verletzungen der Vergaberichtlinien. Nachträgliche Planänderungen haben die Herstellungskosten der maschinellen Anlage von 265 auf 436 Millionen verteuert. Derzeit ist ein Rechtsstreit anhängig. Nach Inbetriebnahme stellte sich heraus, daß die EBS den Schlamm nicht verbrennen kann. Dies führte zu Geruchsbelästigungen, zur Ableitung von Schlamm in den Donaukanal und zu einem größeren Heizölbedarf. Die Sanierung wird weitere 200 Millionen erfordern.

Bei einer Einschau des Kontrollamtes in die Sondermüllentsorgung der EBS wurden Mängel bei der Lagerung giftiger Abfallstoffe festgestellt. Der Grundwasserschutz war nicht ausreichend gewährleistet. Die Hälfte der Abfallstoffe konnte in der Anlage der EBS nicht schadlos entsorgt werden.

Das Kontrollamt hat bei der Überprüfung der Wohnhausanlage Marco Polo Kostensteigerungen von 1.120 Millionen auf 1.957 Millionen festgestellt. Nach Ansicht des Kontrollamtes entfallen rund 400 Millionen auf die Sonderausstattung, wie Terassen, Schwimmbäder, Saunaanlagen, zentrale Müllentsorgung und Tiefgaragen. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Kontrollamtsbericht
=++++

28 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Nach Ansicht des Kontrollamtes hätten die GESIBA und die MA 24 Weisungen der zuständigen Organe einholen müssen, ob die hohen Gestehungskosten vertreten werden können.

Zahlreiche Bemängelungen hat das Kontrollamt wegen unzureichender Ausschreibungen getroffen. So wurde mehrmals dieselbe Gruppe von Firmen zu beschränkten Ausschreibungen eingeladen.

Die Feststellung des Kontrollamtes bezüglich offener Forderungen an Verpflegskosten gegenüber den Krankenkassen hat zu zielführenden Maßnahmen des Landtages geführt.

GR. HIRNSCHALL zitierte aus dem Kontrollamtsbericht die Bemängelungen bezüglich von Überstundenleistungen. So gab es bei den E-Werken Spitzenwerte von 223 Überstunden im Monat. Die Überstundenleistungen bei den Verkehrsbetrieben gewährleisten laut Kontrollamt nicht mehr die Sicherheit im Fahrdienst. Das Kontrollamt empfiehlt Personaleinstellungen.

Der Kontrollamtsbericht enthält eine Fülle von Hinweisen, wie eine sparsame und effiziente Verwaltung möglich ist, wenn die zuständigen Organe die Nutzanweisungen daraus ziehen.

GR. HIRNSCHALL sprach allen Mitarbeitern des Kontrollamtes und auch dem früheren Leiter des Kontrollamtes, Dr. Fritz DELABRO, seinen Dank aus. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Kontrollamtsbericht
=++++

29 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete es als Sinn des Kontrollamtsberichtes, Fehlleistungen abzustellen und für die Zukunft zu verhindern. Das wäre in manchen Fällen schnell und effizient möglich, wie zum Beispiel im Fall der Fehlbestände bei der Spitalskost, wo die MA 17 bereits reagiert habe, in anderen Fällen, wie zum Beispiel beim Wohnbauprojekt Marco-Polo-Gründe, bei der Hauptkläranlage und den EBS ginge es nicht so rasch und problemlos.

Die Arbeit des Kontrollausschusses und seines Vorsitzenden Dr. HIRNSCHALL sei in der vergangenen Legislaturperiode nie kritisiert worden und habe von allen Seiten Anerkennung gefunden, stellte Pawkowicz fest. Es sei daher für ihn unverständlich gewesen, daß bei der Wahl zum Vorsitzenden des Kontrollausschusses die ÖVP-Fraktion gegen Dr. Hirnschall gestimmt habe, obwohl sie keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. Alle anderen Ausschußvorsitzenden sind einstimmig gewählt worden. Den Grund für diesen Konfrontationskurs der ÖVP könne er nur in der der rot-blauen Koalition auf Bundesebene sehen, sagte Pawkowicz. Allerdings sei auch auf Bundesebene der vergleichbare Posten des Vorsitzenden des Rechnungshofausschusses einstimmig besetzt worden.

Abschließend dankte Pawkowicz allen Gemeinderäten, die in Anerkennung seiner bisherigen Leistungen Dr. Hirnschall wiedergewählt haben und sprach seine Erwartungen einer weiterhin effizienten Arbeit des Kontrollausschusses aus. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Kontrollamtsbericht
=++++

30 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. KRASSER (öVP) würdigte die Arbeit des Kontrollamtes, die sich auch mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht über das Geschäftsjahr 1982 als vorbildlich erweise. Krasser wies jedoch auch darauf hin, daß der auf langjähriges Betreiben der öVP installierte Kontrollausschuß wesentlich zum Funktionieren der Kontolle in Wien beitrage. Für die Zukunft forderte Krasser eine weitere Verfeinerung des Kontrollinstrumentariums und absolute "Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit" für das Kontrollamt. Neben dem Kontrollamt selbst und dem erst nach dem Einsturz der Reichsbrücke eingeführten Sicherheitskontrollamt sei in Zukunft auch unbedingt ein Umweltkontrollamt, sozusagen das Umweltgewissen der Stadt, notwendig.

In der Folge wies Krasser darauf hin, daß der Kontrollamtsbericht häufig Mißstände aufzeige, die nicht behoben würden. Um diesen Mißstand abzustellen, habe die öVP bereits am 12. September 1980 einen entsprechenden Antrag gestellt. Krasser stellte abermals einen BESCHLUSSANTRAG, die Bestimmungen für das Kontrollamt dahingehend zu ändern, daß die vom Kontrollamt geprüften Stellen verpflichtet sind, die aufgrund des Prüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen längstens innerhalb von drei Monaten dem Kontrollamt bekanntzugeben.

Abschließend forderte Krasser, die öVP nicht vom Kontrollamtsvorsitz auszuschließen. Dieser könne kein Vorrecht der FPö sein. Der Vorsitzende könnte auf jeweils ein Jahr abwechselnd von den beiden Oppositionsparteien gestellt werden. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Kontrollamtsbericht
=++++

31 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Kontrollausschuß wurde vor fast fünf Jahren konstituiert, sagte GR. Prof. Dr. WIESINGER (SPö). Bei der Wahl des Vorsitzenden und seines ersten Stellvertreters wurde deutlich, daß die Mehrheitsfraktion den Kontrollausschuß vor allem auch als Instrument der Minderheit betrachtet. Diese demokratische Grundhaltung wurde nicht immer gewürdigt, allerdings hat ein positiver Lernprozeß stattgefunden. Wir wehren uns aber dagegen, betonte Wiesinger, daß an Hand von Mängelberichten die Politik der SPö in Frage gestellt wird.

Wir alle müssen uns bemühen, aus Fehlern zu lernen und Mängel abzustellen, man soll jedoch nicht verallgemeinern.

Wiesinger dankte dem ausgeschiedenen Mitglied des Kontrollausschusses SCHWEDA sowie dem ehemaligen Kontrollamtsdirektor DELBARO für ihre Tätigkeit.

Es sind Methoden zu entwickeln, damit die Verwaltung unabhängig von der Kontrolle arbeiten kann, zugleich aber durch die Kontrolle dazu beigetragen wird, die Verwaltung effizienter zu machen. Wichtig ist eine zeitnahe Kontrolle.

Mit Kritik wurde im Kontrollausschuß nicht gespart. Von der Arbeit des Kontrollausschusses ging eine positive Wirkung auf die Verwaltung aus. 1.369 Berichte standen in bisher 24 Sitzungen auf der Tagesordnung. Dieser Arbeit hat sich gelohnt, denn sie hat dazu beigetragen, Mängel zu beheben und die Verwaltung zu verbessern.

Wiesinger bedauerte, daß der Vorsitzende des Kontrollausschusses nunmehr nicht mehr das Vertrauen der öVP hat, weil GR. Dr. HIRNSCHALL in seiner Ausschußführung keinerlei Anlaß dazu gegeben hat, ihm das Vertrauen zu entziehen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Kontrollamtsbericht
=++++

32 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) schloß sich den Ausführungen seines Vorredners, GR. WIESINGER (SPö), bezüglich der Notwendigkeit einer zeitnahen Kontrolle an. Auch die Anregungen von GR. Dr. KRASSER (öVP), in Zeitabständen zu überprüfen, ob den Feststellungen des Kontrollamtes von den betroffenen Dienststellen Rechnung getragen wird, begrüßte GR. Dr. Hirnschall.

ABSTIMMUNG: Der Kontrollamtsbericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Bebauungsplan Wienerberggründe
=++++

33 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Anschließend an die Debatte über den Kontrollamtsbericht wurde um 15 Uhr die zweite Sitzung des Wiener Gemeinderates mit der Wahl von 14 Mitgliedern der Pflegeheimkommission eröffnet.

GR. HAAS (SPÖ) stellte den Antrag, den Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Neilreichgasse und der Trasse der Bundesstraße A 23, einem Teil der Wienerberggründe, neu festzusetzen. Es handelt sich dabei um die innere Erschließung eines Wohngebietes, das hier aufgrund des für die Wienerberggründe bereits beschlossenen Flächenwidmungsplanes vorgesehen ist. Der Bebauungsplan sieht die Beschränkung der Wohnhäuser auf eine Höhe von vier Geschossen und den Erhalt der Grünflächen als Parkanlagen vor.

GR. ARTHOLD (ÖVP) wies darauf hin, daß man den Bau dieser Wohnungen schon vor einigen Jahren hätte beschließen und damit andere Grünflächen erhalten hätte können. Im Südraum Wiens gebe es mit der Verbauung der Wienerberggründe nun die Gelegenheit, eine Sanierung der Verkehrsorganisation durchzuführen, wie sie für ganz Wien nach dem Krieg versäumt wurde. So sollte man sich rechtzeitig überlegen, ob man die Verkehrsaufschließung der Wienerberggründe in einer Nord-Süd- oder West-Ost-Achse anlegen sollte. In Bezug auf die Tieflegung der Donauländebahn müßte die Bundesbahn auf städtebauliche Lösungen Rücksicht nehmen. Abschließend stellte GR. ARTHOLD fest, es wäre besser gewesen, man hätte, wie ursprünglich vorgesehen, die Draschegründe in die Planung miteinbezogen.

Die Bebauung eines 27 Hektar großen ersten Teilstückes der Wienerberggründe werde heute beschlossen, sagte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ). Die Vorgangsweise bei der Planung der Wienerberggründe zeige, wie sinnvoll und verantwortungsvoll die Stadtverwaltung an die Lösung der Probleme herangegangen wäre. Eine Vielzahl von Architektenvorschlägen gewährleiste die städtebauliche Vielfalt.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)
roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Umwidmung Steinhofgründe
=++++

34 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte die Abänderung des Flächenwidmungsplanes für die Steinhofgründe von Bauland zu Grünland.

GR. Dr. PETRIK (öVP) erklärte, nun habe sich nach Jahren der Auseinandersetzung in dieser Frage endlich die öVP im Wege der direkten Demokratie durchgesetzt. Die SPö sei lange nicht bereit gewesen, die Meinung der Bürger in dieser Frage zur Kenntnis zu nehmen. In ihrem gestörten Verhältnis zur direkten Demokratie sei sogar von einem "irren Häuflein" gesprochen worden. Manchmal scheine es, als ob die SPö bis heute noch nichts dazugelernt habe. Das werfe die Frage nach der Möglichkeit der Wiederholbarkeit solcher Fälle auf. Und hier frage er sich auch, ob StR. SCHIEDER, der damals ebenfalls für die Verbauung der Steinhofgründe plädierte, in Zukunft in einem derartigen Fall sein vielzitiertes Veto-Recht gebrauchen würde. Es gelte für die SPö, in Zukunft ihre innere Einstellung im Interesse der Stadt zu ändern.

GR. Oblasser (SPö) sagte in seinem Schlußwort als Berichterstatter, daß GR. Dr. Petrik hier offensichtlich eine Pflichtübung vollzogen habe, wobei er drei Irrtümern erlegen sei. Erstens seien die Steinhofgründe niemals als Grünland gewidmet gewesen, zweitnes habe von den Sozialisten nie jemand von einem "irren Häuflein" gesprochen und drittens könne niemand der SPö ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie vorwerfen. Das zeige erstens die Tatsache des Volksentscheides, zweitens die prompte Reaktion auf den Volksentscheid mit der öffnung auf den Steinhofgründe und drittens die entgültige Festsetzung als Grünland als Willensvollzug der direkten Demokratie.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Flächenwidmung für Bohmann-Hof
=++++

35 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte eine Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Oskar-Grissemann-Straße, Melangasse, Eipeldauerstraße, Zehdengasse und Josef-Baumann-Gasse im 21. und 22. Bezirk.

GR. DALLER (öVP) kritisierte, daß der Bebauungsplan im Josef-Bohmann-Hof den tatsächlichen Bauten angepaßt werden muß, das heißt, daß die Baupläne nicht mit dem Bebauungsplan übereinstimmten. Eine solche Vorgangsweise kann sich nur die Gemeinde Wien, kein privater Bauherr leisten. Der Grund für die Ablehnung der öVP ist allerdings ein anderer, und zwar ein beabsichtigter Zubau zu der bestehenden Konsumfiliale auf dem Alfred-Kubin-Platz auf einer gärtnerisch auszugestaltenden Fläche. Die betroffenen Anrainer haben sich wegen der Verschlechterung der Wohnqualität dagegen gewandt. Die ursprüngliche Zustimmung der öVP-Bezirksräte begründete Daller damit,daß die Zeit zur Prüfung des umfangreichen Entwurfes sehr kurz war.

GR. FREINBERGER (SPö) erklärte, daß die Konsumfiliale im Bohmann-Hof wegen der zahlreichen neuen Wohnungen, die in den letzten Jahren in der Umgebung gebaut wurden, zu klein geworden ist. Auch die öVP war der Meinung, daß die Filiale vergrößert werden soll, und stimmte dem Entwurf in der Bezirksvertretung auch zu. Erst nach einem Besuch von Vizebürgermeister Dr. BUSEK in der Donaustadt habe sie plötzlich ihre Meinung geändert. Innerhalb von drei Tagen, so Freinberger, wurden unter den Kunden der Filiale 527 Unterschriften für eine Erweiterung gesammelt. (Forts.) ger/ap

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Flächenwidmung für Bohmann-Hof
=++++

36 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Peter MAYR (öVP) bezeichnete es als Mangel, daß die Bezirksvertretung zu den Flächenwidmungsentwürfen vor der öffentlichen Auflage Stellung nehmen müsse, da die Interessen der Betroffenen oft erst bei dieser Einsichtnahme zum Tragen kommen. Die SPö-Bezirksmandatare erhalten seitens der MA 21 einen wesentlichen Informationsvorsprung.

In seinem Schlußwort bezeichnete GR. OBLASSER die Wortmeldung von GR. Dr. Mayr als einen Entlastungsangriff zugunsten der öVP-Bezirksräte der Donaustadt. Sachlich habe GR. Freinberger die öVP-Einwände bereits widerlegt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Pensionistenheim Neubau
=++++

37 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte die Bestellung eines Baurechtes in der Schottenfeldgasse zur Errichtung eines Pensionistenheimes. Das Grundstück hat ein Ausmaß von rund 4.700 Quadratmeter.

Namens der Volkspartei stimmte GR. CZERNY (öVP) der Baurechtsbestellung zu. Es ist dies der erste Schritt zur Verwirklichung des Pensionistenheimes. Der Redner verwies darauf, daß der 7. Bezirk erneuerungsbedürftig sei und daß dieses Pensionistenheim älteren und sozial schwächeren Mitbürgern eine Chance biete, ihren Lebensabend in gewohnter Umgebung zu verbringen. Im Bezirk fehlen Grünflächen, daher werden dringend eine Grünfläche und Spielplätze benötigt. Der Redner stellte den ANTRAG, die Gemeinde möge im 7. Bezirk Grundflächen zur Schaffung von Grünflächen ankaufen oder zur Verfügung stellen.

GR. BROSCH (SPö) zeigte sich erfreut über die Zustimmung der öVP zum Bau des Pensionistenheimes. Er wundere sich aber, daß die Bezirksvertretung der Bausperre für das Kuriergelände die Zustimmung verweigert habe, andererseits ständig neue Grundflächen fordert.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) betonte, daß eine Lösung zur Schaffung einer Grünfläche gefunden werden müsse. Die Innenhofbegrünung auf privater Basis funktioniere zwar, es gebe aber keinen Sport- und Spielplatz.

StR. Ing. HOFMANN (SPö) bezeichnete als eines der wichtigsten Aufgaben seines Ressorts, sich um die Probleme der Wohnumgebung zu kümmern, er wehre sich aber dagegen, daß aus parteitaktischen Gründen gegen Bauwerke Demonstrationen veranstaltet werden. Er trete nach wie vor für eine objektive Vergabe der Wohnbauförderungsmittel ein. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Pensionistenheim Neubau
=++++

38 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort beantragte GR. Ing. SVOBODA die Zustimmung zum Geschäftsstück und empfahl die Zuweisung des Antrages.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. Der Antrag wurde einstimmig zugewiesen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Grundstückstransaktion für den Bau der U 6

++++

39 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte den Kauf der Liegenschaft EZ 213 in Meidling und den Verkauf eines Ersatzgrundstückes in Liesing an das selbe Unternehmen. Das Grundstück wird für den Bau der U 6 benötigt, die Bezirkvertretung hat bereits ihre Zustimmung gegeben.

Man müsse den Ankauf dieses Grundstückes im Zusammenhang mit der Problematik Otto-Wagner-Brücke sehen, stellte GR. Dr. HAWLIK (öVP) fest. Nächste Woche werde eine Enquete zu diesem Thema stattfinden, und es sei sinnlos, dieses Grundstück vor der generellen Planung der U 6 anzukaufen. Außerdem wird es dadurch zu einer Präjudizierung der Enquete kommen. Seine Fraktion könne deshalb dem gestellten Antrag ihre Zustimmung nicht geben.

GR. Dr. SVOBODA (SPö) erklärte, die öVP nützte jede Gelegenheit, den Bau der U 6 zu verzögern. Er wundere sich, sagte Swoboda, daß der für Meidling zuständige öVP-Gemeinderat GLÜCK als starker Befürworter eines raschen Baues der U 6 nicht zu Wort gemeldet habe. Der Ankauf dieses Grundstückes sei in jeder Variante notwendig und müsse bald erfolgen, um möglichst schnell mit dem Bau der U 6 beginnen zu können.

"Wir sind dafür, möglichst viel von der Otto-Wagner-Brücke zu halten, die verkehrspolitische Bedeutung der U 6 darf dadurch aber nicht verloren gehen oder verzögert werden", stellte Swoboda abschließend fest.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen.

(Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Flächenwidmung Küniglberg
=++++

40 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Margarete TISCHLER (SPö) beantragte die Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Elisabethallee, Klimtgasse, Fasangartengasse und Lainzer Straße im 13. Bezirk. Als städtebauliches Ziel nannte Tischler die Erhaltung des örtlichen Stadtbildes und der Grünräume.

GR. Mag. REGLER (öVP) urgierte zunächst die mangelnde Information der Bezirke - in diesem Fall des 13. - über Entscheidungen, die von großer Bedeutung für den Bezirk seien. Zum Antrag selbst sagte Regler, die öVP könne nicht zustimmen, da ein bis jetzt für "öffentliche Zwecke" gewidmetes Gebiet nun als Bauland ausgewiesen werden solle. Das gefährde den auf dem Areal befindlichen Kleingartenverein, der nun möglicherweise einer Wohnverbauung weichen müsse, anstatt zu bleiben, bis die Fläche für einen Schulbau benötigt werde.

GR. Ing. SVOBODA (SPö) konterte, daß sämtliche Bezirk und sämtliche Fraktionen in den Bezirken die ihnen zustehenden Informationen erhalten. Die Widmung "öffentliche Zwecke" sei nur ein Zusatz zu der bereits bestehenden Baulandwidmung und werde in Zukunft wegfallen, da die Schule nicht benötigt werde. Der Kleingartenverein erhalte eine zehnjährige Verlängerung seines Bestandes zugesichert. Die zwiespältige Haltung der öVP neuen Wohnbauten gegenüber sei daran zu sehen, daß in Hietzing in den letzten Jahren rund 600 Wohnungen im Grünland gebaut wurden.

In einer zweiten Wortmeldung sagte GR. Mag. REGLER, die öZ-Widmung habe ihre Berechtigung, da ein Schulbau durch die Bevölkerungsentwicklung notwendig werden könnte. Die angesprochene Wohnverbauung in Hietzing habe unter dem sozialistischen Bezirksvorsteher GUTMANNSBAUER stattgefunden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Volkshochschule Brigittenau
=++++

41 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPö) stellte den ANTRAG, für den Ankauf des beweglichen Inventars für das Haus der Begegnung Brigittenau in der Raffaelgasse 11 - 13 7,55 Millionen Schilling zu genehmigen.

Der Grundsatzbeschluß für das Haus der Begegnung war nie umstritten, sagte GR. PROCHASKA (ÖVP). Es gebe hier jedoch eine eindeutige Bevorzugung von Vorfeldorganisationen der SPö und damit eine Parteisubvention aus Steuergeldern. Die Stadt Wien verkaufte zuerst die Häuser Raffaelgasse 11 und 13 an den Verband der Wiener Arbeiterheime, mietet sich dann - zu einem viermal so hohen Zins wie die SPö - in ihrem ehemaligen eigenen Häusern ein, renoviert sie und bezahlt die Einrichtung - dies zum Vorteil des Verbandes. überdies verdient die SPö-nahe "Projektbau" an den Umbauarbeiten mit.

GR. LACINA (SPö) bezeichnete diese Vorwürfe als unwahr. Der Verband der Wiener Arbeiterheime hat das Haus Raffaelgasse 13 nicht gekauft, vermietet es nicht und profitiert auch nicht von den Renovierungsarbeiten. Das Haus gehört nach wie vor der Stadt Wien. Der Verband kaufte lediglich einen 351 Quadratmeter großen Grundstücksstreifen, der der Stadt Wien überlassen wird, um ihr einen Saalzubau zu ermöglichen. Das Haus Raffaelgasse 11 gehört dem Verband seit Jahrzehnten. Für den Verband bedeutet die Renovierung keinerlei Geschäft. Die Abwicklung der Umbauarbeiten liegt bei der MA 26. Auf die Auswahl der von ihr beauftragten Unternehmen nahm der Verband keinen Einfluß. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Volkshochschule Brigittenau

42 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR.PROCHASKA (öVP) stellte in einer zweiten Wortmeldung fest, daß die Volkspartei nicht gegen die Volkshochschule Brigittenau sei. Die Verteidigungslinie seines Vorredners GR.LACINA sei schon 1981 widerlegt worden. Er wolle eine klare Antwort auf die Frage, warum die SPö eine niedrigere Miete zahle, als das Haus der Begegnung.

GR. KNEIDINGER (SPö) stellte fest, daß die Volkspartei den Inhalt des Vertragswerkes nicht verstehen wolle. "Sie wollen uns Parteienfinanzierung unterstellen. Das ist nicht der Fall." Er finde es auch merkwürdig, daß keine Mandatare der öVP-Brigittenau im Gemeinderat dazu Stellung nehmen. Auf Bezirksebene sei die öVP durchaus anderer Meinung.

GR. Hildegard WONDRATSCH (SPö) wies als Berichterstatterin nochmals darauf hin, wie wichtig und notwendig diese Kultur- und Bildungsstätte für den Bezirk sei. Und sie ersuche die öVP, im Interesse der Brigittenau nicht zu skandalisieren.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) fk/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Gleisanschluß General-Motors
=++++

43 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) stellte den Antrag das 15.800 Quadratmeter große Grundstück der Familie Rauch-Höphffner in Breitenlee zum Preis von 550 Schilling pro Quadratmeter zu erwerben. Auf diesem Grundstück wurde mit Zustimmung des Eigentümers das Anschlußgleis für das General-Motors-Werk errichtet.

GR. HAHN (öVP) betonte, daß dieses Geschäftsstück den Steuerzahler viel Geld kostet. In seiner ganzen politischen Laufbahn habe er eine solche Transaktion noch nicht erlebt. Der Akt wurde im Ausschuß mit SPö-Mehrheit beschlossen, im Stadtsenat mit SPö-Mehrheit beschlossen und unmittelbar vor einer Gemeinderatssitzung von der Tagesordnung abgesetzt. Der dafür zuständig gewesene frühere Stadtrat VELETA hat keine Aktennotiz hinterlassen, ob er sich um eine Preisreduzierung bemüht habe. Die Verantwortung liegt nicht bei der Volkspartei, auch wenn die Vertragspartei, RAUCH-HÖPHFFNER, öVP-Bürgermeister von Laxenburg sei. Es handelt sich um eine reine Bodenspekulation. "Zu einer Bodenspekulation gehören zwei, einer, der spekuliert, und einer der begünstigt". Rauch-Höphffner hat 1974 seinen Anteil um 200.000 Schilling das sind 30 Schilling pro Quadratmeter erworben. Bei dem jetzt ausgehandelten Vertrag hat er einen 20-fachen Gewinn. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Gleisanschluß General Motors
=++++

44 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf den Einwurf, daß er als öVP-Mandatar auf seinem Parteifreund hätte einwirken können, meinte GR. Hahn: "Wir vertreten die Wiener Steuerzahler und nicht den öVP-Bürgermeister von Laxenburg".

Die Gleisanlage hätte rechtzeitig anders verlegt werden können. Die Bundesbahn wäre dazu in der Lage gewesen, es wäre keine Produktionsunterbrechung bei General Motors nötig gewesen und dem Steuerzahler wären 4 Millionen erspart worden. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Gleisanschluß General Motors

=++++

45 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL erklärte, daß dieser Grundstücksverkauf sowohl einen wirtschaftlich-finanziellen als auch einen politischen Aspekt habe. Der Grundstückseigentümer war anscheinend von Anfang an nur auf einen möglichst großen Gewinn aus. Das sei ihm auf Grund der dilettantischen Vorgangsweise der Stadt Wien gelungen, die sich mit dem Bau des Anschlußgleises von Beginn der Verhandlungen an in seine Hand begeben habe. 550 Schilling pro Quadratmeter seien für landwirtschaftlich genutzte Flächen ein unverschämter Preis, sagte Hirnschall. Das Verhandlungsergebnis sei für die Stadt Wien unzumutbar. Außerdem werde dadurch ein Präzedenzfall für zukünftige Grundstücksankäufe in dieser Gegend geschaffen, wodurch der Stadt Wien ein schwer abschätzbarer Schaden entstünde.

Zur politischen Dimension vermutete Hirnschall, die Wiener ÖVP verfolge hier eine raffinierte Taktik, indem sie sich gegen die Welt der Zimpers, Ludwigs, Rauchwarters und Rauch-Höphffners abgrenze und damit selbst umso besser dastehe. Diese Taktik, die von der Mehrheitsfraktion unverständlicherweise leichtgemacht würde, sei wie ein "schwarzer Faden" zu verfolgen.

GR. DINHOF (SPÖ) nahm zur Frage der Immunität GR. Worms Stellung. Die rechtliche Situation, ob Worm dafür, was er vor seiner Tätigkeit als Abgeordneter getan hat, belangt werden könne, sei unklar, stellte Dinhof fest. Es wäre hier ein rechtliches Gutachten abzuwarten, daß seitens des Immunitätskollegiums angefordert wurde. Außerdem gebe es kein Auslieferungsbegehren, sondern nur eine Anfrage des Gerichts. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)
Utl.: Gleisanschluß General-Motors
=++++

46 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) erklärte, es sei in diesem Fall nicht die Frage gewesen, wer der Verhandlungpartner sei und welcher Partei er angehöre. Am freien Markt sei nach langjährigen Verhandlungen ein beidzeitig akzeptables Ergebnis zustande gekommen. Rauch-Höphffner habe zu Beginn der Verhandlungen 1.400 Schilling pro Quadratmeter und dann einen Grundstückstausch, der der Stadt Wien wesentlich teuer gekommen wäre als das jetzige Verhandlungsergebnis gefordert. Die 550 Schilling pro Quadratmeter sind ein angemessener Betrag, sagte Ing. Hofstetter, da es sich widmungsgemäß um Industriegebiet handelt. Auch bei vergangenen Grundstücksankäufen für General-Motors seien Preise in ähnlicher Höhe bezahlt worden. Ein Zurückziehen des Aktes würde der Gemeinde Wien noch mehr Geld kosten, da bisher für die Benützung des Grundstückes nicht bezahlt wurde. Im Interesse des GM-Werkes mit seinen 3.000 Arbeitsplätzen ist der Grundstücksankauf unbedingt notwendig, schloß Ing. Hofstetter. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)
Utl.: U-Bahn-Trasse Mariahilfer Straße
=++++

47 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Margarete TISCHLER (SPÖ) beantragte, die Trasse der U 3 im Abschnitt Westbahnhof - Volkstheater unter der Mariahilfer Straße zu genehmigen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) meinte, es sei zunächst ein kurioses Faktum, daß die Trasse der U 3 im 1. Bezirk, wo mit dem Bau begonnen werden solle, noch nicht beschlossen sei. Die Trasse unter der Mariahilfer Straße erscheine ihm richtig, wenn man eine Reihe von Voraussetzungen befolge. Es müsse zügig gebaut werden, die Umleitungsstraßen müßten rechtzeitig saniert werden, Bauzeitpläne müßten rechtzeitig erstellt werden. Eine schonende Bauweise, die gesicherte Finanzierung und die sofortige Ausgestaltung der Straßenoberfläche nach Fertigstellung der jeweiligen Bauabschnitte sowie die Verbesserung der U-Bahn-Hilfe für die Geschäftsleute nannte Mayr als weitere Kriterien. Bis zum Bau der U-Bahn sollte die Wirtschaftsstruktur der Straße unter anderem durch die Ring-Rund-Führung der Linien "52" und "58" verbessert werden.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) erklärte, er finde die Trasse unter der Mariahilfer Straße sei eine gute Entscheidung. Die Wünsche von Dr. Mayr würden in Erfüllung gehen, sowie man schon bisher beim U-Bahn-Bau um diese Voraussetzungen bemüht gewesen sei. Zur Innenstadttrassierung sagte Riedler, daß bereits vorbereitende Arbeiten zur Festlegung der Strecke im Gange seien.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)
Utl.: "J"-Wagen-Schleife
=++++

48 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPö) beantragte die Erhöhung des Sachkredites für die Durchführung von baulichen Vorarbeiten für die U 3 um 109 Millionen auf 502 Millionen Schilling.

GR. STRATIL (öVP) kritisierte die vorgesehene Schleife der Straßenbahnlinie "J". Die Ottakringer öVP war - im Gegensatz zur SPö - immer für die Erhaltung der Straßenbahnlinie "J". Stratil trat für eine Ring-Rund-Führung der Linie "J" ein. Dies wäre kostengünstiger, umweltfreundlicher und demokratischer.

GR. OBLASSER (SPö) erklärte, daß wegen des U 3-Baues auf der Landstraße die Straßenbahnlinien "J" und "T" in diesem Bereich durch Autobusse ersetzt werden müssen. Nach Untersuchung mehrerer Varianten stellte sich heraus, daß für den westlichen Ast der Linie "J" der Bau einer Schleife in der Bösendorfer Straße die günstigste Lösung bildet. Dieser Vorschlag fand ursprünglich auch die Zustimmung der öVP. Erst später gab es eine Meinungsänderung. Als Ottakringer, betonte Oblasser, sei er froh über den Anschluß der Linie "J" an die U-Bahn. In der Bösendorfer Straße fuhren vor wenigen Jahren noch wesentlich mehr Straßenbahnlinien.

In seinem Schlußwort sagte GR. Ing. RIEDLER (SPö), die Idee, die Linie "J" auf Autobusbetrieb umzustellen, sei erst aufgekommen, nachdem die Bezirksvertretung der Josefstadt eine Beschleunigung dieser Straßenbahnlinie abgelehnt hatte. Als die Bezirksvertretung dann doch ihre Zustimmung gab, kehrte man zur Erhaltung der Straßenbahnlinie zurück.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (39)
Utl.: Schlußwort
=++++

49 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Vorsitzende des Gemeinderates GR. MAYERHOFER (SPö) zog eine kurze Bilanz der vier Tage dauernden Debatte. Die Berichterstatter und die Debattenredner haben sich aufrichtig bemüht, trotz oft gegenteiliger Meinung, gemeinsam Wien als liebenswerte Stadt schöner zu gestalten. GR. Mayerhofer verband seinen Dank an die Mitglieder des Gemeinderates und einen Dank an die vielen tausend Mitarbeiter der Stadt Wien.

Die Sitzung des Gemeinderates schloß um 20.20 Uhr.
(Schluß) fk/ap

-------ENDE DES SITZUNGSBERICHTES-------

Führungen durch das Wiener Rathaus
=++++

Wien, 30.6. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

NNN